



## 7. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 14. September 2005

Mitteilungen der Präsidentin .....	465
Änderung der Tagesordnung .....	465

Ergebnis.....	487
---------------	-----

### 1 Aktuelle Stunde

Thema: **Verspielt die Landesregierung die Interessen des Energielandes Nordrhein-Westfalen und der Verbraucherinnen und Verbraucher?**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
gemäß § 90 Abs. 2 GeschO

In Verbindung damit:

**Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt - Stadtwerke stärken - neue Marktteilnehmer ermutigen**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/208.....465

Dr. Axel Horstmann (SPD) .....	465
Reiner Priggen (GRÜNE).....	467
	477
	484
Christian Weisbrich (CDU) .....	469
	475
Dietmar Brockes (FDP) .....	470
Ministerin Christa Thoben .....	472
	486
Norbert Römer (SPD).....	474
Holger Ellerbrock (FDP) .....	478
	485
Minister Eckhard Uhlenberg.....	480
Uwe Leuchtenberg (SPD) .....	481
Hubert Schulte (CDU) .....	483
Svenja Schulze (SPD).....	486

### 2 Unterrichtung durch die Landesregierung

über die von der Landesregierung  
beschlossenen Eckpunkte  
zur Einführung eines Studienbeitrages

In Verbindung damit:

**Bildungsgerechtigkeit muss Ziel bleiben  
Schuldenspirale für zukünftige Generationen verhindern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/196

Und:

**Keine Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen - Studienkontenmodell weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/205..... 488

Minister Dr. Andreas Pinkwart .....	488
	513
Hannelore Kraft (SPD).....	491
Helmut Stahl (CDU) .....	494
Dr. Michael Vesper (GRÜNE).....	498
Christian Lindner (FDP).....	501
Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers.	505
Karl Schultheis (SPD).....	508
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) .....	510
Ralf Witzel (FDP).....	512
Manfred Kuhmichel (CDU) .....	515

Ergebnis.....	516
---------------	-----

### 3 Unterrichtung durch die Landesregierung

über die von der Landesregierung geplanten Maßnahmen zur Zukunft der Nutzung der Windenergie

In Verbindung damit:

#### **Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/214

erste Lesung ..... 516

Minister Oliver Wittke ..... 516  
André Stinka (SPD) ..... 520  
Friedhelm Ortgies (CDU) ..... 522  
Reiner Priggen (GRÜNE) ..... 524  
539

Dr. Gerhard Papke (FDP) ..... 527  
Minister Eckhard Uhlenberg ..... 530  
Dr. Axel Horstmann (SPD) ..... 531  
Bernhard Schemmer (CDU) ..... 533  
Johannes Remmel (GRÜNE) ..... 536  
Holger Ellerbrock (FDP) ..... 537

*Ergebnis* ..... 540

### 4 Soziales und strukturpolitisches Desaster für die nordrhein-westfälischen Städte verhindern: Der Landtag lehnt einen Verkauf der LEG ab!

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/207 ..... 541

Entschließungsantrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/253 ..... 541

Horst Becker (GRÜNE) ..... 541  
553  
Bernd Schulte (CDU) ..... 542  
Wolfgang Röken (SPD) ..... 544  
Christof Rasche (FDP) ..... 546  
Minister Oliver Wittke ..... 547  
Dieter Hilser (SPD) ..... 550  
Heinz Sahnen (CDU) ..... 551

*Ergebnis* ..... 553

### 5 Eigenverantwortung unserer Schulen stärken! Alle Schulen in die Selbstständigkeit entlassen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/203 ..... 553

Sören Link (SPD) ..... 553  
Bernhard Recker (CDU) ..... 555  
Sigrid Beer (GRÜNE) ..... 557  
564  
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) ..... 559  
Ministerin Barbara Sommer ..... 559  
Wolfgang Große Brömer (SPD) ..... 562  
Klaus Kaiser (CDU) ..... 563  
Ralf Witzel (FDP) ..... 565

*Ergebnis* ..... 566

### 6 Regionalstellen Frau und Beruf brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierungszusage für 2006

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/199 ..... 566

Annette Watermann-Krass (SPD) ..... 566  
Ursula Doppmeier (CDU) ..... 567  
Barbara Steffens (GRÜNE) ..... 568  
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) ..... 569  
Minister Armin Laschet ..... 570

*Ergebnis* ..... 572

### 7 Reform des Sparkassenrechts darf nicht zur Zerschlagung des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen führen

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/202 ..... 572

Hans-Willi Körfges (SPD) ..... 572  
Volkmar Klein (CDU) ..... 573  
Rüdiger Sagel (GRÜNE) ..... 575  
Angela Freimuth (FDP) ..... 576  
Minister Dr. Helmut Linssen ..... 577

*Ergebnis* ..... 579

**8 Sicherheitsarchitektur nicht gefährden -  
Verunsicherung bei Autobahnpolizei und  
Wasserschutzpolizei beenden!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/201.....579

Dr. Karsten Rudolph (SPD).....579  
Werner Lohn (CDU) .....580  
Monika Düker (GRÜNE).....582  
Dr. Robert Orth (FDP) .....583  
Minister Dr. Ingo Wolf.....583

*Ergebnis*.....586

**9 In den Ausschüssen erledigte Anträge**

Hier: Übersicht 1  
**gemäß § 79 Abs. 2 GeschO**

Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu  
Drucksache

14/17 - AWME

Drucksache 14/226.....586

*Ergebnis*.....586

**Entschuldigt waren:**

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers  
(ab 16:00 Uhr)  
Minister Michael Breuer  
(ab 15:00 Uhr)  
Minister Karl-Josef Laumann  
(ab 15:30 Uhr)  
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter  
(ab 16:00 Uhr)  
Minister Dr. Andreas Pinkwart  
(ab 13:00 Uhr)

Marie-Luise Fasse (CDU)  
Karl Kress (CDU)  
(ab 13:00 Uhr)

Andrea Asch (GRÜNE)  
(bis 13:30 Uhr)  
Oliver Keymis (GRÜNE)

Horst Engel (FDP)

\*\*\*\*\*



**Beginn: 10:03 Uhr**

**Präsidentin Regina van Dinther:** Meine Damen und Herren! Ich heiße Sie zu unserer heutigen, der siebten Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich acht Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden ins Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, die Fraktionen haben sich auf folgende **Änderung der Tagesordnung** für den heutigen 14. September 2005 gemäß § 19 Abs. 2 der Geschäftsordnung verständigt:

Erstens. Der bisherige Tagesordnungspunkt 7, der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Drucksache 14/208 mit dem Titel „Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt - Stadtwerke stärken - neue Marktteilnehmer ermutigen!“, wird zusammen mit der Aktuellen Stunde in verbundener Debatte beraten. Die Redezeiten werden entsprechend um jeweils fünf Minuten pro Fraktion und fünf Minuten für die Landesregierung verlängert.

Zweitens. Der bisherige Tagesordnungspunkt 9, der Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/202 mit dem Titel „Reform des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen führen“, wird neuer Tagesordnungspunkt 7.

Gibt es dazu Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe auf:

## 1 Aktuelle Stunde

Thema: **Verspielt die Landesregierung die Interessen des Energielandes Nordrhein-Westfalen und der Verbraucherinnen und Verbraucher?**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
gemäß § 90 Abs. 2 GesChO

In Verbindung damit:

**Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt - Stadtwerke stärken - neue Marktteilnehmer ermutigen!**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/208

Die Fraktion der SPD hat mit Schreiben vom 12. September 2005 zu der genannten aktuellen Frage der Landespolitik eine Aussprache beantragt.

Ich eröffne die Aussprache und erteile als erstem Redner für die Fraktion der SPD Herrn Dr. Horstmann das Wort.

**Dr. Axel Horstmann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist nicht das erste Mal, dass sich der Landtag um Entwicklungen auf den internationalen Energie- und Rohstoffmärkten beschäftigt. Wir alle erinnern uns gut an die Debatten über die Verknappung und Verteuerung von Kohle und Koks und über die Strompreiserhöhungen. Jetzt sind es Gas und Öl, deren steigende Preise den Menschen in Nordrhein-Westfalen Sorgen bereiten. Heizen und Kochen mit Gas soll bis zu 25 % teurer werden, und die Autofahrer zahlen die höchsten Preise der Geschichte.

Es ergeht mir nicht anders als vielen von Ihnen wahrscheinlich auch. Die Debatten sind manchmal nicht sehr zufrieden stellend, weil es ja um Preisbildungsprozesse auf internationalen Märkten geht, auf die die nationale Politik und erst recht die Landespolitik recht wenig Einfluss haben.

Das ist aber auch der Grund, meine Damen und Herren, warum die Sozialdemokraten in diesem Haus stets ein strategisches Ziel besonders im Auge hatten, nämlich Nordrhein-Westfalen nicht noch stärker von internationalen Rohstoffbezügen abhängig zu machen, sondern im Gegenteil diese Abhängigkeit so gering wie möglich zu halten, indem wir mit den Rohstoffen so effizient wie möglich umgehen und die eigene Energiegewinnung so gut wie möglich weiterentwickeln.

Es ist unübersehbar, und es muss ausgesprochen werden, weil es ja um künftig richtige Strategien geht: Sie, meine Damen und Herren von CDU und FDP, haben in diesen Debatten immer das Gegenteil vielleicht nicht bezweckt, aber doch verfolgt, nämlich die Abhängigkeit Nordrhein-Westfalens von den unkontrollierbaren Rohstoffbörsen noch weiter zu vergrößern.

(Beifall von der SPD)

Sie haben sich für eine massive Steigerung der Steinkohleimporte ebenso eingesetzt wie für den

Ersatz heimischer Braunkohle durch russisches oder norwegisches Erdgas.

Sie haben sich an die Spitze der Kritiker der erneuerbaren Energien gestellt, nicht nur der Windkraft übrigens, sondern aller erneuerbaren Energien, wie wir uns aus der Haushaltsdebatte des letzten Jahres erinnern.

Und Sie haben in der Verkehrspolitik eine Richtung verfolgt, die unsere Mobilität immer stärker von Mineralölimporten abhängig machen würde.

Beginnen wir einmal mit der Verkehrspolitik: Vor sechs Tagen hat Herr Minister Wittke im Verkehrsausschuss des Landtags angekündigt, Nordrhein-Westfalen werde keine Vorrangpolitik für den öffentlichen Verkehr mehr betreiben. Wir alle wissen, was das bedeutet. Insbesondere da, wo wir die ganz hohen Fahrgastzahlen nicht haben, also dort, wo die Menschen die weitesten Entfernungen zurücklegen müssen, bleibt vielen dann nur noch, wieder das eigene Auto zu benutzen.

Ich nenne das eine kurzsichtige Politik, benötigt doch der Personenverkehr auf der Schiene nur rund die Hälfte der Energie eines PKW.

(Beifall von der SPD und Reiner Priggen [GRÜNE])

Aber ich nenne das auch eine unsoziale Politik. Sie passt zu Ihrem Bemühen, den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, die weitere Wege zum Arbeitsplatz zurücklegen müssen, die steuerliche Anerkennung der ihnen entstehenden Kosten zu verweigern.

(Beifall von der SPD)

Was wollen Sie den Autofahrern in Nordrhein-Westfalen noch zumuten? Bus und Bahn als Alternative zum Auto einschränken, die Wegekosten zum Arbeitsplatz verteuern, mit höheren Mehrwertsteuern die Spritpreise weiter erhöhen, und nach der Bundestagswahl kommt vielleicht noch die PKW-Maut!

(Beifall von der SPD)

Herr Minister Wittke - wenn er hier wäre, würde ich ihn fragen -, ist die PKW-Maut bei Frau Merkel vielleicht auch schon mit eingebaut?

Ich versichere Ihnen, dass diese Politik unseren schärfsten Widerstand finden wird. In einem Flächenland, in dem die meisten Menschen, aber auch die Wirtschaft hochgradig auf Mobilität angewiesen sind, müssen wir alles tun, um die nötigen Wege nicht weiter zu verteuern.

Nicht besser als die Autofahrer sind zurzeit die Nutzer von Strom und Gas dran. Das sind ja zu meist dieselben Menschen. Frau Thoben, ich habe mit Interesse gelesen, dass Sie angekündigt haben, energisch gegen die Preispolitik der Energieversorger vorgehen zu wollen. À la bonne heure! Sie haben uns an Ihrer Seite. Tun Sie aber bitte auch das, was Sie ankündigen.

Ich erinnere mich gut an die letzte Preisantragsrunde vor einigen Monaten. 75 % der Strompreiserhöhungen sind nicht oder nicht in der vorgesehenen Höhe genehmigt worden. Sie haben jetzt viel bessere Möglichkeiten. Seit Sommer dieses Jahres gilt das neue Energiewirtschaftsgesetz des Bundes. Es gibt endlich die Chance, da, wo mit unwirtschaftlichen Kostenstrukturen oder auch mit missbräuchlicher Preisbildung gerechnet werden muss, nämlich im Bereich der Netze und Netzentgelte, öffentliche Kontrolle und Einfluss auszuüben. Die Länder haben erfolgreich darum gestritten, die Verantwortlichkeit für die meisten Netzbetreiber zu bekommen. Frau Thoben, Sie haben sie für Nordrhein-Westfalen, also machen Sie im Interesse der Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen auch Gebrauch von dieser Verantwortung!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich habe hier schon kritisiert, dass auch die nordrhein-westfälische CDU der Absicht von Frau Merkel beipflichtet, die Restlaufzeiten der Atomkraftwerke zu erhöhen. Um wie viel eigentlich? Da gibt es ja ein ähnliches Dilemma wie mit Herrn Kirchhof. Herr von Pierer redet ja schon von 60 Jahren Laufzeit der Atomkraftwerke. Das alles ist jedenfalls zum Schaden der nordrhein-westfälischen Energieerzeugung.

Da Sie mir das ja nicht glauben wollen, hören Sie bitte auf die Worte des baden-württembergischen Ministerpräsidenten Günther Oettinger, den ich einmal zitieren möchte. Er sagte in dieser Woche in einem Interview im „Focus“:

„Eine Bundesregierung unter Führung von CDU/CSU wird die Laufzeiten der Kernkraftwerke wieder verlängern und damit die Energieversorger von dem Druck entlasten, neue Kohle- und Gaskraftwerke zu errichten.“

Frau Thoben, hier nimmt der baden-württembergische Ministerpräsident die Interessen des Kernkraftlandes Baden-Württemberg wahr. Sie sind offenkundig gegen die Interessen des Landes Nordrhein-Westfalen gerichtet, das wie kein anderes Land ein Interesse an modernen Kohle- und Gaskraftwerken haben muss. Merken Sie eigentlich gar nicht, was da gespielt wird? Strengen Sie

sich an, die nordrhein-westfälischen Interessen in der Energiepolitik Deutschlands wahrzunehmen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Stattdessen verfolgen Sie mit großem Eifer Ihren Kampf gegen die Windkraftnutzung. Den wollen Sie uns im Laufe des Tages ja auch noch genauer erläutern. Ich will mich hier einer Detailkritik an den geplanten Regelungen enthalten, aber doch schon so viel sagen: Das sind Anstrengungen, die vor allem gegen das Ziel gerichtet sind, auf das sich eigentlich alle, die der Entwicklung der erneuerbaren Energien gutwillig gegenüberstehen, einigen können müssten. Ich meine das Ziel, die Windenergienutzung produktiver, wirtschaftlicher und zugleich in vielen Fällen auch landschaftschonender zu machen. Denn die Verschärfungen des Baurechts betreffen ja weniger neue Anlagen an neuen Standorten, die ohnehin kaum noch entstehen, sondern vor allem neue und bessere Anlagen an alten Standorten, die mehr Leistung mit weniger Landschaftsverbrauch verbinden könnten.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich nenne diese Energiepolitik mit Bedacht rückständig - übrigens auch im Vergleich der Bundesländer. Sie werden das feststellen, sobald Sie mit Ihren Bundesratsinitiativen vor den Haustüren der Herren Wulff, Carstensen und anderer stehen.

Meine Damen und Herren, der Energiepolitik der Landesregierung fehlen Klarsicht und Kurs. Ob Atomenergie oder erneuerbare Energien - Schwarz und Gelb liegen daneben und verkennen die Interessen des Energielandes Nordrhein-Westfalen. Wir werden Sie mit diesem Thema nicht in Ruhe lassen und auch nicht in Ruhe lassen können; denn es geht um die Interessen von Millionen Menschen, die als Verkehrsteilnehmer und Energieverbraucher oder als Beschäftigte in der Energie- und Verkehrswirtschaft Leidtragende einer falschen Politik sind. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Dr. Horstmann. - Als nächster Redner hat Herr Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In der Energiedebatte werden im Moment drei Bereiche intensiv diskutiert.

Der erste Bereich ist die Kostenexplosion beim Öl und im Folgenden - so, wie wir die Praxis kennen - mit Sicherheit auch beim Gas. Wir haben es bisher noch nicht erlebt, dass Öl 70 Dollar pro Barrel kostet, und es gibt ernst zu nehmende Diskussionen darüber, dass das nicht das Ende der Fahnenstange ist, sondern dass wir uns womöglich - auch, wenn es noch etwas dauert - auf Preise von 100 und 200 Dollar pro Barrel einstellen müssen.

Es gibt seriöse Quellen, die sagen, dass die Gesamtmenge der Ölförderung in den nächsten fünf bis zehn Jahren den Höhepunkt erreichen wird. Es wird dann zwei Szenarien geben, die gleichzeitig ablaufen werden: Die Fördermöglichkeit wird abnehmen, gleichzeitig wird es einen deutlich ansteigenden Bedarf geben, weil Länder wie Indien und China auf den Weltmarkt drängen - wir erleben das ja jetzt schon in anderen Rohstoffbereichen - und mehr Öl haben wollen. Bei einem sich verknappenden Angebot und einer stärkeren Nachfrage bedeutet das, dass die Kosten dann noch weiter ansteigen werden.

Das spielt sehr wohl auch für ein Industrie- und Energieland wie Nordrhein-Westfalen eine Rolle, weil wir uns natürlich darauf einstellen müssen. Wir brauchen uns nicht um fünf oder zehn Jahre zu streiten. Wir müssen uns darauf einstellen, wie sich das entwickelt und welche Auswirkungen das für NRW haben kann. Gleichzeitig müssen wir dabei davon ausgehen, dass Mitte des Jahrhunderts neun Milliarden Menschen auf der Welt Energie haben wollen und nachfragen werden und dass natürlich vor allen Dingen bei den beiden Primärenergieträgern Öl und Gas die Nachfrage so stark ansteigen wird, dass Verknappungs- oder Auslauf-Szenarien zu befürchten sind.

Zur gleichen Zeit führen wir die Klimaschutzdebatte. Ich erinnere an die letzten Ereignisse bei uns, im Alpenraum, in Südfrankreich und in New Orleans, wo sich ja jetzt schon die nächste Katastrophe andeutet, auch an die Starkregenereignisse, die bei uns immer häufiger auftreten. Die gesamte Frage des Klimaschutzes spielt jedenfalls bei den meisten Menschen, die sich damit befassen, eine wichtige Rolle.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Walsum!)

- Walsum ist eine andere Baustelle. Ich würde gerne darüber diskutieren, ob es dabei tatsächlich um energiepolitische Gesichtspunkte geht oder darum, dass wir einen bestimmten Bereich sozialverträglich beenden und damit auch Hochwasserisiken und anderes beseitigen. Aber, keine Sor-

ge, ich komme gleich zu Ihnen und werde mich auch mit Ihren Themen beschäftigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aus beidem - aus der Diskussion über die Reichweite und den Klimaschutz - folgt, dass wir effizienter mit Energie umgehen müssen, dass wir sie sparsamer einsetzen und dort, wo es möglich und vom Preis her vernünftig ist, Substitutionsmechanismen entwickeln müssen. Ich bin mir sicher, dass wir uns irgendwann an den Kopf fassen werden, wenn wir registrieren, dass wir Öl in Gebäuden verheizt haben, obwohl dort die Substitutionsmöglichkeiten am einfachsten sind.

Gestern wurde die Internationale Automobilausstellung in Frankfurt eröffnet. Dort wird vor dem Hintergrund der hohen Ölpreise intensiv darüber diskutiert, wie Kraftfahrzeuge entwickelt werden können, die weniger Energie brauchen. Das Thema spielt für Nordrhein-Westfalen eine außerordentlich wichtige Rolle, weil der gesamte Bereich der Petrochemie und der daran hängende Maschinenbau auf den Rohstoff Erdöl angewiesen sind. Wenn Verknappungs- und Preissteigerungsszenarien in der angedeuteten Art auftreten, spielt das also eine Rolle. Deshalb muss auch da unsere Konsequenz sein, dass wir in den Bereichen nachwachsende Rohstoffe, Energiesparen und Energieeffizienz ambitioniert vorgehen und die Chancen für Nordrhein-Westfalen nutzen, die wir als Technikland im Export brauchen.

Herr Ministerpräsident, wenn ich mir Ihren Koalitionsvertrag und Ihre Regierungserklärung ansehe, lese ich zu all dem überhaupt nichts. Dann kann ich sehr wohl verstehen, dass die SPD-Fraktion eine Aktuelle Stunde beantragt, weil zu einer Debatte, die in den letzten Wochen und Monaten so intensiv läuft, im Programm der Regierungsfaktionen überhaupt nichts enthalten ist - obwohl gerade die CDU vor langer Zeit in der Klimaschutzpolitik Meriten hatte; aber in den letzten Jahren ist von ihr in NRW nichts gekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kann man hier sehr wohl zum Thema machen, und das muss man kritisieren.

Wir haben ein drittes Thema, die Wettbewerbsdebatte, die wir, wenn wir uns heute Morgen die Zeitungen anschauen, in vielen Facetten erleben. Bei der Wettbewerbsdebatte würde ich gerne - das hat mit unserem Antrag zu tun - mit einem Zitat des Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie, Dr. Werner Marnette, anfangen, der in einem Interview in der „Süddeutschen Zeitung“

vom 17. Juni 2005 die Lage am deutschen Strommarkt wie folgt charakterisiert hat:

Deutschland ist jetzt quasi aufgeteilt in vier Besatzungszonen: Die Konzerne Eon, RWE, Vattenfall und EnBW beherrschen 90 % des Marktes, und zwar bis tief hinein in die kommunalen Strukturen. Zwischen den Besatzungszonen findet kein Wettbewerb statt. Früher haben sich die Monopolisten noch um große Kunden bemüht. Heute müssen wir als Großkunden die Erzeuger bitten, uns ein Angebot zu machen.

Ich glaube, das, was Werner Marnette kritisiert hat - er musste daraus die Konsequenzen ziehen und als Vorsitzender des Energieausschusses des BDI zurücktreten, weil der Druck der Großkonzerne zu stark war; das hat er selber gesagt, das ist nicht meine Erfindung -, ist sehr wohl wert, hier im Hause Thema zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Im Energiebereich des Koalitionsvertrags steht hierzu kein Wort. Ich habe dann weitergesucht, weil es Analogien gibt. Das, was wir im Strombereich kritisieren, die Konzentration der Herstellung von Strom und der Besitz der Netze bei den Großkonzernen, haben wir auch im Nahverkehrsreich. Da findet sich im Koalitionsvertrag zum Verkehrsbereich immerhin der Satz:

„Die Trennung von Netz und Betrieb kann eine Voraussetzung dazu sein.“

Das ist richtig, das ist ein guter Weg. Wenn Sie ihn denn umsetzen würden, wäre das etwas Vernünftiges. Wieso findet sich Derartiges nicht im Bereich Energiepolitik? Wir haben viele Debatten um die Erneuerbaren - das ist ja eines Ihrer Steckenpferde - gehabt. Darauf setzen Sie immer. Dass die Netzdurchleitungskosten in der Bundesrepublik um 3 Cent höher sind als im europäischen Mittel und dass die vorhandenen Netzstrukturen missbraucht werden, um damit auf der einen Seite die Preise zu treiben und auf der anderen Seite Rekorderlöse zu erzielen, ist ein Thema, das Sie auch beschäftigen müsste. Dazu findet man in Ihrem Koalitionsvertrag kein Wort, und in der Regierungserklärung ist es auch nicht enthalten.

Das heißt, die Kritik, dass sich diese Landesregierung offensichtlich nicht vernünftig mit diesen Themen beschäftigt, keine Schritte nach vorne macht und keine Lösungsmöglichkeiten anbietet, ist der Grund für die Aktuelle Stunde. Das ist aus meiner Sicht völlig richtig und nachvollziehbar. Sie haben es in der Oppositionszeit nicht gemacht; jetzt erwarten wir es von Ihnen. Ich kann dem Kol-

legen Horstmann nur zustimmen: Wir werden Sie sicherlich nicht aus der Debatte entlassen, sondern werden die Debatte weiterführen. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Priggen. - Herr Weisbrich von der CDU.

**Christian Weisbrich (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Horstmann, so temperamentvoll wie heute habe ich Sie noch nie erlebt. Ich glaube, Sie wollen davon ablenken, dass Sie in Ihrer Amtszeit als Energieminister Nordrhein-Westfalens restlos gescheitert sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Wählerinnen und Wähler haben uns am 22. Mai ein klares Mandat für eine neue Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen erteilt. Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir in der Energiepolitik machen werden, und wir werden uns daran halten. Das werden Sie erleben.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Nicht einmal nach der Wahl haben Sie das gesagt!)

Die Anträge, die heute von SPD und Grünen gestellt wurden, passen nicht so recht zusammen. Sie haben nur einen gemeinsamen Nenner nach der alten Indianerweisheit: Der Feind meines Feindes ist mein Freund. Obwohl die abgewählte Streitkoalition oft genug demonstriert hat, dass den Roten Bergbausubventionen über alles gehen, während die Grünen lieber Windsubventionen nachjagen, hacken heute die alten Streithähne gemeinsam auf uns ein, weil wir mit beidem aufräumen wollen.

Dabei ist die Unterstellung, verehrter Herr Kollege Horstmann, die Landesregierung könnte die Interessen des Energielandes Nordrhein-Westfalen verspielen, ziemlich dreist. Seien Sie versichert: Das Gegenteil wird der Fall sein. Das zeigt schon ein einfacher Blick auf die Fakten. Sie haben behauptet, das Kraftwerkerneuerungsprogramm komme zum Stocken. Im Gegenteil, das Kraftwerkerneuerungsprogramm läuft auf Hochtouren. In Hamm-Uentrop wurde vor wenigen Tagen mit dem Bau eines GuD-Kraftwerks begonnen. In Hürth steht der Neubau, wie Sie wissen, unmittelbar bevor. RWE plant in Walsum.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das war ja schon eingestiegt!)

Das 5-Milliarden-Investitionsprogramm ist also voll im Plan. Wir verunsichern die Energiewirtschaft ganz bestimmt nicht.

Sie dürfen versichert sein: Auch die erneuerbaren Energien werden unter Schwarz-Gelb nicht zu kurz kommen. Derzeit werden in Nordrhein-Westfalen - und das ist das Ergebnis Ihrer Politik - lediglich 3 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen. Bundesweit sind es, wenn ich richtig informiert bin, Herr Kollege Priggen, etwa 10 %.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Sie können davon ausgehen, dass die neue Landesregierung im Gegensatz zu ihren Amtsvorgängern diesen Rückstand deutlich verringern wird - allerdings mit stetem Blick auf technologische Realisierbarkeit und auf Wirtschaftlichkeit.

Energiepolitik für Nordrhein-Westfalen - ich bitte Sie, das einmal zur Kenntnis zu nehmen - ist für uns Standortpolitik und integraler Bestandteil der Wirtschaftspolitik; denn Energiepolitik hat Auswirkungen auf Beschäftigung, wirtschaftliche Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit und damit auf den Wohlstand des Landes. Wenn Sie diese Parameter als Messgrößen sehen, dann können Sie sich auch einmal überlegen, ob Sie denn mit Ihrer Energiepolitik in der Vergangenheit erfolgreich waren oder ob Sie versagt haben.

(Beifall von der CDU)

Wettbewerbsfähigkeit, Versorgungssicherheit sowie Umwelt- und Sozialverträglichkeit sind für uns gleichrangige Ziele, deren Erfüllung wir Schritt für Schritt, ohne uns unter Druck setzen zu lassen, optimieren werden. Voraussetzungen dafür sind allerdings Zukunftsoffenheit, Innovationen sowie Anreize für Energieeinsparung und Energieeffizienz.

Zur Umsetzung - das sei auch klar gesagt - setzen wir auf einen marktwirtschaftlichen Rahmen und auf den darin angelegten Wettbewerb.

Aufgabe der Landespolitik ist es, den Energiestandort Nordrhein-Westfalen langfristig zu sichern, die Umwelt zu schonen, einen breiten Energieträgermix zu erhalten und über technische Innovationen zusätzliche Arbeitsplätze zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, diese Ziele lassen sich nur erreichen, wenn die Energieforschung in allen Bereichen vorangetrieben wird. Erfolge in diesem Sektor sichern auch die Exportmöglichkeiten des nordrhein-westfälischen Anlagebaus, den wir beileibe nicht unterschätzen. Energieforschung

ohne Scheuklappen ist für uns das strategische Element einer zukunftsorientierten, nachhaltigen Energieversorgung.

Wie wichtig das ist, zeigt ein Blick auf den zunehmenden Energiebedarf der Weltbevölkerung, der uns vor ganz neue Herausforderungen stellt. In Deutschland verfügen wir über einen installierten Kraftwerkspark von etwa 120.000 Megawatt. Allein der chinesische Zubaubedarf in den nächsten Jahren liegt bei 1 Million Megawatt - von Indien, Indonesien oder Brasilien einmal ganz zu schweigen. Allein die angenommene Versechsfachung des Pro-Kopf-Verbrauchs an Strom in Indien wird dort zu zusätzlichen CO<sub>2</sub>-Emissionen von 3,5 Milliarden t pro Jahr führen. Das ist der siebenfache Ausstoß der Industrie und der Energiewirtschaft in der Bundesrepublik Deutschland.

Verehrter Kollege Priggen, damit werden die Bemühungen Europas, den CO<sub>2</sub>-Ausstoß binnen 20 Jahren um 250 Millionen t zu reduzieren, doch ziemlich relativiert. In Deutschland selbst fallen gerade einmal 4 % aller CO<sub>2</sub>-Emissionen an. Und bei den Minderungszielen für die nächsten Jahre geht es um die Verminderung von CO<sub>2</sub> in Höhe von lediglich 0,07 % im Weltmaßstab.

Ich will mit diesen Hinweisen nur aufzeigen, dass rot-grüne Energie- und Umweltpolitik im nationalen oder gar regionalen Rahmen keine Zukunft hat. Eine Energie- und Umweltpolitik, die die nationalen Standortvor- und -nachteile bei der Erzeugung und Energieversorgung außer Acht lässt, die mit hohem finanziellem Aufwand Steinkohle und die unsichere Windenergie fördert und gleichzeitig aus der von allen wichtigen Industriestaaten genutzten Kernenergie aussteigt, wird keines der angestrebten Ziele erreichen - weder eine sichere, bezahlbare Energieversorgung noch den Schutz der Umwelt.

Angesichts des weltweiten Energiehungers werden wir uns damit abfinden müssen, dass die Preise für Primärenergieträger im Geleitzug nach oben gehen. Persönlich halte ich es deshalb für populistisch, wenn Politiker wie Sie, Herr Horstmann, hier vor der Bundestagswahl

(Ralf Jäger [SPD]: Landtag!)

den Eindruck erwecken, sie könnten diese Entwicklung stoppen. Nicht die Politik ist am Zuge, sondern das Bundeskartellamt mit seinen gesetzlichen Möglichkeiten. Und das Bundeskartellamt hat, wie Sie wissen, die richtigen Schritte eingeleitet.

Jahrzehntelange Lieferverträge zwischen großen Importeuren und Stadtwerken sind nichts anderes

als eine Marktverschließung, weil neue Wettbewerber so kaum Chancen haben, Kunden zu finden. Genauso wichtig wie die Verkürzung der Lieferbedingungen ist allerdings die Sicherung eines fairen Netzzugangs für neue Anbieter durch die Bundesnetzagentur.

Entscheidend im Kampf um mehr Wettbewerb wird es sein, dass Bundeskartellamt und Bundesnetzagentur am gleichen Strang, in die gleiche Richtung ziehen. Die Einflussmöglichkeiten der Landesregierung darauf sind, wie Sie wissen, relativ begrenzt. Regional kann man das eine oder andere kontrollieren und in Ordnung bringen; insgesamt sind diese Möglichkeiten aber begrenzt. Wir sollten auch nicht so tun, als könnten wir etwas anderes erreichen, was uns als Politikern gar nicht zukommt.

Sie dürfen versichert sein: Die Einflussmöglichkeiten, die die Landesregierung hat, werden genutzt. Darauf können nicht nur Sie vertrauen; darauf können vor allem die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land vertrauen. Wir werden alles tun, um Monopolmissbrauch zu verhindern. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Weisbrich. - Ich gebe jetzt Herrn Brockes von der FDP das Wort.

**Dietmar Brockes (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir haben gerade eben den dritten Versuch der SPD gehört, die Energiepolitik der neuen Landesregierung zu diskreditieren.

Herr Horstmann hat es offenbar immer noch nicht verkraftet, dass er seinen Job als Energieminister los ist. Mittlerweile hat man sich ja schon an den schlechten Stil gewöhnt, dass die Vorgänger ihre Nachfolger im Amt kritisieren und scharf angehen. Es ist aber schon bemerkenswert, Herr Horstmann, dass gerade von Ihnen als dem Einzigen in diesem Hohen Haus, der zwei Mal als Minister gescheitert ist, diese Kritik hier so hart vorgebracht wird.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, falsche Behauptungen werden auch durch penetrantes Wiederholen nicht richtig. Deshalb hier noch einmal für Herrn Dr. Horstmann zum Mitschreiben: Keine - keine! - Kraftwerksinvestition in Nordrhein-Westfalen wird durch eine mögliche Verlängerung der Restlaufzeiten deutscher Kernkraftwerke be-

hindert. Das Kraftwerkserneuerungsprogramm läuft auf Hochtouren. In Hamm-Uentrop hat vor wenigen Tagen der erste Spatenstich stattgefunden.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dafür haben Sie ja nichts getan, Herr Brockes! Gar nichts!)

In Hürth steht er unmittelbar bevor.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Alles von unserer Politik! - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD] - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Alles die Erfolge unserer Politik, Herr Brockes!)

- Hören Sie gut zu, werden Sie ein bisschen ruhiger.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ein bisschen schneller können Sie schon!)

Am Sonntag sind Sie auch wieder ein ganzes Stück klüger.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, an diesem Beispiel wird klar: Das 5-Milliarden-Investitionsprogramm im NRW-Kraftwerkspark ist voll und ganz im Plan.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Wegen unserer Politik!)

Interessant ist - Sie haben dieses Argument jetzt zum dritten Mal vorgebracht -: Bis heute hat kein einziger Energieversorger Ihrer These zugestimmt. Langsam würde ich mir mal ein paar neue Argumente einfallen lassen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Eine Folge unserer Politik, Herr Brockes!)

Für seine energiepolitischen Einlassungen erntet Herr Horstmann mittlerweile selbst vom früheren Koalitionspartner nur noch Hohn und Spott, wie in der gestrigen Pressemeldung von Herrn Kollegen Priggen

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war ein Lob!)

unter der Überschrift: "Das Outing des Axel Horstmann" nachzulesen war. Ich zitiere mit Genehmigung der Präsidentin

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das war ein Lob! - Gisela Walsken [SPD]: Das hat er nicht verstanden! - Ralf Jäger [SPD]: Es waren keine Bilder dabei! - Heiterkeit von SPD und GRÜNEN)

- hören Sie gut zu, was Ihr Kollege geschrieben hat -:

Kein Wort vom Steinkohlesockel, ein Hoch auf Erneuerbare Energien und den Atomausstieg. Nach der heutigen Vorstellung gehe ich davon aus, dass Herr Horstmann mit der Zweitstimme die Grünen wählt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Passen Sie mal lieber auf, dass Sie Ihre Zweitstimme kriegen!)

Herr Priggen, wenn Sie sich auf diese Stimme verlassen, bekommen Sie wirklich Probleme mit Ihren 5 % in Nordrhein-Westfalen.

(Heiterkeit von der SPD - Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie war das mit dem Glashaus, wenn man selber drin sitzt?)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist in der Tat bemerkenswert, dass das Thema Steinkohle überhaupt keine Beachtung mehr findet. Sie spielen sich als Retter des Energielandes Nordrhein-Westfalen auf und verschweigen, dass Sie es mit Ihrer rückwärts gewandten Steinkohlepolitik ruiniert haben.

(Beifall von FDP und CDU)

Man muss sich die Fakten nur noch einmal vergegenwärtigen. 80 Milliarden € Subventionen für die deutsche Steinkohle allein von 1990 bis 2005.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Mit Bundeswirtschaftsminister Rexrodt, FDP!)

Ginge es nach SPD und Grünen, kämen bis 2012 insgesamt 16 Milliarden € hinzu, davon 3,44 Milliarden € aus dem Landeshaushalt NRW, der bereits jetzt ein strukturelles Defizit von 6,5 bis 7 Milliarden € aufweist.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Kohl und Rexrodt! - Hannelore Kraft [SPD]: Seit die CDU dran ist!)

Derzeit wird jeder Arbeitsplatz im Steinkohlenbergbau mit jährlich 76.000 € subventioniert.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Mit Kohl und Rexrodt! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Ruhig, ruhig.

(Ralf Jäger [SPD]: Und jetzt? - Heiterkeit von der SPD)

Ginge es nach Ihnen, würde dies bis 2012 auf einen Betrag von 90.000 € ansteigen. Meine Damen und Herren, das ist unverantwortlich.

(Beifall von der FDP)

Die an dieser Stelle vorgebrachten Argumente, die Steuermilliarden seien gut angelegtes Geld,

eine Art Versicherungspolice gegen Versorgungsengpässe auf den Energiemärkten, ist völliger Humbug; denn ihren früheren Stellenwert als nationale Energiereserve hat die deutsche Steinkohle längst eingebüßt. Ihr Anteil am Primärenergieverbrauch der Bundesrepublik beträgt schon heute nur noch 5 % und wäre nach den Beschlüssen von Rot-Grün bis 2012 auf gerade einmal 3 % gesunken. Deshalb wäre die Fortsetzung des Steinkohlenbergbaus nicht nur haushaltspolitisch, sondern auch energiepolitisch unverantwortlich.

FDP und CDU haben sich deshalb auch in der Energiepolitik auf einen klaren Kurs der Modernisierung und der marktwirtschaftlichen Erneuerung verständigt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Donnerwetter!)

Wir wollen wettbewerbsverzerrende Subventionen konsequent abbauen und dirigistische Eingriffe unterbinden. Wir machen einen energiepolitischen Neuanfang, der Markt und Wettbewerb wieder Geltung verschafft. Der Markt ist der effizienteste und produktivste Mechanismus zur Lenkung von Energieverbrauch und Energieangebot. Er allein gewährleistet die erforderliche Flexibilität, um die Bedürfnisse der privaten und gewerblichen Stromverbraucher mit einem technologisch hochwertigen Angebot der Stromproduzenten in Einklang zu bringen. Der Wettbewerb sorgt dafür, dass sich neue günstigere und effizientere Methoden der Energieproduktion entwickeln können. Die ideologisch motivierte Bevorzugung einzelner Energieträger oder gar der komplette Ausstieg aus einem Versorgungszweig hat hier keinen Platz.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Selbstverständlich haben erneuerbare Energien im Energiemix der Zukunft einen festen Platz. Wie groß dieser Platz sein wird, darf sich aber nicht an ideologischen Vorgaben orientieren. Technologische Realisierbarkeit und Wirtschaftlichkeit sind die entscheidenden Kriterien.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Können Sie Ihre Rede buchstabieren?)

Ziel muss es sein, dass die erneuerbaren Energien Marktreife erlangen. Dies wird aber nicht dadurch erreicht, dass solche Energieträger mittels Garantiepreisen vom Wettbewerb ausgeschlossen werden und damit jeglicher Anreiz für eine Effizienzsteigerung beseitigt wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, trotz massiver Förderung werden in Nordrhein-Westfalen derzeit nur 3 % des Stroms aus erneuerbaren Energien gewonnen, bundesweit sind es

dagegen 10 %. Die neue Landesregierung will diesen Anteil ausbauen. Große Potenziale sehen wir bei Biomasse, Brennstoffzellentechnik oder der Nutzung der Erdwärme. Die weitere Versparung des Landes dagegen ist der falsche Weg.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in dem Antrag zu der Aktuellen Stunde wird die Landesregierung aufgefordert darzulegen, welche Maßnahmen sie ergreifen wird, um angesichts der steigenden Energiekosten die Interessen der Verbraucher zu sichern. Da stellt sich zunächst einmal die Frage, wie die Verbraucherinteressen unter Rot-Grün berücksichtigt wurden. Regulierungen und Subventionen in Form des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes und der Ökosteuer haben dazu geführt, dass sich der Staatsanteil an der Stromrechnung seit 1989 verfünffacht hat.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Brockes, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dietmar Brockes (FDP):** Ich komme zum Schluss, Frau Präsidentin. - 12 Milliarden € zieht Rot-Grün den Stromkunden in diesem Jahr aus der Tasche. Dies zeigt, wie unsozial Ihre Politik ist; denn dies trifft gerade diejenigen, die ein niedriges Einkommen haben. Die Rentnerin mit der kleinen Rente wird genauso wie die kinderreichen Familien besonders stark belastet. Kochen, Waschen und Heizen müssen alle diese Familien, denen Sie ins Portemonnaie greifen.

Meine Damen und Herren, ich freue mich auf die weitere Beratung. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Brockes. - Für die Landesregierung hat jetzt Frau Ministerin Thoben das Wort.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Priggen, in unserem Wahlprogramm hat nie gestanden, dass wir einen Benzinpreis von 5 DM je Liter für sinnvoll halten.

(Beifall von der CDU - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Aber PKW-Maut und Mehrwertsteuererhöhung!)

Zum Thema Klimaschutz: Warum haben wir denn in Nordrhein-Westfalen und bundesweit mit 2 bis 3 % einen extrem niedrigen Anteil bei der Nutzung von Wärmepumpen in Neubauten, während er in der Schweiz bei 40 % liegt? - Das hängt mit Ihrer

ideologischen Bremse zusammen. Weil man für den Betrieb einer Wärmepumpe Strom braucht, hört Ihr Denken auf. Dabei ist der Erfolgsfaktor 1:4, wenn man die Wärmepumpe einsetzt.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bitte Sie, das im Zusammenhang zu sehen.

Zur Wettbewerbsdebatte: Herr Priggen, ich nehme Ihre Sachargumente alle sehr ernst. Aber wenn Sie hier vortragen, dass der Strompreis in vier Besatzungszonen aufgeteilt ist, frage ich Sie, ob Sie damit wirklich behaupten wollen, dass diese in den letzten acht Wochen entstanden seien. Das, was Sie hierzu vorzutragen, ist doch lächerlich.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu Herrn Horstmann: Herr Horstmann, für jemanden, der noch vor wenigen Wochen Energieminister war, sind Sie reichlich uninformiert, durcheinander und widersprüchlich in Ihren Aussagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Was soll ich Ihnen denn nun erklären, Herr Horstmann?

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Gar nichts!)

Soll ich Ihnen erklären, dass ein verstärkter Einsatz erneuerbarer Energien die Strompreise senkt? Wollen Sie, dass ich das vortrage, oder wollen Sie, dass ich Ihnen erkläre, dass das Kraftwerkerneuerungsprogramm in Nordrhein-Westfalen läuft?

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Unseres!)

Als Verkehrsminister müssen Sie doch wissen, dass Baden-Württemberg woanders liegt als Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier läuft das Erneuerungsprogramm, und obwohl der SPD das in der Vergangenheit nicht gepasst hat, werden in Nordrhein-Westfalen Gaskraftwerke gebaut.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die wir ermöglicht haben!)

Herr Horstmann, ich frage Sie zusätzlich Folgendes: Der derzeitige Bundeskanzler preist neue Verträge mit Russland. Sie wehren sich aber gegen die Importabhängigkeit. Was gilt denn jetzt? Wollen Sie oder wollen Sie nicht?

(Beifall von der CDU)

Sie müssen sich irgendwann einmal entscheiden.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen eine ganz klare Linie, die Effizienz der Kraftwerke muss steigen, die auf Primärenergiebasis Steinkohle/Braunkohle laufen. Das ist ein ganz wichtiger Punkt.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das müssen Sie mir doch nicht erklären, Frau Thoben!)

Herr Horstmann, wenn das aber 97 % sind, bedeutet ein Umstieg auf das, was Sie plötzlich heute zu den erneuerbaren Energien vortragen, einen ziemlich langwierigen Prozess. Reden Sie ehrlich mit den Leuten, dann verstehen die auch, was Sie wollen. So versteht man es nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Zu den erneuerbaren Energien haben Vorredner schon vorgetragen, wo unsere Chancen liegen. Da werden Sie uns immer an der Seite derer finden, die fordern, es müsse noch ein bisschen schneller gehen und es sollte noch ein bisschen mehr sein. Aber das geschieht mit dem Ziel, Wirtschaftlichkeit bei der Nutzung herzustellen. Das ist nach dem, was Sie uns hier haushaltsmäßig angetan haben, mehr als überfällig.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich hoffe, dass Sie in der nächsten Woche, wenn auch unter Schmerzen, zur Wirklichkeit zurückfinden, sodass wir dann in Ruhe noch einmal die Frage der Preisentwicklung und wer dabei was tun kann, hier besprechen können. Für heute hierzu nur so viel: Wir begrüßen ausdrücklich die Intervention des Bundeskartellamtes. Wir selber - Herr Horstmann, das könnten Sie wissen - haben eine Preisaufsicht über Haushaltstarife.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was machen Sie!)

Gehen Sie davon aus, dass wir diese nutzen werden. Sie wissen, dass die Fachabteilung im Haus dazu in der Vergangenheit in der Lage war. Das wird sie auch in Zukunft sein. Was behaupten Sie hier dann anderes? Das ist doch völlig Unsinn.

Jetzt kommen wir zur Netzregulierung: Herr Horstmann, auch das könnten Sie wissen, selbst wenn es schwer fällt, das zuzugeben. Die Aufsicht über die Verteilnetze regionaler Stadtwerke ist so gestaltet, dass wir ab 1. November dieses Jahres tätig werden können. Was rufen Sie dann dazu hier in die Gegend und machen die Leute verrückt, als ob wir irgendetwas nicht machen würden?

(Beifall von CDU und FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ich habe Sie gefragt, was Sie

tun! - Rainer Schmelzer [SPD]: Nur Luftblasen!)

Im Bereich Erdgas sind die Fristen noch etwas anders.

Ich wünsche Ihnen, dass Sie sich beruhigen. Die Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit setzt aber voraus, dass man sich darauf durch Information, Nachdenken und Abwägen vorbereitet. Ich rechne nicht damit, dass Sie dazu schon bald die Kraft haben.

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmelzer [SPD]: Sie hat nichts gesagt!)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Vielen Dank, Frau Thoben. - Als nächster Redner hat Herr Römer von der SPD-Fraktion das Wort.

**Norbert Römer (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Mit Verlaub, Herr Brockes, Sie haben gerade das personifizierte Beispiel für die energiepolitische Ahnungslosigkeit und Konzeptionslosigkeit Ihrer Partei abgegeben. Das war schon eine Demonstration.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, ich will, wie es der Anlass der Aktuellen Stunde war - nach den Einlassungen der Ministerin ist das dringend notwendig -, zur Energiepolitik zurückkehren und darauf aufmerksam machen, dass ich mich darauf freue, wenn endlich irgendwann einmal die neue Energiepolitik dieser Regierungskoalition vorgestellt wird. Ich habe dazu außer Begriffe wie Blockade und Ausstieg noch nichts gehört.

(Beifall von der SPD)

Turbulenzen auf den Energiemärkten machen eines jedenfalls ganz deutlich: Besonders wir in diesem Hohen Hause sind gut beraten, die ganze Bandbreite der Energiepolitik im Blick zu behalten, nichts zu vernachlässigen und schon gar nicht falsche oder gar unumkehrbare Entscheidungen zu treffen, so wie Sie das mit der Blockade von Windenergie und vor allem mit dem Ausstieg aus der heimischen Steinkohle vorhaben. Das ist eine völlig falsche Weichenstellung und ist gegen die Interessen des Landes gerichtet.

(Beifall von der SPD)

Sie träumen - Herr Brockes hat es gerade noch einmal deutlich gemacht - diesen marktradikalen Traum vom energiewirtschaftlichen Schlaraffenland, in dem wir uns stets mit billiger Energie aus

anderen Ländern versorgen könnten. Der Traum ist ausgeträumt. Die Entwicklung auf den Ölmärkten beweist das ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Das bleibt also ein Wunschtraum, und deshalb füge ich hinzu: Sie haben ganz offensichtlich aus den Ölpreisentwicklungen der 80er- und 90er-Jahre überhaupt nichts gelernt. Sie haben kein energiepolitisches Konzept. Sie können und wollen keine Vorsorge für Zukunftsentwicklungen treffen. Das ist der Makel in dem, was Sie hier vortragen.

(Beifall von der SPD)

Also zurück zur Energiepolitik. - Jeder halbwegs Kundige, Herr Brockes, weiß, dass heute niemand zuverlässig voraussagen kann, und zwar wirklich niemand - auch ich nicht -, wie denn die Energieversorgungsstruktur in 30, in 40 oder sogar in 50 Jahren sein wird, welche Energieträger dann in welchen Mengen und zu welchen Preisen zur Verfügung stehen.

Jeder halbwegs Kundige weiß ebenfalls, dass jeder Energieträger seine ganz spezifischen Risiken hat. Deshalb sind wir aus beiden Gründen - wegen der unvorhersehbaren Mengen- und Preisentwicklung und wegen der breiten Risikostreuung - gut beraten, hier in Nordrhein-Westfalen an unserem bewährten Energiemix festzuhalten. Deshalb sind wir gut beraten - das ist eben von Herrn Horstmann herausgestellt worden -, die Effizienz bei Erzeugung und Verbrauch von Energie weiter zu steigern, die erneuerbaren Energieträger weiter zu fördern, sie marktgängig zu machen - in all ihrer Breite, Frau Thoben - und unsere heimische Kohle umweltschonend und noch effizienter einzusetzen.

Wenn ich von der heimischen Kohle spreche, dann meine ich beide Kohlearten: die Braunkohle genauso wie die Steinkohle. Beide Arten sind in unserem Land vorhanden, beide sind hier für viele Jahrzehnte, ja noch für Jahrhunderte verfügbar, und niemand kann uns den Zugang zu diesen Kohlevorräten streitig machen. Nur wir selbst haben das in der Hand. Nur wir selbst haben es in der Hand, diesen Zugang auch für nachfolgende Generationen, die dringend darauf angewiesen sein werden, zu sichern.

Es bleibt völlig richtig, nach neuen Energieträgern zu suchen, neue Möglichkeiten der Energiegewinnung zu erforschen. Denn wir wissen um die Begrenztheit der Vorräte an fossilen Energieträgern weltweit. Und wir wissen auch um die Risi-

ken beim Verbrennen von Öl, Gas und ebenso von Kohle.

Aber wir wissen genauso gut, dass wir noch für lange Zeit fossile Energieträger brauchen - auch Öl, auch Gas und auch Kohle. Weil dies die Fundamente einer in die Zukunft gerichteten Energieversorgung sind, mit der wir eine Brücke in die Zukunft bauen wollen, sind wir in Nordrhein-Westfalen gut beraten, bei beiden Kohlearten nicht nachzulassen. Denn es gehört zum energiepolitischen Einmaleins, sich nicht in totale Abhängigkeiten von Lieferungen aus anderen Ländern zu begeben.

Ich möchte aus einer Resolution eines Rates einer Stadt im Westfälischen zitieren. Diese Resolution hat der Oberbürgermeister von Hamm, Herr Hunsteger-Petermann - in Klammern: CDU -, eingebracht, und sie wurde dort mit allen Stimmen der CDU verabschiedet. Ich zitiere:

„Für die erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland ist es wichtig, dass die deutsche Steinkohle langfristig als vom Ausland unabhängige Energiereserve eine Zukunftsperspektive hat.“

Ich zitiere weiter - hören Sie genau zu -:

„Es wäre fatal, wenn unsere Wirtschaft und die nationale Energieversorgung zu sehr von Öl und Gas abhängig wären, das wir aus Regionen aus der Welt exportieren müssten, in denen Krisen und Krieg herrschen.“

Nur so viel aus einer Resolution der Stadt Hamm, eingebracht von CDU-Oberbürgermeister Hunsteger-Petermann.

Deshalb, meine Damen und Herren, sind wir gut beraten, den Menschen, die ein sicheres Gespür dafür haben, was richtig und gut für die Zukunftsentwicklung ist, auch tatsächlich zu folgen.

Sie, Frau Thoben, wissen von vielen Umfragen - nicht nur in Nordrhein-Westfalen, sondern bundesweit -, dass uns die weit überwiegende Mehrheit der Menschen immer noch rät, politische Verantwortung und vor allen Dingen politische Entscheidungen dafür zu treffen, dass wir auch zukünftig unsere heimische Steinkohle hier in Deutschland, hier in Nordrhein-Westfalen sichern können. Diese Menschen haben ein sicheres Gespür dafür, was zu tun sein wird.

Ich habe überhaupt nichts zu den Arbeitsplätzen, die mit dem Bergbau - der Braunkohle und der Steinkohle - verbunden sind und auch nichts zu der Wertschöpfungskette, die davon angetrieben wird, gesagt und tue das auch jetzt nicht. Das sind

alles wichtige und hilfreiche Argumente für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in unserem Land. Ich will energiepolitisch argumentieren und die Landesregierung auffordern, nicht nur zu sagen - Sie haben das aber gerade wieder gemacht, Frau Thoben -, sie mache eine neue Energiepolitik, sondern dem hohen Hause auch einmal aufzuzeigen, worin denn diese neue Energiepolitik bestehen solle. Dann können wir auch über die Zukunft reden. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Römer. - Als Nächster hat Herr Weisbrich von der CDU-Fraktion das Wort.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

**Christian Weisbrich (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir hier eben gehört haben, Herr Römer, war eigentlich schon ziemlich dreist. Das war die nahtlose Fortsetzung der steuerfinanzierten RAG-Kampagne für den Steinkohlenbergbau, an der sich die IG BCE kräftig beteiligt und die der Bundesrechnungshof beanstandet hat, und Sie stellen sich hier als Hauptvorstandsmitglied der IG BCE hin und erzählen uns etwas vom Film.

(Zurufe von der SPD)

Das ist Eigenwerbung hoch drei und hat überhaupt nichts damit zu tun, wie wir Energiepolitik verstehen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich finde das nicht in Ordnung, um es einmal ganz klar zu sagen.

Der Bundesrechnungshof hat das beanstandet,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wie Ihre Rede!)

und ich persönlich beanstandete es auch. Wie Sie dazu stehen, ist Ihre Sache. Ich finde es nicht in Ordnung.

Ich will mich jetzt nicht mehr auf diese verquere Kohledebatte einlassen. Denn wir haben heute eine mit dem Antrag der Grünen verbundene Debatte, und ich möchte daher noch ein bisschen zum Thema Stadtwerke sagen. Auch hier will ich ganz klar erklären, wo wir da ordnungspolitisch stehen.

Wir sind dagegen, dass die öffentliche Hand privaten Steuerzahlern in deren ureigensten Betätigungsfeldern Konkurrenz macht. Deshalb werden wir die Zulässigkeitsvoraussetzungen für die wirt-

schaftliche Betätigung öffentlicher Unternehmen wieder so definieren, wie sie sich nach den Erfahrungen aus der Weltwirtschaftskrise in der alten deutschen Gemeindeordnung herausgebildet und bis 1999 bewährt hatten.

Meine Damen und Herren von der SPD-Fraktion, Sie müssten jetzt eigentlich in Jubel ausbrechen und das unterstützen. Da Sie das aber nicht tun, darf ich Sie mit Ihrer Erlaubnis, Frau Präsidentin, einmal daran erinnern, was Exministerpräsident Wolfgang Clement vor seiner Fahnenflucht aus Nordrhein-Westfalen anlässlich der Eröffnung der Handwerksmesse in Köln am 10. Juni 1998 zu diesem Thema gesagt hat. Ich zitiere:

„Ich will für mich und auch für die Landesregierung NRW deutlich sagen, dass nach unserer Auffassung öffentliche Hände prinzipiell keine erwerbswirtschaftlichen Ziele verfolgen dürfen. Sie müssen ihrer Versorgungsaufgabe verpflichtet bleiben. Leere öffentliche Kassen lassen sich nicht dadurch füllen, dass die Verwaltungen mittelständischen Unternehmen Aufträge wegnehmen. Wer den Mittelstand auf diese Weise verdrängt, gefährdet unsere wirtschaftliche Basis.“

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, welch eine Sonntagsrede, welch ein Jubel im Auditorium in Köln! Die neue Mitte, die kurz vor der Bundestagswahl 1998 angesprochen werden sollte, war restlos begeistert. Schade nur, dass der Mittelstand, das viel beschworene Rückgrat unserer Wirtschaft, von Clement, von Herrn Schröder und von der ganzen SPD in Nordrhein-Westfalen derart getäuscht wurde!

(Beifall von der CDU)

Und das, meine Damen und Herren, wird die schwarz-gelbe Koalition von Rot-Grün unterscheiden: Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir nach der Wahl machen werden. Wir werden auch in diesem Fall das Versprechen halten.

(Zuruf von der SPD)

Meine Damen und Herren, wenn Sie sich jetzt wieder als Apostel des Wettbewerbs und als Gralshüter des Verbraucherschutzes anbieten, dann frage ich Sie einmal: Warum haben Sie während Ihrer Regierungszeit nicht auf die Monopolkommission gehört, die Ihnen 1997 zum Stichwort wirtschaftliche Betätigung der öffentlichen Hand etwas ganz eindeutig ins Stammbuch geschrieben hat. Scheinbar können Sie nicht lesen.

(Zuruf von der SPD: Unverschämt!)

Ich darf noch einmal zitieren, Frau Präsidentin:

„Von eigenständiger, ordnungspolitischer Bedeutung ist die wettbewerbsverzerrende Wirkung, die von öffentlichen Unternehmen als Teilnehmern am privaten Wirtschaftsgeschehen ausgeht. Öffentliche Unternehmen unterliegen faktisch keinem Konkursrisiko. Sie sind steuerlich vielfach besser gestellt und können sich oftmals deutlich günstiger refinanzieren als private Unternehmen. Wegen ihrer Nähe zum Staat und den Behörden ist ein bevorzugter Zugang zu öffentlichen Aufträgen nicht auszuschließen. Kommunale Netzbetreiber haben einen entscheidenden Einfluss auf die wettbewerbliche Organisation, auf den Regionalmärkten. Öffentliche Eigentümerschaft in Verbindung mit der Verfügungsgewalt über Wege-rechte schafft Spielräume für wettbewerbsverzerrende Verhaltensweisen.“

Und so weiter, und so weiter; so weit die deutsche Monopolkommission. Sie haben das während Ihrer Regierungszeit in den Wind geschlagen.

Meine Damen und Herren, um es einmal klar zu sagen: Wir werden keine Gemeinde zum Verkauf ihrer Stadtwerke zwingen. Da brauchen Sie sich keine Sorgen zu machen, Herr Priggen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Wir werden aber dafür sorgen, dass sich diese öffentlichen Unternehmen streng an die klassischen Aufgaben der Daseinsvorsorge halten und nicht mehr in mittelständischen Revieren wildern, nur um möglicherweise zusätzliches Geld zu Deckungsbeiträgen zu verdienen.

Was ich damit sagen will, kurz und knapp:

- Mit Facility-Management, Kraftfahrzeugreparaturen für alle, Consultingleistungen für Dritte und mit ähnlichen Scherzen muss Schluss sein.
- Die Kommunalaufsicht und das Gesetz gegen unlauteren Wettbewerb müssen wieder ernst genommen werden. Sofern es mithilfe von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten unterlaufen wird, werden wir diese Schlupflöcher schließen.
- Der öffentliche Dienst darf seine Personalprobleme nicht auf dem Rücken des Mittelstandes lösen.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Werfen Sie den Stadtwerken unlauteren Wettbewerb vor?)

- Die Annextätigkeiten öffentlicher Unternehmen sind keine Einnahmequelle für Kommunen.
- Was wir von den Stadtwerken wirklich erwarten, ist, dass sie alle unternehmerischen Möglichkeiten ausschöpfen, um den Verbrauchern marktgerechte Angebote für Strom, Gas, Wasser und Verkehrsdienstleistungen zu unterbreiten und dass sie ihre Netze nicht gebrauchen, um Wettbewerber fernzuhalten, sondern dass sie ihre Netze in den Dienst des Wettbewerbs stellen.

Schönen Dank.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Weisbrich. - Jetzt hat Herr Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Herr Weisbrich, Sie haben in Ihrem ersten Beitrag in der Beschreibung einige Punkte genannt, denen ich zustimmen würde. In der Perspektive aber war das genauso schwach wie das, was ich am Koalitionsvertrag kritisiere.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich möchte Sie gerne ernst nehmen. Sie reden von 3 % regenerativer Stromproduktion als Stromexportland NRW jetzt - im Bund sind es 10 % oder 11 % im Schnitt - und wollen die Differenz in NRW deutlich verringern. Dann sagen Sie doch ganz konkret, wie.

Die Ministerin hat gesagt, man werde sie immer an der Seite derer finden, die ein bisschen schneller und ein bisschen mehr bei erneuerbaren Energien machen wollen. Jedes Mal, wenn man wissen will, wie dies gehen soll, kneifen Sie und sagen es nicht. Im Gegenteil: Kollege Wittke rennt durch die Gegend und sagt: Die erneuerbaren Energien, die am preiswertesten sind, sind das Erste, was wir kaputtmachen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Herr Weisbrich, wir wollen ganz konkret wissen, was Sie machen.

Bei allen Differenzen, die wir in Sachfragen hatten, haben wir in allen Bereichen umfangreich erläutert, was wir entwickeln und was wir nach vorne schieben. Sie bleiben jede Antwort schuldig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie haben richtigerweise auf den Zubau von 1 Million Megawatt in China hingewiesen. Sie haben richtig beschrieben, was da wirtschaftlich los ist. Dann haben Sie sofort wieder unsere Bemühungen zum Klimaschutz vor dem Hintergrund dessen, was da passiert, relativiert: Das sei marginal, das bräuchten wir im Prinzip nicht mehr zu machen.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Aber das ist doch die logische Konsequenz, wenn Sie es so herunterspielen. Sonst müssten Sie konkret sagen, was Sie machen wollen. Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Wenn die Menschen in Indien eine Tonne CO<sub>2</sub> pro Kopf und Jahr verbrauchen, wir 11 t und die Amerikaner 20 t, dann liegt es an uns, als erste effizienter und sparsamer mit Energie umzugehen. Da ist es falsch, den anderen zu sagen: Ihr müsst das einsparen, was wir durch den Schornstein jagen wollen. Deswegen muss man Klimaschutzpolitik weiter voranbringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Frau Thoben, mir ist klar, dass wir in der Kommunikation mit unserem Beschluss „fünf Mark pro Liter“ damals einen kapitalen Bock geschossen haben. Ich bin ja nicht blöd; die Quittung haben wir bekommen. Allerdings von einer Ministerin, die für Wirtschaft zuständig ist - der Automobilbereich ist in NRW mit 200.000 Leuten ein ganz wichtiger Bereich -, erwarte ich angesichts der Politik von VW und anderen, die auf der IAA antreten und ein Auto in dem Segment von 400.000 € auf den Markt bringen, das 25 l auf 100 km verbraucht und 400 km/h fährt, eine klare Aussage.

Gleichzeitig weiß man, dass es in China und in Kalifornien Vorschriften für spritsparende Kraftfahrzeuge gibt, die schärfer sind als unsere. Wenn VW die Kurve nicht bekommt, werden sie 2008 ihre Wagen nicht verkaufen können. Ich erwarte von der Landesregierung, dass sie klar sagt, was ihre Anforderungen sind. In ihrem Koalitionsvertrag steht dagegen nur wolkig, sie wollten sich um neue Antriebe kümmern. Irgendwann muss aber konkret etwas kommen, was das denn sein soll.

(Ministerin Christa Thoben: Richtig!)

Mit den fünf Mark zu kontern, ist in Ordnung. Zu den „Besatzungszonen“ will ich nur sagen, dass ich diesbezüglich den Vorstandsvorsitzenden der Norddeutschen Affinerie zitiert habe. Auch da ist meine Frage, was Sie konkret unternehmen wollen - Sie sind an der Regierung, Sie sind gewählt -, um diesen Missstand zu beheben.

Ich gehe jetzt auf den letzten Beitrag ein, Herr Weisbrich: Ich habe den Antrag vor dem klaren Hintergrund geschrieben, dass unsere Kraftwerksneubauten - ich nenne Hürth, Herdecke und Trianel -, zustande gekommen sind, weil wir Grüne in Berlin die zeitlich befristete Befreiung der Doppelbesteuerung von Gas durchgesetzt haben. Das sind kommunale Unternehmen und neue Marktteilnehmer.

Die Frage an Sie lautet: Was machen Sie, um neue Marktteilnehmer einzubeziehen? Die Bedingungen, so wie sie von den vier „Besatzungszonen“-Inhabern gestaltet werden, sind nicht vernünftig. Ich hätte von Ihnen an dieser Stelle ein klares Bekenntnis erwartet, dass Sie Stadtwerke und Verbände wie Trianel und andere in ihrem Bemühen unterstützen, mehr solcher Kraftwerke mit höchstem technischen Standard zu errichten, um damit das alte Kartell zu durchbrechen und mehr Markt herzustellen. Das geschieht nicht.

Stattdessen kommt von Ihnen die alte Handwerks-Philippika gegen exotische Sachen. Es fehlt nur noch das kommunale Nagel-Studio in Mülheim.

(Lachen von Ministerin Christa Thoben)

Das habe ich vermisst. Alles andere war da.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Was heute auf der Tagesordnung steht, wurde nicht erwähnt. Über alles andere muss man reden. Das war eher eine Drohung in Richtung Stadtwerke, ihnen auch in den Bereichen, in denen sie tatsächlich gut sind ...

(Christian Weisbrich [CDU]: Warten Sie den Sonntag einmal ab!)

- Herr Weisbrich, ich warte den Sonntag ab, und ich nehme auch in Demut zur Kenntnis, dass Sie in der Regierung sind. Ich bemühe mich, gemeinsam mit den anderen Kollegen eine sachlich-konsequente, vernünftige Opposition zu machen.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Sie müssen aber auch endlich einmal klar sagen, wohin die Reise gehen soll.

Was Sie eben zu den Stadtwerken ausgeführt haben, ist eher eine Drohung als eine Unterstützung. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Priggen, für Ihren Beitrag. - Als nächster Redner

hat Herr Ellerbrock von der FDP das Wort. Bitte schön.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aktuelle Stunde ist immer eine Debatten-Stunde. Deswegen kann man die Stichworte gut beiseite legen.

Herr Römer, Sie werfen dem Kollegen Brockes vor, dass Sie nicht verstanden haben, welches Konzept die FDP verfolgt. - Ich gestehe Ihnen gern zu, dass Sie das nicht verstanden haben. Denn die Leistungsfähigkeit marktwirtschaftlicher Modelle übersteigt tatsächlich die Phantasie desjenigen, der Subventionen gewohnt ist.

(Lachen von der SPD)

Deswegen habe ich überhaupt keine Probleme damit, wenn Sie das nicht verstehen.

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von der SPD: Oh!)

Meine Damen und Herren, ich werde versuchen, das mit anderen Worten klar zu machen: Wir stehen zu einem Energiemix. Wir sagen in diesem Zusammenhang - das soll man nicht verschweigen - „Ja“ zur Verlängerung der Laufzeiten von Kernkraftwerken.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dazu müssen zwei Kriterien zugrunde gelegt werden: Zum einen sind Sicherheitskriterien maßgeblich. Zum anderen - da gebe ich Ihnen sofort Recht - ist die Entsorgungsfrage maßgeblich für die Entscheidung.

Wir sagen auch „Ja“ zur Import-Steinkohle. Das ist völlig klar.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was hat NRW davon?)

- Ach, Herr Horstmann, wer so oft gescheitert ist wie Sie - von Forensik, über Metrorapid und Metroexpress und so weiter -

(Zurufe von der SPD: Oh!)

sollte etwas leiser und ruhiger sein. Das täte Ihnen wirklich gut, Herr Kollege.

(Beifall von FDP und CDU - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ich habe Sie gefragt, was NRW davon hat!)

In diesem Zusammenhang sagen wir eindeutig „Ja“ - auch zur Braunkohle. Dabei gab es Schwierigkeiten mit Ihrem Koalitionspartner.

Wir sagen „Ja“ zu Gas.

Dann stellen Sie sich hier hin und sagen: Wir wollen von der Importabhängigkeit wegkommen. - Das ist doch ein Traum.

Man kann auch eine andere Argumentation aufbauen: Vielfältige Lieferverpflichtungen bei der Energie sind ein friedensstabilisierendes Element, weil wir die Staaten, die in der Tat teilweise politisch instabil sind, mit in eine weltweite Architektur der Sicherheit einbinden. Aber das sind Argumente, die für Sie nun wirklich nicht nachvollziehbar sind.

Unser nächster Punkt: Wir sagen eindeutig „Ja“ zu nachwachsenden Rohstoffen und zu erneuerbaren Energien. Wir haben - zusammen mit den Kollegen von der CDU - das Stromeinspeisegesetz eingebracht. Wir haben allerdings gelernt, dass die Ausgestaltung über das EEG ein Irrweg ist.

Sie fordern: Wir müssen dabei auch die wirtschaftlichen Aspekte berücksichtigen. - Ja, natürlich. Die sehen wir auch. Deswegen sagen wir zusammen mit vielen Ihrer Kollegen: Ein Aufräumen im Instrumentenkasten ist überfällig. Wir müssen mit dem EEG aufräumen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Wir müssen es ins Verhältnis zur Kraft-Wärme-Kopplung setzen. Wir müssen das ins Verhältnis zur Ökosteuern setzen. Das alles ist doch insbesondere vor dem Hintergrund des laufenden Emission Trading notwendig. Dazu verlieren Sie kein Wort. Stattdessen gibt es plumpe Vorwürfe. Das fand ich nicht so gut.

Meine Damen und Herren, natürlich sagen wir „Ja“ zu erneuerbaren Energien. Für Forschung und Entwicklung sowie für degressive Anschubfinanzierung wollen wir teilweise aufkommen. Allerdings ist bei uns wichtig: Eine auf Dauer angelegte Subventionierung darf es nicht geben.

(Beifall von der FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Die gibt es doch gar nicht!)

Wenn wir die einzelnen Energieträger durchgehen, sagen wir „Ja“ zur Wasserkraft. Das ist gerade in Deutschland ein Kulturgut.

Wir sagen auch „Ja“ zur Solarenergie. Das ist eine Frage insbesondere von Forschung und Entwicklung in Ländern, in denen oft die Sonne scheint. Hierin liegt die Zukunft. Das ist in Ordnung.

Wir sagen „Ja“ zur Biomasse. Sie ist steuerbar, und gerade in der Landwirtschaft kann das auch

zu einer Entspannung bei der Entsorgung von Stoffen, z. B. von Gülle, führen.

Wir sagen „Ja“ zur Geothermie und zur Brennstoffzelle. Das alles sind interessante Gebiete.

Wir sagen auch „Ja“ zu nachwachsenden Rohstoffen. Dabei muss ich allerdings die Kollegen von den Grünen anschauen: Viele von Ihnen beteiligen sich an der Diskussion um nachwachsende Rohstoffe, indem Sie verkünden: Getreide darf nicht verbrannt werden. Damit haben wir ein ethisches Problem. - Wir müssen uns aber entscheiden, was wir wirklich wollen und was machbar ist.

Nehmen wir allerdings Abstand davon, das als Lösung der Probleme zu sehen. Mir hat eine Landwirtschaftskammer Folgendes dargestellt: Wenn man auf der gesamten landwirtschaftlichen Nutzfläche der Bundesrepublik Deutschland nachwachsende Rohstoffe anpflanzen würde, könnte das einen Anteil von 4 % der Kraftstoffversorgung ausmachen. - Das kann also nicht der alleinige Schlüssel sein.

Hinsichtlich der Windkraft habe ich immer gesagt: Wir müssen trennen zwischen Nordrhein-Westfalen und Off-Shore. Der Effizienz Gesichtspunkt ist für die FDP maßgeblich. Einer Erkenntnis haben Sie sich allerdings konsequent verschlossen: Nur 10 % der installierten Leistung von Windenergieanlagen ist eine kalkulierbare Energie. Wir müssen 90 % Kraftwerkskapazität parallel laufen lassen - for nothing. Das kann nicht vernünftig sein - weder unter wirtschaftlichen noch unter Umwelt-Gesichtspunkten.

(Beifall von FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, wir müssen uns von Windenergie in Nordrhein-Westfalen in der hier dargestellten Form verabschieden. Deswegen gibt es den Windenergieerlass. Darüber wollen wir heute auch noch reden. Das brauche ich an dieser Stelle nicht zu tun.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie, auch wenn Sie es vielfach nicht wissen wollen, einfach zur Kenntnis: Die FDP und, so weit ich weiß, auch die Kollegen von der CDU haben ein eindeutiges Bekenntnis zu einem Kraftwerksmix abgelegt. Wir bekennen uns auch dazu, dass wir eine nicht auf Dauersubventionen angelegte Energiepolitik betreiben müssen. Wir wollen eine Architektur weltweiter Sicherheitspolitik unter Einschluss oder als Motor langfristig ...

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock** (FDP): ... orientierter Versorgungsverträge. - Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Ellerbrock, für Ihren Beitrag. - Für die Landesregierung spricht jetzt Herr Minister Uhlenberg. Bitte schön.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe den Eindruck, dass die Opposition ihre Linie in der Energiepolitik noch nicht gefunden hat. Auf der einen Seite wirft man der Landesregierung vor, es gäbe kein Energiekonzept. Auf der anderen Seite sagt ein Redner, das Energiekonzept wäre falsch. - Sie müssen sich irgendwann entscheiden, zu welcher Argumentationslinie Sie in der Energiepolitik kommen wollen. Das von Ihnen Vorgetragene war alles sehr widersprüchlich,

(Beifall von der CDU)

wobei ich natürlich berücksichtige, dass es zwischen der Energiepolitik der SPD, die eigentlich gar keine hat, und der Energiepolitik der Grünen große Unterschiede gibt. Hier war heute Morgen vieles durcheinander, wie ich feststellen musste.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich möchte auf einen Gesichtspunkt zu sprechen kommen, der bisher bei dieser Debatte überhaupt noch keine Rolle gespielt hat, nämlich auf die Situation der Verbraucher, denn diese befinden sich im Moment neben der Wirtschaft wirklich in einer ganz kritischen Situation. Sie kommen mit dieser Preisgestaltung kaum klar.

Es ist sicherlich auch aus Verbrauchersicht allerhöchste Zeit - das möchte ich ausdrücklich betonen -, dass mehr Transparenz in die Preisgestaltung der Energieriesen gebracht wird. Deswegen unterstütze ich meine Kollegin Frau Thoben, wenn ihr Haus die für September angekündigten Anträge auf höhere Strompreise für Privatkunden äußerst kritisch prüfen und nicht einfach durchwinken wird. Dieser Aspekt ist bei der heutigen Debatte noch nicht angesprochen worden.

Meine Damen und Herren, auch auf dem Gasmarkt ist bereits die nächste Preisrunde angekündigt. Verbraucherzentralen und Mietervereine empfehlen inzwischen den privaten Haushalten, schon einmal 20 € pro Monat auf die hohe Kante zu legen, damit es kein böses Erwachen gibt.

In Sachen Preistransparenz tut sich die Gasbranche sehr schwer. Die Unternehmen weisen in der Regel immer nur auf die Bindung der Gaspreise an den Ölpreis und die damit einhergehende um drei bis sechs Monate verspätete Anpassung hin. Damit wollen sich immer mehr Verbraucherinnen und Verbraucher zu Recht nicht mehr zufrieden geben.

Ein funktionierender Wettbewerb hängt nicht alleine vom Markteintritt neuer Anbieter ab. Genauso wichtig ist zum Beispiel, dass Verbraucherinnen und Verbraucher als Endkunden von der mit der Marktöffnung verbundenen Wahlmöglichkeit zwischen verschiedenen Anbietern aktiv Gebrauch machen.

Der private Haushalt, meine Damen und Herren, kann schon heute relativ problemlos zu einem anderen Stromanbieter wechseln, was auf dem Gasmarkt nicht möglich ist. Diese Möglichkeit des Wechsels nutzen allerdings relativ wenig private Haushalte, nämlich nur etwa 5 %. Das mag sicherlich auch damit zusammenhängen, dass die Preisunterschiede nicht so ausgeprägt sind. Der Gedanke an einen Versorgerwechsel stößt jedoch bei der überwiegenden Mehrheit der Verbraucherinnen und Verbraucher nach wie vor auf große Bedenken und Ängste.

Mit der Verbraucherzentrale Nordrhein-Westfalen hat mein Ministerium einen entsprechenden Partner, der zum Thema Anbieterwechsel genauso umfassende Informationen und Beratung anbietet wie zu allen anderen ganz wichtigen Fragen des Energieverbrauchs und der Energieeinsparung. Die Bürgerinnen und Bürger müssen nur die Verbraucherzentralen vor Ort aufzusuchen, um sich einen entsprechenden Überblick zu verschaffen.

Die institutionell geförderte Energieberatung der Verbraucherzentrale wird jetzt durch zwei Projektmaßnahmen ergänzt, die mein Haus und das Wirtschaftsministerium finanzieren. So läuft zum Beispiel noch bis Ende 2008 eine Maßnahme zur Verbraucheraufklärung über Energieeinsparung und Energieeffizienz, unterstützt aus dem Einzelplan 10 - Umweltministerium - mit 1,2 Millionen €.

Meine Damen und Herren, angesichts der Preissituation auf dem Markt spielt natürlich - das ist heute in der Debatte ja schon deutlich geworden, allerdings getragen von einer jeweils sehr unterschiedlichen Motivation - die alternative Energiegewinnung und damit auch Energiegewinnung aus Biomasse eine große Rolle.

Biomasse kann bedarfsgerecht zur Verfügung gestellt werden und eignet sich im Gegensatz zu

anderen Formen der regenerativen Energien, die aufwendige Speichertechnologie erfordern - Herr Kollege Priggen, hier waren wir eigentlich immer einer Meinung - als Beitrag zur Energiegewinnung. Damit, meine Damen und Herren, entsteht beim Einsatz von Biomasse nicht die Grundlastproblematik.

Sie können sich darauf verlassen, dass ich als Landwirtschafts- und Umweltminister in Nordrhein-Westfalen mich dieser Frage sehr intensiv widmen werde und die Landwirtschaft in Nordrhein-Westfalen in den nächsten Jahren im Bereich der Biomasse ihren Beitrag leisten wird.

Meine Damen und Herren, heute schon existiert in Nordrhein-Westfalen eine Vielzahl von Kleinbiogasanlagen. Auf diesem Feld wird in den nächsten Jahren im Rahmen unserer Möglichkeiten ein weiterer Ausbau stattfinden.

Es mangelt in Nordrhein-Westfalen jedoch - das hat die alte Landesregierung, die ja ganz viel vom Thema Biomasse redet, im Gegensatz zu anderen Landesregierungen, zum Beispiel Bayern, in den vergangenen Jahren versäumt -, an Großanlagen zur Treibstoffgewinnung, die man in der Praxis hätte testen können, um sie marktreif zu machen. Hier hat Nordrhein-Westfalen noch Nachholbedarf.

Und weil es bezüglich der Treibstoffgewinnung großen Nachholbedarf gibt, wird die Landesregierung darauf einen ihrer Schwerpunkte setzen. Die Landesregierung befindet sich zurzeit in Gesprächen mit großen Firmen, die auf dem Sektor Treibstoffgewinnung an dem Standort Nordrhein-Westfalen Interesse zeigen. Ich hoffe, dass diese Gespräche zu einem guten Ergebnis geführt werden, sodass wir im Bereich der regenerativen Energien in Nordrhein-Westfalen - über das Thema Windenergie werden wir ja gleich noch diskutieren - zu Zahlen kommen, die nicht so klein sind, wie sie in den vergangenen Jahren trotz aller Bemühungen waren. Denn bei allem Gerede sind die Zahlen doch sehr bescheiden ausgefallen. Deswegen brauchen wir in diesem Bereich einige Großanlagen. Die Landesregierung - das kann ich Ihnen heute sagen - bemüht sich sehr und ist auf einem guten Weg.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. - Für die SPD-Fraktion spricht jetzt der Abgeordnete Leuchtenberg. Bitte schön.

**Uwe Leuchtenberg (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kolle-

gen! Herr Minister, ich fange anders an, als ich es mir überlegt hatte. - Ich möchte Ihnen vorab erklären, was wir eben bemängelt haben: Wir haben ein Konzept bemängelt, welches nicht da ist. Das Schlechte an Ihrem Konzept ist, dass Sie keines haben. Das haben wir die ganze Zeit bemängelt.

(Beifall von der SPD)

Energiepolitik ist der Schlüsselsektor unserer Wirtschaft.

(Heiterkeit von Christian Weisbrich [CDU])

- Lachen Sie ruhig. Zu Ihnen kommen wir gleich auch noch.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

- Herr Weisbrich, Sie und die anderen Kollegen haben eben einiges erzählt. Das zeugt aus meiner Sicht aber einfach davon, dass Sie uneinsichtig sind. Ihnen kann man doch erklären, was man will. Sie hören einfach nicht zu. Das beste Beispiel habe ich heute Morgen erlebt, als ich an Plakaten vorbeifuhr, auf denen steht: „Wählt Rot-Rot-Grün nicht!“ - Da fängt der Quatsch doch an. Daran sehen Sie, dass Sie überhaupt nicht zuhören. In den letzten Wochen wurde oft genug gesagt, dass das keine Alternative ist. Sie haben keine Alternative zur Energiepolitik.

(Beifall von der SPD)

Es wird ab Sonntag eine andere Regierung geben. Diese wird nicht Rot-Rot-Grün sein. Rot-Grün wird es vielleicht alleine schaffen.

(Unruhe)

Jetzt hören Sie mir zu! - Die Energiepolitik ist der Schlüsselsektor unserer Wirtschaft. In der Diskussion über die Energiepolitik wird oft der Fehler gemacht, verschiedene Energieträger und Märkte zu vermischen. Das tun Sie sehr oft. Hier müssen wir aufpassen.

Der Slogan „Weg vom Öl“ wird uns nicht helfen, hohe Stromkosten zu vermeiden. Genauso wenig wird eine Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke eine Entlastung bei den Heizkosten oder den Mobilitätskosten mit sich bringen.

Ohne Wettbewerb wird es keine sinkenden Energiepreise geben. Wettbewerb wird es aber nur geben, wenn die Rahmenbedingungen klar sind. Diese Rahmenbedingungen stellen Sie von der CDU und der FDP ständig infrage und versuchen, diese zu verändern. Das Land Nordrhein-Westfalen ist während der Regierungszeit der SPD zum Energieland Nummer 1 geworden. Während Ihrer Regierungszeit wird es sehr zu leiden haben.

(Beifall von der SPD)

Die SPD hat auf Bundes- und Landesebene die Energiepolitik auf eine neue Basis gestellt. Unsere Energiepolitik basiert auf den Säulen Energieeinsparung, Effizienzsteigerung, erneuerbare Energien und - ganz besonders in Nordrhein-Westfalen - heimische Energieträger. Sie basiert nicht auf einer Wende rückwärts zur Atomkraft.

Durch uns wurden Rahmenbedingungen geschaffen. Hier sind vor allem das EEG, das Energiewirtschaftsgesetz und nicht zuletzt der Zertifikatehandel zu nennen.

Auch die Steinkohle ist ein heimischer Energieträger, der gefördert werden muss. Dieser Ansicht sind wir immer noch, Herr Brockes. Arbeitsplätze und neue Technik auch in dem Bereich!

Neue Wettbewerber müssen auf dem Energiemarkt eine Chance haben, um Energie zu produzieren und diese zu verteilen. Das geht nicht durch eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke. Dadurch werden nur überholte Strukturen der alten Versorgungswirtschaft langfristig festgeschrieben.

(Beifall von der SPD)

Dies führt dazu, dass Wettbewerber schneller vom Markt verschwinden, als wir es alle für möglich gehalten haben. Das sehen Sie an Beispielen aus der Vergangenheit. Ich nenne nur die Firmen ares, Best-Energy, Zeuss und Vasa, die es versucht haben, aber blockiert wurden.

Wir sollten auch noch einige Behauptungen klären, die eben aufgestellt wurden. Die erste Behauptung war: Atomstrom macht den Strom billiger. Durch die Verlängerung der Laufzeiten wird es zumindest für Industriebetriebe deutlich günstiger und führt zu einer Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit.

Das ist falsch. Fakt ist, die Atomwirtschaft lehnt jegliche Konditionierung einer Laufzeitverlängerung ab. Das Geschäft „Gewinnverzicht durch Laufzeitverlängerung“ ist eine Luftbuchung.

(Beifall von der SPD - Zuruf von der SPD: So ist es!)

Die zweite Behauptung war: Das EEG macht den Strom teuer. Die Förderung der erneuerbaren Energien verteuert den Strom erheblich und belastet dadurch Verbraucher und Wirtschaft.

Das ist falsch. Fakt ist, das EEG macht knapp 4 % der Stromrechnung aus. Ein Durchschnittshaushalt mit drei Personen und einem Jahresverbrauch von 3.500 Kilowatt hat im Jahr 2004

weniger als 20 € für das EEG bezahlt. Im Jahr 2005 werden es voraussichtlich 23 € sein. Die SPD hat dafür gesorgt, dass stromintensive Unternehmen im EEG wie im KWK-Gesetz und bei der Ökosteuer Sonderregelungen bekommen haben, um die Belastungen zu begrenzen. Das EEG ist im europäischen Vergleich nachweisbar günstiger als alle anderen Wege der Förderung, Ausschreibungen und Quoten.

(Beifall von der SPD)

Das können Sie mit jedem Land vergleichen.

Auch die dritte Behauptung, Ökosteuer mache das Benzin teuer, die Ökosteuer sei Preistreiber an den Tankstellen, und ohne Ökosteuer sei das Tanken für alle viel billiger, stimmt nicht.

Fakt ist, mit der ökologischen Steuerreform wurde von 1998 bis heute die Mineralölsteuer von Benzin und Diesel in fünf Schritten um insgesamt 15,3 Cent je Liter erhöht. Im gleichen Zeitraum ist der Durchschnittspreis an Tankstellen für Normalbenzin von 78 Cent auf 1,32 €, das heißt um 54 Cent, gestiegen. Für Diesel ist der Preis von 58 Cent auf 1,22 €, also um 64 Cent, gestiegen. Die Ökosteuer macht demnach weniger als ein Drittel der Preissteigerung aus.

Die Einnahmen aus der Ökosteuer fließen aber zu 90 % in die Rentenkassen und entlasten alle Beitragszahler um derzeit 16 Milliarden € jährlich. Wer die Ökosteuer abschaffen will, muss das Geld an anderer Stelle eintreiben.

(Beifall von der SPD)

Wir fordern die Landesregierung auf, die Möglichkeiten des seit Juli geltenden Energiewirtschaftsrechts zur Genehmigung der Netznutzungsentgelte zu nutzen, um auf diesem Weg zu einer Kostensenkung bei den Haushalten beizutragen. Es stellt sich die Frage, ob die Öl-/Gaspreis-Kopplung überhaupt noch ein zeitgemäßes Instrument ist. Aus Sicht des Kartellamtes ist sie verzichtbar.

Deshalb fordern wir die Landesregierung auf, eine Initiative zu starten, an deren Ende eine Verbesserung der Wettbewerbssituation auf dem Gasmarkt mit dem langfristigen Ziel einer Entkopplung des Gaspreises vom Ölpreis steht.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege!

**Uwe Leuchtenberg (SPD):** Sofort. - Hierbei ist aber zu beachten, dass die Zahl der Lieferanten, die relativ hohe Abhängigkeit und eine langfristige Infrastrukturbindung bergen, die nicht außer Acht gelassen werden dürfen.

(Ministerin Christa Thoben: Was denn nun?)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Kollege!

**Uwe Leuchtenberg (SPD):** Zugleich wollen CDU und FDP die wirtschaftliche Betätigung von Kommunen zurückdrängen. Wettbewerb auf dem Energiemarkt ist aber nur durch wirtschaftliche Betätigung der Kommunen möglich. Wir fordern Sie auf, die Daseinsvorsorge der Kommunen ...

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter Leuchtenberg, kommen Sie jetzt wirklich zum Ende Ihres Beitrags.

**Uwe Leuchtenberg (SPD):** Ich komme zum Ende. - Wettbewerb auf dem Energiemarkt ist nur durch starke Stadtwerke möglich. Hier müssen Sie als Landesregierung die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen schaffen. - Danke.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Leuchtenberg. - Nun ist Herr Hubert Schulte an der Reihe.

**Hubert Schulte (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Überschrift der Aktuellen Stunde ist schon irreführend. Sie unterstellt, es hätte unter der alten Landesregierung eine Energiepolitik gegeben. - In zehn Jahren Rot-Grün hat es in Nordrhein-Westfalen keine zukunftsweisende Energiepolitik gegeben.

(Beifall von der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Horstmann, Sie haben hier zwar sehr engagiert geredet. Aber worüber?

Wenn man Ihnen zugestehen will, dass es einen Rest von Energiepolitik gegeben hat, dann muss man sagen, dass sie lediglich aus den Bereichen Kohle und Wind bestand und aus nichts anderem.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Und was ist mit dem Gaskraftwerk?)

- Ich denke hier nur an das ganze Hin und Her im Zusammenhang mit dem Gaskraftwerk. Das ist sicherlich ein Beispiel für eine unvernünftige Energiepolitik, wie das gelaufen ist.

Die Vielzahl der Forderungen, die von Ihnen, aber auch von Herrn Priggen gestellt worden sind, beziehen sich auf die Bundesebene. Aber wahrscheinlich haben Sie es nicht bemerkt, dass Rot-Grün die Bundespolitik sieben Jahre lang bestimmen konnte. Sie hätten regulierend eingreifen können. Gott sei Dank ist das ab Montag vorbei.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist hier kein Wunschkonzert!)

Die CDU hat auch in der Energiepolitik klare Standpunkte: Wir sind für Versorgungssicherheit, Umwelt- und Sozialverträglichkeit und Wirtschaftlichkeit. Genau diese drei Faktoren bilden die Basis für unsere Energiepolitik.

Ich greife einmal die Strompreise heraus, um die Situation und unsere Position deutlich zu machen. In Deutschland sind die Stromkosten am höchsten; sie liegen hier 30 % über denen etwa in Frankreich.

Rund 40 % dieser Stromkosten sind aber staatlich veranlasst. Der Staat verursacht 40 % der Stromkosten, in welcher Form auch immer: Ökosteuer usw.; die verschiedenen Faktoren kennen Sie, ich will hier nicht alle aufzählen. Wie angesichts dieser Relationen die Verbrauchinteressen vertreten werden, wie es in der Überschrift zu dieser Aktuellen Stunde steht, das vermag ich nun wirklich nicht zu erkennen.

Im Gegenteil: Diese hohen Kosten sind ein enormer Standortnachteil für Deutschland. Denn gehen Sie davon aus: Durch die verschiedenen Maßnahmen, die in der Lohnkostenpolitik betrieben worden sind, ist der Anteil der Energiekosten an der Produktion in unseren Betrieben deutlich gestiegen. Wir sehen darin und damit verursacht durch Ihre bisherige Politik ein Arbeitsplatzproblem.

Wir treten für eine Förderung der erneuerbaren Energien ein. Aber bedenken Sie einmal die Auswirkungen der Idealisierung erneuerbarer Energien, bedenken Sie die Konsequenzen, würde Strom nur noch aus Wind und Photovoltaik gewonnen: Die CO<sub>2</sub>-Einsparung erreichte zwar die 100 %-Marke, aber nur deshalb, weil aufgrund der hohen Kosten nichts mehr produziert werden könnte.

Wir sind dafür, dass erneuerbare Energien gefördert werden - aber nicht wie bisher, indem Abschreibungsprojekte entstehen, indem bestimmte Anlageformen wie Gelddruckmaschinen arbeiten - allerdings nur für die Anleger, nicht für die Verbraucher.

Wir setzen unsere Schwerpunkte so, dass bei allen erneuerbaren Energien die Weiterentwicklung speziell der Technik vorangetrieben wird.

Wir stehen auch dazu, dass wir die Atomkraftwerke nicht aus ideologischen Gründen abschalten. Denn, meine Damen und Herren, wenn diese Kraftwerke so gefährlich wären, wie sie von Rot-Grün immer dargestellt werden, dann dürften sie

gar nicht länger am Netz sein, sondern müssten jetzt und nicht innerhalb eines imaginären Zeitraums abgeschaltet werden. Also: Was spricht dagegen, die Atomkraftwerke so lange, wie die Sicherheit gewährleistet ist, am Netz zu lassen?

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was hat NRW davon?)

- Wir stellen das vor der Debatte dar.

Unabhängig davon, ob die Atomkraftwerklaufzeiten verlängert werden oder nicht, läuft das Programm zur Modernisierung der konventionellen Kraftwerke. Die Investitionssumme liegt etwa bei 40 Milliarden €.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das brauchen Sie uns nicht zu sagen! Wir waren dabei!)

Eine deutliche CO<sub>2</sub>-Reduzierung und ein höherer Wirkungsgrad der Kraftwerke sind die Folge davon.

Wir begrüßen ausdrücklich, dass jetzt die Chance besteht - da können Sie uns beim Wort nehmen -, mit der Wirtschaftsministerin eine Energiepolitik zu betreiben, die zukunftssicher, zukunftsweisend ist und unser Land nach vorne bringt. Wir werden nicht - wie bisher geschehen - konzeptionslos nur auf Wind und Kohle setzen. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Schulte, für Ihren Beitrag. - Jetzt ist Herr Priggen dran. Bitte schön.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Es ist eine lebendige Debatte, deswegen in der Erwiderung einige Worte zu Herrn Uhlenberg und zu Herrn Ellerbrock.

Der von der SPD-Fraktion mit der Beantragung der Aktuellen Stunde verfolgte Zweck war ja, zu hören - das fanden wir sehr richtig -, was diese Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen konkret machen wollen. Ein besseres Beispiel als das, was Herr Schulte eben geliefert hat, dass da nichts ist und dass da nichts zu holen ist, kann man eigentlich nicht bekommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Uhlenberg, es ist richtig: Es bestand eigentlich über alle Fraktionen hinweg sehr viel Übereinstimmung, was Potenziale und Perspektiven von Biomasse angeht. Das ist auch nur vernünftig, weil bei der Biomasse sehr viel Wertschöpfung hier stattfinden kann. Alles an Biomasse,

was sich so nutzen lässt, damit man kein Öl oder Gas importieren muss, soll man auch nutzen.

Ein Teil unseres Bemühens ist aber: von Ihnen zu hören, was Sie konkret machen wollen. Im Koalitionsvertrag steht dazu gar nichts; ich habe mir den Vertrag in Vorbereitung der Debatte noch einmal angesehen. Unter dem Stichwort „ländlicher Raum“ steht kein Wort zu Treibstoffen, kein Wort zur Biomasse Holz, kein Wort zum Biogas.

Ihre Ausführungen gerade waren sehr aufschlussreich. Ich begrüße auch das, was Sie an einzelnen konkreten Punkten genannt haben, ausdrücklich.

Nur, wenn man die Chance hat - wir diskutieren im Kontext der gesamten Energiepolitik ja auch die Frage der Ölimporte -, mehrere Hunderttausend Wohneinheiten in NRW über das Potenzial Holz zu betreiben, dann muss man auch irgendwann erklären, wie man weiter verfahren will. Die Entwicklungen in den letzten zehn Jahren sind sehr gut verlaufen. Vielleicht hat Herr Schulte das noch nicht mitbekommen.

Sie wollen diese Entwicklung fortsetzen, habe ich aus Ihrem Haus vernommen. Es ist eindeutig positiv, dass gerade die Holzabsatzförderung konsequent fortgeführt wird. Aber sie ist von Rot und Grün ja auch vernünftig eingestiegt worden. Diese Potenziale sollten wir auch nutzen. - Das dazu.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Ich fände es gut, wenn Sie es schaffen würden, Treibstoffanlagen nach Nordrhein-Westfalen zu bekommen. Auch da ist es Rot-Grün gewesen, die im Bund mit der Steuerbefreiung für biogene Treibstoffe überhaupt die Möglichkeit zu derartigen Investitionen eröffnet haben. Ich weiß, wie schwer es war, das durchzusetzen.

Wir haben in den letzten Jahren auch mit Vertretern der Zuckerrübenindustrie und anderen geredet, weil es natürlich ein Anliegen war, das, was an Zuckerrübenflächen verloren geht, in die Energie-, in die Spritproduktion hineinzubringen. Dagegen kann vernünftigerweise keiner etwas einwenden.

Wenn Sie das jetzt also intensiv betreiben, werden wir darauf in Kürze sicherlich zurückkommen und darüber diskutieren. Ich wünsche Ihnen Erfolg dabei. Ganz eindeutig!

Zu Ihrem Eingangsspruch „Die Opposition hat ihre Linie noch nicht gefunden“: Nach der Debatte heute, die ja aufschlussreich war, wäre ich da ganz vorsichtig und würde mir ansehen, ob die Koalitionsfraktionen, die Regierung denn eine Li-

nie gefunden haben. Ich habe das nicht so bemerkt.

(Minister Eckhard Uhlenberg: Das war sehr überzeugend!)

- Wir können das ja nachlesen; ich habe das heute so gehört.

Herr Ellerbrock, bei Ihnen ist es immer so schwankend. In der letzten Sitzung haben Sie noch erzählt, in Mecklenburg-Vorpommern habe es vor tausend Jahren Weinbau gegeben; die ganze Klimaschutzdebatte - das ist Ihre Linie; wir diskutieren das seit Jahren miteinander - sei Unfug. Gleichzeitig sagen Sie aber immer, Sie stünden den erneuerbaren Energien positiv gegenüber. Nur: Da ist das Leben konkret. Da sind Firmen und Anlagenbauer, die wissen möchten, ob sie weiter investieren sollen, ob die Entwicklung weitergeht oder ob sie nur Forschung betreiben und das, was in den Firmen hergestellt wird, kaputt gemacht wird.

Auf diese Fragen bleibt die FDP jedes Mal die Antwort schuldig, Sie auch eben wieder.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Frage der Getreideverbrennung haben wir im Agrarausschuss öfter diskutiert. Dazu kann ich für meine Fraktion nur sagen: Wenn wir aus Raps Treibstoff herstellen oder Überschuss- und Ausputzgetreide, etwa Roggen, verwenden, müssen wir einen Schritt weiter gehen. Ich weiß, bei uns, aber auch in der CDU und unter den Landwirten gibt es Leute, die das problematisch sehen. Das muss man nüchtern betrachten. Ob ich Feldfrüchte treibstoffenergetisch oder für die Stromerzeugung nutze, ist nur eine Frage der praktischen Umsetzung, keine ethische Frage.

Letzter Punkt! Wir haben den Antrag „Mehr Wettbewerb im Strom- und Gasmarkt“ gestellt. Er soll überwiesen werden, weil wir vor allem von den Regierungsfractionen ein klares Signal haben möchten, dass sie die Stadtwerke im Wettbewerb mit Eon, EnBW, Vattenfall und RWE unterstützen. Wir haben gerade in der Diskussion gehört, dass jetzt eine Reihe von Kraftwerken in Betrieb gehen, die von neuen Marktteilnehmern und von Stadtwerken errichtet worden sind.

Was Herr Weisbrich dazu gesagt hat, war eine klare Kampfansage an die Stadtwerke. Es bezog sich zwar auf einen anderen Bereich, aber es war kein eindeutiges Signal, dass genau das unterstützt wird und dass wir uns drei, vier, fünf, sechs Trianel-Kraftwerke oder andere wünschen. Ich würde erwarten - vielleicht nimmt die Regierung dazu noch einmal Stellung -,

(Beifall bei den GRÜNEN)

dass in dieser Debatte klar wird: Das, was Trianel, was Startcraft gemacht hat, ist genau das, was wir wollen. Wir wollen weitere Kraftwerksbetreiber, die den Markt ein Stück weit öffnen und ergänzen; die werden wir auch unterstützen. Das Signal ist von Ihnen bis jetzt nicht gekommen. Herr Weisbrich ist nur negativ darauf eingegangen; alle anderen haben geschwiegen. Diese Botschaft nehmen wir mit in weitere Diskussionen mit den Stadtwerken. - Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Priggen, für Ihren Beitrag. - Als nächster Redner Herr Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich noch ein paar Akzente setzen. Es ist wieder nach dem Konzept gefragt worden. Herr Leuchtenberg, Herr Römer, das Konzept „Energimix“ der FDP habe ich deutlich gemacht. Ich habe vergessen, im Zusammenhang mit den erneuerbaren Energien die Einsparpotenziale anzusprechen.

Herr Priggen, wir beide diskutieren auch über den Begriff Klimaschutz, weil wir unterschiedliche Einschätzungen und Bewertungen zu den Auswirkungen des menschlich bedingten Einflusses haben. Dann können Sie natürlich fragen, wie Sie es gerade gemacht haben: Wie haltet ihr es mit den erneuerbaren Energien? - Ja, die FDP steht zu den erneuerbaren Energien gerade auch unter dem Gesichtspunkt Ressourcenschutz. Das ist für mich ein wichtiger Punkt und die Motivation, in der eigenen Fraktion dafür zu werben. Aber auch das müssen wir unter marktwirtschaftlichen Gesichtspunkten sehen; wir wollen eben keine Dauersubventionen. Das ist der Punkt, über den wir gerne streiten.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Herr Leuchtenberg, Sie sprechen von einer Rolle rückwärts zur Kernkraft. Ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten aus dem Wirtschaftsteil der „Frankfurter Allgemeinen“ vom Wochenende:

Das Ende der Atommeiler entspricht nicht dem globalen Zeitgeist. Weltweit sind derzeit 30 Kernkraftwerke im Bau, selbst in Westeuropa.

In Finnland hat man eine Rolle rückwärts, wie Sie es bezeichnen, gemacht, und zwar erfolgreich. Überall ist die Begründung zu hören: So wird der zusätzliche Energiedurst klimaschonend gelöscht.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Subvention, Herr Ellerbrock!)

Weltweit gesehen ist das völlig anders, je nachdem, mit welcher Technik vorgegangen werden soll.

Sie sagen dann, die von SPD und Grünen zu verantwortenden zusätzlichen energiewirtschaftlichen Belastungen seien doch nicht so schlimm. Die Ökosteuer betrage doch nur ein Drittel der Preissteigerung von Kraftstoffen. Wir entgegnen: Das ist ein Drittel zu viel.

(Beifall von der FDP)

Sie setzen das Geld anderer Leute für ideologische Projekte ein und sagen dann: Das ist doch nicht viel. - Das kann doch wohl nicht wahr sein.

Herr Priggen, Sie fragen: Was wollt ihr machen? Wie sieht es mit der Finanzierung aus?

Die neue Regierung ist jetzt gut zwei Monate im Amt. Sie haben eine Erblast von 110 Milliarden € Schulden hinterlassen, eine Verschuldung von rund 6 Milliarden € im laufenden Haushalt. Sie haben einen nicht verfassungsgemäßen Haushalt vorgelegt.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Sie überlassen der neuen Regierung die Aufgabe, 3 Milliarden € einzusparen, stellen sich aber heute hierhin und fragen: Wie geht es denn mit den Subventionen weiter? Wir fordern noch mehr!

(Beifall von der FDP)

Das ist eine Situation, die nicht erträglich und einfach unredlich ist. - Schönen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Ellerbrock. - Jetzt hat für die Landesregierung Frau Ministerin Thoben das Wort. Bitte schön.

**Christa Thoben,** Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Priggen, ich hätte Ihnen - dann hätten Sie das hier nicht noch einmal vortragen müssen - die Pressemeldung zur Verfügung stellen sollen, die wir anlässlich des ersten Spatenstichs für den Bau des Gaskraftwerks in Hamm herausgegeben haben. Darin ist ausdrücklich formuliert, dass wir den Beitrag zusätzlicher Anbieter, eben die Angebotsausweitung in Bezug auf die Preisbildung, begrüßen.

Aber ich spreche auch die andere Seite an und hoffe, dass Sie das ähnlich sehen; denn mein Eindruck ist, dass sich die Grünen immer für dezentrale Lösungen relativ stark machen.

Wenn sich jetzt aber Trianel von einem Technologiezentrum in Aachen, das für den Mittelstand eingerichtet worden ist, beraten lässt, welche zusätzlichen Leistungen man für den Endkunden erbringen könne, dann ist das genau das, was wir nicht wollen.

(Beifall von Christian Weisbrich [CDU])

Wir fragen sehr wohl: Gibt es kommunale Betätigungen, die dazu führen, dass wirklich zusätzlicher Wettbewerb entsteht? Dann kann man die Frage der Privatisierung nicht ideologisch beantworten. Aber wenn es dazu kommt, dass der private Mittelstand keine Chancen hat, weil sich die Krake immer weiter in die Wirtschaft hineinfrisst, ist das für uns die Grenze. Darüber zu streiten, diese Grenze auch in einer Überarbeitung des § 107 der Gemeindeordnung zu ziehen, werden wir sicher noch Gelegenheit haben.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Ministerin Thoben. - Als letzte Rednerin ist mir Frau Svenja Schulze von der SPD-Fraktion gemeldet worden. Bitte schön.

**Svenja Schulze** (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! CDU und FDP haben hier heute eine ganze Menge erzählt, aber es ist wenig gesagt worden. Es ist wenig erkennbar, wo denn da eigentlich die Linie hingeht.

Vielleicht sollten wir uns einmal ansehen, was die Bevölkerung zu dem Thema Energiepolitik sagt. Das Institut für Demoskopie Allensbach, das nicht verdächtig ist, der SPD nahe zu stehen, hat 2004 eine Studie zum Thema Umwelt herausgegeben. Dabei hat es zur Energieversorgung etwas ganz Spannendes herausgefunden. Große Teile der Bevölkerung wünschen sich nämlich, dass die Energieversorgung durch regenerative Energien sichergestellt wird.

(Zurufe von CDU und FDP)

Die Bevölkerung scheint also ganz genau zu wissen, dass die bisherigen Energiequellen endlich sind und dass wir einen höheren Anteil regenerativer Energien brauchen.

Atomstrom wünschen sich übrigens nur noch weniger als 20 %. Aus diesen 20 % scheint sich aber ein Großteil der Meinungsträger der CDU zu rek-

rutieren, die die Strategie da bestimmen. Meine Damen und Herren, Sie sind, wenn man sich die Allensbach-Umfrage ansieht, hoffnungslos in der Minderheit.

(Beifall von der SPD - Zurufe von CDU und FDP)

- Ich finde es schön, dass Sie sich über Zahlen aufregen.

Was macht die Politik von CDU und FDP für Nordrhein-Westfalen? Wenn man sich das ganz genau anguckt, ist es für ein Energieland wie Nordrhein-Westfalen hoch gefährlich, dass Sie da kein Konzept haben.

Ich empfehle Ihnen, einmal das Interview mit Herrn Troge, dem Präsidenten des Umweltbundesamtes, zu lesen. Er hat am Wochenende in der „Süddeutschen Zeitung“ ein sehr interessantes Interview gegeben und darauf hingewiesen, dass längere Laufzeiten für Atomkraftwerke dazu führen - weil es so spannend ist, zitiere ich das mit Genehmigung des Präsidenten -, dass „extrem hohe wirtschaftliche Marktzutrittschindernisse für andere Energieträger entstehen“.

Und er sagt weiter: Es gibt bisher noch kein Konzept, wie denn die Entsorgungsfrage für die Atomkraftwerke gelöst werden soll oder wie man gegen die Gefährdung durch Terroranschläge vorgehen soll.

Herr Ellerbrock, wenn Sie dann mit Finnland kommen, sollten Sie auch dazu einmal die „Süddeutsche Zeitung“ lesen. Da steht nämlich, dass diese Atomreaktoren hoch subventioniert sind und dass Finnland feste Abnahmepreise garantiert, weil sie Probleme damit haben, dass sie vom Importstrom so abhängig sind. Das ist also eine ganz andere Situation als hier bei uns in Nordrhein-Westfalen. Hoch subventionierte Atomkraft in Finnland - das kann doch wohl nicht unser Vorbild sein.

(Beifall von der SPD)

Herr Troge hat in dem Interview zusätzlich noch gesagt - das finde ich auch sehr interessant -, dass doch die eigentliche Frage, die auch immer wieder im CDU-Wirtschaftsrat diskutiert worden sei, lautet, wie denn das Treibhausgas Kohlendioxid zu möglichst geringen Kosten vermindert werden kann.

Er sagt dazu:

Da wird immer gerufen: Erneuerbare Energien nicht so stark fördern. Ich erwarte von den Leuten, die das fordern, dass sie dann auch ein In-

strument vorschlagen, mit dem das besser geht.

Dem kann man eigentlich nichts mehr hinzufügen, außer dass die CDU vielleicht einmal ihren CDU-Kollegen zur Beratung hinzuziehen sollte.

Für uns in Nordrhein-Westfalen war immer klar: Wir wollen einen Energiemix ohne Atomkraft.- Wir haben dazu ein deutliches Konzept, das wir in den letzten Jahren vorgelegt haben.

Bei uns in NRW gibt es viele Firmen, die weltweit Spitze sind. Sie sind in der Bergwerkstechnik Spitze. Sie sind im Bereich der regenerativen Energien auf dem Weltmarkt durchaus konkurrenzfähig. Die Antwort unserer neuen Landesregierung darauf kann man in der „Zeit“ vom 1. September 2005 nachlesen: Windkraft, das ist das Erste, was wir kaputtmachen werden.

(Beifall von der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, so läuft das nicht. Sie sind jetzt in der Regierungsverantwortung. Sie hatten lange genug Zeit, sich ein Konzept zu überlegen. Sagen Sie uns doch einmal, wie Sie mit den verlängerten Laufzeiten hier in Nordrhein-Westfalen Arbeitsplätze sichern wollen. Sagen Sie uns doch einmal, warum 10.000 Arbeitsplätze in der Windkraftindustrie jetzt kaputt gemacht werden sollen.

(Ministerin Christa Thoben: Wo denn?)

- Das ist die Aussage von Herrn Wittke. - Sagen Sie uns doch einmal, wie Sie Innovationen fördern wollen. Sagen Sie uns doch einmal, wie Sie den Kohlendioxid ausstoß verringern wollen. Wo ist da Ihr energiepolitisches Konzept für Nordrhein-Westfalen?

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wir sind ein Energieland. Wir wollen ein Energieland bleiben. Das müssen Sie als Landesregierung jetzt gefälligst auch sicherstellen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Frau Schulze. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aktuelle Stunde und die damit verbundene Aussprache über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Ältestenrat empfiehlt uns die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/208 an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Dort erfolgt die abschließende Beratung und Abstimmung in öffentlicher Sitzung. Wer dafür ist,

den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Damit haben wir die Überweisung des Antrags einstimmig beschlossen.

Ich rufe auf:

## 2 Unterrichtung durch die Landesregierung

über die von der Landesregierung beschlossenen Eckpunkte zur Einführung eines Studienbeitrages

In Verbindung damit:

### **Bildungsgerechtigkeit muss Ziel bleiben Schuldenspirale für zukünftige Generationen verhindern**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/196

Und:

### **Keine Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen - Studienkontenmodell weiterentwickeln**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/205

Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 7. September 2005 mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, heute eine Unterrichtung über die von der Landesregierung beschlossenen Eckpunkte zur Einführung eines Studienbeitrags abzugeben.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Landesregierung Herrn Minister Pinkwart das Wort. Bitte schön.

**Dr. Andreas Pinkwart**, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren!

(Auf der Zuschauertribüne erheben sich einige Besucherinnen und Besucher, die mit T-Shirts mit identischer Aufschrift bekleidet sind. - Beifall bei der SPD)

Bevor ich Sie über die Eckpunkte des Studienbeitragsmodells informiere, möchte ich Ihren Blick kurz auf einige Fakten lenken.

In Nordrhein-Westfalen beenden lediglich 22 % aller Absolventen ihr Studium in der Regelstudienzeit. Vier von fünf Absolventen brauchen also länger, als eigentlich vorgesehen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist schlimm!)

Das sind nur diejenigen, die überhaupt Examen machen. Jeder vierte Student steigt ohne Abschluss aus der Hochschullaufbahn aus. Weitere 13 % wechseln unterwegs das Studienfach. Einschlägige Studien sprechen von einer durchschnittlichen Schwundquote pro Studiengang von 40 %. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist die Realität an unseren Hochschulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Nicht nur deshalb, aber auch aufgrund dieser Zahlen hat sich die neue Landesregierung das Ziel gesetzt, die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen zu verbessern. Wenn Nordrhein-Westfalen nicht nur die dichteste, sondern auch die beste Hochschullandschaft in Deutschland vorweisen möchte, müssen die Hochschulen die Studienbedingungen und die Qualität der Lehre verbessern können.

(Beifall von CDU und FDP)

Dazu brauchen sie aber auch eine bessere finanzielle Ausstattung. Vor dem Hintergrund der realen Situation sehe ich die Landesregierung hier auch in einer sozialen Verpflichtung gegenüber jedem einzelnen Studenten. Wir müssen es schaffen, die Erfolgsaussichten für die Studenten zu verbessern. Ein Studium muss in Zukunft besser planbar werden, die Betreuungsrelation muss besser werden, es müssen genügend Laborplätze zur Verfügung stehen, die Öffnungszeiten der Bibliotheken müssen verlängert werden, und die Sprechzeiten sowie die Tutorenangebote an unseren Hochschulen müssen endlich erweitert werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Dies alles wird erheblich dazu beitragen, Abbrecherquoten zu verringern und Studienzeiten zu verkürzen. Wir werden in den Reden der Opposition gleich hören, dass Studienbeiträge unsozial seien und vom Studium abschrecken würden.

(Demonstrativer Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wissen Sie eigentlich, was es kostet, wenn das Studium nur ein Semester länger als die vorgesehene Regelstudienzeit dauert? Haben Sie Ihren Damen und Herren, die Sie adressieren, mal mitgeteilt, welche Kosten mit einer Verlängerung des Studiums anfallen?

(Zurufe von der SPD)

In einer Studie der anerkannten Hochschul-Informationssystem GmbH, die Studierende in diesem Land befragt hat, wird jedenfalls zweifelsfrei aufgezeigt: Die Länge des Studiums wird weitaus häufiger als Grund für einen Verzicht auf ein Studium genannt als Studienbeiträge.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb wollen wir die Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mit den Einnahmen aus den Studienbeiträgen in die Lage versetzen, einen Qualitätssprung zu machen. Damit sie ihn aber auch wirklich und wirksam vollziehen können, wollen wir vorsehen, dass die Hochschulen selbst entscheiden, ob und in welcher Höhe - bis maximal 500 € pro Semester - sie Studienbeiträge erheben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Die sind sehr begeistert!)

Damit werden sich die Hochschulen in jedem Semester aufs Neue unter Beweis stellen müssen; denn die Studenten werden in Zukunft sehr genau hinsehen, ob ihrer Leistung auch tatsächlich eine angemessene Gegenleistung entgegensteht.

(Beifall von CDU und FDP)

Um sicherzugehen, dass die Studienbeiträge voll und ganz der Verbesserung der Qualität der Lehre und der sozialverträglichen Gestaltung des Beitragssystems, damit also den Studenten, zugute kommen, wird Zweierlei festgelegt:

Erstens wird es keine kompensatorischen Kürzungen der Landesmittel für die Hochschulen geben. Das heißt, die Studienbeiträge sind echte Zusatzeinnahmen für unsere Hochschulen.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens sind die Einnahmen aus den Studienbeiträgen zweckgebunden. Sie müssen für bessere und sozial faire Studienbedingungen ausgegeben werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Damit wird die Landesregierung einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, dass die Beziehung zwischen Studenten und Hochschulen auf eine neue, eine partnerschaftliche Grundlage gestellt wird. Die Beziehung beruht künftig auf Leistung und Gegenleistung.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

Wesentlicher Bestandteil unseres Beitragsmodells ist dafür die Geld-zurück-Garantie. Wer in einem Semester nicht wie im Studienverlaufsplan vorgesehen studieren kann, weil beispielsweise kein Laborplatz zur Verfügung gestellt worden ist, der

muss von seiner Hochschule seinen Beitrag zurückerstattet bekommen.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der SPD: Bürokratieaufbau ohne Ende!)

Hochschulen werden sich mehr als heute bemühen, für Studierende attraktiv zu sein. Auch das Eigeninteresse der Hochschulen an der Begabtenförderung wird dadurch gestärkt.

Zugleich erhoffen wir uns als zweites Ziel einen Mentalitätswechsel auch bei den Studierenden selbst, die durch den eigenen Beitrag mehr Bewusstsein für den Wert des Studienangebots entwickeln sollen. Die Haltung „Was nichts kostet, ist auch nichts“ können wir uns in der globalisierten Welt von heute nicht länger leisten.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese beiden Ziele - der Qualitätssprung in der Lehre und der Mentalitätswechsel bei Studierenden und Hochschullehrern - streben wir mit der Einführung von Studienbeiträgen an. Ich bin mir sicher: Beides wird die Attraktivität des Studiums in unserem Land erhöhen.

Das wird auch niemand kaputtreden. Gestern hat der Vorsitzende der nordrhein-westfälischen Sozialdemokraten einen Rückgang der Studierendenzahlen - in absoluten Zahlen gemessen - im vergangenen Wintersemester beklagt und dies mit der Debatte über Studienbeiträge begründet, obwohl die Bundesbildungsministerin, Frau Bulmahn, zeitgleich feiert, dass die Studienanfängerquote in Deutschland aufgrund der segensreichen Politik von Rot-Grün gestiegen ist.

(Hannelore Kraft [SPD]: Stimmt doch gar nicht!)

Diesen Widerspruch müssen Sie erst einmal auflösen.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Es geht nicht an - und das werden wir Ihnen auch nicht durchgehen lassen -, dass Sie auf dem Rücken der jungen Menschen durch Desinformation etwas erreichen wollen, was durch unser Modell eben nicht erreicht wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen möchte ich mit Genehmigung des Präsidenten den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Wowereit, zur Frage der sozialen Gerechtigkeit von Studienbeiträgen zitieren. Herr Wowereit hat vor der Jahresversammlung der

Hochschulrektorenkonferenz in Berlin im Mai des vergangenen Jahres erklärt - ich zitiere -:

„Aber wenn wir Spitzen-Unis wirklich wollen, dann müssen wir auch eine heilige Kuh schlachten: Ich meine den Gedanken, dass Studiengebühren sozial ungerecht sind. Dieser Irrglaube hält sich leider hartnäckig ... Sozial gerecht ist es jedenfalls nicht, dass ein Arbeiter mit seinem Lohn die Ausbildung von später Besserverdienenden finanziert ... Ich bin sicher: Die Vorbehalte gegen Studiengebühren werden schwinden.“

Das, was Herr Wowereit zum Ausdruck gebracht hat, teile ich voll und ganz.

(Beifall von CDU und FDP)

Die neue Landesregierung

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE]: So neu ist die gar nicht mehr! Sie sieht ziemlich alt aus! - Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Aber neuer, als ihr je wart!)

hat nie einen Zweifel daran gelassen, dass Grundvoraussetzung für Studienbeiträge deren sozialverträgliche Gestaltung ist. Jeder, der in Nordrhein-Westfalen die Zugangsvoraussetzungen zur Hochschule erfüllt und ein Studium aufnehmen möchte, muss unabhängig von seiner sozialen Herkunft und dem Einkommen der Eltern die Möglichkeit dazu haben.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieses Ziel haben CDU und FDP vor der Wahl formuliert. Dieses Ziel ist im Koalitionsvertrag verankert. Dieses Ziel hat der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung bekräftigt. Und dieses Ziel wird mit unserem Beitragsmodell voll erfüllt.

(Beifall von CDU und FDP)

Die sozialverträgliche Gestaltung stützt sich auf zwei Säulen:

Erstens. Jeder Studierende hat die Möglichkeit, die Studienbeiträge erst nach Abschluss des Studiums und bei hinreichendem Einkommen zurückzuzahlen. Hierzu erhält jeder Studierende unabhängig von seiner persönlichen Einkommens- und Vermögenssituation, unabhängig von seiner Bonität und ohne Stellung von Sicherheiten ein zinsgünstiges Studienbeitragsdarlehen der NRW-Bank. Entscheidend für die Aufnahme eines Studiums ist also nicht das Einkommen der Eltern vor oder während des Studiums, sondern das Einkommen des Akademikers nach erfolgreichem Studienabschluss.

(Beifall von CDU und FDP)

Zweitens. Die Höhe des Rückzahlungsbetrags, der sich aus der Summe von Darlehensanteil der Ausbildungsförderung nach dem BAföG und Studienbeitragsdarlehen ergibt, ist auf einen Gesamtbetrag von 10.000 €, wie er schon heute im BAföG-Recht verankert ist, begrenzt.

Ganz wichtig ist auch: Wer weniger als zehn Semester studiert, für den greift eine zweite Kapplungsgrenze von 1.000 € pro Semester. Wer also als BAföG-Empfänger sein Bachelor-Studium nach sechs Semestern abschließt, kommt durch Studienbeiträge und BAföG-Darlehen auf maximal 6.000 € Rückzahlungsverpflichtung, sofern er nicht allein durch sein BAföG-Darlehen bereits höher liegt.

Damit belohnen wir diejenigen, die schnell studieren, und erreichen im Ergebnis, dass etwa zwei Drittel der BAföG-Empfänger faktisch von Studienbeiträgen befreit sind.

(Beifall von CDU und FDP)

Das restliche Drittel der BAföG-Empfänger allerdings - etwa der Student mit 11 € BAföG im Monat - wird sich nach seiner Leistungsfähigkeit an den Studienbeiträgen beteiligen.

Wir hatten im Koalitionsvertrag gedacht, dass für das Ziel der Sozialverträglichkeit eine Ausnahme aller BAföG-Empfänger das richtige Instrument sei. Wir haben aber festgestellt: Das würde neue Ungerechtigkeiten hervorrufen und von den Gerichten nicht akzeptiert. - Deshalb haben wir den Mut gefunden, noch vor der Bundestagswahl in diesem Punkt öffentlich nachzujustieren und die Gerechtigkeitslücke zu schließen.

(Beifall von CDU und FDP - Marc Jan Eumann [SPD]: Und den Koalitionsvertrag gleich zu brechen!)

Natürlich gilt, dass diejenigen, die beispielsweise aufgrund von Schwangerschaft, Wehrpflicht oder Auslandsaufenthalt keine Leistungen der Hochschule in Anspruch nehmen, für diese Zeit keine Beiträge zahlen müssen. Darüber hinaus können die Hochschulen - das wollen wir so vorsehen - in ihren Satzungen Beitragsbefreiungen für jene bestimmen, die die Leistung nur eingeschränkt in Anspruch nehmen können wie zum Beispiel bei Pflege und Erziehung minderjähriger Kinder, bei Mitwirkung in der Hochschulsebstverwaltung oder bei Behinderung oder schwerer Erkrankung.

(Hannelore Kraft [SPD]: Bürokratischer Fortschritt!)

Ganz entscheidend für die Sozialverträglichkeit und die Beitragsgerechtigkeit des Modells ist der Ausfallfonds, in den jede Hochschule etwa 23 % ihrer Einnahmen aus Studienbeiträgen einzahlen wird. Aus diesem Fonds werden zwei Fälle abgedeckt, in denen das Studienbeitragsdarlehen später nicht zurückgezahlt werden muss:

Erstens. Aus diesem Fonds werden die Darlehen derjenigen BAföG-Empfänger zurückbezahlt, die aufgrund der Kappung der maximalen Rückzahlungsverpflichtungen keine Studienbeiträge oder nur einen Teil der eigentlich angefallenen Studienbeiträge bezahlen müssen.

Zweitens. Aus diesem Fonds werden die Darlehen derjenigen Studierenden zurückbezahlt, die ihr Darlehen nach ihrem Studium aus wirtschaftlichen Gründen, wie es bereits beim BAföG vorgesehen ist, nicht zurückzahlen können.

Das bedeutet: Der Fonds ermöglicht eine Obergrenze der Darlehensbelastung nach Beendigung des Studiums und eine Unabhängigkeit von der Einkommenssituation während des Studiums. Der Aufbau des Fonds stellt sicher, dass diejenigen Hochschulen, an denen verhältnismäßig viele BAföG-Empfänger studieren, nicht benachteiligt werden. Ansonsten wäre die Gefahr gegeben, dass sich BAföG-Empfänger möglicherweise bei der Suche nach einem Studienplatz durch die jeweilige Hochschule diskriminiert fühlen. Wir schaffen durch diesen Ausgleichsfonds die Sicherheit: Alle können unabhängig von ihrer Einkommenssituation an jeder Hochschule nach ihrer Befähigung studieren.

(Beifall von CDU und FDP)

Durch den Ausfallfonds ist gesichert, dass den Hochschulen auch die Beiträge derjenigen Studierenden sofort zur Verfügung stehen, die sich für eine nachgelagerte Studienbeitragsfinanzierung entscheiden.

Schließlich gilt: Studienbeiträge können nur in der Regelstudienzeit zuzüglich vier Semester darlehensfinanziert werden. Langzeitstudenten müssen also sofort zahlen und werden durch den Fonds nicht geschützt. Folgerichtig kann das Langzeitstudienkontenmodell der Vorgängerregierung mit Einführung der Studienbeiträge abgeschafft werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sind die Eckpunkte unseres Modells.

Ich habe mich sehr gefreut, dass Hochschulen in Nordrhein-Westfalen dieses Modell sehr positiv bewerten:

(Zuruf von der SPD: Da lesen Sie aber wenig Zeitung!)

Bonn, Aachen, Köln.

(Heiterkeit von der SPD)

- Schlagen Sie doch einmal die Zeitung auf, dann können Sie es lesen! Ich werde gleich zitieren.

Erst gestern hat sich die Leitung der Universität Bonn in einem langen Interview im „Bonner General-Anzeiger“ geäußert. Fazit: Die Uni Bonn strebt 500 € Studienbeitrag an. Sie geht von substantziellen Verbesserungen der Lehre aus. Sie hält die Darlehensregelung für sozial gerecht und erwartet weniger Bürokratielasten als beim - ich zitiere - „unsäglichen Studienkontenmodell“. - Ich danke herzlich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Minister Dr. Pinkwart. - Für die SPD-Fraktion hat deren Vorsitzende, Frau Kraft, das Wort. Bitte schön.

**Hannelore Kraft** (SPD): Schönen Dank, Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall von der SPD)

- Nein, so lange brauchen wir nicht zu klatschen. Das bringt nichts.

(Zurufe von der CDU)

Geht das jetzt eigentlich von meiner Redezeit ab?

**Vizepräsident Edgar Moron:** Nein, das geht nicht von der Redezeit ab.

**Hannelore Kraft** (SPD): Gut. - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich das, was wir gerade als Unterrichtung der Landesregierung vernommen haben, noch einmal in einen größeren Zusammenhang stellen. Ich glaube, es ist ganz interessant, das einmal zu tun.

**(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)**

Herr Ministerpräsident, Sie haben in den letzten Wochen immer viel von Freiheit geredet. Auch die Regierungserklärung stand unter dem Oberbegriff Freiheit. Jetzt sollen die Studierenden, die wir gerade oben auf der Tribüne gesehen haben, und auch die Hochschulen des Landes mit dieser Freiheit beglückt werden. Dadurch soll das unterstützt werden, was Ihr Generalsekretär den „Rüttgers-Effekt“ nennt.

Ich habe mir allerdings am Sonntag bei „Westpol“ die neuesten Umfragen angesehen. Ich hoffe, Sie haben es auch getan. Ich kann keinen Rüttgers-Effekt sehen. Ich erkenne dort einen Rüttgers-Defekt, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen auch, warum das passiert: Die Menschen erkennen zunehmend, was Sie unter dem Begriff Freiheit verpacken, nämlich Freiheit von Verantwortung. Sie nennen es Freiheit, Verantwortung auf andere abzuwälzen - das ist Ihr Freiheitsbegriff -, in diesem Fall auf die Studierenden und auf die Hochschulen. Alles das tun Sie, um sich selbst zu entlasten: Flucht aus der Verantwortung. - So etwas ist nicht unsere Vorstellung von Politik, um das klar zu sagen.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, die Studierenden wollen Ihre Freiheit gar nicht; denn sie wissen, was das bedeutet. Für viele wird ein Studium in Zukunft nicht mehr finanzierbar, nicht mehr im Bereich des Möglichen sein.

Herr Pinkwart, Sie haben Herrn Wowereit zitiert. Ich erspare mir, heute nochmals Herrn Dr. Rüttgers zu zitieren, der vor einigen Jahren genau diesen Effekt kommen sah und in diesem Land eine ganz andere Politik vertreten hat. Das erspare ich mir heute.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die aktuellen Zahlen der Kultusministerkonferenz zeigen ja deutlich, dass die Zahl der Studierenden zurückgeht. Herr Pinkwart, ich empfehle Ihnen, noch einmal die Presseerklärung von Frau Bulmahn durchzulesen. Darin steht genau das Gegenteil dessen, was Sie gesagt haben.

(Beifall von der SPD)

Die Kultusministerkonferenz sagt, dass die Zahlen bei den Neueinschreibungen aufgrund der Pläne für die Einführung allgemeiner Studiengebühren zurückgehen. Das steht dort sehr deutlich. Und die KMK ist kein Instrument der SPD, um das auch einmal klar zu sagen.

Schon durch die Debatte über Studiengebühren werden junge Menschen abgeschreckt, besonders diejenigen aus bildungsfernen Schichten und aus Familien mit geringem Einkommen. Ich füge hinzu: sogar bis in die Mittelschicht hinein, wenn man mehrere Kinder hat. Dann ist man nämlich auch besonders betroffen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Sie verschärfen die Auslese beim Zugang zu den Hochschulen.

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Faktisch wird das Studium vom Portemonnaie der Eltern abhängen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Das, was Herr Pinkwart hier gesagt hat, finde ich schon bemerkenswert. Er hat gesagt - und diese Ansicht wird ja von manchen vertreten -: Was nichts kostet, ist auch nichts. - Mit diesem Argument müssten wir demnächst, wenn die Schulen sich im Wettbewerb befinden, ja Schulgebühren einführen. Das wäre die logische Schlussfolgerung daraus.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Wie sollen die Menschen draußen, wie sollen die Studierenden Ihren Zusagen noch vertrauen, Herr Ministerpräsident? Die Eckpunkte der Landesregierung, die Herr Minister Pinkwart gerade vorgestellt hat, sind für die Studierenden ein Dokument der Täuschung.

(Beifall von der SPD)

Sie ganz persönlich haben den Empfängern von BAföG doch versprochen, für sie werde es keine Studiengebühren geben. Offensichtlich gilt das heute nicht mehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Selbst wenn Ihre Zahlen stimmen, muss jeder dritte BAföG-Bezieher in Nordrhein-Westfalen künftig vom ersten Semester an Studiengebühren zahlen und steht hinterher mit mehr Schulden da. Das ist die Realität. Es ist doch nicht so, wie Sie es dargestellt haben!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, Sie sind inzwischen ein Meister des Versprochen - Gebrochen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das hat fatalerweise schon jetzt, nach wenigen Wochen, System. Wie beim BAföG haben Sie vor der Wahl auch eine Unterrichtsgarantie versprochen. Die FDP wollte sogar ein Unterrichtssicherungsgesetz; ich erinnere mich noch daran. Heute kennen Sie dieses Wort aber nicht einmal mehr. Vor der Wahl haben Sie Haushaltskonsolidierung und Schuldenabbau versprochen. Jetzt verkündet Ihr Finanzminister nach nur 40 Tagen im Amt, die Landesregierung müsse allein 2005 2,1 Milliarden € mehr Schulden machen. Wahrlich, das ist Ihr schnellster Rekord!

(Zurufe von der CDU)

- Zu dieser Debatte werden wir noch kommen. Das sehe ich ganz gelassen, meine Herren und Damen von der CDU.

Interessant ist doch die Begründung, die heute in den Zeitungen steht: Die Zahlungen in den Länderfinanzausgleich sind stärker gewachsen. - Offensichtlich war unser Land gar nicht so schlecht - sonst müssten wir ja nicht so viel einzahlen -, wie Sie es den Bürgern draußen immer weisgemacht haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Rüttgers, ich kann Sie da nicht außen vor lassen. Sie treiben das Ganze für mich jetzt wirklich noch auf die Spitze; denn Sie persönlich verkünden die Neueinstellung von rund 100 Parteigängern von CDU und FDP in die Regierung, wie zu lesen ist.

(Beifall von der SPD)

Wie viele es genau sind, werden wir ja noch sehen. Fest steht aber schon heute, dass es, statt den Stellenabbau durchzuziehen, den Sie vorher versprochen haben, einen Aufwuchs im Regierungsapparat geben wird. Das steht heute schon fest.

(Beifall von der SPD)

Und dann sagen Sie auch noch, dafür würden Sie sich nicht entschuldigen, weil Sie ja - ich sage es einmal etwas überspitzt - in den Ministerien von Roten umstellt seien, die als Beamte sozusagen nicht ihren Dienst tun würden.

Ich sage: Das ist eine Diffamierung der Beamtinnen und Beamten in den Ministerien, die wunderbar ihre Arbeit machen und loyal zu diesem Land stehen. Das lassen wir nicht gelten!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Mit dieser Haltung, Herr Ministerpräsident, sind Sie mit Sicherheit nicht, wie Sie immer so gerne sein würden, nah bei den Menschen. Damit sind Sie ganz weit weg von den Menschen in diesem Land.

Ich frage Sie ernsthaft: Wie bringen Sie das eigentlich zusammen? Sie verlangen mit Verweis auf die Haushaltslage den Studierenden Gebühren ab dem ersten Semester ab und stellen zugleich in erheblichem Umfang teures neues Personal mit schwarzem und gelbem Parteibuch ein. Das ruft doch zu Recht die Empörung der Studierenden hervor. Darauf darf man noch einmal hinweisen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Was Sie als Politik der Ehrlichkeit verkaufen, was sich jetzt auf der Bundesebene so durchzieht,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Hoffentlich nicht!)

ist ein Rückzug aus verantwortlichem Handeln. Das ist keine soziale Politik und erst recht kein Vorbild für den Bund, hoffe ich. Schwarz-Gelb ist das Muster für Schwarz-Gelb im Bund: Vor der Wahl versprochen heißt nach der Wahl gebrochen. Das versteht die CDU unter einem ehrlichen Wahlkampf.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Das sagen Sie!)

Und, Herr Minister Pinkwart, auch Sie haben nicht Wort gehalten. Oder stimmt es etwa nicht, dass Sie den Hochschulrektoren in einer Sitzung zugesagt haben, dass es eine verbindliche Regelung des Landes geben soll? Zumindest beschreibt der Vorsitzende der Landesrektorenkonferenz so den Verlauf einer Dienstbesprechung mit Ihnen. Er hat auch eine Erklärung - ich zitiere mit freundlicher Erlaubnis aus der "Rheinischen Post" -: „Wahrscheinlich hat er sich im Kabinett nicht durchsetzen können.“ Wer hat Sie da zurückgepfiffen? Waren Sie das, Herr Ministerpräsident, wie man lesen konnte? Wovor haben Sie zurückgeschreckt? Haben Sie Angst, dass die Studierenden vor den Landtag ziehen könnten? Sie sehen die Demonstranten lieber vor jeder einzelnen Hochschule bei den Rektoren stehen. Das kann ich verstehen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Ablenken und Abwälzen!)

Offensichtlich wollen Sie sich, wie in vielen anderen Fällen auch, in die Büsche schlagen und andere die Suppe auslöffeln lassen, die Sie ihnen eingebrockt haben. Sie haben nicht den Mut, Ihre politischen Absichten selbst zu vertreten. Sie schieben die Verantwortung auf die Hochschulen ab. Die Hochschulen müssen den Konflikt über die Einführung der Gebühren austragen, nicht die Landesregierung. Nur die Hochschulen müssen das Ausfallrisiko bei den Gebühren tragen, nicht der Staat und nicht die Bank. Nur die Hochschulen! Sie erhalten auch nicht die 500 €, wie von Ihnen versprochen, sondern nur noch 375 € pro Studierenden. Damit soll der große Qualitätsschub, den Sie hier verkünden, ausgelöst werden. Ich kenne die Zahlen und kann nur sagen: Das, was Sie hier verkünden, ist lächerlich.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Hochschulen tragen das Ausfallrisiko und müssen auch die dafür notwendige Bürokratie finanzieren. Ich fand es spannend, was Sie vorhin schon als Ausnahmeregelungen zu Protokoll gegeben haben. Ich kann mich gut daran erinnern - Frau Löhrmann, wir beide wissen das noch -, wie es war, als wir das Studienkontengesetz gemacht haben und es zugegebenermaßen - das haben wir nie bestritten - kompliziert geworden ist, weil wir die sozialen Ausnahmetatbestände aufgenommen haben. Da haben Sie in diesem Haus von einem bürokratischen Monster gesprochen.

(Bernhard Recker [CDU]: Genau!)

Ich bin einmal gespannt, wie Ihr Monster demnächst aussieht.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Aber das Allerbeste an der ganzen Geschichte, Herr Pinkwart: Die Hochschulen müssen auch - das sage ich voraus - die Flut von Klagen bewältigen, die insbesondere gegen Ihrer Wischibaschi-Geld-zurück-Garantie absehbar sind. Alles zulasten des Gebührenaufkommens! Sie sagen, es soll allerdings kein einklagbarer Rechtsanspruch sein. Ja, was denn dann? Was ist das für eine Geld-Zurück-Garantie, wenn ich sie nicht einklagen kann? Sie setzen auf Kulanzlösungen, lese ich heute im "Kölner Stadt-Anzeiger",

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Einvernehmlich!)

auf ein internes Schiedsgericht mit Vertretern aller Parteien, die sich an der Hochschule tummeln. Da bin ich mal gespannt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Herzlichen Glückwunsch!)

Sie überlassen die Hochschulen sich selbst. Sie schieben die Regierungsverantwortung auf die Hochschulen ab und lassen sie dann mit diesen Problemen alleine. Das ist die Realität.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es ist überhaupt nicht verwunderlich, dass die Studierenden dagegen aufbegehren und die Hochschulleitungen verärgert sind. Sie haben jetzt einen in Bonn gefunden. Ich hätte Ihnen sagen können, dass es Bonn wird; aber das lassen wir jetzt einmal weg.

(Christian Lindner [FDP]: Aachen!)

- Ich weiß, wer sich dazu noch meldet. Aus Aachen kommt auch der Staatssekretär. Das ist doch kein Zufall; aber lassen wir das.

(Zurufe von der [FDP]: Oh!)

Die Hochschulen sind unzufrieden, sie sind stinkig, weil Sie mit ihnen gesprochen und Ihre Versprechen nicht eingehalten haben, weil Sie ihnen jetzt die ganze Last aufgedrückt haben.

(Christian Lindner [FDP]: Was würden Sie denn machen?)

Meine Damen und Herren, die Landtagsfraktion lehnt die von der Landesregierung beschlossenen Studiengebühren aus grundsätzlichen Erwägungen ab. Wir brauchen mehr und nicht weniger Studierende in Deutschland. Das ist der entscheidende Punkt für mich; da bleibe ich Ökonomin. Ich empfehle Ihnen, einmal einen Blick in die aktuelle Veröffentlichung der OECD in Bezug auf Deutschland zu werfen. Dort steht, dass die Bildungsbeteiligung steigen muss. Ich zitiere - mit freundlicher Erlaubnis -:

Insgesamt ist daher darauf zu achten, dass für eine weiter steigende Bildungsbeteiligung der Bevölkerung keine neuen Hürden errichtet werden.

Das ist die Realität, wie sie die OECD sieht. Solche Studiengebühren sind eine weitere Hürde, und da werden wir nicht mitmachen. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Kraft. - Als nächster Redner hat der Kollege Stahl für die CDU-Fraktion das Wort.

**Helmut Stahl (CDU):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Was das Thema Studiengebühren als Thema angeht, ist an sich alles gesagt.

(Zurufe von der SPD: Ja!)

Das wurde von Minister Prof. Dr. Pinkwart sauber begründet, klug dargelegt und überzeugend rübergebracht.

(Beifall von CDU und FDP - Heiterkeit von der SPD)

Das war gut und überzeugend.

(Ralf Jäger [SPD]: Und Schweine können fliegen!)

Frau Kraft, Sie haben versucht, dieses Thema für die verbleibenden Tage zur Bundestagswahl zu instrumentalisieren. Sie haben gemeint, Sie könnten damit noch ein Viertel Promillchen bewegen. Das ist schief gegangen. Sie waren grotten-schlecht. Sie haben in keiner Weise irgendetwas

zur Sachauseinandersetzung zu den Studiengebühren beigetragen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben nichts als polemisiert, und Sie haben sich blamiert.

(Zuruf von der CDU: Mehr kann sie nicht! - Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer hat sich denn hier mehr blamiert?)

Das Thema Freiheit hat mich gereizt.

Ich habe mich daran erinnert, dass wir vor ziemlich genau fünf Jahren hier gesessen haben und ein Ministerpräsident namens Clement hier gestanden und dargelegt hat, es gehe darum, jetzt das Bild des Staates zu verändern, weg vom „Vater Staat“ hin zum „Partner Staat“.

(Ute Schäfer [SPD]: Aber nicht zum Nachwächterstaat!)

Ich halte das für sehr klug. Gemessen daran, Frau Kollegin Kraft, sehen Sie verdammt alt aus.

(Beifall von der CDU)

Wir haben tatsächlich einen Unterschied in der Philosophie. Wir wollen nicht mehr alles regeln. Wir wollen Verantwortung an die Menschen, in die Hochschulen zurückgeben. Da gibt es zwischen uns wirklich einen Unterschied. Das unterscheidet Sie von uns.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

Sie haben Ihre Vorstellungen 40 Jahre lang verfolgt und haben das System vor die Wand gefahren. Wir machen es anders. Wir machen es besser.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Kollegin Kraft, so dumm können Sie doch nicht sein, dass Sie die Petitesse Länderfinanzgleichheit heranziehen. Der Länderfinanzgleichheit ist nämlich für den Landeshaushalt ein Ausgabeposten, der abfließt. Den haben Sie niedrig eingeschätzt, um den Haushalt zum Ausgleich zu bringen. Wenn dieser Ansatz hinterher angehoben werden muss, weil Sie falsche Zahlen angesetzt haben, weil Sie getrickt haben, dann ist das doch kein Zeichen von Stärke, sondern ein Zeichen Ihrer Schwäche. Mit einem solchen Argument wollen Sie hier hausieren gehen, Frau Kraft?

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von der SPD)

Wenn Sie kritisieren, dass sich beim Personal in der Landesregierung - in der Staatskanzlei - et-

was verändern muss und Sie dazu auf die Mitleidstube drücken, kann ich nur sagen: Um Himmels willen! Wie aufgebläht sind Ihre Apparate gewesen, welche aufgeblähten Apparate haben wir übernehmen müssen, weil Sie als SPD allen Wert darauf gelegt haben, die Grünen zu kontrollieren. Dazu sind ganze Parallelstrukturen hochgefahren worden. Die müssen weg!

(Beifall von CDU und FDP)

Es müssen Leute dort hinein, die auch für uns vertrauenswürdig sind. Sie haben 39 Jahre lang fast jede Position nach Parteibuch besetzt und beklagen sich jetzt, wenn ein paar Stellen auch mit unseren Leuten besetzt werden sollen. Diese Stellen sollen im Übrigen auf der Zeitachse wieder abgebaut werden. Sie sollten einmal hergehen und zählen, wie viele Leute Sie eingestellt haben, um Frau Höhn zu kontrollieren. Das sind wesentlich mehr gewesen als diese Hundert!

(Beifall von CDU und FDP)

Weil Sie in den größeren Zusammenhang beim Einstieg haben fliehen wollen, gehe ich jetzt in den konkreten Zusammenhang, Frau Kollegin. Minister Pinkwart hat schon deutlich gemacht, dass wir vor der Landtagswahl gesagt haben, wir wollten Studienbeiträge einführen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: „Gebühren“ haben Sie gesagt!)

- Ich habe stets von „Studienbeiträgen“ gesprochen. Das war keine vergnügungssteuerpflichtige Veranstaltung. Ich kann mich gut an viele Diskussionen an Ständen in der Bonner Innenstadt erinnern, wo ich angegangen worden bin. Ich habe mir aber die Zeit genommen und mit den Studierenden geredet. Und ich habe sie überzeugt.

(Beifall von CDU und FDP - Lachen von SPD und GRÜNEN)

Offenkundig ist das nicht nur mir so ergangen, sondern vielen Kolleginnen und Kollegen ist es so ergangen. Sonst säßen wir nicht als Mehrheit in diesem Parlament.

(Beifall von CDU und FDP)

Das heißt, wir haben die Wahl gewonnen und Sie haben Sie verloren. Wir haben sie trotz oder vielleicht auch wegen unseres Eintretens für Studienbeiträge gewonnen, Sie haben sie verloren. Die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes haben entschieden.

Wenn ich Sie reden höre, komme ich zu der Auffassung, dass Sie den Eindruck ein paar Tage vor der Bundestagswahl erwecken wollen, wir wollten

Studiengebühren einführen. Studiengebühren gibt es doch schon lange, Frau Kollegin Kraft. Sie und nicht wir haben Studiengebühren in Nordrhein-Westfalen eingeführt!

(Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmelzer [SPD]: Was haben Sie für eine Wahrnehmung? Sie betreiben eine Verdrehung der Tatsachen!)

Ich erzähle Ihnen jetzt einmal, wie diese Studiengebühren aussehen und wie in einem solchen Gesetzgebungszusammenhang Ihre Vorgehensweise typischerweise aussieht. Ihr Studienfinanzierungsstellenmodell oder wie immer es heißt ist für mich das Musterbeispiel eines sozialistischen Gesetzes.

(Beifall von der CDU)

Sozialistische Gesetze erfüllen drei Kriterien. Das erste Kriterium besteht darin, dass diese Gesetze hoch kompliziert sind. Sie müssen hoch kompliziert sein, weil nur so die Bürokratie genährt wird, von der Sie leben.

(Beifall von CDU und FDP)

Nicht nur ich sehe diesen Sachverhalt so, sondern beispielsweise auch das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen. Am 11. März dieses Jahres hat es kritisiert, dass Rechtsverordnung und Gesetz so verwickelt formuliert seien,

dass sie teilweise unverständlich sind, sodass sich die Frage stellen mag, ob die Einzelregelungen wegen des Verstoßes gegen das Gebot einer minimalen Normenklarheit nichtig sind und ob diese Teilnichtigkeit dazu führt, dass auch zusammenhängende weitere Regelungen zur Berechnung des Studienguthabens davon berührt werden.

Das haben wir uns nicht aus den Fingern gesogen, sondern das sagt das Gericht. Das Gericht hat Recht. Also das erste Kriterium eines sozialistischen Gesetzes ist erfüllt. Es ist hoch kompliziert.

Das zweite Kriterium eines sozialistischen Gesetzes ist die Vergesellschaftung der Einnahmen. Sie haben den Studierenden Geld genommen und haben es dem Finanzminister gegeben. Schwupp war es weg im großen Fass ohne Boden.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben die Studierenden abgezockt.

(Beifall von CDU und FDP)

Bei den Hochschulen ist nichts angekommen. Null!

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist eine Mär!)

Die Hochschulen sind auf den Kosten der Bürokratie sitzen geblieben. Die Bürokratie war kompliziert genug. Die Hochschulen mussten die Studiengebühren erheben und blieben auf den Kosten sitzen.

Das heißt, die Studierenden haben bei Ihnen ohne Gegenleistung gezahlt. Wie rechtfertigen Sie, Frau Kraft, Studiengebühren ohne Gegenleistung zu erheben?

(Beifall von CDU und FDP)

Das dritte Kriterium eines sozialistischen Gesetzes ist das sozialistische Rechnungswesen.

(Heiterkeit von CDU und FDP)

Da wird bezüglich der Einnahmen eine Planzahl gesetzt. Diese Planzahl lag bei 90 Millionen €. Ich weiß nicht, woher sie kommt. Möglicherweise stammt sie vom Wetteramt. Man hat sich aber darauf verständigt.

(Heiterkeit von der CDU)

Und weil die Abzocke der Studierenden ohne Gegenleistung nicht durchzuhalten ist, haben Sie im Jahr 2005 gesagt: Gut, wir machen fifty-fifty. 50 % erhält der Finanzminister, und 50 % bekommen die Hochschulen zur Verbesserung der Studienbedingungen.

Um an die 45 Millionen € für die Hochschulen zu kommen, haben Sie diese 45 Millionen € in den ersten Nachtrag zum Haushalt 2005 eingestellt. Dann sind Sie hergegangen und haben den Hochschulen ganz großzügig dieses Geld geschenkt - ganz großzügig am Anfang des Wahlkampfes, aber nicht allen, sondern nur den braven Hochschulen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Leistungsbezogen!)

Das ist Vater Staat im 18. Jahrhundert: Sie haben es nur den braven Hochschulen geschenkt, und die anderen sind auf ihren Kosten sitzen geblieben.

(Beifall von der CDU)

Frau Kollegin Kraft, um die Sache sozialistisch richtig rund zu machen, haben Sie den Hochschulen mitgeteilt: Wenn diese Planzahl möglicherweise nicht eintrete, sei sie im Jahr 2006 zu verrechnen. - Das heißt, wenn die Planzahl nicht erfüllt ist, zahlen die Hochschulen das Geschenk, das sie großzügigerweise von Ihnen bekommen haben.

(Christian Weisbrich [CDU]: Clever!)

Jetzt zur Realität: Die Planzahl war wie in jedem sozialistischen System, wie in jedem sozialistischen Gesetz ausschließlich virtuell. Das Aufkommen in 2005 dürfte bei rund 30 Millionen € liegen - nicht bei 90, sondern bei 30 Millionen €. Und von diesen 30 Millionen € haben Sie 45 dem Finanzminister und 45 den Hochschulen gegeben.

(Heiterkeit und Beifall von CDU und FDP)

Ja, so funktioniert das im Sozialismus. So macht man das im Sozialismus.

Frau Kollegin Kraft, das war absehbar. Das konnte ein einigermaßen fachkundiger Mensch erkennen.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stahl, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jäger?

**Helmut Stahl (CDU):** Ich habe Ihnen Anfang April vorgeworfen, dass Sie hier mit Lüg und Trug arbeiten. Sie wussten das. Sie wussten, dass Sie die Menschen beschießen. Sie wussten es, und Sie haben es getan!

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stahl!

**Helmut Stahl (CDU):** Und ich sage Ihnen, Frau Kraft: Sie haben die Menschen belogen, und Sie haben Ihr Vertrauen als Politikerin verspielt.

Jetzt gehe ich noch ein bisschen in den größeren Zusammenhang: Sie haben nicht nur die Menschen belogen. Sie sind vielmehr als SPD und auch als Ministerin auf der ganzen Linie gescheitert. Sie waren als Ministerin erfolglos, weil es Ihnen in Ihrer Zeit nicht gelungen ist, irgendein großes gutes Projekt nach Nordrhein-Westfalen zu holen. Von einer Spallationsquelle bis hin zu einem Max-Planck-Institut - Sie haben es nicht geschafft!

(Minister Karl-Josef Laumann: Der Mann ist gut!)

Es ist nichts besser geworden!

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Stahl, ich bin gerade auf eine Sache aufmerksam gemacht worden. Ich bitte Sie, Formulierungen wie „Sie haben beschissen!“ oder Ähnliches zu unterlassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Zuruf von der CDU: Er hat doch Recht!)

**Helmut Stahl (CDU):** Ich überlege, ob ich noch einen drauflege, aber es ist die Sache nicht wert.

Sie haben nichts verbessert bei der Studierendenquote. Sie haben nichts verbessert bei der Studiendauer, bei den Pro-Kopf-Ausgaben für die Studierenden. Sie haben nichts verbessert, sondern nur verschlechtert. Dies gilt auch für den Abbau des Investitionsstau an unseren Hochschulen, der mittlerweile auf 13 Milliarden € geschätzt wird.

Überall belegt Nordrhein-Westfalen leider Gottes hintere Plätze, und das haben Sie sich ins Stammbuch zu schreiben - Sie und Ihre Partei und Ihre Koalition aus Rot-Grün!

(Beifall von CDU und FDP)

Und Sie haben sich an den Arbeiterkindern versündigt.

(Lachen von der SPD)

Sie haben sich versündigt an den Kindern aus bildungsfernen Schichten.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Wer lässt BAföG-Bezieher Gebühren bezahlen?)

Kein Land - bis auf Bremen - steht so schlecht da, was die soziale Durchdringung in den Schulen und Hochschulen angeht. Sie haben 39 Jahre regiert. Sie sind mit dem Versprechen angetreten, Arbeiterkindern den Zugang zur Hochschule zu verschaffen,

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das kann doch nicht wahr sein!)

und Sie sind krass gescheitert.

(Beifall von der CDU - Rainer Schmelzter [SPD]: Hoffentlich ist die Märchenstunde bald vorbei!)

Hier auf die Tränendrüse zu drücken geht nicht auf!

(Beifall von der CDU - Rainer Schmelzter [SPD]: Absoluter Quatsch!)

Und das Schöne ist: Die Menschen draußen wissen das. Sie wissen und erleben es. Die Menschen lassen sich durch Ihre Aussagen nicht in Watte packen.

Ein Letztes zu den Studienbeiträgen. Ich kann Ihnen Zitate von Karl Marx bis Steinbrück liefern, die sich alle dafür aussprechen:

(Heiterkeit von der CDU)

Es geht nicht anders: Ohne Studiengebühren bleibt das Versprechen, Studienbedingungen zu

verbessern - dies ist dringend nötig an unseren Hochschulen -, ein leeres Versprechen oder sogar eine Lüge.

Es bleibt bei den Grundsätzen: Niemand muss auf ein Studium verzichten. Wir brauchen mehr Studierende.

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, in der Tat!)

Es gibt keine unzumutbare Belastung für Studierende. Hinsichtlich Ihrer Zwischenrufe sage ich Ihnen, Frau Kollegin Kraft: 10.000 € maximale Belastung aus BAföG und Studiengebühren sind der Gegenwert eines Kleinwagens, und den kann man nun wirklich für eine qualifizierte Ausbildung einsetzen, wenn man zwei Jahre nach dem Studium ein Gutverdiener mit mehr als 32.000 € Gehalt pro Jahr ist. Dann kann man das wirklich zurückzahlen, und das ist auch zumutbar.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Bei uns gibt es im Gegensatz zu Ihnen schließlich auch eine Gegenleistung. Sie zocken ab, wir investieren! Genau das ist der Unterschied.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir setzen auf die Urteilskraft der Menschen in unserem Bundesland, in unserem Nordrhein-Westfalen. Wir wissen und setzen darauf, dass sie am kommenden Sonntag so entscheiden werden, wie wir es erwarten: Es zählt nämlich Ehrlichkeit vor falschen Versprechungen, mit denen Sie hier hausieren gehen. - Ich danke Ihnen.

(Lang anhaltender Beifall von CDU und FDP - Rainer Schmeltzer [SPD]: Dafür haben Sie aber kein gutes Beispiel abgegeben!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Stahl. - Als nächster Redner hat der Kollege Vesper für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Noch ein Verantwortlicher!)

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zu der Rede von Herrn Stahl kann ich nur sagen: So etwas passiert, wenn sich ein Christdemokrat in Dialektik versucht.

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD)

Da ist ja mein achtjähriger Sohn weiter, was das Bild vom Sozialismus angeht. Ich schätze Sie, Herr Stahl - wie Sie wissen -, als wirklich netten Menschen, mit dem man auch nett plaudern und

gut zusammenarbeiten kann. Aber Sie haben eben behauptet, Sie hätten an den Ständen in Bonn die Studierenden von den Studiengebühren überzeugt.

Wir wissen doch alle: Ihr Überzeugungsfaktor liegt nahe bei null. Ich nehme Sie gerne an jeden grünen Stand mit: Das kann uns nur Wähler zutreiben, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von den GRÜNEN - Heiterkeit von der CDU - Zurufe von der CDU)

Donnerwetter! Das ist eine starke Vorstellung. Da können Michael Schumacher und Nick Heidfeld nur erblassen. Einen solchen Geschwindigkeitsrekord haben die noch nicht aufgestellt.

Schneller, meine Damen und Herren, hat noch keine Regierung, die neu ins Amt gekommen ist, die Kurve gekriegt. Schneller haben es Politiker selten geschafft, ihre Position umzudrehen. Schneller ist noch nie ein Koalitionsvertrag in die Tonne getreten worden wie hier bei uns in Düsseldorf, übrigens nicht nur in Sachen Studiengebühren.

Überall spielen Sie, lieber Herr Rüttgers, Pingpong mit den Wählern. Vor der Wahl: BAföG-Empfänger zahlen keine Studiengebühren, nach der Wahl zahlen sie sie doch.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Vor der Wahl!)

- Nach der Wahl war das. Das mit dem BAföG war vorletzten Dienstag - aufgrund einer Panne in Ihrer eigenen Regierungszentrale, die es nicht geschafft hat, das zu vermitteln.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vor der Wahl wollten Sie die Verschuldung zurückführen. Nach der Wahl wird der Schuldenhaushalt um 2,1 Milliarden € aufgebläht.

(Widerspruch und Zurufe von der CDU)

Und vor der Wahl, meine Damen und Herren, wollten Sie 1,5 % weniger Personal in jedem Ministerium haben, nach der Wahl über 100 neue Stellen zur Versorgung Ihrer Leute schaffen. Lieber Herr Stahl, wenn ich höre, was Sie eben gesagt haben: Wenn so viele Stellen nötig waren, um uns Grüne in der Regierung zu kontrollieren, dann müssen wir erstens ja ungeheuer stark gewesen sein. Es freut mich sehr, dass Sie endlich zu diesem zutreffenden Ergebnis gekommen sind.

(Beifall von den GRÜNEN)

Aber zweitens, lieber Herr Stahl, sind die Stellen dann doch jetzt alle über. Die Leute haben doch

nach dem Regierungswechsel gar nichts mehr zu tun. Nehmen Sie diese Stellen dafür, Ihre Personalwünsche zu befriedigen! Oder sollen die jetzt etwa andere kontrollieren, meine Damen und Herren? Das ist das, worum es Ihnen letztlich geht.

(Beifall von der SPD - Dietmar Brockes [FDP]: Können Sie sie nicht selber übernehmen?)

- Wir haben leider nicht so viele Stellen. Sie wissen das doch.

Meine Damen und Herren, im Koalitionsvertrag steht klipp und klar: BAföG-Empfänger entrichten kein Studienentgelt. Sie, Herr Ministerpräsident Rüttgers, haben in Ihrer Regierungserklärung noch am 13. Juli die Begründung mit Tremolo in der Stimme nachgeliefert. Sie haben nämlich gesagt: „Bildungschancen dürfen nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen“. Recht haben Sie. Wir stimmen Ihnen in diesem Punkt ausdrücklich zu.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das sind aber die Sonntagsreden, die schönen Sätze, die man auf Papiere schreibt. Jetzt, nach 100 Tagen Regieren, wo es um die Taten geht - da wird es langsam Zeit - und nicht um die schönen Worte, wollen Sie von all dem nichts mehr wissen. Jetzt soll eben doch der Geldbeutel der Eltern mit darüber entscheiden, ob jemand bei uns in Nordrhein-Westfalen studieren kann oder nicht. Jetzt sollen die BAföG-Empfänger doch ein Studienentgelt entrichten.

Ich sage Ihnen, lieber Herr Pinkwart, und anderen aus der FDP wie auch Herrn Stahl, ganz klar: Egal, wie viele Schnörkel Sie um diese klare Tatsache herum malen - Sie können nicht davon ablenken, dass Sie anders handeln, als Sie reden. Sie machen den Menschen etwas vor.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie sind nicht verlässlich. Da fällt mir ein altes Sprichwort von Ihrem Vor-Vor-Vorgänger Johannes Rau ein, der gesagt hat: Gebrochene Versprechen sind gesprochene Verbrechen. Ich finde, das passt in diese Debatte genau. Deswegen ist Ihnen die Debatte so peinlich. Deswegen müssen Sie diese Klatschorgien veranstalten, wie Sie es gerade gemacht haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn ich Ihre Ausreden höre, lieber Herr Pinkwart, dann stelle ich fest, dass Sie ein für einen FDP-Politiker durchaus überraschendes Maß an Phantasie und Kreativität zeigen,

(Heiterkeit von der FDP)

übrigens auch an Bürokratie. Liebe Leute, wie soll das denn funktionieren? Sie wollen einerseits entbürokratisieren, andererseits wollen Sie, dass es an jeder Hochschule anders sein soll. Sie wollen eine Geld-zurück-Garantie abgeben. Wie soll die denn in praktisches Verwaltungshandeln umgesetzt werden? Ich sehe schon die nächste Stellenforderung auf den Finanzminister zukommen, um dafür das Personal an die Hochschulen zu bringen, das dann eben nicht lehrt, sondern verwaltet. Das kann es wirklich nicht sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Komplizierter - Herr Stahl, Sie haben von hoch kompliziert gesprochen - geht es wirklich nicht, als wie Sie diese Ausnahmen gestalten wollen.

Lieber Herr Pinkwart, ich stelle mir gelegentlich vor, wie Sie reagiert hätten, wenn wir uns eine Zeit so freigesprochen hätten. So wörtlich - so haben Sie in einer Pressekonferenz formuliert - dürfe man die Aussage des Koalitionsvertrages doch nicht nehmen. Das seien doch nur „politische“ Vereinbarungen.

Ja, meine Damen und Herren, was denn eigentlich anderes als politische Vereinbarungen? Müssen die dann nicht eingehalten werden?

(Beifall von den GRÜNEN)

Natürlich wissen wir alle - wir in der Opposition etwas genauer als Sie in der Regierung -, dass es viele Passagen in Ihrem Koalitionsvertrag gibt, die man aus Gründen mangelnder Gerechtigkeit lieber nicht umsetzen sollte. Darüber werden wir in den kommenden Monaten viel zu reden, zu debattieren und auch zu streiten haben. Aber hier, bei den Studiengebühren, gilt die alte Lebensweisheit: Ein blindes Huhn findet auch einmal ein Korn.

(Zurufe von der FDP)

Ausgerechnet an dieser Stelle, wo Sie im Koalitionsvertrag und auch in der Regierungserklärung richtig lagen, ausgerechnet da weichen Sie hinterher davon ab. Hätten Sie das doch lieber bei der Windkraft oder bei der Wohnungsbauförderung gemacht. Da wäre es sinnvoll gewesen, von Ihrem Koalitionsvertrag abzuweichen, aber nicht hier.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wenn Sie, Herr Stahl, vom Studienkontenmodell immer als einem sozialistischen Gesetz sprechen: Das Studienkontenmodell, das wir eingeführt haben, das mittlerweile bundesweit als vorbildlich

gilt, ist auch in Rheinland-Pfalz von der dortigen Landesregierung umgesetzt worden.

(Edgar Moron [SPD]: In Rheinland-Pfalz mit der FDP beschlossen!)

Wer regiert da mit? Die FDP regiert da mit und lobt es in höchsten Tönen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Hier treten Sie das Modell in die Tonne. Das ist doch alles nicht glaubwürdig, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Edgar Moron [SPD])

Sie haben eben gefragt, ob wir wüssten, was es kostet, nur ein Semester länger zu studieren, Herr Pinkwart. Natürlich wissen wir das. Deswegen haben wir das Studienkontenmodell eingeführt. Nach der anderthalbfachen Regelstudienzeit gibt es Studienkonten. Deswegen wäre es konsequent, wenn Sie sich diesem Modell anschließen würden.

Ich erinnere mich sehr gut daran, dass Sie, lieber Herr Rüttgers, draußen bei den Studierenden gegen uns, gegen die alte Landesregierung demonstriert haben, als wir unser Studienkontenmodell gegen Kritik und Widerstände eingeführt und durchgesetzt haben.

Wer sein Studienkonto überzieht, muss einen Teil der dadurch entstehenden gesellschaftlichen Kosten tragen. Das ist die Grundphilosophie dieses Studienkontenmodells. Da soll mir irgendjemand einmal erläutern, was daran falsch ist. Aber dagegen haben Sie damals protestiert, demonstriert und intrigiert. Später setzen Sie dann noch einen darauf und führen Studiengebühren nicht erst nach der anderthalbfachen Regelstudienzeit ein, sondern gleich von Beginn des Studiums an. Das ist einfach unglaublich.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Zuruf von der CDU)

Da lobe ich mir - das fällt mir auch nicht ganz leicht - wirklich die FDP. Sie ist da ganz konsequent. Sie hat nämlich in der vorigen Legislaturperiode einen kernigen Antrag zu diesem Thema eingebracht, aus dem ich gern einige Kernsätze zitieren will. Ich empfehle allen Journalisten, sich einmal die Drucksache 13/2659 vorzunehmen. Darin steht alles, was ich jetzt zitiere.

„Der Landtag fordert die Landesregierung ... auf, von der Erhebung von Studiengebühren an nordrhein-westfälischen Hochschulen in Höhe von 50 bis 500 und mehr Euro“

- das war damals noch in der Diskussion -

„pro Semester ... abzusehen. Vielmehr wird die Landesregierung aufgefordert, auch weiterhin ein gebührenfreies Erststudium in angemessener Zeit zu gewährleisten.“

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Aha! - Gisela Walsken [SPD]: Sehr interessant!)

Das ist der O-Ton der FDP, nicht der Grünen und nicht der SPD.

(Lachen von SPD und GRÜNEN - Christian Lindner [FDP]: Weiterentwicklung!)

- Sie haben sich „weiterentwickelt“. Wunderbar, Herr Lindner! Auch Ihr Name steht unter dem Antrag. Sie haben ihn mit geschrieben und unterzeichnet.

(Zurufe von der SPD und von Christian Lindner [FDP])

- Wissen Sie, Herr Lindner, wir hatten ja manche Schwierigkeiten in unserer Koalition. Aber es hat sich selten jemand in einer Koalition so schnell „weiterentwickelt“ wie Sie!

(Heiterkeit von GRÜNEN und SPD und - Zuruf von der SPD: Turbo-Lindner! - Weitere Zurufe)

Weiter geht es in diesem Antrag:

„Unser Land braucht künftig deutlich mehr Akademiker. ... In dieser Situation setzen undifferenzierte Studiengebühren ein völlig falsches Signal. Zusatzgebühren, in welcher Form und unter welchem Etikett auch immer,“

- ich ergänze: auch unter dem Etikett „FDP/CDU“ -

(Lachen von den GRÜNEN)

„entfalten kaum einen ausbildungsbeschleunigenden Anreiz, sondern werden in der Tendenz durch die Vergrößerung der finanziellen Belastung die Studienzeiten eher noch weiter verlängern“.

Meine Damen und Herren, über die verschraubte Sprache kann man streiten,

(Heiterkeit von der SPD)

aber der Inhalt ist richtig. Und er bleibt richtig. Deswegen sollten Sie bei diesem Inhalt bleiben. Ich finde es peinlich, dass Sie sich heute nicht mehr dazu stellen, meine Damen und Herren von der FDP.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weil es so schön ist und weil es der FDP so wehtut, gleich noch ein Satz!

(Lachen von der SPD - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Oh! - Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja, was geht mich mein Geschwätz von gestern an?)

- Herr Papke, jetzt sagen Sie „Oh!“. Aber das wollen Sie heute nicht mehr wissen.

Ich zitierte weiter aus Ihrem Antrag: Studiengebühren

„bergen die Gefahr, dass der Anteil von Studierenden aus sozial schwächeren Schichten noch weiter absinkt.“

(Zurufe von der SPD)

Und weiter:

„Viele Studierwillige werden aufgrund zusätzlicher finanzieller Belastungen eines Studiums vor einer Immatrikulation an einer nordrhein-westfälischen Hochschule abgehalten. So läuft Nordrhein-Westfalen Gefahr, seinen Ruf als attraktiver Wissenschaftsstandort zusätzlich zu gefährden. ... Derartige Studiengebühren sind unabhängig davon, welches Etikett man ihnen anheftet, kein Beitrag zur Verbesserung von Wissenschaft und Forschung, sondern bildungspolitischer Unfug.“

Da hat sie Recht. Und wo sie Recht hat, hat sie Recht.

(Beifall und Heiterkeit von GRÜNEN und SPD - Edgar Moron [SPD]: Was sagen Sie dazu, Herr Pinkwart? - Marc Jan Eumann [SPD]: Was nichts kostet, ist auch nichts! - Edgar Moron [SPD]: Herr Pinkwart, nehmen Sie dazu einmal Stellung! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wenn Sie, lieber Herr Stahl, sagen, Herr Pinkwart hätte eben sauber, klug und überzeugend gesprochen, erwarte ich, dass er gleich sauber, klug und überzeugend zu diesem Antrag Stellung nimmt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Die Analyse der Kultusministerkonferenz ist schon zitiert worden: Seit Jahren ist erstmals wieder ein Rückgang der Studienanfängerzahlen in Deutschland zu verzeichnen. Die KMK führt das auch wesentlich auf die Debatte um Studiengebühren zurück. Wir brauchen dagegen mehr Akademiker und keine Abschreckung von Studierwilligen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Dass Sie ein schlechtes Gewissen haben, zeigt sich darin, dass Sie unter dem Vorbild der Freiheit die Verantwortung für die Einführung von Studiengebühren voll und ganz auf die Hochschulen übertragen wollen. Rektor Timmermann, immerhin der Chef der Landesrektorenkonferenz, hat gesagt, das werde zu großen Zerreißproben an den Hochschulen führen. Das Ergebnis werde eine Zwei-Klassen-Gesellschaft - auch innerhalb unserer Hochschullandschaft - sein. Das wollen wir nicht.

Deshalb, meine Damen und Herren: Lassen Sie die Finger von Ihren Plänen zur Einführung von Studiengebühren! Entwickeln Sie stattdessen unser Studienkontenmodell wie ursprünglich vorgesehen weiter! Damit erweisen Sie nicht nur Hunderttausenden Studierenden und Millionen Studierwilligen einen Dienst, sondern vor allem auch Ihrer eigenen Glaubwürdigkeit. Das sollte es Ihnen doch wert sein. - Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Vesper. - Als nächster Redner hat für die FDP-Fraktion der Kollege Lindner das Wort.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Jetzt wird der Wendehals erklärt! - Zuruf von Gisela Walsken [SPD] - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

**Christian Lindner (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will zunächst einmal einen Satz dazu sagen, wie Sie auf Ihre langjährige Regierungszeit zurückblicken.

(Hannelore Kraft [SPD]: Positiv!)

Sie haben erklärt, wie Sie die Rekordschulden einschätzen, die wir vorlegen müssen. Was Sie versuchen, ist politische Fahrerflucht.

(Beifall von FDP und CDU - Lachen von der SPD - Zurufe von den GRÜNEN)

Was wir vorlegen müssen, ist Ihre Abschlussbilanz. Die müssen Sie sich anrechnen lassen.

(Gisela Walsken [SPD]: Bilanzlüge! - Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE] - Weitere Zurufe)

Ich freue mich auf die Haushaltsdebatte, die wir miteinander führen werden. Die werden wir gewinnen. Das sage ich Ihnen heute an dieser Stelle voraus.

(Zurufe von der SPD und Johannes Remmel [GRÜNE])

- Nun seien Sie doch einmal ruhig. Ich habe noch gar nicht angefangen, Herr Remmel.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Dafür haben Sie aber schon etwas Falsches erzählt!)

Sind Sie der empörungspolitische Sprecher, oder was ist hier los?

(Zurufe von der SPD - Heiterkeit von der FDP)

Ein Satz zu Herrn Vespers Vergangenheitsbewältigung: Wir haben erstens gesagt, wir teilten die Einschätzung von Peer Steinbrück. Peer Steinbrück hatte ja seinerzeit gesagt, er sei nicht prinzipiell gegen Studiengebühren,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Weiterentwicklung!)

es habe ihm nur noch niemand erklären können, wie das sozial gerecht funktioniere. Das ist jetzt mit dem Pinkwart-Modell gelungen.

(Beifall von FDP und CDU - Lachen von der SPD)

Zweitens haben wir gesagt: Wir sind so lange gegen Studiengebühren, so lange Sie nicht konkret zur Verbesserung von Lehre und Forschung verwendet werden. Diese Flanke haben wir mit dem vorgeschlagenen Pakt geschlossen.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Sehr richtig!)

Deshalb hat sich unsere Position verändert, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU - Barbara Steffens [GRÜNE]: Lesen Sie den Antrag! - Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was steht denn in Ihrem Antrag?)

In diesen Tagen hat sich ein Vater von drei Töchtern an mich gewandt und sich bitterlich über die Einführung von Studiengebühren beschwert.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

- Ja, rufen Sie nicht zu früh dazwischen. Den frühen Zwischenrufer bestraft die Pointe, Herr Remmel.

(Zurufe von Johannes Remmel [GRÜNE] und Gisela Walsken [SPD])

Er hat gesagt: Bevor er für die Ausbildung seiner Töchter in Nordrhein-Westfalen auch nur einen einzigen Cent zahle, schicke er sie lieber gleich nach Kanada oder in die USA. Dort seien die Studienbeiträge zwar höher, aber er sei sich sicher,

dass damit eine exzellente Ausbildung verbunden sei.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Das ist der entscheidende Punkt. Entscheidend für ihn und für seine Kritik war nicht die Einführung von Studienbeiträgen,

(Gisela Walsken [SPD]: Zahnarzt!)

sondern der Zustand unserer nordrhein-westfälischen Hochschulen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU )

Ihn zu verbessern, ist die Herausforderung, vor der wir gemeinsam stehen. Studienbeiträge sind doch nicht das Ziel. Ziel ist es, die Qualität von Lehre und Forschung zu verbessern. Studienbeiträge sind nur ein Mittel zum Zweck. Wer unser Ziel teilt, aber das Mittel ablehnt, der muss Alternativen vorlegen. Diese Gelegenheit haben Sie heute hier verstreichen lassen, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU - Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Was für eine Logik!)

Wir stehen für einen Politikwechsel bei Bildung und Forschung. Wir wollen, dass über den Bildungserfolg junger Menschen nicht mehr - denn so ist das nach Ihrer Regierungszeit - das Einkommen der Eltern und die soziale Herkunft entscheiden. Wir wollen, dass junge Menschen in unserem Land wieder faire Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Die haben sie nämlich nicht. Ferner wollen wir, dass die nordrhein-westfälischen Hochschulen in Lehre und Forschung national und international exzellente Leistungen vorweisen können. Das können sie flächendeckend nicht mehr.

Wer diese Ziele teilt, der muss doch zur Kenntnis nehmen, dass Studierende an Hochschulen in unserem Land diese faire Chancen im Augenblick nicht eingeräumt bekommen, da sie in restlos überfüllten Hörsälen studieren müssen, da sie mitunter fünf, sechs Wochen auf einen Termin bei ihrem Professor warten müssen und noch nicht einmal Sicherheit haben, dass er tatsächlich zur Sprechstunde kommt, oder da sie ein Jahr oder länger studieren müssen, weil einige Pflichtseminare verschiedentlich nur alle zwei, drei Semester angeboten werden.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Kollege Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollege Jäger?

**Christian Lindner** (FDP): Ich bin mir sicher, dass sich die Frage von Herrn Jäger gleich beantwortet haben wird. Falls nicht, kann er gerne später eine Frage zum Erkenntnisgewinn stellen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ja oder nein?)

- Nein, später. - Es sind nicht die Studienbeiträge, die die Bildungsgerechtigkeit in Nordrhein-Westfalen gefährden, sondern es ist Ihre Politik, die Sie in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten betrieben haben. Das möchte ich Ihnen gerne an einigen Zahlen plausibilisieren.

Während in den Vereinigten Staaten im Jahre 2004 ein Professor statistisch 32 Studierende betreute, waren es in Deutschland im Durchschnitt 53, in Nordrhein-Westfalen sogar 72. Nordrhein-Westfalen gehört hier nicht nur zum Schlussfeld innerhalb der OECD, sondern ist auch das Schlusslicht unter den Bundesländern. Zu den Spitzenreitern in Deutschland zählen unter anderem Baden-Württemberg, wo auf einen Professor 44 Studierende kommen, und Mecklenburg-Vorpommern, wo es sogar nur 39 Studierende sind.

(Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Warum wohl?)

Auch im Bereich der laufenden Grundmittel liegt Nordrhein-Westfalen nicht gut im Wettbewerb. Laut der Hochschulfinanzstatistik des Statistischen Bundesamtes standen in Nordrhein-Westfalen im Jahre 2002 lediglich 6.950 € pro Studierenden zur Verfügung, während es im Bundesdurchschnitt 7.510 € und beispielsweise in Baden-Württemberg 8.570 € waren. Mit den Studienbeiträgen nach dem Pinkwart-Modell besteht nun die Chance, eine finanzielle Wettbewerbsgleichheit unter den Bundesländern herzustellen. Diese Chance wollen Sie den Studierenden in Nordrhein-Westfalen vorenthalten. Damit sind Sie keine guten Anwälte der Studierenden und ihrer Interessen in diesem Land, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Wenn wir die Qualität der Ausbildung in Nordrhein-Westfalen verbessern wollen, dann müssen die bekannten Mängel abgestellt werden. Das setzt jedoch voraus, dass zusätzliche Mittel gewonnen werden können, die nur für diesen Zweck eingesetzt werden. Das sehen im Übrigen nicht nur wir so, sondern diese Auffassung wird auch bis weit in die Sozialdemokratie hinein geteilt.

So hat unter anderem der kürzlich verstorbene und von mir sehr geschätzte Peter Glotz in einem Interview mit der „Berliner Zeitung“ noch im November des vergangenen Jahres erläutert, dass

er - hören Sie genau zu - die Einführung von Studienbeiträgen zur Verbesserung der Hochschulbildung für unvermeidlich hält. Damit hatte er Recht. Im Übrigen war Peter Glotz mit dieser Auffassung mitnichten allein in der deutschen Sozialdemokratie. In einem vom „Netzwerk Berlin“ unter Beteiligung ihrer jungen sozialdemokratischen Hoffnungsträger Ute Vogt, Sigmar Gabriel und Heiko Maas initiierten Text hieß es schon vor zwei Jahren - ich zitiere -:

„Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wollen ein System nachgelagerter Studiengebühren entwickeln, bei dem Studierende ihre finanziellen Beiträge nach Abschluss des Studiums und Aufnahme eines Berufs in angemessener Höhe an die Hochschulen entrichten.“

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Hört, hört!)

Im Gegensatz dazu wirft uns die nordrhein-westfälische SPD vor, genau dieses Modell sei sozial ungerecht, es schrecke Jugendliche aus wirtschaftlich schwächeren Familien ab und beeinträchtigt damit die Chancengleichheit. Peer Steinbrück hatte neulich im „Kölner Stadt-Anzeiger“ wohl Recht, als er sagte, dass seine NRW-SPD nicht auf der Höhe der Zeit sei, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Die Diskussion über Bildungsgerechtigkeit verdient nämlich mehr Differenziertheit, als Sie ihr zugestanden haben. Sie verkürzen das in einer fast schon fahrlässigen Art und Weise. Sie betreiben hier eine Desinformationspolitik, die dazu geeignet ist, Studierende zu verunsichern. Deshalb ist es notwendig, hier Klartext zu sprechen. Ich verstehe ja vor der Bundestagswahl Ihre Motive, aber edel sind diese nicht.

Wir müssen deutlich machen, dass Bildung eine Investition ist. Gerade deshalb ist es unter dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit angezeigt, dass diejenigen einen verstärkten Beitrag leisten, die profitieren. Wer studiert hat, verdient besser und ist oft weniger lange und generell weniger häufig ohne Arbeit. Selbst wenn berücksichtigt wird, dass Bezieher höherer Einkommen auch höhere Steuern bezahlen, bleibt eine beachtliche Nettorendite übrig. Nach Berechnungen des Sachverständigenrates beim BMF beträgt die Nettoertragsrendite eines Hochschulabschlusses für Frauen rund 7 % und für Männer sogar 8 %. Das ist die Rendite, die die Krankenschwester für das Studium der ChefarztKinder zahlt, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Studienbeiträge verhindern, dass Kosten vollständig sozialisiert, aber Erträge vollständig privatisiert werden. Genau auf diesem Zusammenhang hat bereits Karl Marx in seiner Kritik des Gothaer Programms 1875 hingewiesen. Karl Marx schreibt wörtlich:

„Wenn in einigen Staaten ... auch ‚höhere‘ Unterrichtsanstalten unentgeltlich sind, so heißt das faktisch nur, den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuerbeutel zu bestreiten.“

Hier sollten Sie einmal Karl Marx ernst nehmen, meine Damen und Herren.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Lindner, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jäger?

**Christian Lindner (FDP):** Herr Jäger, ich bin immer noch nicht am Schluss meiner Ausführungen. Ich wette, Ihre Frage beantwortet sich noch. Ich hatte Ihnen das eben schon gesagt. Insofern jetzt nein, aber gerne gleich.

(Zuruf von Marc Jan Eumann [SPD])

- Herr Eumann, ich will noch einen Punkt nennen, der gerade für Sie in Köln wichtig ist, in einer Stadt, in der 40 % der türkischen Jugendlichen ohne Schulabschluss bleiben.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Auf diesen Punkt will ich zu sprechen kommen. Wir sollten in den Blick nehmen, dass die wichtigste Voraussetzung dafür, um in Deutschland ein Studium zu beginnen, nicht viel Geld ist, sondern das Abitur. Darin liegt die eigentliche Herausforderung. In den letzten Jahren besuchten in Nordrhein-Westfalen im Schnitt weniger als 20 % der Kinder aus einkommenschwachen Familien das Gymnasium. Die anderen hatten damit überhaupt keine Chance, die Zugangsvoraussetzungen für ein Studium zu erwerben. Das zeigt sich analog an den Studierendenzahlen. Im Jahr 2003 besuchten nur 13 % der Kinder aus einkommenschwachen Familien eine Hochschule, und das nach 40 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik. Was für eine verheerende Bilanz.

(Zuruf von der FDP: Das ist Ihre Bilanz, Frau Kraft! - Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Frau Kraft, das betrifft auch Ihre Verantwortung. Während der Anteil der Kinder aus einkommenschwachen Familien an der Studierendenschaft in anderen Bundesländern in der Zeit von 1997 bis

2003 stagnierte oder sich leicht verbesserte, sank der Anteil in Nordrhein-Westfalen während der Zeit der rot-grünen Regierung von 16 auf 13 %. Was für ein desaströses Zeugnis.

Wir haben es Ihrer verfehlten Schulpolitik zu verdanken, dass immer weniger Arbeiterkinder dazu in der Lage sind, ein Studium zu beginnen. Wer mehr Kindern aus benachteiligten Familien ein Hochschulstudium ermöglichen will, muss dafür sorgen, dass die Verflechtung von sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufgelöst wird. Da leistet das Stipendienprogramm für Kinder mit Zuwanderungsgeschichte, das die Schulministerin am Montag vorgestellt hat, einen besseren und größeren Beitrag als die Diskussion, die Sie heute angezettelt haben.

Dies hat jedenfalls nichts mit Studiengebühren zu tun. Sie sollten zur Kenntnis nehmen, dass die Abschaffung der Studiengebühren in Deutschland und Österreich zu Anfang der 70er-Jahre bis heute keinerlei Auswirkungen auf den Anteil der Studierenden aus der sozialen Unterschicht hatte. Auch was die Gesamtzahl der Studierenden betrifft, scheinen Gebühren keineswegs die Studienfreudigkeit zu hemmen, wie alle internationalen Beispiele, zuletzt auch Österreich, belegt haben.

Ich will gerade aus Nordrhein-Westfalen noch ein konkretes Beispiel nennen, das Sie sich genauer ansehen sollten. Studienbeiträge haben keinen Effekt auf die soziale Zusammensetzung der Studierendenschaft. Das belegt die private Universität Witten/Herdecke in Nordrhein-Westfalen. Dort müssen die Studierenden für ein Studium insgesamt 15.000 € entrichten. Dort stammen aber 41 % der Studierenden aus niedrigen und mittleren Einkommenschichten. An den staatlichen Hochschulen sind es auch nur 42 %. Das ist der Beleg dafür, dass für Leistungsfähigkeit und Gerechtigkeit auch Studienbeiträge eingeführt werden können, wenn sie tatsächlich der Lehre und der Verbesserung der Ausbildung zugeführt werden. Die Praxis widerlegt Ihre polemische Kampagne, die Sie im Wahlkampf versuchen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ziel einer Bildungspolitik muss es sein, dass der Anteil der Studierenden aus allen Bevölkerungsgruppen ungefähr gleich groß ist. Deshalb begrüße ich, dass die Landesregierung mit dem Pinkwart-Modell für Studienbeiträge ein Konzept vorgelegt hat, das allen Abiturienten unabhängig von ihrer sozialen Herkunft ein Studium ermöglicht.

Von besonderer Bedeutung ist die Darlehensobergrenze in Höhe von 10.000 € für BAföG-Empfänger. Durch diese Deckelung wird gewähr-

leistet, dass die Bezieher von höheren BAföG-Leistungen keinen Studienbeitrag entrichten. Auch hier gilt das, was die Bundesbildungsministerin Edelgard Bulmahn in der Debatte über die letzte BAföG-Novelle am 7. Dezember 2000 vor dem Deutschen Bundestag ausführte - ich zitiere -:

„Wir begrenzen die Gesamtdarlehensbelastung für die Jugendlichen auf höchstens 20.000 DM. Wir tun dies, weil wir nicht wollen, dass gerade Jugendliche aus den einkommensschwächsten Familien am Ende ihres Studiums mit dem größten Schuldenberg dastehen. Ich denke, dass dies auf breite Zustimmung stößt. In Zukunft werden junge Menschen nicht mehr durch die Höhe der drohenden Schuldenlast von einem Studium abgehalten. Es ist für sie kalkulierbar. Sie können einschätzen, wie viel Schulden sie am Ende haben werden, wenn sie Mittel in Anspruch nehmen.“

Genau diese Grenze haben wir bestätigt. Genau diese Einschätzung von Rot-Grün haben wir uns in Nordrhein-Westfalen zu Eigen gemacht. Hören Sie auf, dagegen wider besseren Wissens zu polemisieren, meine Damen und Herren.

(Beifall von FDP und CDU)

Durch die Studienbeiträge wird nicht ein einziger Studierender einen Nachteil erleiden. Im Gegenteil. Die Studierenden sind künftig nicht mehr länger wehrlose Konsumenten, die widerstandslos hinnehmen müssen, was ihnen von den Hochschulen serviert wird. Sie werden zu Investoren. Damit haben sie künftig ein ganz anderes Interesse, auf die Qualität ihrer Ausbildung zu achten. Sie werden von den Hochschulen Höchstleistungen einfordern. Das erhöht im Übrigen auch den Druck auf die Hochschulen, sich stärker als bisher dem Wettbewerb zu stellen. Es ist einsehbar, dass das nicht jeden Rektor freut.

Die Hochschulen stehen allerdings auch unter dem Druck, den Studierenden optimale Studienbedingungen zu bieten. Der internationale Vergleich zeigt, dass Studienbeiträge in der Regel zu kürzeren Studienzeiten führen.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Seit dem Wintersemester 2001 wird in Österreich ein Studienbeitrag in Höhe von 363 € pro Semester erhoben. Die durchschnittliche Studienzzeit ist seitdem um ca. zwei Semester gesunken. Das bedeutet, dass die Studierenden ein Jahr früher in das Berufsleben eintreten können. Bei einem durchschnittlichen Nettolohn für Akademiker in Höhe von 1.800 € entspricht dies einem Mehrverdienst von 21.600 € im Jahr gegenüber 2.904 €

an Studiengebühren. Gleichzeitig hat sich in Österreich die Bildungsqualität verbessert, wie internationale Studien zeigen.

Am Ende des Tages sind es also die Studienbeiträge, die sich für die Studierenden als rentabel herausstellen. Die Studierenden sind die großen Gewinner dieser Regelung, auch wenn es - auch wegen der Desinformationspolitik der Opposition - noch eine Zeit beanspruchen wird, die Studierenden für diese Regelung zu gewinnen.

(Zuruf von der SPD)

Es ist das Ziel dieser Koalition, den Studierenden in NRW die gleichen Chancen zu eröffnen wie ihren Kommilitonen in Österreich, Neuseeland oder den Niederlanden. Die Hochschulen in NRW verfügen nach wie vor über ein großes Potenzial. Dieses Potenzial muss aber stärker als bisher genutzt werden, damit alle Studierenden beste Chancen auf eine exzellente Ausbildung haben. Dazu leistet das Pinkwart-Modell einen Beitrag. Sie wollen den Studierenden diese Chancen aus wahltaktischen Gründen vorenthalten. Deshalb hat Ihre Politik ihre innere Legitimation in Nordrhein-Westfalen verloren und wird sie auch in Berlin am kommenden Wochenende einbüßen. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU - Zuruf von der SPD: Keine Frage beantwortet! Wendehalspolitik nicht erläutert!)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Lindner. - Für die Landesregierung hat nun Ministerpräsident Dr. Rüttgers das Wort.

**Dr. Jürgen Rüttgers,** Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Ältestenrat hat in seiner Weisheit beschlossen, dass wir fünf Tage vor der Bundestagswahl hier im Plenum des Landtages zusammentreffen, um über Fragen zu diskutieren, die für das Land wichtig sind.

Die Landesregierung war der Auffassung, dass es richtig ist, den Landtag über ihren Beschluss zu den Eckpunkten bei der Einführung von Studienbeiträgen offiziell zu informieren und dies der Öffentlichkeit und den Kolleginnen und Kollegen des Landtags nicht nur - wie die Vorgängerregierung es praktiziert hat - über die Presse mitzuteilen. Das gilt ebenso für unsere Beschlüsse zur Frage der Windenergie. Ich bin froh, dass dies stattfindet.

Es war natürlich zu befürchten, meine Damen und Herren, dass die eine oder der andere den Ver-

suchen machen würde, das zu nutzen nach dem Motto: Wenn wir schon einmal das Mikrofon haben, reden wir in Richtung Bundestagswahl.

Prof. Pinkwart, der zuständige Minister, hat das, was die Landesregierung sagen wollte, vorgetragen und damit auch die Öffentlichkeit offiziell informiert. Die Koalitionsfraktionen haben ihre Auffassungen dazu vorgetragen. Die Oppositionsfraktionen haben dies ebenfalls getan.

Nachdem sich aber die Altminister, die hier für die Oppositionsfraktionen geredet haben,

(Frank Sichau [SPD]: Abgeordnete!)

nicht haben verkneifen können, mit den Fakten zumindest kreativ umzugehen, liegt mir jetzt daran, doch noch die eine oder andere Bemerkung zu machen.

Herr Kollege Vesper, Sie haben in Richtung Landesregierung moniert - das ist aber jetzt mehr *colorandi causa* -, nach 100 Tagen würde es Zeit, dass endlich etwas passiert. Ich darf Sie nur daran erinnern, dass die Regierungen, denen Sie angehört haben, 100 Tage nach der Wahl jeweils ihre Regierungserklärungen abgegeben und erst dann mit der Arbeit angefangen haben und nicht schon wie wir voll in der Arbeit waren.

(Beifall von CDU und FDP)

Das Zweite: Frau Abgeordnete Kraft hat in einem Ausflug versucht darzulegen, was die Landesregierung vor der Landtagswahl alles anders gesagt habe als nach der Landtagswahl. - Nun ist seit den ersten Auftritten der Frau Abgeordneten Kraft in ihrer Funktion als Vorsitzende der SPD-Fraktion bekannt, dass sie sich ihre Angriffe immer nach dem Muster zurechtlegt: Zuerst verbiege ich einmal das, was wirklich passiert ist,

(Lachen von der SPD)

damit ich einen Punkt habe, an dem ich angreifen kann, und dann setze ich hinzu: Das ist ein Vorwurf gegen die Landesregierung. - Frau Abgeordnete Kraft, so wird dies nicht funktionieren. Sich hier hinzustellen und zu behaupten: Angesichts der Tatsache, dass wir in wenigen Tagen über einen Nachtragshaushalt reden, dass wir über 2 Milliarden € neue Schulden machen müssen, weil das Sachen sind ...

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ihre Schulden! - Lachen von CDU und FDP)

- Genau das! Glauben Sie denn wirklich, irgendeiner, der seine Sinne noch beieinander hat, kann einen solchen Satz, wie Sie ihn gerade dazwischengerufen haben und wie Frau Kraft das hier

vorgetragen hat, noch als ernsthaft empfinden?! Das sind doch keine Schulden, die wir in 100 Tagen gemacht haben.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Hundert neue Stellen!)

Damit Sie es genau wissen: 95 % dieser neuen Schulden gehen auf Ihr Handeln, Ihr Verschweigen, Ihr Fälschen von Zahlen zurück. Für 5 % übernehmen wir die Verantwortung. Aber dazu gehören 1.000 neue Lehrer und 20 Millionen € für „Geld statt Stellen“. Und die Verantwortung übernehme ich gerne, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Genauso, Frau Abgeordnete Kraft, wie Sie für Ihre Wortwahl verantwortlich sind, bin ich natürlich für meine Wortwahl verantwortlich. Wenn wir noch nicht einmal 100 Tage im Amt sind, aber darauf hinweisen können, dass wir zur Verminderung des Unterrichtsausfalls 1.000 neue Lehrerinnen und Lehrer eingestellt und 20 Millionen € - was so viel ist, wie noch einmal 1.000 neue Stellen - zur Verfügung gestellt haben -und das, wie gesagt, bereits wenige Tage nach der Landtagswahl, nach der Bildung dieser Landesregierung -, dann ist auch die Nummer zu billig, zu verkünden: Damit hat die Landesregierung das Ziel aufgegeben, den Unterrichtsausfall zu bekämpfen.

Nein, Frau Kraft: Wir haben damit angefangen. Dass das nicht von heute auf morgen geht, das ist die Wahrheit.

(Hannelore Kraft [SPD]: Es steht im Koalitionsvertrag!)

Aber im Unterschied zu Ihnen haben wir die Probleme nicht wegdefiniert durch Statistiken, sondern wir packen sie an, sodass die Menschen das merken.

(Beifall von CDU und FDP - Hannelore Kraft [SPD]: Wo ist denn Ihre Unterrichtsgarantie?)

Meine Damen und Herren, genauso ist das mit der dritten Sache: Ich habe Ihre Erklärung zu der Tatsache zur Kenntnis genommen, dass die Landesregierung - wir werden Ihnen die genauen Zahlen im Kontext des Nachtragshaushaltes vorlegen - natürlich auch die eine oder andere Stelle neu geschaffen hat.

(Zurufe von der SPD: Ah!)

- Seien Sie einmal ganz, ganz vorsichtig! Dann werden wir uns auch über die Frage unterhalten, warum das in dem einen oder anderen Fall ge-

schehen ist. Da wäre ich ein bisschen vorsichtig mit der einen oder anderen Bewertung.

Ich habe zugesagt - übrigens auch hier im Landtag -, dass ich mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Vorgängerregierung anständig umgehe, und zwar anständiger, als ich es selber erlebt habe, als ich damals als Bundesminister das Haus verlassen habe.

(Beifall von CDU und FDP)

Diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben Wünsche geäußert, wo sie in Zukunft arbeiten wollen. Dass sie nicht in den Leitungsstäben der neuen Landesregierung arbeiten, ist für mich eine Selbstverständlichkeit. Was wären das für Mitarbeiter, die mit innerem Einsatz, mit Engagement bis tief in die Nacht für die Vorgängerregierung gearbeitet haben und jetzt plötzlich mit demselben Engagement für die neue Regierung arbeiten würden? Vor solchen Leuten hätte ich keine Achtung. Ich wollte sie da unterbringen, wo sie wollten.

(Hannelore Kraft [SPD]: Deshalb stellen Sie neu ein!)

Mein Vorgänger hat mir eine Liste überreicht, wo sie gerne arbeiten wollen. Diesen Wünschen sind wir gefolgt. Wer Ahnung von Beamtenrecht hat, weiß, dass die ihre Stellen mitnehmen, was zur Konsequenz hat, dass die Leitungsstäbe derjenigen, die jetzt im Amt sind, die von den Bürgerinnen und Bürgern gewählt und beauftragt worden sind, die neue Landesregierung zu bilden, neue Stellen brauchen. So einfach ist das Beamtenrecht. Und dann hinzugehen und den Mund aufzumachen, ist nichts anderes als schäbig. Wir werden es Ihnen vorrechnen, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Es waren Ihre Mitarbeiter, um die es da gegangen ist, keine anderen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Fünf Redenschreiber sind gar nicht da!)

Nun zur Sache selbst,

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

nämlich zur Frage der Studiengebühren. In Wahrheit reden wir über zwei Punkte. Das eine ist die Grundsatzfrage: Will man sie einführen oder nicht? Bisher sind dazu von verschiedenen Stellen unterschiedliche Auffassungen geäußert worden. Ich bin bereit, das zu akzeptieren.

Ich gehöre zu den Leuten, die in der Lage sind, es zuzugestehen, wenn sie ihre Meinung ändern. Ich habe als Bundesbildungsminister in der damaligen Zeit gesagt: Ich halte Studiengebühren für eine schwierige Sache. Damals war ich nämlich der Auffassung, dass es möglich sein müsste, mit Umschichtungen in den öffentlichen Haushalten den Hochschulen das notwendige Geld zur Verfügung zu stellen, um die Lehre und die Betreuung der Studierenden zu verbessern. Das war - jeder weiß es - im letzten Jahrzehnt. Ich habe das Amt 1998 verlassen. Das ist sieben Jahre her.

Meine Damen und Herren, ich habe inzwischen - übrigens auch schon in der letzten Legislaturperiode als Oppositionsführer - zur Kenntnis nehmen müssen, dass angesichts der in Nordrhein-Westfalen von Rot-Grün betriebenen Finanzpolitik - ich formuliere es neutral und nicht wertend -

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Rede ist neutral?! Das darf doch nicht wahr sein!)

und der Ergebnisse, nämlich der 110 Milliarden € Schulden, auf absehbare Zeit nicht damit zu rechnen ist, dass das Land das notwendige Geld, welches die Hochschulen zur Verbesserung von Forschung und Lehre brauchen, zur Verfügung stellen kann, damit wir besser werden, als wir heute sind. Deshalb habe ich den Schluss gezogen: Wenn das so ist, dann müssen wir versuchen, andere Finanzierungsquellen zu erschließen,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das spricht dann auch für eine PKW-Maut!)

und diejenige, die in Betracht kommt und deshalb überall diskutiert wird, ist die Einführung von Studienbeiträgen.

Der nächste Satz - Kollege Pinkwart hat das bereits vorgetragen - war: Dann muss aber sichergestellt werden, dass nicht jemand von der Aufnahme eines Studiums absieht, weil er Angst vor diesen Studienbeiträgen hat und die Gefahr vorhanden ist, dass ihn das Ganze überfordert.

(Ute Schäfer [SPD]: Das passiert doch!)

Dass das keine Überlegungen sind, die weit hergeholt sind, lässt sich daran dokumentieren, wer sich in welcher Weise zu diesen Punkten geäußert hat.

Natürlich bin ich gut vorbereitet. Ich will Ihnen vorlesen, wie sich mein Vorgänger Steinbrück am 10. September 2002 und auch noch am 18. November 2004 zur Einführung von Studiengebühren geäußert hat: „Ich teile die Auffassung, dass Studiengebühren generell kommen werden. Denkansätze bieten Modelle wie in Australien oder Neu-

seeland mit Rückzahlungsregelung.“ - Genau das machen wir jetzt.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Nicht für das Erststudium! - Hannelore Kraft [SPD]: Er hat über Studiengebühren geredet!)

Oder Ministerpräsident Platzek, der bei Ihnen als einer der neuen Hoffnungsträger für die Zeit nach der Bundestagswahl gehandelt wird, wenn neue Leute gebraucht werden: „In Deutschland sollten Studiengebühren in einem einigermaßen überschaubaren und von gleichen Richtlinien ausgehenden System eingeführt werden.“

(Hannelore Kraft [SPD]: Ja, das Studienkontensystem!)

Oder Ute Vogt, Sigmar Gabriel, Christoph Matschie, Heiko Maas: Wir Sozialdemokraten und Sozialdemokratinnen wollen ein System nachgelagerter Studiengebühren entwickeln. - Aha! Das sind doch die Hoffnungsträger, über die in Ihrer Parteizeitung immer etwas steht.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Wahrscheinlich sehen sie deshalb so alt aus, weil sie noch nicht an der Position sind, wo sie sich der Realität stellen müssen.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb ist es ungeheuer wichtig, dass die Landesregierung mit diesen Eckpunkten sehr früh ein Modell vorlegt, mit dem - erstens - mit 320 Millionen € netto jährlich die Verbesserung der Studienbedingungen sichergestellt werden kann, welches - zweitens - nachgelagerte Studienbeiträge vorsieht - das heißt: Die Beiträge müssen erst bezahlt werden, wenn der ehemalige Studierende im Job ist und zu den Besserverdienenden gehört -, bei dem - drittens - zwei Drittel der BAföG-Empfänger nicht bezahlen und bei dem es - viertens - noch eine Garantie gibt, dass dem Studierenden die in seinem Studienplan vorgeschriebenen Angebote auch unterbreitet werden. Ich frage mich, was gegen ein solches Modell einzuwenden ist.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Hier ist aus der Koalitionsvereinbarung der Satz zitiert worden, wir wollten die BAföG-Empfänger ausnehmen. - Wenn Sie das ansprechen, habe ich damit überhaupt kein Problem, denn das war das, was wir wollten. Darüber haben wir diskutiert, weil wir in Nordrhein-Westfalen ein System wollen, das keinen abgeschreckt.

Um nur darauf hinzuweisen: Alle anderen Modelle, die in anderen Bundesländern diskutiert wer-

den, gehen davon aus, dass alle BAföG-Empfänger natürlich Studiengebühren bezahlen. Wir gehen jetzt einen neuen Weg, den Professor Pinkwart entwickelt hat, weil wir es ganz ernst nehmen mit der These: Jeder soll unabhängig vom Einkommen seiner Eltern hier studieren können.

(Hannelore Kraft [SPD]: Versprochen gebrochen!)

Wenn wir dann plötzlich bei der Erarbeitung der Eckpunkte in der Gesetzgebungsarbeit feststellen, dass wir erstens ein Problem mit der Gerechtigkeit an der Schnittstelle bekommen und damit viel mehr Leute ins BAföG-System hineinrutschen, und zweitens - mindestens genauso wichtig - Rechtsprobleme auftauchen, ...

(Zuruf von der SPD: Vor der Wahl haben Sie das Gegenteil behauptet! - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Versprochen gebrochen! - Lachen von CDU und FDP)

Wenn wir einräumen, dass wir das, was wir politisch wollten, nicht umsetzen können, aber erreichen, dass zwei Drittel der BAföG-Empfänger nicht bezahlen müssen, und das fünf Tage vor der Bundestagswahl und nicht, wie Sie es mit Ihren Studienkonten gemacht haben, nach der Wahl,

(Zuruf von der SPD: Was haben Sie denn vor der Landtagswahl versprochen? Das Gegenteil!)

dann bin ich stolz darauf, dass diese Regierung und die Koalitionsfraktionen den Mut aufbringen, den Leuten die Wahrheit zu sagen, anstatt sie dauernd hinters Licht zu führen, wie Sie das getan haben.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Ministerpräsident. - Als nächster Redner hat für die SPD-Fraktion Kollege Schultheis das Wort.

**Karl Schultheis (SPD):** Verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das, was wir bisher in der Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt erlebt haben, ist eine Lehrstunde - Lernstunde will ich es nicht nennen, denn so etwas sollte man nicht lernen - für Demagogen und Rabulisten,

(Beifall von der SPD)

und zwar in verteilten Rollen: Herr Stahl in der lauten Variante, Herr Ministerpräsident mit den leisen Tönen, aber in der Methode gleich und

gleich verwerflich, wenn es darum geht, eine ehrliche, aufrichtige Politik zu betreiben.

Herr Ministerpräsident, Sie haben gerade gesagt, man müsse sich den Gegebenheiten anpassen. Wenn etwas nicht ginge, dann ginge es nicht. Aber Sie haben ja ganz bewusst formuliert, dass BAföG-Empfängerinnen und BAföG-Empfänger ausgenommen werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Dabei haben Sie sich ja etwas gedacht, warum das so sein soll. Denn Sie werden ja nicht erst in den letzten 14 Tagen erfahren haben, dass die Finanzsituation so ist, wie Sie sie jetzt darstellen.

Im Übrigen darf ich Ihnen sagen, dass wir Sie nicht gezwungen haben, die Regierungsverantwortung in Nordrhein-Westfalen zu übernehmen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Sozialdemokraten - und ich gehe davon aus, auch Bündnis 90/Die Grünen - wären bereit gewesen, diese Verantwortung für Nordrhein-Westfalen im Sinne der Menschen in diesem Land weiter zu schultern.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Edgar Moron [SPD]: Das wäre besser gewesen!)

Das ist gar keine Frage.

Nun komme ich zu einigen Vorwürfen und zu Klarstellungen, die einfach notwendig sind, und zwar zunächst zum Nachtragshaushalt. Den habe ich mitgebracht, damit auch alle sehen, was für ein Konvolut das ist.

Darin ist zu lesen, dass 45 Millionen € der Einnahmen aus dem Studienkonten- und -finanzierungsgesetz den Hochschulen zur Verfügung stehen, und zwar zur Verbesserung der Lehre und zur Verkürzung der Studiendauer. Das steht explizit im Nachtragshaushalt, und dieser Nachtragshaushalt gilt. Also jeder, der hier behauptet, dass den Hochschulen diese Mittel nicht zur Verfügung stünden, der lügt in diesem Falle.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das muss hier einfach klargestellt werden.

Damit verbunden war allerdings eine leistungsbezogene Vergabe im Hinblick auf diese beiden Aspekte Verbesserung der Lehre und Verkürzung der Studiendauer.

(Helmut Stahl [CDU]: Virtuell! Nicht real! - Gegenruf von Gisela Walsken [SPD]: Sag die Haushaltsstellen für den Kollegen zum Nachlesen! Das ist nicht virtuell!)

- Das ist nicht virtuell. Diesen Nachtragshaushalt hat der Landtag so beschlossen, mit diesen Zahlen. Diese Zahlen gelten. Das ist gar keine Frage.

Wenn Herr Stahl über 10.000 € spricht, die ja jeder haben müsste, verkennt er, glaube ich, die soziale Wirklichkeit,

(Beifall von der SPD)

verkennt er, über wie viel freies Geld die Menschen verfügen, das sie einsetzen können.

Ihre Steuerpolitik - wenige Tage vor der Bundestagswahl will ich gerne darauf eingehen - wird gerade dazu führen, dass Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer weniger Geld in der Tasche haben,

(Beifall von der SPD)

das sie für ihre Kinder investieren können. Wie viele Menschen können denn heute einfach über 10.000 € frei verfügen?

Sie wissen auch, dass sich gerade viele junge Menschen heute in der Schuldenfalle befinden. Das beklagen wir alle, aber wir tragen durch solche Maßnahmen wie der Einführung von Studiengebühren hier in Nordrhein-Westfalen dazu bei, die Verschuldung gerade junger Menschen und auch junger Familien in die Höhe zu treiben. Was ist das eigentlich für ein Startkapital, das wir jungen Menschen mit auf den Weg geben?

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

Wo ist denn dabei die Generationengerechtigkeit?

Ich halte es für gerecht, dass jemand, der unter Inanspruchnahme öffentlichen Engagements, mit Hilfe von Steuergeldern, studieren konnte und danach einen Job hat, ordentlich Steuern bezahlt und über seine Arbeit und über einen hohen Steuersatz der Gesellschaft das zurückgibt, was er oder sie vorher aus der Gesellschaft an Unterstützung erfahren hat.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Das ist viel einfacher und unbürokratischer als all das, was Sie vorschlagen.

Meine Damen und Herren, die Eckpunkte sind das Kernthema des heutigen Tages und der heutigen Debatte. Deshalb will ich auf einige Aspekte eingehen.

Die Qualität der Lehre und die Studienbedingungen sind angesprochen worden. - Dazu ist festzuhalten, dass die Einnahmen, die durch „Ihre“ Studiengebühren erzielt werden, sicherlich nicht dazu beitragen, die Qualität der Lehre wesentlich zu verbessern.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Woher wissen Sie das?)

- Allein aufgrund der Summen, die zur Verfügung stehen. Sie sprachen ja eben Bonn und Aachen an. Wobei nicht alle aus Aachen für Studiengebühren sind, Herr Dr. Stückradt. Sie alle wissen, dass beispielsweise der Rektor der RWTH Aachen, wenn es um diesen Gesichtspunkt geht, sagt: Wir brauchen mindestens 3.000 €.

Das ist ja auch für uns das Kernargument. Wenn wir über diese Studiengebühren den Einstieg finden, dann ist das der Einstieg zu höheren Studiengebühren als 500 €. Das ist der Einstieg zu mehr. Diejenigen in den Hochschulen, die dies fordern, kennen wir. Wir wollen diesen Einstieg nicht, weil wir wissen, dass damit soziale Ungerechtigkeit entsteht und die Bildungsbeteiligung gestört und nachhaltig verhindert wird. Deshalb sind wir dagegen.

(Beifall von der SPD)

Qualität der Lehre! Es ist ja auf keinen Fall so, dass unsere Hochschulen nicht finanziert würden. Milliarden werden ausgegeben. Wir haben gut dozierte Professorinnen und Professoren und zahlen hohe Gehälter. Ich frage nur mal einfach so: Ist es nicht auch möglich, mit dem, was dort investiert wird, eine gute Qualität der Lehre zu erreichen? Das ist eine Dienstaufgabe der Professorinnen und Professoren, und trotzdem beklagen sich die Studierenden darüber, dass Beratung und Sprechstunden ausfallen. Die Professoren sind doch da.

Dabei geht es auch um die Frage, wie die Hochschulen selbst organisiert sind und wie die Hochschulen mit ihren Potenzialen umgehen.

Meine Damen und Herren, ein weiterer wichtiger Gesichtspunkt der Eckpunkte ist die Selbstbestimmung der Hochschulen. Frau Kollegin Kraft, unsere Fraktionsvorsitzende, hat darauf hingewiesen, dass Sie die Verantwortung für ein ureigenes politisches Projekt von CDU und FDP in die Hochschulen abschieben. Dort werden Konflikte entstehen. Das liegt auf der Hand.

Dann behaupten Sie noch zynischerweise, die Studierenden könnten ja über die Höhe der Studiengebühren, der Studienbeiträge, wie Sie sie nennen, mitbestimmen. - Sie selbst wissen doch, dass die Mehrheitsverhältnisse in den Gremien der Hochschulen gar nicht dazu geeignet sind, Selbstbestimmung der Studierenden auf diesem Wege zu praktizieren. Das ist absoluter Unfug.

Eines müssen Sie auch noch bedenken, wenn es darum geht, wie viel Geld eingenommen wird:

Diese Gelder können doch erst mittelfristig einkommen. Das dauert ja eine ganze Zeit. Wir haben den Ausgleichsfonds usw., alles das, was Sie vorgesehen haben. Ehe das funktioniert, wird es lange dauern, bis das Geld dann in der Tat an den Hochschulen auch eingesetzt werden kann.

Dann steht auch noch die Verteilungsfrage an. Sie werden schnell sehen, dass Qualität der Lehre und Verkürzung der Studiendauer sicherlich ins Hintertreffen geraten.

Meine Damen und Herren, diese Eckpunkte, die Sie heute hier vorlegen, sind keine Eckpunkte, sondern Schwachpunkte.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das ist nicht das, was die jungen Menschen in Nordrhein-Westfalen brauchen. Wir wollen keine Studiengebühren. Wir wollen auch nicht, dass das BAföG abgeschafft wird. Das steht nämlich in einem inhaltlichen Zusammenhang. Wir wollen auch nicht, dass junge Menschen mit einem Schuldenberg in ihre Zukunft gehen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Schultheis. - Als nächste Rednerin hat die Kollegin Löhrmann von Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Rüttgers, ich finde es ja nachvollziehbar, dass Sie immer so schön sagen, Sie gäben zu, dass Sie lernfähig wären, dass Sie sich das anders vorgestellt hätten und dass das jetzt aber doch nicht ganz so genau klappen würde.

Entscheidend ist aber doch: Sie haben bewusst ganz zentrale Aussagen gemacht, auf die sich die Leute verlassen haben. Ob BAföG-Empfängerinnen und -Empfänger zahlen oder nicht, ist eben eine ganz wesentliche Frage. Wir müssen deshalb feststellen, dass Ihr Koalitionsvertrag - Sie sind ja so stolz darauf, dass Sie ihn so schnell hinbekommen haben - an etlichen Stellen offensichtlich mit heißer Nadel gestrickt worden ist.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Wir erwarten, dass Sie uns möglichst schnell, nachdem Sie das alles vielleicht über die Herbstferien geprüft haben, darlegen, ob er gilt oder ob er nicht gilt, damit wir uns darauf einstellen können, wo Sie sozusagen schon Revirements vor-

nehmen, weil Sie herausfinden, dass das nicht so genau passt.

Im nächsten Tagesordnungspunkt geht es um die Windenergie und Ihre Ankündigung, die Windenergie „komme weg“ und werde „kaputtgemacht“ usw. Gerade jetzt im Vorfeld der Bundestagswahl glauben die Leute vor Ort Ihren Versprechungen, die Abstände zu vergrößern. Und dann stellt sich heraus, dass das mit der Ausdehnung der Abstände rechtlich doch nicht so richtig funktioniert. - Wir erwarten von Ihnen insofern eine Überarbeitung, damit wir wissen, ob Sie das alles rechtlich in vernünftigen und trockenen Tüchern haben. So leicht wären wir mit diesen Punkten nicht durchgekommen.

Herr Steinbrück wird jetzt sozusagen in Haftung dafür genommen, dass Studiengebühren eingeführt werden. Es gibt allerdings einen grundsätzlichen Unterschied. - Die FDP in Rheinland-Pfalz bekennt sich ja offenbar zum Sozialismus und macht da alles mit. -

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, wir, SPD und Grüne, haben in Nordrhein-Westfalen ein Studienkontenmodell mit Übergangsfristen durchgesetzt, durch das die Gebührenfreiheit des Erststudiums gesichert wird. Die Grünen haben schwer dafür gekämpft, dass ein Kontenmodell greift. Wir sind froh, dass wir gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen aus der SPD, denen das eben auch ganz wichtig war, Herrn Steinbrück in dieser Frage überzeugt haben. Natürlich gibt es da auch andere Stimmen. Die gibt es bei Ihnen in anderen Fragen aber auch. Sonst sind Sie auch stolz darauf, dass es unterschiedliche Stimmen in dieser Frage gibt.

Sie führen hier jetzt ein Modell mit Gebühren ab dem Erststudium ein. Das ist der ganz entscheidende Unterschied.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass diese Weichenstellung falsch ist, dann würde doch ein Blick in die heutigen Zeitungen reichen. „Mangelware Akademiker“ titelt die „NRZ“. Ich zitiere Herrn Schleicher aus der „Süddeutschen Zeitung“ von heute:

In den vergangenen Jahren hat sich mehr getan, als in den gesamten zehn Jahren davor. Vor allem bei den Spitzenqualifikationen zeigt sich nach Jahren der Stagnation eine deutliche Trendwende.

Dies sagte er gestern bei der Vorstellung des neuesten OECD-Berichtes.

Ich nenne die wichtigsten Zahlen. Hier ist insbesondere die Bundespolitik gefragt, die ja, wie wir wissen, seit 1998 in anderen Händen ist als zuvor. Von 1998 bis 2003 stieg der Anteil der Hochschulabsolventen von 16 % auf 19,5 % eines Jahrgangs. Das ist nicht ausreichend; das wissen wir. Es ist aber eine deutliche Veränderung. Der OECD-Durchschnitt liegt nämlich bei 32,2 %. Mehr als 40 % sind es in Australien, Dänemark, Finnland, Island und Polen. Das sind bei weitem nicht alle Länder, die Studiengebühren haben. Das nur dazu.

Das Fazit für uns muss also lauten: Wir müssen die Anteile konsequent und deutlich erhöhen.

Die Zahl der Hochschulzugänger wurde in Deutschland von 1998 bis 2003 von 28 % auf 36 % gesteigert. Der OECD-Durchschnitt liegt bei 50 %. In Island, Neuseeland, Schweden, Finnland und Polen liegt er bei mehr als 70 %. Das zeigt doch, dass wir hier noch eine sehr lange Strecke vor uns haben.

In der Situation, in der uns von Herrn Schleicher eine Trendwende bescheinigt wird, stellen Sie hier die Weichen falsch.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Ralf Witzel [FDP]: Das ist doch nicht wahr!)

Sie bauen neue Hürden auf und Sie verschärfen die Selektion. Wir brauchen jeden und wir können es uns nicht leisten, dass wir irgendjemanden, der das Zeug dazu hat, davon abhalten, ein Studium aufzunehmen.

Ich will jetzt noch auf zwei Punkte eingehen. Zunächst zum Thema Bürokratie, weil mir auch das wirklich sehr wichtig ist. Ich will das mal konkreter machen.

Diese Regierung hat sich den Bürokratieabbau auf ihre Fahnen geschrieben.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Richtig!)

Mit Ihrer Hochschulpolitik betreiben Sie aber das genaue Gegenteil. Ich zitiere jetzt mal den Minister im O-Ton - Westpol vom 11. September -:

Wir stellen uns das so vor, dass die Hochschulen durch Schiedskommissionen das dann so organisieren, dass berechnete Anliegen der Studierenden auch aufgegriffen werden, dass man das überprüft, ob tatsächlich wesentlich das Studium, der Studienverlauf, eingeschränkt worden ist, und dass man dann auch einvernehmlich zu einer Beitragsrückvergütung

kommt. Wir wollen auf jeden Fall vermeiden, dass hier die Gerichtswege langatmig bemüht werden müssen, sondern wir bauen darauf, dass die Hochschulen sich dann auch sehr konziliant gegenüber den Studierenden verhalten.

(Beifall von der CDU)

Herzlichen Glückwunsch! Das sind drei unbestimmte Rechtsbegriffe. Das Geld, das die Einrichtungen noch nicht in der Tasche haben, um die Qualität zu verbessern, wird ihnen auf der anderen Seite schon wieder abgenommen. Das ist doch absurd. Darauf kann wirklich nur ein Chaos-Professor kommen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Anspruchsberechtigungen müssen geprüft und verrechnet werden und Rückzahlungsmodalitäten müssen geprüft und festgelegt werden. Gute Reise, Herr Professor! Für das alles brauchen Sie mehr Geld und Personal, als Sie auf der anderen Seite einnehmen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Woher wissen Sie das?)

Jetzt komme ich zu dem schönsten Punkt. Die FDP hat jetzt offenbar die Marxisten entdeckt. Ich kann mir da ein gewisses Schmunzeln nicht verkneifen. Ja, es war Karl Marx, der im Jahr 1875 genau mit diesem Argument die Forderung nach „unentgeltlichem Unterricht in allen Bildungseinrichtungen“ ablehnte.

Herr Pinkwart ist aber kein Marxist. Da können wir aus Sicht von Herrn Pinkwart und ich glaube, auch aus Sicht von Herrn Marx ganz beruhigt sein. Zum Glück ist unsere Gesellschaft im Jahr 2005 nicht mehr die gleiche wie vor 130 Jahren. Das Erstaunliche ist: Karl Marx hatte damals Recht und Sie haben heute Unrecht. Damals, als Marx seine Kritik formulierte, gab es nämlich tatsächlich eine streng getrennte Klassengesellschaft in Deutschland. Damals lief die Studiengebührenfreiheit tatsächlich darauf hinaus, wie Marx es formulierte, „den höheren Klassen ihre Erziehungskosten aus dem allgemeinen Steuersäckel zu bestreiten“. Damals war nämlich an ein Studium von Arbeiterkindern überhaupt nicht zu denken.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aber, lieber Herr Pinkwart, lieber Herr Lindner, das war 1875. Die Zeiten haben sich inzwischen Gott sei Dank geändert. Ich gebe gerne zu, dass sich auch heute noch durchschnittlich viele sogenannte Arbeiterkinder an unseren Hochschulen

finden. Das hat zahlreiche Gründe, die jedoch weniger an den Hochschulen als vielmehr an unserem immer noch viel zu selektiven Schulsystem liegen.

(Ralf Witzel [FDP]: Och!)

Tatsache ist jedoch, dass Arbeiterkinder heute anders als 1875 durchaus eine realistische Möglichkeit haben zu studieren und dass wir alles tun müssen, damit alle, die dazu in der Lage sind, diese Chance auch ergreifen. Denn heute brauchen wir jeden. Darum müssen die Weichen in der Bildungspolitik anders gestellt werden, als neue Hürden aufzubauen, als Selektion zu verstärken, statt sie abzubauen.

Ich kann auch andere Beispiele nennen. Kommen Sie bei den Grundschulbezirken zur Besinnung! Kassieren Sie das ein, wenn Sie im Verlauf des Verfahrens schlauer werden! Halten Sie nicht an solchen Instrumenten fest! Entwickeln Sie mit uns gemeinsam das vorhandene gute Studienkontenmodell weiter! Damit kommen wir den Ansprüchen, die Sie stellen, nämlich Nachfrageorientierung, Begrenztheit der öffentlichen Ressource, Verkürzung der Studienzeiten, entgegen. Das ist alles festgelegt - ohne neue Hürden für die jungen Menschen, die wir alle für unsere Zukunft brauchen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. - Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Kollege Witzel das Wort.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, Frau Löhrmann, viel hilfreicher als Ihre Ausflüge in die Historie sind die realen Bezüge, mit denen wir es heute zu tun haben. Wir haben heute eine große soziale Mobilität: Jeder kann ohne Berufsabschluss ins Kabinett berufen werden oder Vizekanzler dieser Republik werden. Da haben wir die letzten Jahre einiges erlebt.

Wichtig ist, Frau Löhrmann - ich spreche damit auch Michael Vesper an -: Wenn Sie das, was Sie hier vorgetragen haben, ernst gemeint haben, hätten Sie dem damaligen FDP-Antrag zustimmen müssen, der in zahlreichen Punkten auf das von Ihnen vorgelegte Modell Bezug genommen hat. Vieles von dem, was damals an Ihrem Modell kritisiert wurde, ist auch heute noch aktuell. Nur: Sie haben es mit einem völlig anderen Konzept zu tun, das Ihnen Minister Pinkwart eingangs erläutert hat.

Es gibt vier Unterschiede, auf die Sie mit keinem Wort eingegangen sind.

Zum einen wollten Sie 650 €, und wir sagen 500 €. Insofern verstehe ich den Hinweis des Kollegen nicht, der gesagt hat: Die 500 sind der Einstieg, mehr zu verlangen. - Denn wir senken den Betrag.

Zum Zweiten haben Sie das zentral für alle Hochschulen als allgemeine Gebühr verfügt. Wir haben ein Wettbewerbsmodell. Die Hochschulen vor Ort entscheiden flexibel. Es wird völlig unterschiedliche Angebote geben. Es wird Hochschulen geben, die auch zukünftig Kostenfreiheit anbieten, und andere werden gestaffelte Beiträge einführen. Das ist Markt und Wettbewerb in einer freien Gesellschaft mit Entscheidungsmöglichkeiten.

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Witzel, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Vesper?

**Ralf Witzel (FDP):** Sicher. Sie müssen nur die Uhr anhalten.

**Dr. Michael Vesper (GRÜNE):** Herr Kollege Witzel, bestreiten Sie bei allem Drumherumgerede, dass in diesem Antrag Folgendes steht:

„Derartige Studiengebühren sind unabhängig davon, welches Etikett man ihnen anheftet,“

- und Sie heften gerade verschiedene Etiketten an -

„kein Beitrag zur Verbesserung von Wissenschaft und Forschung, sondern bildungspolitischer Unfug.“

Bestreiten Sie, dass Ihr Name unter dem Antrag steht und dass Sie sich jetzt davon meilenweit entfernen? Im Übrigen wurde der Antrag damals nicht abgestimmt, sondern für erledigt erklärt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Johannes Remmel [GRÜNE]: Eine ehrliche Antwort!)

**Ralf Witzel (FDP):** Herr Vesper, ich bestreite nicht, dass mein Name unter diesem Antrag wie auch unter vielen anderen parlamentarischen Initiativen der letzten Legislaturperiode steht.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war die Beliebtheit!)

Ich bin da auch in vollem Erklärungsbewusstsein. Als einzige Transferleistung verlange ich von Ihnen, den Kontext der Modelle zu berücksichtigen. Ihr Paket, Herr Vesper, diente in der Einführungsphase nur einem, nämlich dem Stopfen von

Haushaltslöchern. Als Sie das Modell auf den Weg gebracht haben - natürlich ist es weiterentwickelt worden -, ging es Ihnen nur um ein Ziel, das Stopfen von Haushaltslöchern. In der Anfangsphase ist kein Euro bei irgendeiner Hochschule angekommen. Es gab keinen Gegenwert. Und ich erwarte von Ihnen, sich im Gesamtzusammenhang der Wissenschaftspolitik des Landes mit den vorliegenden Modellen auseinander zu setzen. Sonst hätte Andreas Pinkwart heute die Unterrichtung über eine völlig neue Konzeption nicht vornehmen müssen.

Ein Allerletztes: Wir sind das erste Bundesland, in dem Sie einen Wissenschafts- und Innovationsminister haben, der die Studentenperspektive mit im Blick hat, indem er eine Geld-zurück-Garantie gibt. Wir sind in Gesprächen, wie wir das Modell im Detail entwickeln. Es muss aber ein Grundsatz sein, dass es auch einen Gegenwert, eine Gegenleistung gibt. Wir müssen uns Gedanken darüber machen, wie wir zu Korrekturen und Sanktionen kommen, wenn diese Leistungen nicht erbracht werden. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. - Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Pinkwart das Wort.

**Dr. Andreas Pinkwart, Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Schultheis, Sie haben eben gesagt, wir hätten uns ja nicht um die Übernahme der Regierung bewerben müssen. Damit kommt aus meiner Sicht ein völlig falsches Staatsverständnis zum Ausdruck. Das war in allen Beiträgen, die heute von Ihnen zu diesem Thema kamen, der Fall.

(Beifall von CDU und FDP)

Nicht wir haben das Recht, Regierungsübernahmen zu vergeben, sondern nur die Wählerinnen und Wähler. Und die haben Ihnen das Vertrauen entzogen und dieser Regierung das Vertrauen gegeben,

(Widerspruch von der SPD)

um für dieses Land bessere Ergebnisse zu erzielen, als es Ihnen vorher möglich war. Das ist die Geschäftsgrundlage.

(Beifall von CDU und FDP)

Weil von Herrn Vesper hier aus einem Antrag zitiert worden ist, den meine Fraktion im vergangenen Landtag eingebracht hat, kann ich, der ich mich auch in einer politischen Verantwortung für mein Handeln sehe und der ich mich an dem messen lassen möchte, was ich den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl gesagt habe, nur darauf hinweisen, dass das Wahlprogramm meiner Partei die Geschäftsgrundlage für meine Arbeit darstellt. Und im Wahlprogramm der Freien Demokratischen Partei in Nordrhein-Westfalen haben wir den Wählerinnen und Wählern vor der Wahl gesagt - anders, als Sie es im Jahr 2000 gemacht haben -,

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

dass wir in diesem Land Studienbeiträge einführen wollen und wofür wir sie einführen wollen, nämlich um die Qualität des Studiums zu verbessern, schnellere Studienzeiten zu ermöglichen und zu einem Mentalitätswechsel an unseren Hochschulen zu kommen. Und genau das setzen wir jetzt um.

(Beifall von FDP und CDU - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Dann ist es schon bemerkenswert: Einerseits sagt Herr Schultheis, man könne ja auch erwarten, dass diejenigen, die in der Hochschule arbeiten, ihren Verpflichtungen nachkommen und entsprechende Leistungen erbringen. Das ist völlig richtig. Auf der anderen Seite üben Frau Kraft, Herr Schultheis und andere Redner auch von den Grünen Kritik daran, dass wir den Hochschulen das Recht geben wollen, selbst zu entscheiden, ob und in welcher Höhe sie Studienbeiträge erheben. Das sollten wir, wenn überhaupt, dann doch per Ordre de Mufti vorgeben, so, wie Sie immer Politik betrieben haben.

Meine Damen und Herren, erwarten Sie denn wirklich, dass Menschen dann, wenn etwas von oben angesagt wird, daraufhin ihr Verhalten ändern und tatsächlich zu Qualitätsverbesserungen bereit sind? Das können Sie nur erwarten, wenn diejenigen, die vor Ort Verantwortung tragen, sich auch vor Ort zu diesen Beiträgen bekennen, und zwar zu beiden Seiten der Beiträge: dass sie mehr Einnahmen bringen und die Hochschulen umgekehrt auch zu besserer Leistung verpflichten.

Wir bringen beide Seiten zusammen, Freiheit und Verantwortung. Nur das ist die Grundlage dafür, dass Qualität im Wettbewerb auch hervorgebracht werden kann.

(Beifall von CDU und FDP - Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Ein ebenso falsches Verständnis kommt in Ihren Äußerungen zu dem Bemühen zum Ausdruck, das wir hier auf den Weg zu bringen versuchen. Es ist sicherlich kein einfaches Unterfangen - dessen bin ich mir selbst auch bewusst -, mit unseren Beiträgen - Sie haben ja auch Gebühren eingeführt, dies aber nicht entsprechend verankert - auch eine Art Geld-zurück-Garantie zu verbinden.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch nicht einklagbar! Was ist das denn für eine Garantie?)

- Sie reden immer gleich von „einklagbar“. Sie sehen nur den Staat, die Gerichte und den Bürger, der dann über die Gerichte irgendwie zu seinem Recht kommen muss. Ich möchte, dass die Studierenden ohne den Weg über die Gerichte endlich zu ihrem Recht kommen, an den Hochschulen ordentlich unterrichtet zu werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bringen wir eben zusammen. Wir trennen nicht nach dem Motto: Der Gesetzgeber gibt etwas vor, und unten müssen irgendwelche Menschen es ausführen. - Wir bringen es zusammen. Diejenigen, die unten ausführen, können auch die Bedingungen mitbestimmen, nach denen sie es ausführen.

(Martin Börschel [SPD]: Das ist doch Geschwätz und keine Garantie!)

Dann stehen sie auch in der Verpflichtung.

Bemerkenswert ist, dass die Hochschulen die Diskussion, die wir führen, als Chance sehen, endlich die Studierenden nicht als Belästigung zu empfinden, sondern als Kunden zu begreifen, die das kostbare Gut Bildung in bester Qualität erhalten wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Herr Pinkwart, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Sichau?

**Dr. Andreas Pinkwart,** Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie: Ich würde das gerne mit Blick auf die begrenzte Redezeit zu Ende führen.

Wenn wir - und das gilt nicht nur für die Hochschulen, sondern auch für andere Bereiche in diesem Land - diesen Mentalitätswechsel nicht hin-

bekommen, der nur über Selbstverwaltung und Selbstverantwortung zu erreichen ist, werden wir bei knapper Haushaltslage - und die müssen wir ja konstatieren - die Chancen unseres Landes nicht richtig nutzen können.

Ich möchte noch zwei Dinge korrigieren. Wie der Ministerpräsident schon angesprochen hat, ist es ja ein Teil Ihrer Argumentationsweise, die Dinge erst einmal etwas verbogen darzustellen und mit diesen Hilfsargumenten dann der Regierung irgendetwas unterstellen zu wollen. Das Bemerkenswerte daran ist, dass sich die Oppositionsredner dabei auch noch selbst widersprechen. Offensichtlich biegt sich jeder das Ganze so, wie er es gerade haben möchte.

So hat Frau Kollegin Kraft auf die KMK verwiesen und gesagt, diese habe den Landesvorsitzenden der SPD dahin gehend bestätigt, dass die Studierendenzahlen zurückgegangen seien. Und Frau Löhrmann zitiert aus derselben Presseerklärung der KMK, dass sich das alles in den letzten Jahren viel günstiger entwickelt habe.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] - Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben nicht richtig zugehört, Herr Pinkwart!)

Da die Pressemitteilung auch anderen Menschen in diesem Land zugänglich gemacht worden ist, muss man deutlich sagen, dass über einer gemeinsamen Presseerklärung von Frau Bulmahn und der KMK die fette Überschrift „Zahl der Studienanfänger und Absolventen weiter gestiegen“ steht und dass die Mär, die Sie haben verbreiten lassen, die Studierendenzahlen seien bedingt durch eine Debatte über Studienbeiträge rückläufig gewesen, was von der KMK nie offiziell geäußert worden ist, von Ihrer eigenen Bundesministerin und der KMK in der offiziellen Verlautbarung dementiert worden ist. Das ist die Faktenlage.

(Beifall von CDU und FDP)

Beim zweiten Punkt, der hier in der Debatte erneut eine Rolle gespielt hat - wir hatten das hier ja schon einmal -, geht es um die Langzeitstudienkonten. An dieser Stelle hat Herr Stahl die Wahrheit vorgetragen. Sie haben mit Ihrem Langzeitstudienkontenmodell für das Jahr 2005, in dem wir uns heute befinden, vorgesehen, dass nur die Hälfte des Geldes - und dieses nur nach Gutsherrenart verteilt - den Hochschulen zugute kommt. Die anderen 50 % bleiben - so sieht es Ihre Regelung vor - beim Finanzminister.

(Beifall von CDU und FDP)

Weil Sie vor der Wahl sehenden Auges, was auf Sie zukommen würde, noch ein paar Segnungen

verteilen zu müssen glaubten, haben Sie es billigend in Kauf genommen, dass den Hochschulen, die sich anstrengen, im nächsten Jahr genau die Mittel, die Sie zu viel verteilt haben, in Abzug gebracht werden sollen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wo haben Sie das denn schwarz auf weiß?)

Das ist genau die Politik, die wir nicht brauchen können, um die Menschen im Lande zu motivieren, für die Studierenden bessere Bildungsbedingungen zu schaffen.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Vielen Dank, Herr Minister Pinkwart. - Als nächster Redner hat für die CDU-Fraktion Herr Kollege Kuhmichel das Wort.

**Manfred Kuhmichel (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe leider nur noch wenig Redezeit, aber sie reicht wohl, um eine rot-grüne Hoffnung zu zerstören, nämlich die Hoffnung, die Sie heute umgetrieben hat, dass Sie mit Ihren Beiträgen für Sonntag gepunktet haben. Das haben Sie mit keinem Beitrag. Ich sage Ihnen auch, warum das nicht gelingt: Ich erinnere Sie an die Debatte vom 23.02. dieses Jahres in diesem Haus. Sie war fast inhaltsgleich und genauso temperamentvoll geführt.

(Hannelore Kraft [SPD]: Hat Spaß gemacht!)

- Sie saßen noch da vorne. Das ist jetzt vorbei, Frau Kraft. Daran müssen Sie sich gewöhnen.

Es ging darum, das Studienkontenmodell zu loben - aus Ihrer Sicht - und unser Gebührenmodell, das damals schon bekannt war - wir haben ja mit offenen Karten gespielt -, zu diskreditieren.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Ihre Redner, unter anderem Frau Dr. Seidl von den Grünen - sie ist leider nicht mehr hier; das hat nicht geklappt -, haben gesagt: Wir, die Rot-Grünen, machen die Landtagswahl in puncto Studiengebühren zur Abstimmung mit den Füßen.

(Helmut Stahl [CDU]: Richtig!)

Dann kam der 22. Mai, und die Leute sind mit den Füßen - in der Regel - gelaufen. Und was kam heraus? - CDU 45 %, SPD 37 %, Schwarz-Gelb 101 Sitze, Rot-Grün nur 86 Sitze. Das bleibt fünf Jahre so. Das ändern Sie nicht mehr. Darein müssen Sie sich schicken.

(Beifall von CDU und FDP)

Die Nordrhein-Westfalen haben am 22. Mai mit ihren Füßen blendend abgestimmt und uns damit einen Wählerauftrag gegeben, nämlich das umzusetzen, was wir vorher gesagt haben. Das geschieht auch mit dem, was heute diskutiert worden ist.

Wir haben zwei Maxime, nach denen wir arbeiten: Erstens. Wir machen nach der Wahl das, was wir vor der Wahl gesagt haben. Daran müssen Sie sich erst noch gewöhnen. Das haben Sie nicht getan. Deswegen ist auch diese Parteienverdrossenheit nach 39 Jahren aufgekommen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Das ist doch der Hohn!)

Ich danke ausdrücklich noch einmal dem Fachminister und dem Ministerpräsidenten für die umfangreiche Unterrichtung, die keine Frage offen gelassen hat, die deutlich gemacht hat, was wir mit unserem Modell bezwecken.

Dabei nehmen wir zweitens aber auch für uns in Anspruch, Koalitionsvereinbarungen so weiterzuentwickeln, dass soziale Gerechtigkeit waltet und neue Gesetze rechtlich möglichst unangreifbar sind. Das hat uns in diesem Punkt auch geleitet.

Meine Damen und Herren, nehmen Sie bitte zur Kenntnis: Die meisten Studierenden in diesem Land sprechen längst nicht mehr über Studienbeiträge, vielleicht noch die Juso-Hochschulgruppen; die sind ein bisschen einseitig informiert. Die meisten Studierenden sprechen inzwischen darüber, was sie als Gegenleistung bekommen. Das ist ihr Anspruch. Damit müssen wir uns auseinandersetzen. Das ist der Paradigmenwechsel, den wir jetzt durchsetzen. Es ist die neue große Chance für unsere Hochschulen, die Freiheit der Beitragserhebung gemeinsam mit den Studierenden flexibel zur Verbesserung der Studienbedingungen vor Ort zu nutzen.

Lassen Sie mich abschließend auch noch einmal Peter Glotz zitieren. Eben war ein bisschen Aufregung, weil das Wort „Beschiss“ gefallen ist. Das ist etwas deftig, aber durchaus ein deutsches gebräuchliches Wort, das auch von Akademikern, hoch studierten Intellektuellen gebraucht wird. Peter Glotz, ein links-intellektueller Vordenker, hat weiland mit Blick auf Studiengebühren gesagt - ich darf zitieren -: „Besser ein gutes Studium gegen eine mäßige Gebühr als ein beschissenes Studium umsonst.“ - Er hatte Recht.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Angela Freimuth:** Meine Damen und Herren, wir sind am Schluss der Bera-

tung, weil mir keine weiteren Wortmeldungen vorliegen.

Wir kommen zur Abstimmung. Da die Antragstellerin direkte Abstimmung beantragt hat, lasse ich über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/196** abstimmen und bitte um Aufzeigen der Hand, wer für diesen Antrag ist. - Gegenstimmen? - Damit ist der Antrag gegen die Stimmen der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich lasse als Nächstes über den **Antrag** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/205** abstimmen. Wer diesem Antrag die Zustimmung geben möchte, den bitte ich, jetzt mit der Hand aufzuzeigen. - Gegenstimmen? - Damit ist auch dieser Antrag gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit den Stimmen von CDU und FDP **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, damit kommen wir zu:

### **3 Unterrichtung durch die Landesregierung**

über die von der Landesregierung geplanten Maßnahmen zur Zukunft der Nutzung der Windenergie

In Verbindung damit:

#### **Gesetz zur Änderung des Landschaftsgesetzes**

Gesetzentwurf  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/214

erste Lesung

Die Landesregierung hat mit Schreiben vom 7. September mitgeteilt, dass sie beabsichtigt, heute eine Unterrichtung zu dem genannten Thema abzugeben.

Ich eröffne die Beratung und erteile vonseiten der Landesregierung Herrn Minister Wittke das Wort.

**Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr:** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 27. November 2004 hat der Landesparteitag der FDP Folgendes beschlossen: Die FDP will für Nordrhein-Westfalen den Bau subventionierter Windkraftanlagen stoppen.

Wenige Monate später - am 5. März 2005 - hat der Landesparteitag der CDU in Nordrhein-Westfalen beschlossen: Wir wollen die Überförderung der Windkraft beenden.

(Sylvia Löhmann [GRÜNE]: Ich dachte, er unterrichtet über das, was die Landesregierung tut!)

Am 20. Juni 2005 haben die Koalitionsfraktionen in ihrem Koalitionsvertrag festgelegt: Die Koalitionspartner werden den Windenergieerlass des Landes NRW mit dem Ziel einer möglichst restriktiven Steuerung des Baus von Windkraftanlagen grundlegend überarbeiten.

Wenige Wochen später - am 13. Juli 2005 - hat der Herr Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung ausgeführt: Wir werden im Bundesrat initiativ, um die Überförderung der Windkraftnutzung im Energieeinspeisegesetz zu stoppen.

Am 9. August 2005 habe ich im Rahmen eines Pressefrühstücks angekündigt, dass ich noch Anfang September einen überarbeiteten neuen Windenergieerlass in Nordrhein-Westfalen vorlegen werde.

Meine Damen und Herren, ich verstehe die Aufregung der letzten Tage nicht; denn diese Koalition tut genau das, was sie über Monate hinweg angekündigt hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich füge an, meine Damen und Herren von SPD und Bündnis 90/Die Grünen: So werden wir es auch weiter handhaben. Wir werden Stück für Stück umsetzen, was wir vor der Wahl angekündigt haben - bei den Studiengebühren, bei der Windenergie, bei der Steinkohle und bei vielen anderen Angelegenheiten. Auf diese Koalition ist nämlich Verlass. Wir tun nach der Wahl das, was wir vor der Wahl angekündigt haben.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Windenergieerlass vom 3. Mai 2005 ist grundlegend überarbeitet worden. Bei dieser Gelegenheit konnten auch die zwischenzeitlichen Änderungen beim Bundesrecht eingearbeitet werden, nämlich die Änderungen im Baugesetzbuch, im Bundesimmissionsschutzgesetz und in der vierten BImSch-Verordnung.

Gegenüber dem Windenergieerlass von 2002 haben sich im neuen Windkraftanlagenerlass insbesondere folgende Änderungen ergeben: Im Hinblick auf den Immissionsschutz wird auf die Möglichkeit hingewiesen, bei der Regional- und Bau-

leitplanung pauschale Abstände von 1.500 m zu Wohngebieten vorzusehen.

Die Raumbedeutsamkeit von Windkraftanlagen ist völlig neu definiert worden. Jetzt gilt jede Anlage über 50 m Gesamthöhe als raumbedeutsam.

Die Ausgleichs- und Naherholungsfunktionen von rekultivierten Halden sind jetzt verstärkt zu berücksichtigen; in regionalen Grünzügen ist Windenergienutzung im Regelfall nicht mehr möglich. Wald ist künftig Tabubereich für jegliche Windkraftanlagen.

Darüber hinaus haben wir auch auf die gerichtlich festgestellte höhere Bedeutung des Landschaftsschutzes hingewiesen. Das war uns ganz besonders wichtig. Denn das, was die Vorgänger-Landesregierung getan hat, war eine Versündigung am Landschaftsbild Nordrhein-Westfalens. Sie haben die Landschaft in Nordrhein-Westfalen „verspargelt“.

(Beifall von der CDU)

In Nordrhein-Westfalen gibt es mehr Windkraftanlagen als in Sachsen, Thüringen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Baden-Württemberg und Bayern zusammen, obwohl die Grundfläche unseres Bundeslandes, auch wenn wir ein großes Bundesland sind, deutlich kleiner ist als die der genannten sechs Bundesländer zusammen. Darum war es notwendig, damit Schluss zu machen. Es liegt nämlich auch im ökologischen Interesse, dass dem Landschaftsschutz endlich ein vernünftiger Stellenwert eingeräumt wird.

(Zuruf von der CDU: Sehr gut!)

In anderen Bundesländern im Süden oder auch im Osten Deutschlands können Sie sehen, dass man sich dort nicht am Landschaftsbild, das selbstverständlich auch künftigen Generationen erhalten bleiben muss, versündigt hat. Wir lieben nicht nur unser Land Nordrhein-Westfalen, sondern wir wollen es auch im optischen Erscheinungsbild schützen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für jede Anlage über 50 m Gesamthöhe, also für fast alle Anlagen, ist jetzt ein immissionsschutzrechtliches Verfahren durchzuführen. Wenn die Änderung einer Anlage immissionsschutzrechtlich nicht relevant ist, ist auf jeden Fall ein Baugenehmigungsverfahren durchzuführen. Nur für Anlagen bis 50 m Gesamthöhe wird anerkannt, dass sie sich einem in einem Außenbereich zulässigen Betrieb unterordnen können.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist Bundesrecht!)

Bei der vom Baugesetzbuch neu eingeführten Rückbauverpflichtung wird deutlich gemacht, dass die Kosten für den Rückbau nach der Lebensdauer schon beim Bauantrag gesichert sein müssen. Dazu ist eine Bankbürgschaft über 6,5 % der Investitionssumme nachzuweisen.

Der vorbeugende Immissionsschutz ermöglicht es, dass bereits bei einem Feld mit nur sieben Anlagen wegen Prognose-Unsicherheiten ein Abstand von 1.500 m zu hoch geschützten Wohngebieten eingehalten werden kann. Die Schutzzone III A von Abwassergewinnungsanlagen ist jetzt neben denen von I und II für Windkraftanlagen nicht mehr geeignet.

Der Denkmalschutz wird verstärkt. Die engere Umgebung eines Denkmals wird gegenüber Windkraftanlagen mit 1.000 m angenommen.

Darüber hinaus wird die Landesregierung eine Bundesratsinitiative zur Änderung des Baugesetzbuches einleiten. Windkraftanlagen sollen künftig im unbeplanten Außenbereich nicht mehr errichtet werden können. Die Landesregierung ist der Auffassung, dass es ausreicht, wenn neue Windkraftanlagen nur noch in Industriegebieten mit den dort geltenden höheren Immissionsrichtwerten errichtet werden können oder in von den Gemeinden bewusst für Windenergienutzung ausgewiesenen Sondergebieten.

Meine Damen und Herren, neue Anlagen im Außenbereich können auch künftig errichtet werden, wenn die Gemeinde es zugunsten ihrer Bürgerinnen und Bürger für sinnvoll erachtet. Darin unterscheiden wir uns in unserem Politikansatz ganz wesentlich von Ihnen: Wir wollen, dass die Kommunen vor Ort entscheiden, wie es in ihrer Gemeinde aussieht und zugeht. Wir wollen nicht von Düsseldorf aus jede Gemeinde mit Windenergie beglücken, wie Sie das in der Vergangenheit getan haben, weil es dabei eine örtliche Problematik zu lösen gilt.

(Beifall von der CDU)

Ich bin dankbar dafür, dass wir in vielen Briefen in den vergangenen Wochen eine kräftige Unterstützung aus der kommunalen Familie Nordrhein-Westfalens erfahren haben. Vor Ort wissen nämlich die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ganz genau, wie die Menschen fühlen und denken. Denen sind wir verpflichtet und nicht irgendeiner Ideologie.

(Beifall von der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Erlass trifft keine Aussagen zum Repowering. Den-

noch ist der Ersatz alter bestandsgeschützter Anlagen durch effektivere und leisere Anlagen selbstverständlich auch künftig möglich.

Die Landesregierung wird eine Bundesratsinitiative zur Beendigung der Überförderung der Windenergie durch das Energie-Einspeisegesetz ergreifen. Ziel ist eine Absenkung der Vergütungssätze, die das Gesetz vorsieht.

Korrigiert werden soll auch die sachwidrig hohe Förderung von Anlagen an windschwachen Standorten; denn selbstverständlich ist die Höhe der Subventionen kein Mittel dafür, mehr Wind wehen zu lassen. Welche Logik dem zugrunde liegt, an windschwachen Standorten eine höhere Subventionierung vorzunehmen als an windstarken Standorten, hat mir bisher noch niemand erklären können.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist so ähnlich, als würde man künftig höhere Subventionen in Nordrhein-Westfalen für die Hochseefischerei fordern, weil die Hochseefischerei einen ganz besonderen Standortnachteil in unserem Bundesland hat. Es ist eine abstruse Vorstellung von Politik, die Sie dazu in den vergangenen Jahren entwickelt haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Herr Staatsminister a. D., wenn man den sozialverträglichen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau ernst nimmt, müssen auch Subventionen für erneuerbare Energien infrage gestellt werden können. Die Förderung der Windenergie hat nämlich mittlerweile beachtliche Ausmaße angenommen. Bereinigt beträgt der Subventionsanteil, den die Stromkunden zugunsten der Windenergie bundesweit zahlen müssen, 1,4 Milliarden €. Sie ziehen den Haushalten 1,4 Milliarden € aus der Tasche, um in Deutschland eine Ideologie zu fördern.

Meine Damen und Herren, im Übrigen können Sie durch die Förderung der Windenergie auf kein einziges Kraftwerk konventioneller Art in Deutschland verzichten. Denn Sie können eben nicht garantieren, dass der Wind dann weht, wenn Energie benötigt wird. Und darum noch einmal: Wir sind für die Förderung regenerativer Energien und auch für die Förderung der Windkraft,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Ein Heuchler bist du!)

aber - Herr Remmel - sie soll an den Standorten erfolgen, wo es Sinn macht.

Geht man von 50.000 Arbeitsplätzen im Bundesgebiet in der Windenergiebranche aus, so bedeu-

tet das, dass jeder Arbeitsplatz Jahr für Jahr - also nicht einmalig - mit über 28.000 € subventioniert wird.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

Auch die geschätzten 4.000 direkten Windenergiearbeitsplätze in unserem Bundesland können durch die Maßnahmen der Landesregierung nicht gefährdet sein. Denn das Geld wird überwiegend im Ausland verdient.

Der Weltmarktanteil der deutschen Windenergiebranche liegt bei 50 %, die Exportquote bei 60 %. Eine so leistungsfähige Branche wird auch ohne Überförderung im eigenen Land künftig Überlebenschancen haben, und wir werden selbstverständlich weiterhin jegliche Exportbemühungen der Windenergie unterstützen. Denn es gibt Staaten, es gibt Länder, es gibt Regionen der Erde, wo es Sinn macht, Windenergie einzusetzen dort, wo es ökologisch und ökonomisch sinnvoll ist.

Im Übrigen ist die Zahl von 10.000 Jobs, die Sie, Herr Priggen, wahrscheinlich gleich wieder in der Debatte anführen werden, ein reines Fantasieprodukt. Mir wäre sehr daran gelegen, dass Sie hier einmal darlegen, woher diese Zahl stammt. Ich weiß nicht, ob Sie auch noch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Genehmigungsbehörden bei diesen 10.000 Arbeitsplätzen mit eingerechnet haben.

Meine Damen und Herren, da wir schon über Arbeitsplätze sprechen, lassen Sie uns auch über die Arbeitsplätze ...

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Minister Wittke, erlauben Sie eine Zwischenfrage vom Abgeordneten Priggen?

**Oliver Wittke,** Minister für Bauen und Verkehr: Bitte.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Schönen Dank. - Herr Minister, Ihnen wird im Zusammenhang mit der Windkraft in der „Zeit“ folgendes Zitat zugeschrieben:

„Das ist das Erste, was wir kaputtmachen werden.“

Haben Sie das gesagt?

**Oliver Wittke,** Minister für Bauen und Verkehr: Dies habe ich bezogen auf eine ganz konkrete Windkraftanlage geäußert, die an einer unmöglichen Stelle stand. Und von diesen unmöglich platzierten Anlagen gibt es viele im Lande. Herr

Priggen, Sie müssen nur mit offenen Augen durch Nordrhein-Westfalen fahren.

(Beifall von CDU und FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was wollen Sie als Zweites kaputtmachen?)

Im Übrigen, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen: Wenn wir über Arbeitsplätze im Zusammenhang mit Windenergie sprechen, müssen wir auch über die Arbeitsplätze sprechen, die in der chemischen Industrie, bei der Aluminiumverarbeitung und anderswo verloren gegangen sind, weil wir überteuerte Energiepreise, überteuerte Stromkosten in unserem Land haben, die höher als die in den allermeisten anderen europäischen Mitgliedstaaten sind.

Darum hat die Übersubventionierung der Windenergie, die Befrachtung der Energiepreise in Deutschland dazu geführt, dass nicht mehr Beschäftigung entstanden ist, sondern - ganz im Gegenteil - Arbeitsplätze abgebaut wurden. Insofern kam es nicht in Nordrhein-Westfalen und nicht in Deutschland, sondern in Belgien, in den Niederlanden und anderswo zu neuen Investitionen in der chemischen Industrie und in anderen Industriebereichen.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, im Landschaftsgesetz schließlich wird die Begünstigung von Windkraftanlagen bei der Eingriffsregelung beseitigt. Bei der Frage, ob der Bau einer Windenergieanlage einen Eingriff darstellt, sind sie wie andere bauliche Anlagen zu behandeln. Deswegen soll gestrichen werden, dass zwei nah beieinander liegende Anlagen keinen Eingriff darstellen. Deswegen soll die Begrenzung des Eingriffs auf raumbedeutsame Anlagen aufgehoben werden.

Rückgängig gemacht haben wir die Möglichkeit, Windenergieanlagen im Wald zu planen. Gerade die Wälder wollen wir im Interesse der Bevölkerung, die dort Erholung sucht, und übrigens auch im Interesse der Ökologie - und was Ökologie ist, bestimmen nicht Sie allein, sondern das können wir genauso gut mitbestimmen -

(Beifall von der FDP)

von Windenergieanlagen freihalten.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zusammengefasst: Windenergienutzung wird in Nordrhein-Westfalen auch weiterhin möglich sein, aber nicht mehr nahezu unbegrenzt, nicht mehr nahezu an jeder Stelle, sondern nur noch da, wo sie dem Menschen tatsächlich nützt. Wir haben ökologische Belange, Belange des Landschaftsschutzes und Belange der Bevölkerung wieder auf die Beine und in ein vernünftiges

Verhältnis zueinander gestellt. Das war Ziel der Koalition, und darum sind wir froh, dass wir den Koalitionsvertrag in diesem Punkt so schnell abarbeiten konnten. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Wittke. - Zu seiner ersten Rede hier im Landtag erteile ich Herrn Stinka von der SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön.

**André Stinka (SPD):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Schönen Dank für den Hinweis. - Sehr geehrte Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen! Der neue Windkrafterlass ist rechtlich fragwürdig, geht von falschen Vorgaben aus und führt zu mehr Bürokratie,

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

also genau zu dem, was Sie oft bekämpfen wollen.

Dazu wälzt die Landesregierung mit ihm nur die Verantwortung auf Städte und Gemeinden ab. Einer uneinheitlichen Verwaltungspraxis im Land wird Tür und Tor geöffnet und so allgemein Unsicherheit geschaffen. Warum die Landesregierung so handelt, hat einen ganz wesentlichen Grund: Die Windkraft wird von ihr nicht mit nüchternem und neutralem Blick,

(Johannes Rimmel [GRÜNE]: Hausverbot haben die!)

sondern durch die ideologische Brille betrachtet.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Und genau dafür ist insbesondere die FDP-Fraktion zuständig, die sich den Kampf gegen die Windmühlen ja schon seit langer Zeit auf ihre Fahnen geschrieben hat.

(Holger Ellerbrock [FDP]: Richtig!)

Leider ist die CDU auf diesen Zug aufgesprungen - oder sollten wir besser „Rosinante“ sagen, da wir vom Kampf gegen Windmühlen sprechen? -

(Heiterkeit von der SPD)

und hat in das Lager der Ideologischer gewechselt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir haben gewonnen! Das ist der Unterschied!)

Nicht anders ist es zu verstehen, dass Herr Minister Wittke - wir haben ja gerade von diesem Zitat

gehört - am 1. September mit verklärtem Blick auf eine Windkraftanlage verkündet: „Das ist das Erste, was wir kaputtmachen werden.“

Nun, ich komme aus dem Münsterland, und bei mir zu Hause sehe ich jeden Tag eine Menge Windräder. Ich warte im Grunde nur darauf, Herr Wittke, dass eines Tages eine feierliche Sprengung vorgenommen wird, bei der Sie den Zünder drücken.

(Beifall von der SPD)

Die erwähnte Ideologie wird hier trotzdem und deutlich klar: Es geht längst nicht mehr um energiepolitische, rechtliche oder bauliche Gesichtspunkte. „Ideologie war früher“, behaupten Sie im gleichen Artikel. Das Gegenteil ist richtig. Die SPD hat die Windkraft immer nüchtern und wenig ideologiereich betrachtet. Wir sehen sie aber als zukunftsfähige regenerative Energieform und als ein Element in einem schlüssigen Energiegesamtkonzept zur zukünftigen Energieversorgung, ohne hierbei die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner von Windkraftanlagen zu vernachlässigen.

Gerade sprechen wir über energiepolitische Zukunftsvisionen. Heute Morgen haben wir gemerkt, dass davon auf der rechten Seite des Hauses relativ wenig zu sehen ist.

(Beifall von der SPD)

Im Übrigen möchte ich für die Fraktion darauf hinweisen, dass die Privilegierung der Windkraft im Baugesetzbuch durch Ministerin Merkel und Minister Töpfer eingearbeitet wurde.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Mit Zustimmung der FDP!)

Beide stehen - das ist aktuell noch deutlicher geworden - nicht im Verdacht, den Sozialdemokraten sehr nahe zu stehen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Die beiden haben sich in Umweltfragen unterschiedlich weiterentwickelt!)

Ideologisiert wurde bisher nur seitens der FDP. Deshalb ist es besonders schade, dass die CDU auf diesen Zug oder Rosinante aufgesprungen ist. Die Haltung der Landesregierung durch den neuen Windkrafterlass gefährdet 10.000 Arbeitsplätze. Von daher finde ich es geradezu tragisch, wenn heute Morgen von Sozialverantwortung in der Energiepolitik in unserem Land gesprochen wird. Und sie schwächt einen wichtigen Baustein einer zukünftigen Energieversorgung in NRW.

Wenn wir uns die Folgen von Stürmen in der letzten Zeit angucken, dann kann ich als Münsterländer davon berichten, dass unser Ort in fünf Jahren dreimal mit „Jahrhunderthochwasser“ zugelaufen war. Das muss einem doch zu denken geben. Man kann nicht darüber hinwegsehen und im Münsterland mit Millionen Euro teuren Deichbauten, die genauso unmöglich sind, darauf reagieren. Das muss länger und tiefer angefasst werden.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich möchte die rechtlichen Bedenken der SPD-Fraktion kurz darstellen.

Erstens. Windräder ab 50 m Höhe sind schon immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftig.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Bundesrecht!)

Es ist nichts Neues, was erst mit dem Inkrafttreten des Erlasses kommen würde. Richtig ist dagegen, dass bereits seit Juni mit der neu gefassten 4. Bundes-Immissionsschutzverordnung alle Windräder ab 50 m Höhe genehmigungsbedürftig sind. Hier wird ein längst bekanntes Faktum als Neuerung verkauft.

(Beifall von den GRÜNEN - Dr. Axel Horstmann [SPD]: So ist es!)

Zweitens. Die Vorgabe eines im Regelfall einzuhaltenden pauschalen Mindestabstands von 1.500 m ist rechtlich zweifelhaft. Der Erlass erlaubt es, bei der Regional- und Bauleitplanung pauschale Abstände von 1.500 m zu Wohngebieten vorzusehen. Da bleibt man erneut hinter den Koalitionsverhandlungen zurück. Das, was Sie nach Ihren Ausführungen alles umsetzen wollten, war in den Koalitionsverhandlungen versprochen und in Stein gemeißelt. Hier wird mächtig davon abgewichen.

Die juristischen Bedenken hierzu sind wohl mittlerweile bis zur Regierung durchgedrungen. Zur Rechtfertigung der Mindestabstandsvorgabe hatte Minister Linssen im letzten Plenum auf ein Urteil des OVG NRW vom 30. November des Jahres 2001 verwiesen. In der Tat wird dort angedeutet, dass pauschale Abstände zur schützenswerten Wohnbebauung angesetzt werden können. Das Urteil ist aber dabei von Abständen zwischen 350 m und 750 m ausgegangen. Selbst als kein großes Mathetalent sehe ich zwischen 350 m und 1.500 m einen großen Unterschied, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das Urteil ist deshalb zur Rechtfertigung des neuen Mindestabstands wenig bis gar nicht dienlich. Im Übrigen möchte ich darauf hinweisen, dass das OVG betont hat, dass die Steuerungsmöglichkeiten für Windkraft an städtebaulichen Kriterien zu orientieren sind.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Stinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ellerbrock?

**André Stinka (SPD):** Ja.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön, Herr Ellerbrock.

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Kollege, könnten Sie bitte einen Beitrag zur Aufklärung dahingehend leisten, warum Sie einerseits Krokodilstränen vergießen, weil angeblich die in der Koalitionsvereinbarung aufgezeigte Zahl von 1.500 m nicht erreicht wird; andererseits aber nach Ihrem Vortrag wesentlich geringere Abstände festgesetzt sehen wollen. Für eines von beiden müssen Sie sich entscheiden. Können Sie mir Hilfestellung leisten?

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Bitte schön, Herr Stinka.

**André Stinka (SPD):** Sie haben in die Koalitionsvereinbarung geschrieben, dass es 1.500 m sein müssen - ich habe gerade noch einmal nachgesehen -, ganz deutlich, um dadurch letztendlich zu verhindern, dass Windkraft ausgebaut wird. Wenn jetzt der Abstand niedriger ist, sind die Chancen, eine Windkraftanlage zu bauen, wesentlich höher.

(Dietmar Brockes [FDP]: Ist das gut oder schlecht?)

- Für uns ist es immer gut, wenn Windkraftanlagen ausgebaut werden, Repowering genutzt wird. Diejenigen, die sich bei der Größe Ihrer Fraktion mit Klimaänderungen befassen, passen auf ein Tretbrot.

(Zurufe von der SPD)

Wir wollen unseren Kindern eine Umwelt hinterlassen, die nicht eine Wasserwelt ist, sondern die sich um Klimaschutz kümmert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Christof Rasche [FDP]: Alles Schulden!)

- Wir reden jetzt über Klima und nicht über Schulden.

(Christof Rasche [FDP]: Das ist egal?)

- Das ist mir nicht egal. Das hat mit nachhaltiger Politik zu tun, und es hängt sicherlich zusammen. Nur, ich gehe jetzt weiter. Ich trage in Ruhe vor; Sie können mitschreiben.

Das Urteil ist zur Rechtfertigung des neuen Mindestabstands - da war ich gerade - wenig bis gar nicht dienlich. Im Übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, dass das OVG betont hat, dass sich die Steuerungsmöglichkeiten für Windkraft an städtebaulichen Kriterien zu orientieren haben. Das liegt deutlich auf der Linie der niedersächsischen Entscheidungen zum Beispiel des OVG Lüneburg und des Verwaltungsgerichts Hannover. Dort wurden pauschale Abstandszonen von 800 m bis 1.200 m als unzulässig verworfen, weil solche Abstände im Hinblick auf eine fehlende städtebauliche Rechtfertigung als rechtsfehlerhaft anzusehen sind.

Anhand dieser Beispiele sehen wir, dass die angedachte Vorgabe von im Regelfall pauschal einzuhaltenden 1.500 m rechtlich zweifelhaft ist. Außerdem schafft sie noch mehr Bürokratie. Den Vollzugsbehörden wird nämlich aufgebürdet, dass sie diese im Einzelfall durchzusetzen haben. Den Gemeinden wird aber keine Planungshilfe angeboten. Es wird somit auch der Boden für eine Prozesslawine losgetreten und Bürokratie aufgebaut - eine Prozesslawine, von der niemand etwas hat.

Es wird ein Investitionshemmnis aufgebaut, und die Anwohner werden auf Abstände getrimmt, die vielleicht ebenfalls nicht gerichtsfest umzusetzen sein werden. Ganz abgesehen von diesen drei Punkten, bezogen auf den Windkrafterlass, fragt man sich bei der Lektüre der vorgesehenen Änderungen des Landschaftsgesetzes im Hinblick auf die Windkraftanlagen, wo Sinn und Zweck der Änderung eigentlich liegen sollen.

So galt auch bisher, dass Windkraftanlagen als raumbedeutsam eingestuft werden, als Eingriff in Natur und Landschaft angesehen werden. Mit der Neuerung ändert sich lediglich, dass in Zukunft alle Windkraftanlagen unabhängig von der Raumbedeutsamkeit als Eingriff in Natur und Landschaft gelten.

Wenn man sich die Praxis ansieht, bemerkt man, dass ohnehin nur noch große, also raumbedeutsame Anlagen gebaut werden. Sie sind ökonomisch sinnvoll und effektiver. Kleinere, nicht raumbedeutsame Windkraftanlagen, die von der Neuregelung erfasst werden, werden praktisch gar nicht mehr gebaut. Es ändert sich erneut gar nichts.

Die Änderung des Landschaftsgesetzes erscheint damit auch lediglich ideologisch motiviert. In der Regierungszeit der SPD ist es immer so gehalten worden, dass wir uns beim Thema Windenergie um einen fairen Ausgleich der Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit den Interessen derjenigen bemüht haben, die in der Windkraft tätig sind. Genauso wird es auch weiterhin bleiben.

Erforderlich hierfür sind allerdings tragfähige Regelungen, die eine zielführende Steuerung einer zukunftsrelevanten Technologie ermöglichen und die berechtigten Interessen der Bürgerinnen und Bürger schützen.

Anstelle eines ideologischen Anrennens gegen Windmühlen brauchen wir vernünftige Weichenstellungen. Statt eines weiteren, flächenmäßigen Ausbaus ist darauf hinzuwirken, dass eine Vielzahl kleinerer Windkraftanlagen, die nicht mehr dem aktuellen Stand der Technik entsprechen, durch weniger Anlagen ersetzt werden, die dafür aber leistungsfähiger sind und dem aktuellen Stand entsprechen. „Repowering“ ist das Stichwort, das im Erlass fehlt.

(Beifall von Svenja Schulze [SPD])

Das alles wird durch die angekündigten neuen Vorgaben nicht geleistet. Es gibt keine klaren und sicheren Rahmenbedingungen für Investitionsentscheidungen für 10.000 Beschäftigte. Wenn man in die kleinen Zulieferbetriebe geht, gibt es sehr wohl Sorgen. Herr Wittke, es ist gerade für den Mittelstand nicht zuträglich, das einfach so abzubügeln.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Für diese Zulieferfirmen und die in der Windkraft tätigen Unternehmen bedeutet das einen Weg in eine ungewisse Zukunft. Die angekündigten Maßnahmen sind damit in vielfacher Hinsicht nicht zielführend. Wenn Sie unser Land lieben - wir tun das auch -, Herr Wittke, folgen Sie Ihrem Erlass nicht, denn er ist kontraproduktiv.

Wir werden diesen Antrag ablehnen. - Danke sehr.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Stinka. - Das Wort hat jetzt Herr Ortgies von der CDU-Fraktion.

**Friedhelm Ortgies (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir ein Wort

zu meinem Vorredner, Herrn Stinka. Uns als CDU-Fraktion Ideologie vorzuwerfen,

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Hochgradig!  
Hochgradig! Hochgradige Ideologie!)

ist schon lachhaft. Da sollten Sie sich lieber an die Grünen wenden. Wir denken nicht in ideologischen Grundsätzen. Wir denken an die Menschen.

(Heiterkeit von der SPD - Zuruf von den GRÜNEN)

Herr Stinka, Sie haben eben gesagt, Sie kämen aus dem Münsterland. Sie sehen jeden Tag viele Windräder. Sprechen Sie doch einmal mit den Menschen und bringen Sie in Erfahrung, was die davon halten.

(André Stinka [SPD]: Das tue ich!)

Das wäre vielleicht ganz wichtig.

Meine Damen und Herren, wir haben vor der Wahl versprochen, einen neuen Erlass vorzulegen.

(Zuruf von Reiner Priggen [GRÜNE])

- Herr Priggen, Sie kommen noch dran.

Die Landesregierung hat den Erlass vorgelegt. Wir diskutieren ihn heute. Wir wollen das Ziel erreichen, Windenergieanlagen so zu steuern, dass sie für Menschen und Umwelt erträglicher sind. Wir müssen das reparieren, meine Damen und Herren, was Sie in zehn Jahren rot-grüner Verantwortung angerichtet haben:

(Widerspruch von der SPD)

eine beispiellose Verschandelung der Landschaft und die Bevorzugung einer Energieform, die mit einem Anteil von circa zwei Prozent in einem grotesken Widerspruch zum optischen Eindruck steht. Dabei handelt es sich um eine Energie, die außerdem unzuverlässig ist und die nötige Grundlast nicht abdecken kann.

Wir sind nicht generell gegen die Windstromerzeugung. Wir wollen sie nur dort haben, wo sie im Einklang mit Natur und Landschaft steht, wo sie in ausreichendem Abstand zu besiedelten Bereichen steht und wo der Wind vor allen Dingen ausreichend weht. Dieser neue Erlass gibt den Kommunen und Behörden ein Instrument an die Hand, den Bau der Anlagen so zu steuern, dass diese Ziele erreicht werden.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das ist falsch!)

Neben den empfohlenen Abstandsregelungen gibt es besondere Einschränkungen - Minister Wittke

hat darauf hingewiesen - in Tabuzonen, in Wasserschutzzonen bis zur Zone 3 a, in Landschaftsschutzgebieten und im Wald.

Ich erinnere an eine kleine Anekdote, die sich vor etwa zwei Jahren ereignet hat. Minister Vesper hatte geäußert, dass Windenergieanlagen im Wald errichtet werden könnten, jedoch nur dort, wo keine Bäume sind.

Windenergieanlagen dürfen im Übrigen auch nicht in Überschwemmungsgebieten oder in der Nähe von Denkmälern errichtet werden.

Ein wichtiger Punkt ist die Rückbauverpflichtung, die durch eine Bürgschaft abzusichern ist.

Meine Damen und Herren, Windenergieanlagen sind auch weiterhin genehmigungsfähig und privilegiert, wenn sie zum Beispiel als untergeordnete Anlage einem oder mehreren landwirtschaftlichen Betrieben dienen. Das ist allerdings nur dann der Fall, wenn der Betrieb mehr als 50 % der erzeugten Energie selbst nutzt. Das ist bei der Größe der jetzigen Anlagen nur in Einzelfällen möglich. Ich rege an, einmal darüber nachzudenken, ob wir wieder verstärkt kleinere Anlagen bauen.

Wie geschieht das jetzt? Der in großen Anlagen erzeugte Strom wird gemessen, zum Umspannwerk transportiert und dort abgerechnet. Für den Strom werden 8 bis 9 Cent pro Kilowattstunde gezahlt - vom Stromverbraucher subventioniert. Dann fließt der Strom über teure Leitungen wieder zurück zu den Betrieben und wird dort für circa 15 Cent wieder eingekauft - wahrscheinlich von denselben Betrieben. Ist das eigentlich wirtschaftlich sinnvoll? Müssen wir nicht nach Lösungen suchen, um die vor Ort erzeugte Energie auch dort direkt zu verbrauchen? - Dafür gibt es sicherlich viele Möglichkeiten.

(Zuruf von der SPD: Wie denn konkret? - Zuruf von den GRÜNEN)

- Es gibt Stromverbraucher, die sich einschalten, wenn der Wind weht. Es gibt Wärmespeicher, die durch elektrische Energie aufgeheizt werden. Käme so etwas nicht auch für Windstrom infrage? Erinnern Sie sich einmal an die Nachtstromspeicheröfen.

Wir sollten verstärkt über dezentrale Energieerzeugung mit kleineren Anlagen, die auch von der Bevölkerung akzeptiert werden, nachdenken. Das ist besser als immer größere Anlagen, die immer mehr in die Höhe wachsen - bis zu 180 oder 200 m - und zu massiven Protesten führen. - Der neue Erlass lässt diese Möglichkeiten zu.

Wir werden heute das Landschaftsgesetz in einem ersten Schritt ändern. Herr Minister Wittke hat schon gesagt, dass wir Windenergieanlagen auch dort wieder für raumbedeutsam erklären, wo sie ein Eingriff in Natur und Landschaft sind. Nicht einzusehen ist, dass im alten Landschaftsgesetz zum Beispiel der Bau von unter- oder oberirdischen Versorgungsleitungen als Eingriff zu sehen ist, nicht jedoch hohe Windtürme. Das wird ab heute beendet.

Meine Damen und Herren, die CDU-Landtagsfraktion wird weiter die Förderung erneuerbarer Energien vorantreiben. Dabei werden wir uns allerdings mehr auf nachwachsende Rohstoffe und auf andere Felder konzentrieren. Minister Uhlenberg hat heute Morgen in Tagesordnungspunkt 1 schon auf Bemühungen der Landesregierung hingewiesen, um das zu forcieren.

Vor allem die hier erzeugte Energie kann die benötigte Grundlast abdecken. Es ist eine Alternative für viele Landwirte, die sich ein Zusatzeinkommen schaffen wollen. Das wollen wir möglichst vielen und nicht nur wenigen Privilegierten ermöglichen, die vielleicht einen guten Standort haben oder Steuerabschreibungsmodelle nutzen können. Wir stehen zu den Zielen des Klimaschutzes, werden aber die Prioritäten anders setzen.

Ich habe heute Morgen Herrn Stinka als Vertreter der SPD-Fraktion nicht richtig verstanden. Noch vor mehreren Monaten haben Sie sich, Herr Horstmann - ich hatte Sie vor zwei Wochen schon zitiert -, mehrfach öffentlich kritisch zur Windenergie geäußert. Damals konnten Sie sich allerdings gegen die Grünen nicht durchsetzen. Nun reden Sie wieder völlig anders, mäkeln am Erlass herum, haben aber eigentlich keine Alternative.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Ich habe doch noch gar nicht geredet!)

Herr Horstmann, Sie müssen einmal sagen, was Sie eigentlich wollen. Wollen Sie mithelfen, den Wildwuchs einzudämmen, oder wollen Sie weiter tatenlos zusehen, wie unsere Landschaft verhandelt wird?

Dass die weltweiten Naturkatastrophen, die wir alle beklagen, für das weitere Aufstellen von Riesenwindrädern in Nordrhein-Westfalen erhalten müssen, ist populistisch und absurd.

(Beifall von der FDP)

Wir wollen den Klimaschutz verbessern und einen Anteil von 12,5 % am Markt für erneuerbare Energien erreichen. Dies wollen wir im Gegensatz zu Rot-Grün im Einklang mit Natur und Land-

schaft und vor allem im Einklang mit der Bevölkerung. Sie haben das zehn Jahre lang sträflich vernachlässigt. Wir ändern das, wir tun was. - Danke schön.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Ortgies. - Als Nächster hat Herr Priggen von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Lieber Herr Ortgies, das mit dem Anteil von 12,5 % für erneuerbaren Energien habe ich schon mehrfach gehört. Das, was Sie heute Morgen in den Aktuellen Stunde ausgeführt haben, war aus meiner Sicht Ihr Offenbarungseid, was Klimaschutzpolitik angeht. Sie haben den Klimaschutz lächerlich gemacht, indem Sie ihn auf eine Technik fokussiert und gefragt haben, ob diese Technik in Nordrhein-Westfalen wohl die Klimakatastrophe verhindern kann. Das ist ein vergeblicher Versuch, und damit werden Sie der Verantwortung, die Sie haben, nicht im Ansatz gerecht.

(Beifall von den GRÜNEN)

An die Adresse der CDU-Kollegen möchte ich Folgendes sagen: Ich kann mit einer konservativen Linie, die sagt, wir setzen Akzente anders, als ihr das gemacht habt, leben. Das ist Ihr gutes Recht. Sie sind gewählt worden, Sie sind die Regierung. Das können Sie machen. Aber die Arroganz, zu sagen, Sie werden die Windkraft als Erstes kaputt machen, und sich dann damit herauszureden, es sei nur ein einzelner Standort gemeint, kann ich nicht akzeptieren. Das ist Hochmut, und der Fall kommt auch noch. Mit dieser Linie werden Sie nicht durchkommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

In Vorbereitung dieser Debatte habe ich mir 50 bis 100 Zitate von CDU-Kollegen aus dem Bundestag und aus dem Landtag zur Windkraft herausgesucht. Die Entwicklung der Windkraft ist ja auch mit positivem Engagement der CDU verknüpft. Nicht umsonst hat ja Eckhard Uhlenberg auf seinem Betrieb eine Anlage stehen. Es gibt über lange Zeit sehr viel positives Engagement seitens der CDU. Ich möchte nur ein Zitat des Kollegen Weisbrich, mit dem wir in der letzten Legislaturperiode viel darüber diskutiert haben, bringen, damit Sie einmal den Unterschied zwischen der hasserfüllten Linie, die der Bauminister vertritt, und der differenzierten Linie erkennen, die früher aus Ihren Reihen vertreten worden ist. Herr Weisbrich hat in der Plenarsitzung am 21. Juni 2001 gesagt:

„Deswegen möchte ich nur ganz kurz feststellen: Die CDU ist nicht gegen Windenergie, sondern sie ist für Windenergie! Das ist sie aus Gründen des Klimaschutzes und um die Energiereserven künftiger Generationen zu schonen. Immerhin werden wir in den nächsten 20 Jahren weltweit genauso viel Energie verbrauchen wie in der gesamten Menschheitsgeschichte zuvor. Das verpflichtet uns zum sparsamen Umgang mit Energie.“

Weiter heißt es - immer noch wörtliches Zitat -:

„Ein Sockel an regenerativer Energie - insbesondere auf der Basis von Windkraft - gehört sicher als wesentlicher Bestandteil zu einem zukunftsfähigen Energiemix in Nordrhein-Westfalen. Wir halten daher überhaupt nichts von einer politischen Verteufelung der Windkraftanlagen, die die technischen Grundlagen dieser Stromerzeugungsmethode verkennt. Immerhin steigt die Energieausbeute in der dritten Potenz mit der Nabenhöhe.“

Jetzt möchte ich der Fairness halber noch einen Satz von Herrn Weisbrich zitieren, weil er damit das Problem anspricht - ich zitiere -:

„Zur Effizienzsteigerung brauchen wir also relativ hohe Windräder. Wir brauchen dann aber auch eine Standortakzeptanz in unserem dicht besiedelten Land.“

Das ist ein Teil der Problemdiskussion. Deswegen hätte ich Verständnis dafür, wenn es nur darum ginge, dass Sie die Akzente anders setzen. Aber das, was jetzt an vielen Stellen herüberkommt, geht weit darüber hinaus. Das Zitat in der „Zeit“ war ja nicht das einzige. Wenige Tage zuvor gab es ja auch Beiträge entsprechender Art in der „NRZ“. Das ärgert mich an dieser Debatte.

Ich selber bin seit zehn Jahren Mitglied im Bundesverband Windenergie. Auch Christian Wulff, der CDU-Ministerpräsident von Niedersachsen, ist Mitglied im Bundesverband Windenergie. Er ist das gewesen, lange bevor er Ministerpräsident wurde. Wenn ich verfolge, wie die Leute die Technik entwickelt haben, wie sie in den letzten 15 bis 20 Jahren entwickelt wurde, kann ich ohne Überhöhung feststellen: Ich weiß, dass wir nicht den gesamten Strom mit Windkraft machen können und dass wir damit die Klimakatastrophe nicht verhindern können. Aber ich finde es faszinierend, dass eine Windkraftanlage vier bis sieben Monate läuft und dann alles, was man an Energie brauchte, um sie herzustellen, eingefahren ist. Ab dann läuft sie, ohne Primärenergie einzusetzen, und sie bringt den Strom, ohne dass man irgendeinem

Ölscheich etwas überweisen muss, aus dem natürlichen Angebot des Windes.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie reden ja immer über das Münsterland. Meine Mutter wohnt im Münsterland, ich war in Münster in der Schule, und insofern kenne auch ich das Münsterland. Ich fahre jeden Tag von Aachen nach Düsseldorf, sodass ich mir jeden Tag Garzweiler ansehe. Sie sollten einmal gucken, was bei anderen Stromgewinnungsarten passiert. Welche Opfer müssen Leute bringen, die aus ihren Dörfern vertrieben werden? Welche Opfer müssen wir alle bringen, um die Lasten aus der Atomindustrie - das sind nur Teilbeiträge - 1.000 Jahre sicher unter Kontrolle zu haben? Dass Sie diesen einen Bereich verteufeln, obwohl er eine technisch hervorragende Entwicklung in den letzten 20 Jahren genommen hat, ist nicht verständlich. Das ist eine Entwicklung gewesen, die viel Arbeit gekostet hat. Diese soll nun kaputt gemacht werden; das ist ja die generelle Ansage. Das ist bei Anlagen, die leiser, langsamer drehend, preiswerter und technisch insgesamt besser geworden sind, aus meiner Sicht ein Irrsinnsweg.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Priggen, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Ortgies?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Natürlich.

**Präsidentin Regina van Dinter:** Bitte.

**Friedhelm Ortgies (CDU):** Herr Priggen, Sie haben den Braunkohletagebau mit den Windenergieanlagen verglichen und gesagt, dass die Menschen Opfer bringen sollen. Sollen die jetzt alle wegziehen, wenn dort mehr Windräder hingestellt werden, oder wie habe ich das zu verstehen?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Nein, natürlich sollen die nicht wegziehen.

Ich habe auch gar kein Problem, wenn man die Abstände etwas größer macht. Das ist völlig in Ordnung. Wenn die Anlagen größer und leistungsstärker werden, müssen die Abstände größer werden. Das ist alles in Ordnung. Das kann man machen. Ich möchte Sie aber an Ihre Ausführungen erinnern, als Sie, Herr Lindner, Herr Weisbrich, Abstände von 500 und 600 m gefordert haben. Warum Sie den Unfug mit 1.500 m nach vorne tragen, müssten Sie in der Sache begründen. Ich kann auch ein Mehrfaches der Höhe als

Abstand akzeptieren. Aber das, was Sie machen, ist einfach überzogen.

Ich will überhaupt nicht leugnen, dass es bei Wind- wie bei Photovoltaik natürliche Nachteile gibt. Das ist doch klar. Wir haben nachts keinen Strom von der Sonne. Wir haben auch keinen Wind aus Windenergieanlagen, wenn der Wind nicht weht. Das sind gewisse Nachteile. Wir müssen gucken, wie wir mit vernünftigeren Speichertechniken, die wir noch entwickeln müssen, gewisse natürliche Nachteile ausgleichen können. Da war Ihr Vorstoß gar nicht verkehrt.

Herr Ortgies, Sie wissen es ganz genau. Die Kraftwerke stehen an den Flüssen. Wir hatten in den vergangenen Jahren und haben auch in diesem Jahr immer wieder Abschaltungen sogar von Nuklearanlagen, weil im Sommer nicht die ganze Wärmelast von den Kraftwerken in die Flüsse einzubringen ist. Das heißt, sie haben bei jeder Kraftwerksart, die Kühlwasser braucht, Reservekapazitäten nicht nur für Stillstand, sondern auch für die Fälle, dass es im Sommer zu warm ist. Die Franzosen haben das Problem in jedem Jahr. Dann ist nicht genügend Kühlwasser vorhanden. Ich meine, es ist sechs Wochen her, dass die Schweden bei Oskarsham ihre ganzen Kernkraftwerke abschalten mussten, weil zu viele Quallen ins Kühlwasser kamen. Sie haben also auch für andere Kraftwerkstypen Reservekapazitäten. Bei Windkraft können Sie über die modernen Rechnermodelle heute mit über 95 % Genauigkeit zehn Stunden vorhersagen, was die gesamten Anlagen bringen. Das heißt, Sie können diese Anlagen sehr gut ins Netz integrieren. Trotzdem gibt es eine Grenze. Das bestreitet keiner. Wir können nicht 50 % der Energie aus Windstrom erzeugen. Windkraft kann nur einen bestimmten Anteil liefern. Dort kann sie intelligent eingesetzt werden.

Tatsache ist, dass wir entgegen der Kampagne, die Sie fahren, weltweit einen enormen Boom haben. Weltweit werden derzeit pro Jahr Windkraftkapazitäten von 8.000 Megawatt errichtet. Allein die USA haben für 2005 und 2006 je 3.000 Megawatt Windkraftkapazitäten aufgelegt.

Auch große deutsche Firmen investieren. Ich nenne Ihnen nur zwei Beispiele. Am 30. Juni 2005 stand bei uns in der „Aachener Zeitung“:

„Die Allianz will 300 bis 500 Millionen € in Firmen, die Windkraftanlagen betreiben und herstellen, investieren.“

Die Begründung war Teil Ihrer Klimaschutzstrategie; denn der Konzern ist auch ein Rückversicherungskonzern. Sie können doch dann nicht sagen, wir machen die Windkraft hier kaputt.

Ich nenne ein zweites Beispiel. In der „Financial Times Deutschland“ vom 8. Juni 2005 stand: „Eon baut den größten Windpark der Welt in England. Invest: 2,3 Milliarden € gemeinsam mit Shell.“ - England hat das Ziel, bis 2010 10 % des Stroms aus Windkraft herzustellen. Wie viele von uns in diesen Tagen, bin ich lange unterwegs gewesen. Zu jeder vollen Stunde habe ich gestern Abend die Nachricht gehört, dass als Konsequenz aus der aktuellen Debatte in Schweden entschieden worden ist, die Windkraft massiv auszubauen. Weltweit haben wir eine massive Nachfrage. Bis jetzt haben wir in Deutschland die Marktführerschaft in diesem Bereich. Das ist nicht einmal vom Herrn Minister bestritten worden. Wir haben die Marktführerschaft, die Spitzentechnologien, und es sind deutsche Firmen mit einem sehr hohen Exportanteil.

Wenn man sich einmal die Mühe macht, diese Firmen zu besuchen - ich bin neulich bei Flender und bei General Electric gewesen -, können Sie in den alten Betriebsgebäuden von Babcock sehen, dass die Hallen voll stehen. Der Exportanteil beträgt 60 bis 70 %, bei General Electric 75 %. Die Anlagen wird hier hergestellt und von hier ausgeliefert. Das geschieht in wesentlichen Teilen in Nordrhein-Westfalen. In dem Unternehmen wird überlegt, wo in Kürze 25 Millionen € für einen neuen Standort investiert werden, an dem die neue Fertigung für 3- bis 5-Megawatt-Anlagen aufgebaut wird. Wenn eine solche Politik, die Sie hier andeuten und die Sie auf Bundesebene durchsetzen wollen, wirklich zum Tragen kommt, dann fragen die Zuständigen der Konzernmutter in den USA doch, warum wir dort überhaupt noch bauen sollen, wenn uns dort untersagt wird, weitere Anlagen aufzustellen? Dann gehen sie doch gleich in andere Länder.

Bei General Electric ist es so: Sie werden 2006 in China anfangen. Sie wissen, auch die Chinesen fordern ebenso wie viele Länder einen hohen Anteil an Eigenfertigung. Zur Strategie dieses und anderer Unternehmen gehört es zu sagen: Lasst uns die Flügel da bauen, lasst uns eventuell das Fundament dort bauen, aber die Kernkomponenten wie Steuerung, Getriebe und andere Dingen nehmen wir aus Deutschland. - Genau darin liegt unsere Chance, den Exportanteil noch zu erhöhen. Dazu kommt von Ihnen aber die Ansage, das sei das Erste, was Sie kaputt machen werden. Dann ist aber alles kaputt.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aus meiner Sicht ist es aber unverantwortlich - das ist auch die Anknüpfung an heute Morgen -: Sie sind bis jetzt jede Antwort dafür schuldig

geblieben, wie Sie die Steigerung des Anteils an regenerativem Strom von 3 auf 12,5 % schaffen wollen.

Ich habe mich nicht getraut, in unser Programm zur Landtagswahl für NRW das Ziel von 12,5 % bis zum Jahr 2010 hineinzuschreiben. Ich habe es mit Begeisterung bei Ihnen gelesen. Ich weiß aber mittlerweile, was es wert ist, wenn es in Ihrem Programm steht. Sie wollen das eine kaputt machen und die Biomasse hochfahren. Erzeugen Sie aber einmal aus Biomasse 8 % der Stromerzeugung für Nordrhein-Westfalen. Dann sieht Ihre Landschaft aber auch anders aus. Alles, was Sie erzählen, hält in der Sache keiner Prüfung stand. Wir brauchten an der Stelle 8.000 bis 9.000 Biogasanlagen. Da ich die Debatten zwischen den Schweinemästern und anderen genau kenne, weiß ich, was diese zu den Anlagen sagen. Ich habe auch die Ansage, Biogasanlagen sollten in Zukunft in Ackerbaubereichen gebaut werden, auch schon als eine defensive Ansage verstanden.

Sie sind überhaupt nicht in der Lage, konkret zu benennen, wo Sie etwas Neues aufbauen wollen. Die Antwort bleiben Sie auch noch im vierten Monat Ihrer Regierungstätigkeit schuldig, nachdem Sie einen jahrelangen Vorlauf hatten, um etwas Konkretes sagen zu können. Gleichzeitig machen Sie einen Bereich kaputt, der bei uns hervorragend entwickelt ist. Das ist das, was mich an der Sache am allermeisten ärgert. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Priggen. - Von der FDP-Fraktion hat jetzt Herr Dr. Papke das Wort.

**Dr. Gerhard Papke (FDP):** Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stinka! - Wo sitzt er? Ist er nicht mehr bei uns?

(Minister Oliver Wittke: Der hat noch alten Urlaub!)

- Er hat noch alten Urlaub, höre ich gerade von Herrn Wittke. Schade eigentlich; denn ich hätte ihn ganz gerne darauf aufmerksam gemacht, dass die SPD-Fraktion in der vergangenen Legislaturperiode - das kann er als neuer Kollege noch nicht wissen - eine ganz andere Politik vertreten hat als die, die er hier dargestellt hat. Frau Schulze, Sie schütteln den Kopf. Das ist mir auch letztens bei Ihrem Debattenbeitrag aufgefallen.

(Zuruf von Johannes Rimmel [GRÜNE])

Die SPD-Fraktion hat in der zurückliegenden Legislaturperiode teilweise mit geballter Faust in der Tasche mit ansehen müssen, dass die Grünen diese uneingeschränkte Windkraftvorrangpolitik bei den Debatten über den alten Windenergieerlass, über Mindestabstände usw. durchgeboxt haben. Ich denke etwa an Herrn Kollegen Kasperek. Herr Ex-Ministerpräsident Steinbrück ist heute schon mehrfach zitiert worden. Ich will dem noch ein weiteres Zitat hinzufügen. Ich darf mit Genehmigung der Präsidentin aus dem September 2003 zitieren:

„Ganze Landstriche werden zugepflastert mit diesen Windspargeln, und die Stromtarifzahler kommen für Milliardenzuschüsse auf. Das kann auf Dauer nicht so bleiben.“

So der damalige Ministerpräsident Steinbrück, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP - Svenja Schulze [SPD]:  
Jetzt sind Sie dran!)

Frau Kollegin, da hat Herr Steinbrück ausnahmsweise einmal absolut Recht. Wir setzen das um, was er damals kritisiert hat, wir ziehen sozusagen die Konsequenzen daraus, und wir setzen das um, was wir vor der Wahl angekündigt haben, auch in diesem Punkt: sehr zügig, sehr präzise, sehr umfassend. Dafür, Herr Minister Wittke, noch einmal ganz ausdrücklich die Anerkennung meiner Fraktion! Das war aus Sicht der FDP - da hat der Kollege Priggen Recht - ein ganz entscheidender Punkt. Dass wir gemeinsam in der neuen Koalition dieses Thema so schnell, so gründlich, so umfassend bearbeiten, ist sicherlich auch ein weiteres Zeichen für die Handlungsfähigkeit dieser Koalition.

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben dabei die Menschen in Nordrhein-Westfalen hinter uns. Herr Kollege Priggen, ich könnte Ihnen ganze Ordner zu den etwa 200 Bürgerinitiativen allein in Nordrhein-Westfalen zeigen - voll mit Vermerken, voll mit E-Mails, voll mit Faxen -, die ich allein in den letzten Wochen bekommen habe, nachdem klar war, wie schnell wir an dieses Thema herangehen. Das sind wirklich Danksagungen, dass wir das umsetzen, was wir vorher angekündigt haben.

Wir haben Tausende von Bürgerinnen und Bürgern, die unter diesem Windkraftwahn, der hier veranstaltet worden ist, persönlich leiden. Wer einmal gesehen hat, wie Menschen im ländlichen Raum zu leiden haben, wenn in Entfernungen von teilweise unter 350 m solche Anlagen entstehen, der weiß, dass das nicht nur eine abstrakte De-

batte ist, die hier im Landtag Nordrhein-Westfalen geführt wird, sondern dass das ganz elementar in die Lebenswirklichkeit der Bürgerinnen und Bürger eingreift. Damit hätten Sie sich - das habe ich Ihnen schon mehrfach angeraten - früher einmal auseinander setzen sollen. Das gilt im Übrigen auch für die SPD, die dies hätte umsetzen sollen, dann hätte sie im ländlichen Raum - diese Prognose wage ich - vielleicht nicht ganz so viele Stimmen eingebüßt, wie das am 22. Mai der Fall war.

Die Bürgerinnen und Bürger haben wir auf unserer Seite. Die haben wir nicht deshalb auf unserer Seite, weil wir eine grundsätzliche Politik gegen erneuerbare Energien oder auch gegen die Errichtung von Windindustrieanlagen machen würden. Das haben Sie völlig falsch dargestellt, Herr Kollege Priggen. Auch wir Freien Demokraten sind selbstverständlich für den Einsatz erneuerbarer Energien. Wir wissen, dass wir den Anteil regenerativer Energien schon deshalb erhöhen müssen, weil die Vorräte an fossilen Energieträgern auf lange Sicht natürlich limitiert sind. Schon deshalb müssen wir forschen, entwickeln und auf Marktanreize setzen. Das Stromeinspeisungsgesetz wurde 1991 noch von der alten Koalition in Bonn gemacht. Da waren wir auch nie auseinander.

Aber was Sie gemacht haben - Sie haben das als Grüne unter der Regie von Herrn Vesper gezielt vorangetrieben -, ist etwas ganz anderes. Da ging es nicht mehr darum, sinnvolle Anreize zu setzen, sondern Sie haben in Kauf genommen, dass dieses Land völlig sinnlos zugespargelt wurde - ohne Rücksicht auf die Bürgerinnen und Bürger, ohne Rücksicht auf die Landschaft; das war völlig egal. Prinzipiell galt: Eigentlich sollte an jedem Standort die Errichtung einer Windindustrieanlage möglich sein. Deshalb ist das ja auch immer mehr ausgeweitet worden.

Vor dieser Situation stehen wir jetzt. Deshalb müssen wir korrigieren. Es gibt gute Gründe, dass wir den Bau von zusätzlichen Windindustrieanlagen in Nordrhein-Westfalen hemmen. Dies wird im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben geschehen, aber wir wollen darüber hinaus - das ist bereits angekündigt worden; auch das ist Bestandteil der Koalitionsvereinbarung - durch eine Bundesratsinitiative die gesetzlich garantierte Einspeisevergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz reduzieren. Wir wollen angesichts der neuen Rahmenbedingungen auch die extreme Privilegierung im Baugesetzbuch zurückführen. Denn es kann nicht länger so sein, meine Damen und Herren, dass es leichter ist, im Außenbereich einer Ge-

meinde eine 200 m hohe Windindustrieanlage zu errichten als einen Geräteschuppen zu erweitern. Damit müssen wir Schluss machen. Deshalb gehört das mit in unser Paket hinein.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, es gibt letztlich zwei entscheidende Fragen, mit denen man sich sehr nüchtern und in der Tat ideologiefrei auseinander setzen muss, wenn man über die Frage nachdenkt: Macht der Bau von Windindustrieanlagen im Binnenland Sinn?

Die erste Frage ist die - gerade mit Blick auf die Debatte über eine sichere Energieversorgung von Nordrhein-Westfalen; mein Kollege Ellerbrock hat heute Morgen darauf hingewiesen -: Welchen Beitrag zu einer sicheren Energieversorgung können diese Windindustrieanlagen bei ihrem derzeitigen Entwicklungsstand leisten? Da müssen wir doch, Herr Kollege Priggen, einfach einmal die Fakten zur Kenntnis nehmen.

Etwa 2.400 Anlagen sind bereits errichtet worden. Die werden in diesem Jahr ca. 1,8 % unseres Strombedarfs decken - das ist schon eine sehr optimistische Prognose -, aber auch nicht stetig, denn es gibt bestimmte Wetterlagen, da wird nicht eine einzige Kilowattstunde Strom aus diesen Anlagen eingespeist! Deshalb müssen Schattenkraftwerke vorgehalten werden, deshalb kann nicht ein einziges konventionelles Kraftwerk abgeschaltet werden. Da fängt dieser Schwindel, der den Bürgerinnen und Bürgern von den Grünen aufgetischt worden ist, nämlich an. Herr Trittin hat sich sogar hervorgetan mit Aussagen wie, durch die Errichtung von Windindustrieanlagen in Deutschland könnten zwei Kernkraftwerke abgeschaltet werden. Das war der O-Ton von Herrn Trittin. Das ist schlichtweg falsch. Kein einziges konventionelles Kraftwerk kann abgeschaltet werden.

Jetzt komme ich zu der zweiten Frage; die ist mindestens genauso spannend. Das ist die Frage, meine Damen und Herren - damit haben wir uns doch intensiv auseinander gesetzt, auch in vielen Debatten hier -: Welchen Beitrag zum Umweltschutz können diese Anlagen wirklich leisten? Da kommen wir mit einer ganz einfachen Berechnung zu einer klaren Antwort: Wir wissen, dass bei der Stromproduktion etwa ein Drittel der CO<sub>2</sub>-Emissionen hervorgerufen werden. Bei einem Anteil von 1,8 % der 2.400 Windindustrieanlagen an unserer Stromproduktion komme ich auf einen theoretischen CO<sub>2</sub>-Minderungseffekt von 0,6 %. Das ist aber nur der theoretische Effekt, der im Grunde unterstellt, dass wir Wetterlagen haben,

die den Betrieb der Anlagen über einen längeren Zeitraum ermöglichen.

Das heißt, Herr Kollege Priggen, meine Damen und Herren von den Grünen: Der Bau von Windindustrieanlagen in Nordrhein-Westfalen ist eine ökologische Mogelpackung. Das ist die schlimmste ökologische Mogelpackung, die wir in den letzten Jahrzehnten in unserem Industrieland erlebt haben. Das sind die Fakten, mit denen wir uns auseinander setzen müssen.

(Beifall von der FDP)

Dann kommt noch hinzu - das war gewissermaßen das Sahnehäubchen bei dieser Entwicklung -, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz - das ist vielen Bürgerinnen und Bürgern gar nicht bekannt - Windindustrieanlagen an besonders wind-schwachen Standorten besonders hoch subventioniert. Sie kennen das Verfahren mit dem Referenzwert; es ist relativ kompliziert. Je ungünstiger ein Standort für die Errichtung einer Windindustrieanlage, desto höher ist der Gesamtbetrag der ausgeworfenen Subventionen. Auf eine solche Idee kann nur Rot-Grün kommen. Eine solch systematische Form der Ressourcenvernichtung ist mir aus keinem anderen entwickelten Industrieland bekannt. Das sind die Fakten. Da ist im vergangenen Jahr zwar ein bisschen nachjustiert worden, der Zusammenhang existiert im Grunde genommen aber immer noch.

(Svenja Schulze [SPD]: Lesen Sie mal das EEG!)

- Damit, Frau Kollegin Schulze, müssen wir uns auseinander setzen. Zu den Dingen, die irrigerweise dargelegt werden, gehört auch die Arbeitsplatzbilanz. Herr Kollege Priggen hat gerade darauf hingewiesen. Wenn die Grünen von Arbeitsplätzen reden, dann kann man den Bürgerinnen und Bürgern nur raten, ihr Portemonnaie festzuhalten. So ist das auch in diesem Fall. Diese angeblichen 10.000 Arbeitsplätze, Herr Kollege Priggen, von denen Sie gesprochen haben, gibt es nur auf dem Papier, und selbst diejenigen, die es gibt, sind, was die Binnennachfrage angeht, ausschließlich subventionsfinanziert.

Hier ist sicherlich niemand im Plenum, der etwas dagegen hat, dass diese Anlagen hier entwickelt - noch einmal: wir haben diese Anreize gesetzt - und in Länder exportiert werden, die sagen: Bei uns lohnt sich der Einsatz. Aber jede Anlage, die für den Binnenmarkt produziert und errichtet worden ist, ist ausschließlich subventionsfinanziert. Das bedeutet, die über 3 Milliarden €, die allein in diesem Jahr für die Subventionierung aufgewendet werden, vernichten an anderer Stelle Arbeits-

plätze, ziehen Kaufkraft ab und bedeuten - so definieren sich Kosten; das sind entgangene Verwendungsmöglichkeiten -, dass nicht an anderer Stelle in produktive Zweige, in zukunftsfähige Arbeitsplätze investiert werden kann.

Damit muss man sich auseinander setzen. Die Frage, die Sie, Herr Minister Wittke, aufgeworfen haben, woher Ihre Zahl von 10.000 Arbeitsplätzen kommt, beschäftigt mich schon seit langem. Ich habe irgendwann herausgefunden, dass sich die Bundesregierung mit Herrn Trittin bei ihren Zahlen in einer Fußnote auf Angaben des Bundesverbandes Windenergie berufen hat. Das ist sehr bemerkenswert. Das ist bis zum heutigen Tag zu den Zahlen, die die Bundesregierung herausgegeben hat, die einzige Quelle, die ich überhaupt gefunden habe.

Vielleicht wären Sie, Herr Kollege Priggen, so nett, zu erklären, wie Sie zu dieser Zahl von 10.000 Arbeitsplätzen kommen. Ich glaube, es ist einfach Schall und Rauch. Es ist eine gegriffene Größe, die Ihnen vielleicht von den einschlägigen Interessenverbänden zugewiesen wird, die sich aber in der Realität nicht als wirklich nachweisbar erweist.

Wir haben uns häufig mit der Frage auseinander gesetzt, weshalb die Grünen diese extreme Form der Verspargelung unseres Landes unbeeinflusst von den Protesten der Bürgerinnen und Bürger vorantreiben.

Ich will nicht unsere früheren Hinweise über eine gewisse Nähe zwischen den Bündnisgrünen und einschlägigen Unternehmen der Branche aufgreifen, aber eines will ich Ihnen mit auf den Weg geben: Es gibt seit einigen Wochen den ersten Bauantrag für fünf Anlagen in Kirchhundem im Kreis Olpe, die eine Gesamthöhe von jeweils 205 m erreichen sollen. 205 m sind fast 50 m mehr als der Kölner Dom. Wissen Sie, wer der Antragsteller ist? Es ist der Vorsitzende der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen. Er ist geschäftsführender Gesellschafter und hat Ihnen die traurige Ehre eingebracht, dass ein aktiver Funktionär der Grünen der Erste ist, der als Betreiber will, dass diese herrliche Landschaft mit fünf 205 m hohen Anlagen verspargelt wird.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Was bedeutet das? Was wollen Sie damit sagen?)

Ich will das nicht weiter interpretieren, ich gebe Ihnen das nur mit auf den Weg. Es gibt hier offensichtlich eine ganz enge Interessenverbindung zwischen den Betreibern dieser Anlagen und ihrem verlängerten politischen Arm, den Grünen. Ich habe nie einen Hehl daraus gemacht, Herr

Kollege Priggen, dass wir uns ein Stück weit als verlängerter politischer Arm der 200 Bürgerinitiativen verstanden haben. So haben wir hier argumentiert, nicht aus einer ideologischen Position gegen erneuerbare Energien heraus - den Schuh ziehen wir uns auch nicht an -, sondern aus einem sehr sachlichen nüchternen Abwägungsprozess heraus, was Windindustrieanlagen für Nordrhein-Westfalen mit Blick auf die nötige sichere Energieversorgung und mit Blick auf die ökologische Dimension und die Frage, was sie für die Umwelt bringen, wirklich bedeuten können.

Wir mussten zu der Einschätzung kommen: Sie bringen für unser Land Nordrhein-Westfalen nichts. Wir werden weiter forschen und entwickeln, und wir werden Unternehmen, die diese Produkte ins Ausland exportieren wollen, genauso unterstützen, wie jeden anderen Industriebetrieb auch.

Aber tun Sie uns und den Bürgerinnen und Bürgern, Herr Kollege Priggen - ich adressiere dies an die Grünen insgesamt -, den Gefallen: Hören Sie auf mit dieser Desinformationskampagne! Sie ist einfach nicht durch die Fakten gestützt. Wir beenden diese einseitige Politik, die zu einer nicht akzeptablen Verspargelung unseres Landes geführt hat. Glauben Sie mir: Die Bürgerinnen und Bürger werden es uns danken. - Ich danke Ihnen sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Papke. - Als Nächster hat Herr Minister Uhlenberg das Wort.

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Weshalb brauchen wir einen neuen Windenergieerlass in Nordrhein-Westfalen, und weshalb führen wir diese Debatte hier in Nordrhein-Westfalen besonders engagiert? - Wir brauchen deswegen einen neuen Windenergieerlass, weil sich die Größenordnungen der Anlagen in den vergangenen Jahren dramatisch verändert haben. Die Anlagen, die heute aufgestellt werden, sind nicht mehr die Anlagen wie in den 90er-Jahren mit 63 m Nabenhöhe, sondern heute werden ganz andere Anlagen, nämlich Industrieanlagen aufgebaut.

Wenn Sie bei der Frage Windenergie in der Bevölkerung noch ein Stück Akzeptanz erhalten wollen, dann brauchen wir einen neuen Windenergieerlass in Nordrhein-Westfalen, weil vor dem

Hintergrund, dass es heute keine 63 m Nabenhöhe mehr, sondern 200 m Nabenhöhe sind, diese Frage völlig anders bewertet werden muss.

(Beifall von der CDU)

Weshalb wird diese Frage in Nordrhein-Westfalen anders diskutiert als in anderen Flächenländern der Bundesrepublik Deutschland? Das hängt zum Beispiel damit zusammen, dass wir in Nordrhein-Westfalen 2.400 Windräder haben, aber ein Flächenland wie Bayern, das von der Fläche her nicht von der Einwohnerzahl her - größer ist als Nordrhein-Westfalen, ca. 500 Anlagen hat.

Weil es in den vergangenen Jahren unter der Vorgängerregierung diesen alten Windenergieerlass schon gegeben hat, der dazu geführt hat, dass in einigen Bereichen Windenergieanlagen massiv gebaut worden sind - das ist uns in den letzten Monaten allen klar geworden -, ist die Stimmung in einer Form in Nordrhein-Westfalen gekippt, dass diese neue Regierung, wenn sie nicht handeln würde, ihre Hausaufgaben nicht machen würde. Deshalb wird der Windenergieerlass jetzt abgeändert.

(Reiner Priggen [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Ich bin immer sehr verwundert über die Position der Sozialdemokraten zur Energiepolitik. Ich sage Ihnen: Für den Fall, dass es nicht zu diesem Regierungswechsel gekommen wäre, den dieses Land Gott sei Dank erreicht hat, dann hätten auch die Sozialdemokraten zumindest in einer Neuauflage der rot-grünen Koalition darauf drängen müssen, dass wir einen neuen Windenergieerlass in Nordrhein-Westfalen bekommen. Herr Horstmann, das ist die Ausgangssituation. Jetzt beantworte ich gerne die Frage von Herrn Priggen.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Priggen, bitte.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Minister, Sie haben eben von 200 m Nabenhöhe gesprochen. Mir ist weder in NRW noch bundesweit noch irgendwo anders eine Anlage mit 200 m Nabenhöhe bekannt. Können Sie mir sagen, wo in Nordrhein-Westfalen solch eine Anlage stehen oder gebaut werden soll?

**Eckhard Uhlenberg,** Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Herr Kollege Priggen, Sie haben doch gerade gehört, dass Herr Kollege Papke den neuesten Stand von Bauanträgen im Kreis Olpe skizziert hat.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Gesamthöhe!)

- Selbstverständlich, aber die Anlagen gehen doch heute in Richtung 200 m. Die haben doch heute eine Größenordnung von 120 bis 140 m. Das ist doch ein ganz anderer Abstand, als es früher bei den Windenergieanlagen der Fall war.

Ich möchte nur noch zwei Beispiele nennen, weshalb wir hier eine neue Politik in Nordrhein-Westfalen machen.

Erstens. Die alte Koalition hat es übertrieben. Warum hat die alte Regierung den Wald in Nordrhein-Westfalen, der in dieser Form wie wir ihn in Nordrhein-Westfalen haben eine hohe Akzeptanz hat, nun sozusagen als neuen Standort für Windenergieanlagen in Nordrhein-Westfalen ausgerufen? Gerade in dem Bereich gibt es die geringste Akzeptanz für den Bau von Windenergieanlagen.

Deswegen habe ich in meinem Haus verfügt, dass im Wald keine Windenergieanlagen aufgestellt werden. Überall, wo ich hinkomme und das sage, erhalte ich auch großen Applaus. Es hat noch niemand in dieser Frage widersprochen.

Zweitens. Wenn ich mir das Landschaftsgesetz ansehe, so ist da auch Nordrhein-Westfalen im Gegensatz zu den anderen Bundesländern in den vergangenen Jahren immer einen Sonderweg gegangen, wonach nämlich zwei eng nebeneinander liegende Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen keinen Eingriff in die Landschaft darstellen, während das in anderen Bundesländern einen Eingriff in die Landschaft bedeutet. Diese Debatte haben wir schon bei der letzten Novellierung des Landschaftsgesetzes intensiv geführt. Schon damals sind die Anträge der Opposition abgelehnt worden.

Wir haben also, meine Damen und Herren, 2.400 Windräder in Nordrhein-Westfalen, und die Anlagen werden immer größer. Ich möchte wirklich davor warnen, hier zu sagen: Wenn ich mit der Windenergie in Nordrhein-Westfalen mit dem alten Erlass so weitermache, dann bin ich für die regenerative Energie, und wenn ich jetzt Alternativkonzepte entwickle, dann bin ich quasi gegen die regenerative Energie. Ich meine, diese Debatte springt zu kurz.

Herr Kollege Priggen, wir sind in dieser Frage in Nordrhein-Westfalen in einem Jahr wesentlich weiter. Die neue Regierung ist erst seit 80 Tagen im Amt. In einem Jahr werden Sie sich einen Gesamtüberblick darüber verschaffen können, wie der Kurs der neuen Landesregierung im Bereich der erneuerbaren Energien in Nordrhein-Westfalen aussieht. Heute Morgen habe ich ja

schon einiges dazu gesagt, dass wir in dem Bereich sehr intensive Gespräche führen. Ich bin überzeugt, dass wir in der Energiepolitik in Nordrhein-Westfalen, auch gerade was die Windenergie angeht, eine breite Unterstützung in der Bevölkerung bekommen, weil das nämlich schon vor der Landtagswahl deutlich geworden ist.

Die Aussagen von Herrn Steinbrück zur Windenergie sind hier zitiert worden.

Ich habe im Moment den Eindruck, die Sozialdemokraten - bei den Grünen habe ich ja noch ein gewisses Verständnis dafür - stellen zurzeit wie wild irgendwelche Anträge, um die Plenarsitzungen zu füllen, auch wenn sie inhaltlich genau dem entsprechen, was vor der Landtagswahl vonseiten der Sozialdemokraten im Bereich der Energiepolitik verkündet worden ist. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Uhlenberg. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Herrn Dr. Horstmann das Wort.

**Dr. Axel Horstmann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Minister Uhlenberg, Sie irren. Wir haben hierzu gar keinen Antrag gestellt. Der Tagesordnungspunkt ist auf die Unterrichtung durch die Landesregierung zurückzuführen, die die Landesregierung beantragt hat.

Ich will gleich zu Anfang sagen: Die SPD hat in der Vergangenheit sehr intensiv und energisch um eine Steuerung der Entwicklung der Windkraftnutzung in Nordrhein-Westfalen gerungen. Das wissen Sie. Alle Zitate, die in dem Zusammenhang genannt werden - auch auf mich bezogen -, sind völlig richtig. Daraus aber den Schluss zu ziehen, dass Ihre Anstrengungen, die Sie jetzt mit diesem Windkrafterlass unternehmen, in irgendeiner Weise notwendig gewesen wären, ist trotzdem völlig falsch. Denn das EEG, das im vergangenen Jahr novelliert worden ist, und die Veränderungen des Bundesbaurechtes selber machen das, was Sie hier versuchen, völlig obsolet.

Das EEG 2004, mit dem eben die Förderung der Windkraft an windschwachen Standorten überhaupt aufgegeben

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das ist falsch!)

- ja, doch - und an den anderen Standorten die Degression verschärft worden ist, wird nämlich dazu führen, dass in Nordrhein-Westfalen nur

noch sehr, sehr wenige neue Windkraftanlagen an neuen Standorten entstehen werden.

Das, was Sie hier gemacht haben, ist Folgendes - ich sage das auch deshalb, weil sich Herr Minister Wittke darum bemüht hat, das sozusagen als Ausdruck stringenten Regierungshandelns darzustellen -: Sie - jetzt spreche ich die Kolleginnen und Kollegen von der CDU an - haben sich der Forderung der FDP angeschlossen, die ja lautete, in 1.500 m Entfernung vom nächsten Haus dürfe in Nordrhein-Westfalen keine Windkraftanlage mehr entstehen. Fatalerweise haben Sie sich diese Forderung zu Eigen gemacht.

Damit haben Sie den Mund zu voll genommen, weil das nun einmal angesichts der privilegierten Stellung von Windkraftanlagen, die ja 1997 mit den Stimmen von Union und FDP in das Baurecht eingeführt worden ist, so einfach nicht ist und jede Windkraftanlage, die das allgemeine Immissionschutzrecht und seine einschlägigen Bestimmungen erfüllt, selbstverständlich auch entstehen darf und deswegen dem Rechtssystem ein pauschaler Abstand von 1.500 m völlig wesensfremd und ein großes Risiko ist.

Dann haben Sie heftige Schluckbeschwerden bekommen, weil Sie natürlich in Rücksprache mit Ihren Fachleuten in den Ministerien und mit anderen haben feststellen müssen, dass genau das der Fall ist, was ich Ihnen hier gesagt habe, dass das nämlich so einfach nicht geht.

Dann haben Sie den Mund aufgemacht und das Problem den Kommunen vor die Füße gespuckt. Denn Sie haben ja nicht gesagt, nach Landesbaurecht dürfe 1.500 m vom nächsten Haus entfernt keine Windkraftanlage mehr entstehen, sondern die Gemeinden mögen doch möglichst durchsetzen, dass in einem Abstand von bis zu 1.500 m nicht weitere Windkraftanlagen in Nordrhein-Westfalen entstehen. Damit haben Sie das gesamte Rechtsrisiko - wie es der Kollege Stinka gesagt hat - auf die kommunalen Baugenehmigungsbehörden abgewälzt. Die werden Ihnen auch noch sagen, welche Probleme damit verbunden sind.

Nachdem Ihnen klar geworden ist, dass das so gar nicht umsetzbar ist, kommen Sie mit einem Strauß von Bundesratsinitiativen und spielen mit den Muskeln der anderen und sagen: Aber wenn wir das Bundesrecht verändern, sowohl was die Förderung der Windkraft angeht als auch das Bundesbaurecht, dann können wir das realisieren, was wir den Menschen versprochen haben.

Haben Sie sich eigentlich - ich frage jetzt die Landesregierung, Herr Kollege Weisbrich, Sie müs-

sen nicht gleich mit dem Kopf schütteln - darüber unterrichtet, wie die politische Gemengelage auf der Bundesebene aussieht, was die Windkraftnutzung angeht?

(Holger Ellerbrock [FDP]: Ja!)

Herr Kollege Ellerbrock, an Sie der Hinweis: Ich war dabei, als wir 2004 das neue EEG verhandelt haben. Einer, der mit weitreichenderen Vorstellungen und Forderungen zur Förderung der Windkraft aufgefallen ist, war der niedersächsische Umweltminister. Der heißt Sander und gehört der FDP an. Der wollte nämlich die Förderung von Windkraftanlagen auch in Naturschutzgebieten durchsetzen. Das deutet die Gemengelage an, mit der wir es auf Bundesebene zu tun haben.

Deswegen rufe ich allen, die das hier für rot-grünes Machwerk halten, zu: Das heutige EEG ist ein mühevoll gefundener Kompromiss zwischen dem Bund und den Ländern, einschließlich der unionsregierten Länder, auch solcher mit einer FDP-Regierungsbeteiligung. Glauben Sie doch bloß nicht, dass sich Herr Wulff von der CDU in Niedersachsen dem Vorgehen der CDU in Nordrhein-Westfalen anschließen wird, die auf der Leimspur der FDP in Nordrhein-Westfalen kriecht und versucht, den Menschen eine unrealistische Forderung als durchsetzbar vorzuspielen.

(Zuruf von der CDU: Das ist doch Quatsch!)

- Ja, warten Sie es mal ab. Sie werden sich wundern, was mit diesen Bundesratsinitiativen passiert.

Ich sage Ihnen: Wenn Sie im Land etwas bewirken, dann dass die Verfahren, in denen Windkraftanlagen künftig realisiert und genehmigt werden, komplizierter werden, als sie gegenwärtig sind. Wenn sich die Kommunen darauf einlassen, diese 1.500-m-Regel, die ja nicht verbindliches Landesrecht ist, in ihre eigene Baugenehmigungspraxis zu übernehmen, dann werden sie sich in eine rechtliche Auseinandersetzung begeben. Es wird sich eine neue Rechtsprechung entwickeln, das Entstehen von Anlagen wird möglicherweise verzögert und möglicherweise wird es auch Schadensersatzprozesse geben. Das wird passieren. Das passiert immer dann, wenn man den Mund zu voll nimmt und am Ende nicht das realisieren kann, was man versprochen hat. Genau dieser Fehler ist Ihnen hier unterlaufen.

Deswegen sage ich: Wenn Sie der Sache einen Dienst erweisen wollen, dann müssen Sie mit uns dafür sorgen, dass die Entwicklung so konzentriert wird, dass wir bei der Windkraft das realisieren, was auch Frau Thoben hier als Forderung

der Energiepolitik generell annonciert hat, nämlich die Anlagen produktiver und die Nutzung der erneuerbaren Energien wirtschaftlicher zu machen. Das würde voraussetzen, dass die wirtschaftliche und technische Modernisierung solcher Anlagen insbesondere an den vorhandenen Standorten - natürlich auch an solchen Standorten, die näher als 1.500 m zur nächsten Wohnbebauung liegen - nicht erschwert, sondern möglichst vereinfacht wird. Genau das werden Sie behindern.

**(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)**

Wie Sie eingedenk dessen erreichen wollen, dass die erneuerbaren Energien in Zukunft mit einem Anteil von 12,5 % im Strommarkt in Nordrhein-Westfalen vertreten sind, ist völlig rätselhaft. Diese Vorstellung ist bar jeder Fachkenntnis. Lassen Sie mich das einmal sagen.

Dass der Anteil erneuerbarer Energien in der Bundesrepublik Deutschland heute bei 10 % und damit höher als in Nordrhein-Westfalen liegt, hat etwas mit der Wasserkraftnutzung zu tun. Die Große Wasserkraft ist im Strommarkt die bei weitem bedeutendste regenerative Energiequelle in Deutschland.

(Beifall von der CDU)

- Ja, nur in Nordrhein-Westfalen steht sie uns nur sehr begrenzt zur Verfügung. Das wird jeder einsehen.

(Zuruf von der CDU: Windkraft!)

- Ja, dann kommt die Windkraft. - Wenn Sie die 12,5 % ohne Wasserkraft und ohne Windkraft erreichen wollen, dann müssen Sie sich eine Menge einfallen lassen. Frau Kollegin Thoben, dann sind Sie diesem Parlament eine Menge Antworten schuldig. Die, die Sie nennen, sind völlig unzureichend.

Sie haben auf die Biomassenutzung verwiesen. Das nehmen Sie aus dem Instrumentenkasten unserer bisherigen Politik.

(Ministerin Christa Thoben: Muss doch nicht falsch sein!)

Wir haben ja schon dafür gesorgt, dass die Förderung der Biomasse beim EEG aus dem Jahre 2004 verbessert worden ist.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Ach!)

- Herr Kollege Papke, das sind übrigens auch Subventionen, wenn Sie so wollen.

Sie haben dann die Brennstoffzelle genannt. Mit der Nutzung der Brennstoffzelle erhöhen Sie den Anteil der regenerativen Energien überhaupt

nicht; denn die Frage ist ja, wo der Wasserstoff, der in dieser Brennstoffzelle eingesetzt werden soll, denn herkommt. Solange er nicht aus regenerativen Energien gewonnen wird, erhöhen Sie damit auch den Anteil der regenerativen Energien im Strommarkt überhaupt nicht. Erklären Sie mir also mal, wo das herkommen soll.

Dann haben Sie noch die Geothermie genannt. Ich bin dafür, dass die Geothermie - die oberflächennahe Geothermie allzumal - in Nordrhein-Westfalen sehr viel stärker genutzt wird. Sie wird aber natürlich für die Wärmeversorgung der Häuser und nicht für die Stromgewinnung genutzt.

Also bitte, Frau Kollegin Thoben: Legen Sie nach und erklären Sie doch mal, wie Sie auf diese 12,5 % kommen wollen. Wissen Sie: Sie sind vielleicht eine lautstarke und wortkräftige Politikerin - lassen Sie mich das einmal sagen -, aber wenn man als Fachministerin auftritt, dann gibt es auch einen gewissen Mindestanspruch an die Fachlichkeit der Aussage.

(Zurufe von der CDU - Dr. Gerhard Papke [FDP]: Das müssen Sie sagen!)

- Ja, da sind Sie dem Parlament jede Antwort schuldig geblieben.

Ich bin gespannt, wie Sie das realisieren wollen. Ich finde, es gehört zu einer solchen auch fachlich unterlegten Debatte, dass darauf eine überzeugende Antwort gegeben wird. Die haben wir nicht gehört. Deswegen haben all die Kolleginnen und Kollegen - von Herrn Kollegen Priggen bis zu Herrn Kollegen Stinka - Recht, die gesagt haben: Das energiepolitische Konzept dieser Landesregierung ist nicht einmal schemenhaft zu erkennen. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Dr. Horstmann. - Jetzt hat Herr Abgeordneter Bernhard Schemmer für die CDU-Fraktion das Wort.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben gerade den Mindestanspruch eines Abgeordneten erfahren, der als Minister zweimal gescheitert ist.

(Zuruf von der SPD: Der war so flach, dass bei Ihnen niemand klatscht!)

Es ist wirklich ein starkes Stück, das hier in die Welt zu setzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich denke, wir reden über das Thema, das auf der Tagesordnung steht. Ich will das versuchen.

Es fängt damit an, dass wir das tun, was wir vor der Wahl versprochen haben. Wir setzen diese Dinge nach der Wahl also peu à peu um. Das unterscheidet uns von diesem Guru in Berlin, der sowohl 1998 als auch 2002 nach der Wahl vergessen hat, womit er die Wähler vor der Wahl aufs Glatteis geführt hat. Ich denke, der Weg, den wir heute gehen, ist der bessere.

Neben einer besseren Lehrerversorgung, Bürokratieabbau usw. - ich will das alles gar nicht aufzählen - reden wir heute unter anderem auch über die Beseitigung einer dieser rot-grünen Spielwiesen. Eine dieser rot-grünen Spielwiesen war diese „verhöhte“ und „vervesperte“ Herangehensweise an die Windenergie, die insbesondere in dem Windenergieerlass von 1998 ihren Niederschlag gefunden hat. Windkraft pur, ohne Rücksicht auf Ökonomie und Ökologie.

Ich kenne niemanden hier im Hause - Herr Priggen hatte das vorhin angesprochen -, der die Windkraft grundsätzlich ablehnt. Die Windkraft muss aber in eine vernünftige Energiepolitik eingebettet sein und darf Natur und Landschaft und insbesondere die Menschen nicht überfordern. Deswegen - da habe ich die Beiträge von Herrn Stinka und von Herrn Horstmann nicht so recht verstanden - geht es darum, nicht zu polemisieren, sondern sich mit den Fakten zu beschäftigen.

Bleiben wir bei den Fakten! Energie verbrauchen wir nicht nur für die Stromproduktion, sondern auch für die Heizung im Wohn-, Arbeits- und Aufenthaltsbereich, für die Mobilität. Gerade haben wir gehört, 10 % der deutschen Stromerzeugung erfolgt aus regenerativen Energien, davon rund die Hälfte aus Windkraft. Das sind aber noch nicht einmal 2 % des gesamten Primärenergieverbrauchs, sondern nur etwas mehr als 1 %. Die mögen auch wichtig sein, aber man muss die Größenordnung sehen.

Im Übrigen hat die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung 1991 mit dem Stromeinspeisegesetz eine Anschubfinanzierung für Windenergie geschaffen. Neue Technologien brauchen eine Anschubfinanzierung, aber nur so lange, bis das Kind laufen gelernt hat. Wenn nunmehr im Wesentlichen Abschreibungsgesellschaften in Windkraft investieren, schießt die Förderung offensichtlich weit übers Ziel hinaus.

Zu den von Rot-Grün genannten 10.000 Arbeitsplätzen in NRW lassen Sie mich zwei Anmerkungen machen:

Erstens. Es ist mir nicht ganz klar, wie Sie die direkten Windkraftarbeitsplätze oberhalb von 4.000 definieren.

Zweitens. Bei einer Exportquote von 60 % - der Export geht in Länder, die nicht vergleichbar hoch subventionieren wie wir - scheint ein guter Standort für die Windkraftindustrie durchaus wettbewerbsfähig zu sein. Warum geschieht dann zu Hause diese Überförderung zulasten unserer Verbraucher? Ich will das mit Zahlen belegen.

In diesem Jahr erwartet der Verband der Netzbetreiber rund 27.000 GW Windstrom bei einem Subventionsanteil - das ist, denke ich, unstrittig - von rund 1,4 Milliarden €. 1,4 Milliarden € für maximal 20.000 Arbeitsplätze; denn korrekterweise muss ich von den 50.000, von denen ansonsten die Rede ist, den Exportanteil von 60 % abziehen. Das sind 70.000 € pro Arbeitsplatz für die in Deutschland installierten Windkraftanlagen. Ich bitte Sie, sich diese Größenordnung immer vor Augen zu führen, damit wir wissen, worüber wir reden.

Ich finde das unverantwortlich und begrüße deshalb ausdrücklich die Initiative der Landesregierung, im EEG die Zahlungen auf das Notwendige zu reduzieren.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Priggen?

**Bernhard Schemmer (CDU):** Ja, wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Es wird nicht angerechnet. - Herr Priggen.

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Schemmer, schönen Dank für die Gelegenheit. Sie haben eben die Subventionierung kritisiert. Wenn die CDU 12,5 % regenerativen Strom möchte, kostet das auch Geld. Windkraft ist am billigsten. Wie wollen Sie das bezahlen, wenn Sie gegen die Subventionierung streiten? Ehrlicherweise müssen Sie irgendwann einmal sagen, dass das wesentlich teurer wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Bernhard Schemmer (CDU):** Wir haben über die Subventionierung der Windkraft gesprochen. Wir müssten eigentlich auch darüber sprechen, dass Strom aus anderen Energieträgern vorgehalten werden muss, und berücksichtigen, wie die Öfen,

die dann angeworfen werden, wenn zusätzlich Strom gebraucht wird, ökologisch wirken.

Wenn wir über Biomasse reden, muss man vielleicht das Energiegesetz dahin gehend novellieren, dass wir bei der Abwärmenutzung - die Wärme ist ein größeres Problem als der Strommarkt - ein bisschen weiterkommen. Es gibt sehr viele Möglichkeiten, das zu tun.

Die Windkraft führt doch zu volkswirtschaftlichem Unsinn. Österreicher haben mir Folgendes erzählt: Wir machen das ganz clever. Wir kaufen die Grundlast in Deutschland, und immer wenn bei euch die Windenergieanlagen ausgehen, verkaufen wir die Spitzenlast an euch. - Auf diese Art und Weise kann man auch Geld verdienen. Aber ist das unser Ziel?

Lassen Sie uns zum Landschaftsgesetz kommen: Wir versuchen doch, die Zersiedelung und "Übermöblierung" der Landschaft zu vermeiden, und nur dann, wenn das nicht möglich ist, versuchen wir auszugleichen. Hier sind raumbeanspruchende Vorhaben gleich zu behandeln, also auch ein oder zwei Windkraftanlagen. Ich sage es noch einmal: Wenn heute bei einem Landwirt die Genehmigungsverfahren für einen Kälberstall im Außenbereich komplizierter sind und länger dauern als die Genehmigung von Riesenwindkraftanlagen über 100 m Höhe, ist das nicht in Ordnung.

(Beifall und Zuruf von der CDU: Bravo!)

Windkraftanlagen bedürfen generell keiner Privilegierung im Außenbereich. Ab 50 m Höhe sind es industrielle Anlagen, bei denen das kommunale Planungsrecht gefordert ist. Also: keine Anweisung von oben, sondern planerische Entscheidung vor Ort.

Ich komme auf das zurück, was die SPD durchgehend gesagt hat. Sie wollen von Düsseldorf aus das Land zwangsbeglücken, anstatt die Leute vor Ort entscheiden zu lassen. Bis zum Jahre 2002 hat das Höhn-Ministerium rechtswidrig jeden Flächennutzungsplan nicht genehmigt, der nicht ausdrücklich die kompletten Flächen aus dem Gebietsentwicklungsplan übernommen hat. Da wurde par ordre du mufti von oben in die Kommunen hineinregiert. Wir haben den Menschen im Lande versprochen, das zu ändern, und das tun wir auch.

(Beifall von CDU und FDP)

Rot-Grün fordert zwar immer Bürgernähe, aber nur dann, wenn es um das Verhindern geht: A 33 usw. Aber beim Thema Windkraft müssen die Menschen mitreden können, und durch den neuen Windkrafterlass bekommen sie Hilfe, indem sie

den Abwägungsprozess besser nachvollziehen können. Das ist auch gut so.

Ich empfehle den Kommunen, ihren Flächennutzungsplan zu überarbeiten, insbesondere dann, wenn Vorranggebiete und Höhenbegrenzungen fehlen. Ich zitiere das Bundesverwaltungsgericht aus dem Jahr 1997:

Das städtebauliche Verunstaltungsverbot beruht auf der Erkenntnis, dass auch eine naturschutzrechtlich nicht besonders geschützte Landschaft empfindlich gegen ästhetische Beeinträchtigungen sein kann.

Ich denke, damit ist klar umrissen, in welchem Raum und in welchen Fragestellungen wir uns bewegen.

Im Übrigen: Überall dort, wo in Bebauungsplänen Windkraftbereiche ausgewiesen sind, haben diese Bestandsschutz. Das ist im Baugesetzbuch nun einmal so. Änderungen von Bebauungsplänen ohne Entschädigungsansprüche sind nämlich erst nach sieben Jahren möglich. Insofern sind die rechtlichen Vorgaben auch klar.

Abschließend noch etwas zum Kenntnisstand der alten rot-grünen Landesregierung: Der große Energieminister - jetzt hat er sich gerade auf einen anderen Platz gesetzt - früherer Tage hat noch am 30. Mai dieses Jahres im Einvernehmen mit Frau Höhn und Herrn Vesper in der Landtagsdrucksache 13/7064 auf die Kleine Anfrage des Abgeordneten Kruse erklärt, dass der Anteil der regenerativen Energien in Nordrhein-Westfalen bei 3 % liege. - Anmerkung von mir: Die Windkraft trägt nicht einmal mit 2 % zur Stromproduktion in Nordrhein-Westfalen bei.

Der gleiche Minister schreibt zur Großen Anfrage der FDP in Drucksache 13/5663, dass die regenerativen Energien mit rund 8 % zur Stromerzeugung beitragen.

Vielleicht hatte er bei diesen Antworten schlicht und einfach so etwas wie einen windarmen Tag - obwohl er in den damaligen Tagen ja meist mit viel Wind um sich herum glänzte.

Noch ein solcher Beitrag zu den rot-grünen Rechenkünsten: Mehrmals ist dort die Rede - Herr Priggen, ich zitiere Sie - von 30 € im Jahr für erneuerbare Energien bei einer fünfköpfigen Familie.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Bei uns sind es ganz exakt 19,40 €!)

Wenn ich von den Gesamtvergütungszahlen der EE-Betreiber aus dem EEG von fast 4 Milliarden €

den Marktwert für herkömmliche Energie abziehe, so verbleiben rund 2,5 Milliarden € an Subventionen. Dividiere ich das durch 80 Millionen Einwohner, bin ich bei rund 30 € pro Person, und zwar entweder direkt beim Strom oder beim Energieanteil für die Waren. Somit ist klar festzustellen: Nicht 20 €, sondern 150 € im Jahr zahlt die fünfköpfige Familie für die regenerative Energie. - Da kann ich nur sagen: Pisa lässt grüßen.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Ich bringe Ihnen morgen meine Stromrechnung mit!)

Windkraft sollte dort eingesetzt werden, wo der Wind auch mit weniger Subventionen bläst und wo ein sachgerechtes Abwägen gegenüber Landschaft, Mensch und Natur stattfindet. Wir sehen es doch: Gerade einmal 1 % beträgt der Windenergieanteil an der Stromerzeugung in Nordrhein-Westfalen, aber 20 % in Schleswig-Holstein.

Ich denke, dass wir auf einem guten Weg sind, diese Dinge zu ändern. Ich will Ihnen ganz offen sagen: Es gibt ja auch in Nordrhein-Westfalen windhöfliche Bereiche und Windparks wie zum Beispiel auf dem Schöppinger Berg, die kommunal gewollt sind und von der Bürgerschaft mitgetragen werden. Solche Windparks würden aber auch ohne diese Überförderung funktionieren.

Außerdem muss nicht hinter jedem Wäldchen im Münsterland eine Windkraftanlage erscheinen. Ich denke, Landschaftsqualität stellt sich in einer anderen Form besser dar. Hinzu kommt noch das Blinken und Leuchten. Ob das nun gerade besonders schön ist, weiß ich nicht.

Ich kann es auch anders herum sagen: Wenn ich mich von der 300 m von meinem Wohnhaus entfernten Aussichtsplattform aus umschaue, sehe ich 15 Kirchtürme, aber 200 Windkraftanlagen. Hier will ich einmal Herrn Vesper zitieren. Seiner Herangehensweise nach dem Motto „Wer sagt denn, dass die Kirchtürme die höchsten Gebäude in den Orten sein müssen? Warum können es nicht auch Windkraftanlagen sein?“ kann ich nun einmal nicht folgen.

Ich sage noch einmal: Wir brauchen regenerative Energien. Wir sind für regenerative Energien. Wir sind dafür, die vernachlässigte Wasserkraft auch hier in Nordrhein-Westfalen zu nutzen. Und mit der Biomasse sind wir auf einem besseren Weg, die regenerativen Energien zum Energiemix beitragen zu lassen.

Damit sind wir auf einem guten Weg. Auf diesem Weg werden wir weiter vorangehen, wie wir es den Bürgern auch versprochen haben. - Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank für Ihren Beitrag, Herr Schemmer. - Jetzt hat für Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordnete Rimmel das Wort.

**Johannes Rimmel\*** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss ehrlich sagen: Es ist fachlich beschämend, wie Sie von den Regierungsfractionen heute diese Debatte geführt haben. Ich gebe offen zu, dass mir die Debatte auch körperlich richtig wehtut.

(Zurufe von der CDU: Oh! - Christian Weisbrich [CDU]: Heile, heile Gänschen!)

Wenn wir die Bilder Revue passieren lassen, die wir in den letzten Wochen gesehen haben, und daran denken, welche Debatten zurzeit weltweit um Klimaveränderungen geführt werden, wird wohl klar: Wenn die Menschen diese Debatte im nordrhein-westfälischen Landtag sehen und hören würden, würden sie sie als das kennzeichnen, was sie ist - eine politische Groteske.

Interessanterweise geht es bei der Debatte ja in zwei Richtungen. Wenn es auf der einen Seite um das geht, was Herr Minister Wittke will, nämlich die Windkraft kaputtzumachen, wird es ganz konkret. Wenn es auf der anderen Seite darum geht, wie wir die regenerativen Energien steigern und tatsächlich den Anteil von 12,5 % erreichen wollen, wird es aber grundsätzlich und ganz unkonkret. Dort ist eine große Lücke, die Sie nicht füllen können. Wir müssen das auch so kennzeichnen, wie es ist. Sie verbreiten Lippenbekenntnisse in Bezug auf die erneuerbaren Energien, aber können das, was Sie da vor sich hertragen, nicht ausfüllen.

Ich hätte gerne einmal die Möglichkeit, einen Film zu drehen. Die erste Szene in diesem Film - und das ist Realität; insofern ist das Ganze Realsatire - würde eine Radiosendung der letzten Woche zeigen. Die erste Nachricht in dieser Radiosendung war, dass der ehemalige Bundesumweltminister Töpfer in Deutschland war und das grüne Programm - weg vom Öl, Förderung regenerativer Energien, größere Einschränkungen zum Klimaschutz - rauf und runter gebetet hat. Das ist in der letzten Woche tatsächlich so gewesen.

Exakt die nächste Nachricht in dieser Nachrichtensendung war: Nordrhein-Westfalen hat einen neuen Windkraftenergieerlass und will die Windenergie beschränken. - Das sind Dinge, die vom Szenario her nicht zusammenpassen; erst recht nicht, wenn man die Bilder von New Orleans vor Augen hat.

In diesem Film würden sicherlich auch die Menschen befragt werden. Darin kämen auch Menschen vor Ort, die sich dagegen wehren, zu Wort. Man würde aber sicherlich auch auf eine Umfrage stoßen. Forsa hat gefragt und herausgefunden, dass 66 % der Menschen nicht dafür sind, bei der Windenergie nur den Stand zu halten, sondern dafür sind, die Windenergie auszubauen. Auch diese Zahlen, meine Damen und Herren, müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Das Leben ist immer konkret. Wir können allgemein über 10.000 Arbeitsplätze diskutieren - ich bin sicher, dass diese Zahl stimmt -, aber das Leben ist konkret.

Ich lade Sie ein, Herr Minister Wittke, Herr Papke. Kommen Sie mit zu den Erndtebrücker Eisenwerken, dem größten Arbeitgeber im Wittgensteiner Raum bei mir in der Heimat. 300 Leute sind dort beschäftigt. Sie sind sehr aktiv im Windenergiebereich. Wir haben sie neulich besucht. Der Geschäftsführer hat wörtlich erklärt: 25 Millionen geplanter Invest wird storniert. Das ist ein gestandener Wirtschaftsvertreter und niemand, der uns irgendwie intellektuell, ideologisch nahe steht. Die Aussage war klar: Er sieht unter Schwarz-Gelb für den Windenergieausbau in der Bundesrepublik keine Zukunft. - Da ist das Leben konkret. Dort geht es konkret um Arbeitsplätze.

Zum Landschaftsbild: Man kann in der Tat geteilter Meinung sein, inwieweit das Landschaftsbild beeinträchtigt wird. Man muss auch bei einzelnen Standorten sicherlich darum streiten. Aber bigott wird es, meine Damen und Herren, wenn wir uns vergegenwärtigen, dass wir 180.000 Strommasten - Mobilfunkmasten gar nicht gezählt - und nur 17.000 Windenergieanlagen in der Bundesrepublik haben. Über Strommasten fällt in dieser Debatte allerdings kein Wort.

An dieser Stelle möchte ich auch erwähnen, dass es nach wie vor möglich, erlaubt und ein Privileg der Energieversorger ist, ohne eine Waldumwandlungsgenehmigung Stromleitungen durch den Wald zu legen; und Sie, meine Damen und Herren, wollen verbieten, im Wald zukünftig Windenergieanlagen zu betreiben.

Es ist mir ein Anliegen, ein Zitat zumindest im Protokoll zu verankern und auch diesen Menschen zu Wort kommen zu lassen:

Wer auf erneuerbare Energien als vermeintliche Preistreiber eindrischt, sucht nur ein Alibi und hat nicht alle Tassen im Schrank. Die allgemeine Versorgungssicherheit, die durch regenerative Energien verbessert werden könnte, ist langfristig wichtiger als die kurzfristige Illusi-

on eines etwas günstigeren Energiepreises. Im Bereich der erneuerbaren Energien ist Investitionssicherheit gefordert. Wer das nicht gewährleistet und täglich eine neue Sau durchs Dorf treibt, gefährdet Zukunftschancen.

Meine Damen und Herren, nicht mehr und nicht weniger hat der Chefvolkswirt der Deutschen Bank neulich zum Besten gegeben. Auch diese Aussage sollte Ihnen zu denken geben.

Insgesamt müssen wir feststellen, dass Herr Papke und Herr Wittke wie Max und Moritz weiland Ritzeratze! durch die Landschaft schleichen und aus NRW ein armes Land machen.

(Heiterkeit von der FDP)

In Sachen Umweltpolitik und Klimaschutz, meine Damen und Herren, ist NRW unter die Räuber gefallen.

(Beifall von den GRÜNEN - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Zapperment! Dat Ding werd lichter!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Rimmel, für Ihren Beitrag. - Ich habe noch eine Wortmeldung von Herrn Ellerbrock für die FDP-Fraktion.

(Dietmar Brockes [FDP]: Da geht die Witwe Bolte!)

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Solch eine Debatte ist eigentlich entlarvend. Wenn Sie, Herr Minister a. D. Horstmann - ich habe das heute Morgen schon deutlich gemacht -, von diesem Katheder aus einfach sagen: Ihr Koalitionäre habt in der Koalitionsvereinbarung den Mund zu voll genommen!, dann frage ich mich: Wer sagt das? - Das sagt derjenige, der gescheitert ist, als er zum Regierungspräsidenten in Detmold berufen werden sollte, der gescheitert ist, als er zum Generalsekretär der SPD berufen werden sollte,

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Dummes Zeug!)

der gescheitert ist, als es um die Forensik ging, der gescheitert ist, als es um den Metrorapid ging,

(Zuruf von der SPD: Niveauloser geht es nicht!)

der gescheitert ist, als es um den Metroexpress ging, der auch in der Energiepolitik des Landes Nordrhein-Westfalen gescheitert ist. Er ist nämlich von der Landesregierung nach Walsum geschickt worden, um den Bergleuten dort vor einem bestimmten Datum zu sagen: Die Landesregierung

steht zu euch; dieses Bergwerk wird weiterlaufen. Zwei Tage danach hat die gleiche Landesregierung gesagt: Nein, 2009 ist Schluss.

Dieser gescheiterte Politiker sagt hier: Ihr habt den Mund zu voll genommen. Das ist derjenige, der den Mund laufend zu voll nimmt. Das muss man hier einmal festhalten.

(Beifall von der FDP - Dr. Axel Horstmann [SPD]: Und Sie sind am 22. Mai gewählt worden!)

Dies muss einmal so deutlich gesagt werden.

Meine Damen und Herren, wir kommen zum Windkrafteerlass: Es wird ausgeführt, Minister Wittke hätte gesagt, wir wollten die Windkraft kaputt machen. Das ist in einem Zeitungsinterview so dargestellt worden und sicherlich eine politische Zielrichtung.

Wir reden aber heute über etwas ganz anderes, und zwar über den Windkrafteerlass. Was ist der Windkrafteerlass? - Der Windkrafteerlass ist nichts anderes als eine verfahrensleitende Interpretationshilfe geltenden Rechts für die Verwaltung. Hier wird deutlich gemacht, dass nunmehr im Gegensatz zu einer ideologiebehafteten Vorstellung von Rot-Grün eine sachgerechte Abwägung unterschiedlicher Rechtsgüter erfolgen soll und die Wohnbedürfnisse der Bevölkerung in besonderem Maße berücksichtigt sowie sachgerecht gegen die ausgesprochen geringe Stromproduktionseffizienz von Windkraftanlagen abgewogen werden müssen. Dies brauche ich nicht weiter ausführen.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage Ihres Kollegen Dr. Horstmann?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Aber gerne.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Dann wollen wir mal. Bitte schön.

**Dr. Axel Horstmann (SPD):** Herr Ministerialrat a. D. Ellerbrock, würden Sie mir bitte einmal erläutern, welche Rechtsfolgen der Windenergieerlass hat, ganz konkret: wer das rechtliche Risiko der Verweigerung einer Genehmigung zum Bau einer Anlage unterhalb eines Abstandes von 1.500 m zur Wohnbebauung trägt?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Herr Minister a. D., ich werde gerne als ehemals Ihrem Haus in der Personalführung Unterstehender dazu dergestalt Stellung nehmen, dass derjenige die rechtlichen

Folgen zu tragen hat, der diese Genehmigung versagt. Zufrieden? - Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Wir können das aber auch weitermachen.

Der nächste Punkt ist, meine Damen und Herren, dass dieser Windenergieerlass ...

(Heiterkeit von FDP und CDU)

- Das ist eine sachlich korrekte Antwort. Dieser Windenergieerlass ist de facto die Aufforderung an die Gemeinden, unter sachgerechter Abwägung ihre Windkraftkonzentrationszonen zu überprüfen und den Flächennutzungsplan entsprechend zu ändern. Damit hat man dann eine Möglichkeit, Bauanträge zeitlich, sachgerecht und nach Recht und Gesetz richtig zu behandeln, nämlich indem ich die Entscheidung darüber verschiebe.

Dieser Windenergieerlass nimmt etwas auf, was die SPD, Herr Minister a. D. Horstmann, schon vor zehn Jahren in besonderem Maße betont hat. Da ging es um die Bergehalden unter anderem im Ruhrgebiet. Diese Bergehalden sollten nicht mehr Halden, sondern sollten gestattete Landschaftsbauwerke sein. Mit Millionenbeträgen sind diese Halden mit Zusatzkosten - das haben wir alle letztendlich über Subventionen mit Steuern mit bezahlt - als Landschaftsbauwerke gestaltet worden. Rot-Grün kommt mit einem Erlass und sagt, das sei Schnee von gestern und interessiere nicht. Man baue darauf große Monsteranlagen für die Windenergienutzung.

Deswegen begrüße ich ausdrücklich, dass der Begriff „Halde“ und der Begriff „regionaler Grünzug“ hier mit als Tabufläche aufgenommen worden sind.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter gestatten Sie noch einmal eine Zwischenfrage des Abgeordneten Horstmann?

**Holger Ellerbrock (FDP):** Aber gern.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte schön, Herr Horstmann.

**Dr. Axel Horstmann (SPD):** Sehr geehrter Herr Kollege Ellerbrock, da ich nun einmal selbst Chef einer kommunalen Baugenehmigungsbehörde gewesen bin, aber vieles andere, was Sie mir andichten wollen, nicht gewesen bin, ...

**Holger Ellerbrock (FDP):** Nein, da sind Sie gescheitert!

**Dr. Axel Horstmann** (SPD): ... weiß ich sehr genau, was es für eine kommunale Behörde bedeutet, wenn eine Landesregierung sie mit einer so unklaren Erlasslage versieht. Das volle Risiko hat die Baugenehmigungsbehörde zu tragen.

(Zurufe von der CDU: Frage!)

Müssen Sie deshalb nicht einräumen, dass in Wahrheit die Kommunalverwaltungen in Nordrhein-Westfalen die Verantwortung übernehmen sollen für die Durchsetzung einer politischen Forderung, die ursprünglich die der FDP gewesen ist, weil Sie sich nicht in der Lage gesehen haben, auf Landesebene das zu erfüllen, was Sie den Wählerinnen und Wählern zugesagt haben?

**Holger Ellerbrock** (FDP): Nein, das sehe ich völlig anders, Herr ehemaliger Chef einer Baugenehmigungsbehörde. Es ist richtig: Sie waren das andere nicht, weil Sie da jeweils vor der Wahl abberufen worden und schon im Vorfeld gescheitert sind. Das ist völlig richtig.

Wir sagen aber als Koalition eindeutig: Wir geben einen verfahrensleitenden Interpretationshinweis für die nachgeordneten Behörden, damit sie nach Recht und Gesetz und nicht ideologiebehaftet entscheiden können. Wir setzen Vertrauen in das Handeln unserer Behörden nach Recht und Gesetz, anders als Sie, der Sie als Chef Ihres ehemaligen Ministeriums den eigenen Mitarbeitern unterstellen, Sie hätten einen Verhinderungserlass herausgegeben, obwohl Sie wissen, dass dies rechtlich überhaupt nicht zulässig wäre. Das ist so einfach nicht richtig.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter Ellerbrock, es tut mir herzlich Leid, aber ich habe noch eine Bitte um eine Zwischenfrage, und zwar von Herrn Abgeordneten Schemmer.

**Holger Ellerbrock** (FDP): Aber gern.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Bitte schön.

**Bernhard Schemmer** (CDU): Herr Ellerbrock, sind Sie mit mir der Meinung, dass Baugenehmigungsbehörden, die bisher mit Baugenehmigungen nicht überfordert waren, nunmehr mit dem Windenergieerlass vermutlich auch nicht überfordert sein werden?

**Holger Ellerbrock** (FDP): Ich teile Ihr Vertrauen in die Baugenehmigungsbehörden des Landes Nordrhein-Westfalens vollends.

(Heiterkeit von Helmut Stahl [CDU])

Meine Damen und Herren, worum geht es eigentlich? - Dieser verfahrensleitende Hinweis, der Windenergieerlass, und diese Änderung des Landschaftsgesetzes, worüber wir uns hier unterhalten, sollen aufräumen mit einer Überforderung und ideologiebefrachteten Besetzung des Begriffes Windkraft. Dass Ihnen das weh tut, kann ich verstehen. Die Mehrheiten sind anders. Wir sind dafür gewählt worden. Deswegen sollten Sie das akzeptieren und zu einer sachgerechten Beurteilung kommen.

Wenn Sie den Kollegen Wittke ob seiner prononcierten Darstellung angreifen, sage ich: Gut, dann machen Sie das. Wir können das aber gut wechseln, und ich kann auch in den Zitatenschatz greifen, Herr Minister a. D., weil ich bei Ihnen eine Menge finden werde, was ich gern darstellen werde. Ich habe mit dem Kollegen Wittke in der deutlichen Aussprache, obwohl wir unterschiedlich sozialisiert sind - wir haben aber das Gleiche gelernt -, überhaupt keine Probleme und sehe der Zusammenarbeit mit Freude entgegen. - Ich danke Ihnen allen.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. - Jetzt hat sich noch Herr Priggen gemeldet. Bitte schön.

**Reiner Priggen** (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Schemmer, Sie haben mich dazu animiert, zwei Anmerkungen zu Ihnen zu machen.

Sie haben eben ein Musterexempel an Berechnung dargestellt und aus Ihren Zahlen „herauskrobatisiert“, die Kosten betragen 120 € pro Person und Jahr.

Ich bringe Ihnen morgen eine Rechnung der Stadtwerke Aachen mit, aus der klar zu ersehen ist - das ist einzeln ausgewiesen; denn es gibt ja die Verpflichtung, für jede einzelne Art darzustellen, was tatsächlich gezahlt werden muss -, dass 0,51 Cent pro Kilowattstunde dafür aufgewendet werden. Das ergibt für unseren Fünf-Personen-Haushalt im Jahr einen Betrag von 19,40 €. So können Sie nicht auf 120 € pro Person und Jahr kommen. Ich bin sehr daran interessiert, dass Sie Ihre Stromrechnung auch mitbringen. Wir setzen uns dann beide hin und legen die Rechnungen einmal nebeneinander. Haben Sie aber nachher auch die Größe zu sagen, dass Sie sich in der Zahl völlig vergaloppiert haben.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Priggen, jetzt gibt es noch einmal eine Wortmeldung von Herrn Schemmer. Sind Sie dazu bereit?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Natürlich.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Dann mal los.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Priggen, sind Sie in der Lage zuzugestehen, dass neben dem Betrag, der auf der Stromrechnung steht, all die Kosten, die über das Erneuerbare-Energien-Gesetz bei der kompletten Warenproduktion erzeugt und über die Preise auf die einzelnen Bürger umgelegt werden, in die Gesamtbetrachtung einzubeziehen sind?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Ich wäre Ihnen sehr dankbar, wenn Sie mir einmal Aufschlüsselungen darüber liefern würden, welche Kosten das denn sein sollen. Die Vorschrift sieht ja vor, dass die Stromunternehmen den erzeugten Strom abnehmen müssen. Dieser muss einzeln in der Rechnung jedes Verbrauchers ausgewiesen werden. Also kann jeder von uns in seiner Stromrechnung sehen, was sein kommunaler Versorger tatsächlich dafür bezahlt. Was noch an zusätzlichen Kosten irgendwo stecken soll und wie Sie darüber für unseren fünfköpfigen Haushalt von 19,40 € Kosten mit 120 € mal 5 auf 700 oder 800 € Kosten kommen - das bezahlen wir überhaupt nicht für Strom -, würde ich gern einmal belegt haben. Dann können wir darüber in eine Diskussion eintreten. Nachvollziehbar ist mir das nicht.

Sie haben eben - das können wir ja im Protokoll lesen - gesagt, das, was für erneuerbare Energien gezahlt wird, solle dieser Betrag sein. Wir tragen das aus. Ich glaube aber, dass die Zahlen, die Sie in den Raum gestellt haben, völlig haltlos sind.

Wenn der Kollege noch einmal eine Frage stellen möchte, antworte ich gern.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Wenn er sich noch einmal hereindrückt, tun wir auch was für ihn. - Bitte schön.

**Bernhard Schemmer (CDU):** Herr Priggen, sind Sie bereit zuzugestehen, dass sich die 20 €, von denen Sie gesprochen haben, und die rund 120 €, von denen ich gesprochen habe, jeweils auf einen fünfköpfigen Haushalt pro Jahr beziehen?

**Reiner Priggen (GRÜNE):** Herr Schemmer, ich kann meine Rechnung - die habe ich ja in Vorbereitung auf die Diskussion mit Dr. Papke extra

herausgesucht - nachvollziehen. Diese Rechnung ist von meinen Stadtwerken. Ihre Zahl 120 € pro Person und Jahr ist für mich überhaupt nicht nachvollziehbar. Ich bin aber lernfähig und lernbereit. Bringen Sie also Ihre Rechnung mit, und wir setzen uns zusammen. Wir können uns ja vernünftig unterhalten. Wenn ich dabei etwas lernen kann, so bin ich gern dazu bereit. Wir sollten uns das aber dann auch ansehen.

Die Stadtwerke Aachen stellen mir ja keine grüne Gefälligkeitsrechnung aus. Das ist eine offizielle Rechnung, wie sie jeder bekommt. Das kann auch jeder von Ihnen nachvollziehen. Tragen wir das aus. Ich wollte nur Ihrer Behauptung entgegentreten, weil die Zahlen so nicht haltbar sind.

Auch mit meinem zweiten Punkt knüpfe ich an Ihre Ausführungen an. - Sie beklagen eine hohe Subventionierung. Sie sagen gleichzeitig als CDU, Sie wollten 12,5 % regenerativen Strom. Windkraft ist die günstigste Form aller regenerativen Stromsorten. Wasserkraft, Biomasse, Photovoltaik sind teurer.

Wenn Sie das eine nicht mehr wollen, müssen Sie das andere machen oder etwas Neues erfinden, und das kostet deutlich mehr Geld. Insofern möchte ich von Ihnen wissen, wo Sie es machen wollen und was das kosten soll. Sonst passt das eine, was Sie hier äußern, mit dem anderen nicht zusammen. Zum einen sagen Sie nämlich, Sie sind für erneuerbare Energien und Sie wollen eine Quote von 12,5 %. Zum anderen wollen Sie den anderen Bereich kaputt machen, und es soll billiger werden. Das passt vorne und hinten nicht zusammen. Genau das werfen wir Ihnen vor.

Sie legen an der Stelle die Karten nicht auf den Tisch, sondern argumentieren und machen ständig Versprechungen, wie es Ihnen beliebt. In der Sache sind Sie aber nicht bereit, konkret zu sagen, was Sie machen und was es kostet. So kommen Sie aus der Diskussion nicht heraus. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Priggen, für Ihren Beitrag. - Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Somit schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 14/214** an den **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Wer dafür ist, den bitte ich um das

Handzeichen. - Ist jemand dagegen? - Enthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Also ist der Gesetzentwurf entsprechend überwiesen.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

#### **4 Soziales und strukturpolitisches Desaster für die nordrhein-westfälischen Städte verhindern: Der Landtag lehnt einen Verkauf der LEG ab!**

Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/207

Ich weise darauf hin, dass es hierzu den **Entschließungsantrag** von CDU und FDP mit der **Drucksachenummer 14/253** gibt.

Ich eröffne die Beratung und erteile dem Abgeordneten Becker von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Horst Becker (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir stehen heute am Anfang einer intensiven, interessanten und spannenden Debatte. Das sage ich insbesondere in Richtung der Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP vor dem Hintergrund, dass Sie beabsichtigen, die komplette LEG zu verkaufen. In dieser Debatte geht es nicht nur um die Zukunft einer Gesellschaft, sondern auch um die Zukunftsperspektive einer Viertelmillion Mieterinnen und Mieter in diesem Land Nordrhein-Westfalen.

Unsere Position ist eindeutig: Wir als grüne Fraktion stehen klar auf der Seite der Mieterinnen und Mieter. Für uns ist das Grundrecht auf einen angemessenen bezahlbaren Wohnraum nicht nachrangig und nicht unter die Kapitalrenditeinteressen der international agierenden Immobilienfonds unterzuordnen.

Meine Damen und Herren, wir stehen aber auch klar an der Seite von über 1.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bei der LEG. Ich hatte in den letzten drei Wochen Gelegenheit, bei einer Tour durch die einzelnen Niederlassungen, durch die einzelnen Außenstellen im Lande zu sehen, wie engagiert und wie sozial kompetent vor Ort gearbeitet wird. Dieses Unternehmen hat nicht umsonst eine Leerstandsquote von 1 bis 2 % und ist hervorragend im Wohnungsmarkt aufgestellt.

All das wissen Sie auch, und all das weiß auch der Ministerpräsident. Er hat einen Brief von den Beschäftigten und von den Betriebsräten bekommen; eine Antwort - die Betroffenen sind schließlich sehr besorgt - steht bis heute aus. In seiner

Regierungserklärung hat Ministerpräsident Rüttgers am 13. Juli Folgendes erklärt:

„Wir wollen die Wohnungen der LEG unter Berücksichtigung der notwendigen Sozialstandards verkaufen“.

Und Herr Minister Oliver Wittke hat in seiner Rede zur Einführung im Ausschuss bekräftigt:

„Wir werden uns von den Wohnungen der LEG trennen, weil es für ein Engagement des Landes angesichts veränderter Wohnungsmärkte keine überzeugenden Gründe mehr gibt.“

Meine Damen und Herren, das ist leichtfertig und falsch. Richtig ist vielmehr, dass der Wohnungsmarkt - und wir hatten diese Debatte bereits anlässlich der Kündigungssperrfristverordnung - keineswegs in all seinen Bestandteilen ausgeglichen ist. Richtig ist ferner, dass insbesondere für sozial schwache Menschen in den großen Städten gut bezahlbarer und vernünftiger Wohnraum nach wie vor ein knappes Gut ist.

Die LEG ist ein Unternehmen, das sich weit über das übliche Maß hinaus engagiert: Es engagiert sich in Nachbarschaftshilfe, es engagiert sich mit Mieterinnen- und Mieterbüros, es engagiert sich sogar mit Hausaufgabenhilfen, und teilweise finden sogar Wohnquartierbesprechungen zu der Frage statt, welche neuen Mieter hinzukommen. Darüber hinaus ist es eines der wenigen Unternehmen am Markt, die immer noch Belegungsrechte für Kommunen sichern.

All das, was für breite Bevölkerungsteile enorm wichtig ist, leistet ein Unternehmen, und zwar in einem Markt, in dem sich eine Privatisierungswelle durch das Land spült und in dem immer mehr dieser Wohnungen zu reinen Renditeobjekten verkommen.

Das ist nicht allein unser Standpunkt. Das ist auch der Standpunkt vieler Bürgermeisterinnen und Bürgermeister. Wenn Sie sich bei diesen umhören, werden Sie feststellen, dass die Sozialbilanz der LEG gut ist.

Mir liegt beispielsweise eine Stellungnahme des Bürgermeisters der Stadt Kreuztal vor; dieser Bürgermeister ist wohlgerne von der CDU. In dieser Stadt mit 30.000 Einwohnern sind rund 1.000 Wohnungen von einem LEG-Verkauf betroffen. Ist Ihnen eigentlich klar, was der Verkauf von 1.000 Wohnungen in einer Stadt wie Kreuztal mit 30.000 Einwohnern bedeutet? - Der Bürgermeister schätzt das Engagement der LEG Wohnen Remscheid GmbH im Stadtumbauprozess und bei der Einrichtung eines Quartiersmanagements in der Fritz-Erler-Siedlung als sehr hoch ein. Er sagt:

„Ein Verkauf des Wohnungsbestandes würde den Aufbau des Quartiermanagements zumindest hinauszögern, da abzuwarten bleibt, ob ein neuer Eigentümer ein solches finanzielles und soziales Engagement überhaupt mitbringt.“

Auch Sie, Herr Wittke, haben alles ganz anders gesehen, als Sie noch Oberbürgermeister waren. Sie hatten zu den Privatisierungen durch die Viterra einen klaren Standpunkt. 2002 lautete die Pressemitteilung:

„OB Wittke drängt auf ein Verkaufsmoratorium. Gelsenkirchens Oberbürgermeister Oliver Wittke hat in einem Schreiben die Viterra Wohnen AG aufgefordert, die vom Rat der Stadt beschlossene Resolution zum Verkaufsstopp der Häuser in Hassel einzuhalten.“

2004 heißt es in der „taz Ruhr“:

„Gelsenkirchens Oberbürgermeister Oliver Wittke sagte, Viterra müsse aufpassen, im Revier nicht verbrannte Erde zu hinterlassen.“

Wenn diese Aussage heute noch gilt, dann sind Sie zusammen mit Viterra dabei, nicht nur verbrannte Erde, sondern eine Wüste zu hinterlassen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht mit Zitaten von Herrn Wittke weiter. - Der heutige Wohnungsbauminister sagte in der gleichen Ausgabe der „taz Ruhr“:

„Der Häuserverkauf ist das Unkreativste, was ein solches Unternehmen machen kann.“

Ich wiederhole es:

„Der Häuserverkauf ist das Unkreativste, was ein solches Unternehmen machen kann.“

Ich kann nur sagen: An der Stelle hatten Sie Recht. - Ich habe Ihnen schon bei der Kündigungssperrfristverordnung gesagt: Ich finde, Sie haben sich damals von Ihren Fachleuten positiv leiten lassen. Sie lassen sich aber heute offensichtlich von den Kolleginnen und Kollegen der FDP leiten, die Sie mit ihrer Privatisierungsideologie treiben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, Herr Wohnungsbauminister, Herr Ex-Bürgermeister, Sie zerschlagen Strukturen, die Sie nicht mehr neu aufbauen können. Sie zerschlagen Strukturen, die für die Kommunen enorm wichtig sind, und Sie machen damit insgesamt eine Politik, die einen volkswirtschaftlichen Schaden hervorruft.

Selbst wenn Sie am Ende die Erlöse erzielen, von denen Sie glauben, dass Sie sie erzielen werden: Sie werden unter dem Strich eine Minus-Bilanz machen, eine Minus-Bilanz für Mieterinnen und Mieter, eine Minus-Bilanz für Wohnquartiere, die umkippen, weil sie nicht mehr in der gleichen Art und Weise betreut werden, wie sie das heute noch werden, und eine Minus-Bilanz auch insgesamt für eine verantwortungsvolle Politik in diesem Land, wo „Stadtumbau“ und „Sanierung von Problemgebieten“ Markenbegriffe sind.

Ihr Entschließungsantrag, den wir heute auf den Tisch bekommen haben, zeigt, dass Sie sich zumindest nicht mehr ganz so klar positionieren. Sie möchten sich jetzt einen Privatisierungsauftrag geben lassen. Sie möchten jetzt, dass der Landtag das begrüßt, und ein Konzept erarbeiten.

Als Sie das so großspurig ankündigten wie einiger Zeit, habe ich gedacht, dass Sie längst ein Konzept hätten. Es zieht sich wie ein schwarzer Faden auch durch diesen Plenartag: Für alles hatten Sie Zeit genug. Sie waren lange in der Opposition.

Da Sie so großen Wert darauf legen, dass Sie für das, was Sie angekündigt haben, gewählt worden sind, kann ich nur sagen: Eines haben Sie jedenfalls nicht gemacht, nämlich sich sorgfältig vorbereitet. Sie leben immer noch von Plattitüden. Ich glaube, dass Sie das noch bis zum 18. September schaffen. Irgendwann aber wird Ihnen auch die Öffentlichkeit, werden Ihnen auch die Medien diese Plattitüden nicht mehr durchgehen lassen. Man wird Ihnen die Frage stellen, welche Konzepte wirklich dahinter stehen.

Entscheiden Sie sich also! Sagen Sie heute klar, dass Sie verkaufen wollen - mit all den Risiken, die ich beschrieben habe. Oder nehmen Sie ein Stück weit sichtbar davon Abstand. Ansonsten ist das Wählertäuschung vor dem 18. - Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Becker. - Für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Bernd Schulte das Wort.

**Bernd Schulte** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Jede öffentlich-rechtliche Sendung hat ihren Werbeteil. Was wir in Ihrem Antrag gelesen und in Ihren Einlassungen, Herr Kollege Becker, gehört haben, ist nichts anderes als das unreflektierte unternehmerische Portfolio der LEG, hier in einem Werbeteil des Plenums vorgetragen. Bloß hat es den Nachteil wie jede

Werbesendung schlechthin: Die Wirklichkeit ist ausgeblendet.

Wenn man die Wirklichkeit wieder einblendet, muss man wenige Tage vor der Bundestagswahl feststellen: Ihr Antrag verfolgt das Ziel, örtliche Betroffenheit zu schaffen, Unsicherheit zu verbreiten und Ängste der LEG-Mieter zu schüren. Dabei setzen Sie eindeutig auf die Vergesslichkeit hinsichtlich des eigenen zurückliegenden Regierungshandelns.

Diejenigen nämlich, die die Unternehmenspolitik der LEG maßgeblich mit zu verantworten haben, und den Laden vor die Wand fuhren, beklagen heute ein sozial- und strukturpolitisches Desaster. Fragen Sie einmal die Herren Vesper und auch Morgenstern!

Ich rechne fest damit, dass sich demnächst ein ehemaliger Minister und ein Staatssekretär a. D. in den LEG-Siedlungen in die Schar der Mahnwachen einreihen werden, um damit selbst zum Mahnmal einer gescheiterten LEG-Politik zu werden.

Die LEG-Politik setzte in den letzten Jahren immer stärker auf risikoorientierte Zukunftspolitik anstelle von sozialer Verantwortung. Ihre Partei, die Bündnisgrünen, machte sich hier in diesem Hause zum Verteidiger der Dividendenziele der Anteilseigner und des Finanzministers. Insgesamt gesehen gab die LEG die für ein öffentliches Unternehmen gebotene Vorbildfunktion auf den Wohnungsmärkten auf.

Beispiel Hamm: Die Modernisierung von 664 Wohnungen in einem sozial gefährdeten Stadtteil der Stadt Hamm war mit den Renditezielen der LEG unvereinbar. Die LEG verkaufte diese Wohnungen trotz eindeutiger Warnungen der Wohnungsbauförderungsanstalt und der Stadt Hamm an einen privaten Investor ohne Bonitätsprüfung und ohne Rückkaufrecht. Der Investor meldete Konkurs an, die Wohnungen kamen unter Zwangsverwaltung. Gekniffen waren die Mieter und die Stadt Hamm, die auf einem hohen Anteil von Gemeinkosten sitzen blieb. Ein wahrlich sozial- und strukturpolitisches Desaster!

Beispiel Oberhausen: Die Stadt als Gesellschafterin der LEG erfuhr von der Veräußerungsabsicht von 619 Wohnungen aus dem Immobilienteil der Zeitung. Laut „Westdeutscher Allgemeiner Zeitung“ vom 11. Oktober 2002 sagte Oberbürgermeisterin Drescher: „So entsteht ein Klima der Unsicherheit und des Misstrauens.“ Ein wahrlich sozial- und strukturpolitisches Desaster!

Gemäß Geschäftsbericht der LEG für 2000 geht die mittelfristige Wirtschaftsplanung für die kommenden Jahre von einer Umsatz- und Ertragssituation aus, die es der LEG ermöglicht, ab 2004 erstmalig eine achtprozentige Brutto-Dividende an die Gesellschafter auszuschütten. So heißt es, wörtlich zitiert, im Geschäftsbericht der LEG für das Jahr 2000.

Doch was ist die Wirklichkeit? Sowohl 2003 als auch 2004 wurde eine Brutto-Dividende von sage und schreibe 0,0 % erwirtschaftet, in Worten: null Komma null Prozent. Damit ist festzustellen, dass diese Gesellschaft sowohl bei ihren Geschäftszielen als auch auf dem Feld der sozialen Verantwortung eindeutig gescheitert ist. Sie muss wie jedes andere privatwirtschaftliche Unternehmen bewertet und entsprechend behandelt werden.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, die Absicht, die LEG zu privatisieren, ist nicht neu, so kurz die Erinnerung der Antragsteller auch sein mag.

Ich erbitte Ihre Pauschalgenehmigung für eine ganze Reihe von Zitaten und habe dabei die besondere Freude, auch Sie

(Der Redner wendet sich Vizepräsident Edgar Moron zu.)

in früheren Eigenschaften unter den Zitatengebern zu haben.

Bauminister Vesper im "Handelsblatt" vom 14. Mai 2002:

„Wir prüfen derzeit hundert Maßnahmen zur Sanierung des Landeshaushaltes, unter anderem den Verkauf der Landesbeteiligung an der LEG.“

Finanzsprecherin von Bündnis 90/Die Grünen, Frau Edith Müller, in den „Ruhr-Nachrichten“ vom 28. Mai 2002:

„Schwerpunkt der Beratungen für den Haushalt 2003 muss vor allem die Privatisierung von Landesbeteiligungen wie der LEG sein.“

SPD-Fraktionsvorsitzender Edgar Moron in der „Westfalenpost“ vom 20. Juni 2002:

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

„Es sind zusätzliche Einnahmen durch den Verkauf von LEG-Wohnungen und durch Gebühren von Langzeitstudenten eingeplant.“

Das Urheberrecht von Herrn Moron an Studiengebühren in diesem Lande wird noch an einer anderen Stelle hinreichend zu würdigen sein.

Die „dpa“ schreibt am 25. Juni 2002:

„Rote Zahlen bei der LEG. Land sucht Käufer.“

Staatssekretär Morgenstern wird in der „Welt“ vom 27. Juni 2002 folgendermaßen zitiert: Das Land ziehe „den Kauf durch die neue öffentlich-rechtliche Landesbank NRW anderen Lösungen vor“.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Vesper?

**Bernd Schulte** (CDU): Ja, wenn das nicht von meinem Konto abgezogen wird.

**Vizepräsident Edgar Moron:** Das geht nicht auf ihr Konto. - Bitte schön, Herr Vesper.

**Dr. Michael Vesper** (GRÜNE): Herr Kollege Schulte, würden Sie dem stauenden Haus auch verraten, was das Ergebnis der seinerzeitigen Prüfung war?

**Bernd Schulte** (CDU): Ich kann verstehen, dass Sie unruhig und gespannt sind. Aber auf das glorreiche Ergebnis dieser Bemühungen gehe ich gleich noch ein.

(Horst Becker [GRÜNE]: Er wollte nur wissen, ob Sie aufgepasst haben! - Weitere Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Sie haben im Haushalt für das Jahr 2003, den Sie gemeinsam verabschiedet haben, einen Einnahmenansatz von 100 Millionen € veranschlagt. Ihr damaliger Finanzminister strebte einen Veräußerungserlös von 280 Millionen € an. Das war Herr Steinbrück.

Beides, sowohl die Veranschlagung von 100 Millionen € als auch die Erwartung von 280 Millionen €, war eine Luftbuchung und ein Traum. Sie haben zwar die Absicht gehabt, mit den LEG-Veräußerungen Ihren Haushalt zu sanieren, aber Sie haben nicht die Kraft gehabt, das Geschäft auf den Weg zu bringen.

Man kann nur feststellen, dass sich diejenigen, die heute ein soziales und strukturpolitisches Desaster an die Wand malen, an ihre eigenen Absichten erinnern sollten. Sie hatten nicht die Kraft, Ihre Pläne umzusetzen. Sie dürfen deshalb auch nicht andere mit scheinheiligen Argumenten daran hindern, Richtiges zu tun. Wir haben vor der Wahl angekündigt, diese Privatisierung in Angriff zu nehmen. Wir haben dafür ein Votum bekommen. Wir werden das nach der Wahl umsetzen. Die

entsprechenden Konzepte kommen auf den Tisch. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP - Horst Becker [GRÜNE]: Das war nichts, Herr Schulte!)

**Vizepräsident Edgar Moron:** Vielen Dank, Herr Abgeordneter Schulte. - Jetzt hat für die SPD-Fraktion der Abgeordnete Röken das Wort. Bitte schön, Herr Röken.

**Wolfgang Röken** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem die beiden Gegenpole gesprochen haben, muss ich feststellen: Wie öfter im Leben liegt die Wahrheit in der Mitte. Und in der Mitte sind wir.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist gerade schon angedeutet worden: Der von Bündnis 90/Die Grünen vorgelegte Antrag entspricht in weiten Teilen - sogar wörtlich - der LEG-Internetpräsentation.

(Bernd Schulte [CDU]: Aha!)

Der Hinweis auf den Link „[www.leg-nrw.de](http://www.leg-nrw.de)“ hätte als Einleitung genügt. Damit hätten Sie sich fünf Seiten Text sparen können.

(Bernd Schulte [CDU]: Corporate Identity!)

Außerdem, meine Damen und Herren, bleibt - bei allen Vorbehalten auch gegenüber diesem Vorhaben der schwarz-gelben Landesregierung - weiter festzustellen, dass von einem allgemeinen Verkauf - Herr Becker, Sie sind in einem Nebensatz darauf eingegangen - der LEG durch das Land zumindest meiner Erinnerung nach nicht die Rede ist. Oder sollte ich besser sagen: „... nicht die Rede war“?

Jedenfalls hat der Minister in der zweiten Ausschusssitzung ausdrücklich nicht von einem vollkommenen Verkauf gesprochen, sondern vom Verkauf der Wohnungen.

Einen aktuellen Bezug hat der vorliegende Antrag also nur insofern, als die Landesregierung den Verkauf der LEG-Wohnungen beabsichtigt. Die SPD-Fraktion sieht hierbei - ich sagte es schon - erheblichen Diskussions- und Erörterungsbedarf.

Zuerst aber, meine Damen und Herren, muss die Landesregierung ihre Hausaufgaben machen. Sie muss hinreichend konkretisieren, wie, wann, an wen und insbesondere unter welchen mieterschutzrechtlichen Aspekten sie den Wohnungsverkauf organisieren will.

Außer den Ankündigungen im Koalitionsvertrag, in der Regierungserklärung und außer einigen Presseerklärungen aus CDU-Reihen ist seitens der Landesregierung und/oder der regierungstragenden Fraktionen zum beabsichtigten Verkauf von LEG-Wohnungen nicht viel Konkretes zu vernehmen.

Auch der heute offensichtlich mit heißer Nadel gestrickte Entschließungsantrag enthält nichts Konkretes über das Wie und das Wann und darüber, unter welchen mieterschutzrechtlichen Aspekten der Verkauf durchgeführt werden soll. Er enthält nur hinreichend unbestimmte Absichtserklärungen.

Anscheinend muss die neue Landesregierung erst wieder einige hoch bezahlte Leute einstellen, damit dann eventuell ihren Ankündigungen Taten folgen können.

(Zuruf von Bernd Schulte [CDU])

Das bezeichnet sie dann in ihrer Semantik als Personal- und Bürokratieabbau.

Meine Damen und Herren, die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung“ hat Anfang September den Minister für Bauen und Verkehr als „Schlagzeilen-Maschine“ und als „Ankündigungsminister“ bezeichnet, bei dem die Gefahr bestehe, dass er später daran gemessen werde.

Tatsächlich hat die neue Landesregierung bisher viel angekündigt. Jedoch hapert es immer dann, wenn es konkret werden soll. Die Schuld dafür liegt bei anderen, bei der seit Jahren offenkundigen Finanz- und Wirtschaftslage oder bei fehlendem Personal und so weiter.

Daher gehen wir ganz gelassen an den beabsichtigten LEG-Wohnungsverkauf heran und werden uns gemeinsam mit den LEG-Mieterinnen und -Mieter sowie mit den Beschäftigten für ihre Interessen stark machen.

Wir wollen keine Angst schüren. Wir werden aber ganz wachsam sein; das verspreche ich Ihnen. Natürlich besteht Anlass zur Sorge, vor allem wegen der anderen Pläne, die Sie noch in der Wohnpolitik schmieden.

Meine Damen und Herren, ich komme zurück auf den Antrag der Grünen und betone, dass der An- und Verkauf von Wohnungen zur üblichen und langjährigen Geschäftstätigkeit der LEG im Rahmen ihres Portfolio-Managements gehört.

Der vorliegende Antrag spricht in dem Zusammenhang nur von „Mieterprivatisierungen“. Dabei hat sich der Landtag in der vergangenen Legisla-

turperiode - auch das ist gerade schon angesprochen worden - immer wieder mit Wohnungsveräußerungen an fremde Dritte befasst, die manchmal ganz und gar nicht glücklich waren. Auch hier - das hat der Kollege Schulte bereits erwähnt - erinnere ich nur an die Diskussion über Wohnungsveräußerungen in Hamm-Schottschleife.

Jeder weiß - Kollege Becker als damals schon politisch Aktiver und Interessierter, vielleicht können Sie ja den gleich amtierenden Präsidenten danach fragen -, dass die Veräußerungen stattfanden, als ein grüner Bauminister die Aufsichtsfunktion und sein damaliger Staatssekretär als Aufsichtsratsvorsitzender die zunehmende Renditerwartung an die LEG maßgeblich mit zu verantworten hatte,

(Beifall von der CDU)

die letztlich durch solche riskanten Wohnungsverkäufe realisiert werden konnten. Diese Zusammenhänge werden im vorliegenden Antrag nicht betrachtet.

Meine Damen und Herren, Sie erwähnen auch nicht, dass die rot-grüne Landesregierung seit 2002 beabsichtigt hat, die LEG-Anteile zuerst an die Landesbank NRW und dann auf dem freien Markt zu veräußern. Auch in diesem Zusammenhang bin ich, auch wenn Wahlkampfzeiten sind, für Klarheit und Wahrheit. Dazu steht man.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bin weit davon entfernt, einem Verkauf der LEG-Wohnungen das Wort zu reden. Dennoch sage ich für die SPD-Fraktion, dass sich für uns nicht in erster Linie die Frage nach Eigentümerstrukturen, sondern nach der besonderen Berücksichtigung der sozialen Belange von Mieterinnen und Mietern der LEG stellt. Wir konzentrieren uns - das war, ist und bleibt unsere Maxime - auf die Menschen. Wir stimmen darin überein, dass der Staat Möglichkeiten hat, Mieterinnen und Mieter zu schützen, ohne dass er dabei Eigentum an den Wohnungen besitzen muss. Aber wenn dies mit dem weiteren Abbau von Mieterschutzrechten einhergeht, dann sind wir nicht an Ihrer Seite.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Deswegen sagen wir: Der Staat muss diese Schutzrechte ausüben und sie wollen und darf nicht, wie Sie es vorhaben, die Mieterschutzrechte aushöhlen.

(Beifall von der SPD - Bernd Schulte [CDU]:  
Wer sagt denn das?)

In diesem Zusammenhang will ich auf den vom Landtag verabschiedeten und auf Initiative meiner Fraktion zurückgehenden Kriterienkatalog für sozialverträgliche Veräußerungen hinweisen. Diesen halte ich für eine verbindliche Grundlage für alle LEG-Aktivitäten. Ich hoffe, dass dies auch für die jetzige Regierungskoalition gilt.

Meine Damen und Herren, der vorliegende Antrag trägt nichts zum konstruktiven Umgehen mit der LEG-Zukunft bei. Er ist rückwärts gewandt und verkennt die vergangene auch grüne Verantwortung für die LEG.

(Bernd Schulte [CDU]: So ist es!)

Er orientiert sich am Marktgeschehen und nicht an den Ängsten und Nöten der LEG-Mieterinnen und -Mieter. Ferner ist er in einigen Feststellungen schlicht und einfach falsch. Die alleinige Aussage, das Land solle die LEG behalten, versteht Oppositionspolitik als Fundamentalopposition. Die SPD versteht sich als konstruktive und gestaltende Kraft, die in der Verpflichtung für die Menschen auch offen ist für Neues.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)**

Auch wenn wir die Inhalte des Antrages mehr als kritisch betrachten, stimmen wir der Überweisung des Antrages an die entsprechenden Ausschüsse zu. Dort werden wir Gelegenheit haben, differenzierter und ausführlicher zu diskutieren. Die CDU wäre gut beraten, wenn sie ihren Entschließungsantrag zurücknehme, damit ohne eine solche Festlegung eine offene Diskussion im Ausschuss möglich ist. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Jetzt hat für die FDP-Fraktion Herr Abgeordneter Rasche das Wort.

**Christof Rasche<sup>\*)</sup>** (FDP): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Röken, ich danke Ihnen für den sachlichen Beitrag. Wir sind bestimmt nicht immer einer Meinung, aber wenn man so sachlich miteinander umgeht und sich um die beste Lösung bemüht, dann kommt man vielleicht hinterher zu einem vernünftigen Ergebnis. Herzlichen Dank dafür!

Bei Ihnen, Herr Becker, war die Argumentationslinie schon zu Beginn anders. Im Vordergrund stand, die Regierung zu kritisieren. Mal tun Sie das, indem Sie sagen, die Regierung arbeite zu langsam, zu gründlich, und bei einem anderen Plenarpunkt sagen Sie, die Regierung arbeite zu schnell, sie mache Schnellschüsse. Ihr Ziel ist es,

die Regierung zu kritisieren, und nicht eine vernünftige Abwägung von Argumenten. Wir machen das anders. Wir gehen gründlich und schnell vor, so wie es im Übrigen auch die Bevölkerung möchte.

Um es vorweg ganz klar zu sagen: Natürlich unterstützt die FDP die Landesregierung in ihrer Absicht, ein Privatisierungskonzept für die Landesentwicklungsgesellschaft Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Das liegt noch nicht vor, und das werden wir gemeinsam diskutieren. Selbstverständlich sind im Rahmen der Privatisierung die notwendigen Sozialstandards zu berücksichtigen.

Mit ihrem Antrag versuchen die Grünen, Ängste und Unsicherheit zu schüren. Sie stellen sogar in ihrer Überschrift ein soziales und strukturpolitisches Desaster für nordrhein-westfälische Städte in Aussicht. Meine Damen und Herren, die Bezeichnung „Desaster“ ist sicherlich für die Geschäftspolitik der LEG unter der letzten rot-grünen Landesregierung zutreffend.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wie kommen Sie denn darauf?)

Eine laienhafte Vorgehensweise bei Wohnungsveräußerungen zum Beispiel in Hamm und Oberhausen - Herr Sagel, Sie werden sich erinnern - hinterließ tatsächlich ein soziales Desaster. Das wurde auch heute schon mehrheitlich gesagt. Unter Rot-Grün löste eine risikoorientierte Zukunftspolitik die Politik einer sozialen Verantwortung ab; vielleicht war es auch mehr die Politik der Grünen, vielleicht war es die Politik des damaligen Baumisters.

Die ursprüngliche Kernaufgabe der LEG rückte immer mehr in den Hintergrund. Das räumliche Tätigkeitsfeld wurde weit über Nordrhein-Westfalen hinaus ausgedehnt. Warum? Ebenso risikoreich waren Beteiligungen in völlig fremden Tätigkeitsfeldern. Was haben eine Musicalgesellschaft oder Autohäuser mit der ursprünglichen Kernaufgabe der LEG zu tun? Hinzu kommen zahlreiche Vergabeverstöße - hierüber haben wir oft diskutiert - und Zahlungen von erheblichen Tantiemen selbst in Geschäftsjahren, in denen man kein Plus gemacht hat, deren Begründung bis heute niemand nachvollziehen kann.

Meine Damen und Herren, der Landesrechnungshof hat ein erhebliches finanzielles Risiko für das Land festgestellt. Herr Sagel, selbst das würden Sie vermutlich bezweifeln. Der Landesrechnungshof sieht dringenden Handlungsbedarf. Meine Damen und Herren, wir sehen ihn auch. Bündnis 90/Die Grünen tun in ihrem Antrag geradezu so, als ob Städte, in denen keine LEG-Wohnun-

gen zu finden sind, große Probleme hätten. Das ist überhaupt nicht der Fall. Es gibt zahlreiche Städte ohne LEG-Wohnungen in Nordrhein-Westfalen, die gut zurechtkommen.

Meine Damen und Herren, die Grünen fordern den Landtag in ihrem Antrag auf, den Verkauf von Wohnungen oder Beteiligungen der LEG grundsätzlich abzulehnen. Das ist scheinheilig; das wurde eben schon dargestellt. In der vergangenen Legislaturperiode, also als Sie und Ihr Bauminister das Land regiert haben, haben Sie mit Ihrem Koalitionspartner versucht, Landesanteile der LEG an die Landesbank NRW zu verkaufen. Sie wollten damit einen Erlös in Höhe von 100 Millionen € erzielen. So viel wurde in den Einzelplan 20 des Haushalts für das Jahr 2003 eingestellt. Wenn bei Ihren Überlegungen nicht einmal das Haushaltsgesetz eine Rolle spielt, wenn nicht einmal das reicht, um Ihnen nachzuweisen, dass Sie das tatsächlich vorhatten, dann würde das im Umkehrschluss zeigen, wie ernst Sie Ihren eigenen Haushalt nehmen. Wir haben ja in vielen Bereichen den Eindruck, Sie haben ihn nie so richtig ernst genommen.

(Beifall von der FDP)

Im weiteren Verfahren wollten Sie die LEG-Anteile am freien Markt veräußern. Auch das hat Herr Röken geschildert. Jetzt wollen Sie das auf einmal alles kritisieren. Nein, Sie fordern den Landtag sogar auf, er möge das Gegenteil von dem beschließen, wie Sie früher gehandelt haben.

(Beifall von der FDP)

In der vergangenen Legislaturperiode sagten einige Vertreter von SPD und Grünen, dass bei der gegenwärtigen Haushaltssituation alle Landesbeteiligungen auf dem Prüfstand stehen. Das ist doch eine logische Vorgehensweise. Wir verfolgen weiterhin Ihr Ziel. Genau wie Sie werden wir die notwendigen sozialen Belange berücksichtigen.

Der Wohnungsmarkt in Nordrhein-Westfalen und in Deutschland hat sich verändert. Die Bundesregierung, der Sie auch recht nahe stehen, hat festgestellt, dass die große Mehrheit der Haushalte in Deutschland sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gut mit Wohnraum versorgt ist. Die Vorhaltung von öffentlichen Wohnungen ist also nicht mehr notwendig und damit auch nicht mehr zu rechtfertigen. Die FDP geht auch bei der LEG einen klaren Kurs: Privat vor Staat. Keine öffentlichen Beteiligungen, wenn diese nicht zu rechtfertigen sind. Kein finanzielles Risiko für das Land, wenn dies absolut vermeidbar ist.

(Beifall von der FDP)

Wir haben vor der Wahl gesagt, was wir wollen und handeln jetzt entsprechend. Die Grünen schüren Ängste und handeln in völligem Widerspruch zu ihrem bisherigen Vorgehen.

Meine Damen und Herren der Grünen, Ihr Antrag ist doch auf die Bundestagswahl am kommenden Wochenende ausgerichtet. Sie wollen so noch einige Stimmen für sich verbuchen.

Die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land sind ganz bestimmt nicht dumm. Sie erkennen die Widersprüche bei Ihnen. So gewinnt man erstens kein Vertrauen und zweitens keine Bundestagswahl. - Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Für die Landesregierung hat Herr Minister Wittke das Wort.

**Oliver Wittke,** Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Ausführungen noch einmal an die Koalitionsvereinbarung erinnern, in der wir Folgendes festgelegt haben: Den Bau- und Liegenschaftsbetrieb des Landes, BLB, und die Landesentwicklungsgesellschaft LEG wollen wir möglichst in privater Rechtsform zusammenlegen und die Wohnungen unter Berücksichtigung der notwendigen Sozialstandards veräußern. - Auch hier ist wieder auf die neue Landesregierung Verlass. Wir werden genau das tun, was wir angekündigt haben.

(Zurufe von Rüdiger Sagel [GRÜNE] und Christof Rasche [FDP])

Ich möchte an dieser Stelle aber nicht nur den Koalitionsvertrag, sondern auch den Sozialbericht der rot-grünen Bundesregierung des Jahres 2005 zitieren, in dem zur aktuellen Wohnraumversorgung folgende Feststellungen gemacht worden sind. Es ist ein Wohnungsmarktbericht der rot-grünen Bundesregierung, wahrscheinlich der letzte, den sie herausgegeben hat. Ich zitiere:

Die große Mehrheit der Haushalte in Deutschland ist sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht gut mit Wohnraum versorgt. Die in den meisten Regionen anhaltend entspannte Marktlage mit in den Jahren 2000 bis 2004 durchschnittlichen Mietsteigerungen unterhalb der allgemeinen Preissteigerungsrate erleichtert es auch Haushalten mit relativ geringem

Einkommen, sich ausreichend mit Wohnraum zu versorgen.

Uns ist durchaus bewusst, dass die LEG mit knapp über 100.000 Wohnungen, von denen 71 % oder rund 75.000 Wohnungen öffentlich gefördert sind, unbestritten zu den führenden Wohnungsunternehmen in unserem Land gehört. Für die Frage, ob sich das Land an einem solchen Unternehmen beteiligen sollte oder muss, ist das aber nicht allein entscheidend.

Lieber Herr Becker, Sie haben in Ihrer Rede geradezu so getan, als gäbe es nur ein einziges sozial engagiertes Wohnungsbaunternehmen, als gäbe es nur ein einziges Wohnungsbaunternehmen, das auch an städtebaulicher Planung, an Wohnumfeldverbesserung und an Quartiersmanagement Interesse hat. Sie haben so getan, als gäbe es kein anderes Unternehmen, das sich diesen Herausforderungen stellt.

Ich will an dieser Stelle nicht von staatsanwalt-schaftlichen Ermittlungen berichten. Ich will an dieser Stelle auch nicht über Landesrechnungshofberichte reden. Ich will an dieser Stelle auch nicht über Wohnungsverkäufe in Hamm und Oberhausen reden, wie sie schon zitiert worden sind. Ich will an dieser Stelle auch nicht über andere Unregelmäßigkeiten reden. Aber dass Sie so tun, als gäbe es nur ein sozial engagiertes Wohnungsbaunternehmen in Nordrhein-Westfalen, wird der Lage in unserem Land nicht gerecht. Es gibt Gott sei Dank eine Vielzahl von Wohnungsbaunternehmen in unserem Land, die eine ordentliche und vernünftige Städtebau- und Wohnungsmarktpolitik im Sinne der Landesregierung und im Sinne der Mieterinnen und Mieter machen.

(Beifall von FDP und CDU)

Herr Kollege Becker, an dieser Stelle sei auch angemerkt: Wir haben mehrfach darauf hingewiesen - zuletzt der Ministerpräsident in seiner Regierungserklärung -, dass es nicht darum geht, für möglichst viel Geld möglichst schnell einen Verkauf der LEG-Wohnungen herbeizuführen. Wir haben an jeder Stelle deutlich gemacht, dass es uns darum geht, die Interessen der Mieterinnen und Mieter zu schützen und soziale und städtebaupolitische Belange mit zu berücksichtigen. Darum werden wir nicht an den Erstbesten, der aus Wuppertal oder sonst woher kommt, verkaufen.

(Zurufe)

- Oder aus einer anderen Stadt des Landes. Ich habe jetzt niemanden Bestimmten im Auge ge-

habt, um irgendwelche Vermutungen wegzuwischen.

Es geht uns darum, die Interessen der Mieterinnen und Mieter sowie unsere wohnungsbaupolitischen Belange zu berücksichtigen. Es gibt Gott sei Dank eine Vielzahl von Unternehmen, der wir zutrauen, genau diese Ziele zu erfüllen. Bei der Auswahl derjenigen, an die wir verkaufen werden, wird das einen ganz erheblichen Entscheidungsgrund bilden.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, wie dem aktuellen Statistikbericht der Wfa zu entnehmen ist, betrug der Wohnungsbestand in NRW zum Ende des Jahres 2003 insgesamt 8,3 Millionen Wohnungen. Circa 1 Million dieser Wohnungen waren öffentlich gefördert. Das sind rund 12 % des Gesamtwohnungsbestandes.

Das war im Übrigen nicht immer so. Im Neubaubereich betrug der Anteil der Sozialwohnungen in den Jahren 1948 bis 1959 noch 82,5 %. Seitdem hat dieser Prozentsatz kontinuierlich abgenommen. 2003 lag der Anteil nur noch bei 20 %. Diese Entwicklung, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, hat Gründe.

In den 90er-Jahren war die Wohnungsmarktentwicklung in allen Regionen unseres Landes noch von Zuwanderungen und einer damit einhergehenden Wohnungsverknappung geprägt. Inzwischen ist ein grundlegender Umbruch auf den Wohnungsmärkten sichtbar geworden. Zunehmende regionale Unterschiede in der Wohnungsmarktentwicklung führen zu unterschiedlichen Handlungserfordernissen. Während in prosperierenden, hochpreisigen Wohnungsmärkten auch künftig Neubau- und Bestandserweiterungen erforderlich sind, sind in den entspannten Wohnungsmärkten, das heißt in den vom Strukturwandel besonders geprägten Regionen, in erster Linie Umstrukturierungen und Bestandsaufwertungen notwendig.

Vor allem regional verankerte Wohnungsbaunternehmen sind für diese differenzierten Handlungserfordernisse gerüstet. Für ein Engagement eines landesweit agierenden Unternehmens wie der LEG gibt es deshalb angesichts der veränderten Wohnungsmärkte keine überzeugenden Gründe mehr.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch die LEG selbst hat in den vergangenen Jahren immer wieder Teile ihres Immobilienbestandes verkauft. Im Rahmen ihres Modernisierungsprogramms war und ist sie gezwungen gewesen, sich von einer Vielzahl ihrer Wohnungen zu trennen. Auf der Grundlage entsprechender Aufsichtsrats-

beschlüsse aus der vergangenen Legislaturperiode sind seit 1998 bereits 11.700 Wohnungen verkauft worden. Ich frage Sie, Herr Becker: Wo waren Sie, als diese 11.700 Wohnungen verkauft worden sind? Wo waren Sie da? Wo war Ihre Stimme, wenn das alles so verwerflich und wenn das alles so schlimm war? Da ging es um 11.700 Mieterinnen und Mieter der LEG.

Ich werde Ihnen ein Versprechen geben: Dem, was in Hamm passiert ist, dass nämlich in einer sozial angespannten und schwierigen Situation ein En-bloc-Verkauf ohne Sinn und Verstand an einen Investor erfolgt, der sozialer Segregation Vorschub leistet, werden wir einen Riegel vorschieben. Das wird es bei dem Verkauf der Wohnungen der LEG mit uns nicht geben.

(Beifall von CDU und FDP)

Das haben die Aufsichtsräte mitzuverantworten, die unter rot-grüner Regierungsmehrheit Verantwortung für die Landesentwicklungsgesellschaft getragen haben.

(Zustimmung von der CDU - Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wo waren Sie denn?)

Der Anteil der Sozialwohnungen bei der LEG ist also nicht nur wegen des Auslaufens der Bindungswirkungen rückläufig.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ein Verkauf von Wohnungen der LEG war und ist aber nicht gleichbedeutend damit, dass auch deren Sozialbindung fällt. Selbst bei einer Ablösung der öffentlichen Mittel würden die Wohnungen aufgrund der Nachwirkungsfrist, wie Sie wissen, noch weitere zehn Jahre den Bindungen der Wohnraumförderung unterliegen. Ein Argument, das in den vergangenen Jahren bei Wohnungsverkäufen durch die LEG von der ehemaligen Landesregierung im Übrigen immer wieder vorgetragen worden ist! Auch der jetzt beabsichtigte Verkauf der LEG-Wohnungen wird unter Beachtung der sozialen Standards, der Interessen der Mieterinnen und Mieter und der Interessen der Beschäftigten der LEG erfolgen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein weiteres von der LEG, aber auch der ehemaligen Landesregierung bei Verkäufen immer wieder vorgebrachtes Argument war: Kauf bricht nicht Miete. Auch nach einer Veräußerung werden die Wohnungen der LEG ihren Mieterinnen und Mietern weiter zur Verfügung stehen.

Vermieter dieser Wohnungen muss aber nicht zwingend ein landesbeteiligtes Unternehmen sein. Es gibt viele gute Wohnungsbauunternehmen in unserem Land - ich bin dankbar dafür -, die min-

destens so gut - ich sage ausdrücklich: mindestens so gut - die Schutzrechte der Mieterinnen und Mieter und die wohnungsbau- und städtebaupolitischen Interessen der Landesregierung mit im Auge haben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wer denn?)

Die Vermietung von Sozialwohnungen ist heute allein eine wirtschaftliche Betätigung. Auch die LEG ist in den letzten Jahren gegen den Widerstand des Landesrechnungshofes mehr und mehr in ein auf Rendite ausgerichtetes Unternehmen umstrukturiert worden. 1999 wurde im Gesellschaftsvertrag der LEG festgelegt, dass sie ihre Unternehmensziele im Wettbewerb zu verwirklichen und ihre Geschäfte nach kaufmännischen und privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu führen hat. Als Grund wurde damals angeführt, dass die LEG ihre Wohnungsbestände nach den gleichen Kriterien wie ein privates, nicht von der öffentlichen Hand dominiertes Wohnungsunternehmen verwalten muss, um auf Dauer am Markt konkurrenzfähig zu sein.

Abgesehen von ihrer Gesellschafterstruktur unterscheidet sich die LEG heute nicht mehr von anderen Wohnungsunternehmen in Nordrhein-Westfalen, die ebenfalls über öffentlich geförderte Wohnungen verfügen. Einer Privatisierung dieses Wohnungsbestandes steht demnach überhaupt nicht im Wege.

Ich habe eine ganz große Bitte zum Schluss - ich schließe mich da ausdrücklich den Worten des Kollegen Rasche bei der Beurteilung des Redebeitrages des Kollegen Röken an; vielleicht hilft der nächste Sonntag da doch ein Stück weit -: Lassen Sie uns bitte die Debatten, die wir in den kommenden Wochen und Monaten zu diesem Sachverhalt führen werden, ohne Schaum vor dem Mund führen, ohne Panikmache oder Verunsicherung bei den Mieterinnen und Mietern sowie bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der LEG zu betreiben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Dafür haben Sie doch schon gesorgt!)

Denn das führt dazu, dass ein Unternehmen, das in weiten Teilen ordentlich aufgestellt ist, das eine gute Mieterstruktur hat, schlechtgeredet wird, was den Verkaufsprozess stark behindert. Darum bin ich froh darüber, dass im Gegensatz zum Kollegen Becker der Kollege Röken hier sehr sachliche Töne angeschlagen hat.

Ich will wiederholen, was ich schon im Ausschuss zu diesem Sachverhalt gesagt habe: Ich biete ausdrücklich an, dass wir diesen Prozess ganz

eng miteinander - der zuständige Fachausschuss, selbstverständlich das Parlament und die Landesregierung - zu Ende bringen. Aber eines ist für uns auch klar: Am Ende des Tages, sprich am Ende dieser Legislaturperiode, werden wir uns vom Wohnungsbestand der LEG verabschiedet haben. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Hilser für die SPD-Fraktion.

**Dieter Hilser (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mit der Landesregierung werden wir uns auseinander setzen, wenn das Konzept vorliegt. Heute liegt ein Entschließungsantrag der Koalitionsfraktionen vor, und mit dem möchte ich mich jetzt beschäftigen.

Herr Rasche, Sie haben ausgeführt: Sie arbeiten schnell und gründlich. Gehen wir Ihren Antrag nach diesem Maßstab jetzt einmal gemeinsam durch! Am Ende wäre es eine sehr sachliche Entscheidung, Herr Minister, auch in Ihrem Sinne, wenn die beiden Koalitionsfraktionen diesen Entschließungsantrag zurückziehen würden. Ich erkläre jetzt, warum. Sie sagen in Abschnitt I, der Landtag möge beschließen:

„Der Landtag unterstützt die Landesregierung in ihrer Absicht, ein Privatisierungskonzept für die Landesentwicklungsgesellschaft NRW GmbH (LEG) zu erarbeiten.“

Der Minister hat wortreich erklärt, dass überhaupt nicht daran gedacht ist, die LEG GmbH zu verkaufen, sondern wenn überhaupt, dann nur noch den Wohnungsbestand. Können Sie sich einmal absprechen, was Sie nun eigentlich in diesem Parlament machen wollen? So kann man vielleicht als Opposition verfahren, Herr Schulte, aber nicht mehr, wenn man die größte Fraktion in der Regierungsverantwortung stellt. Sie müssen sich schon einigen: Wollen Sie LEG oder den Wohnungsbestand verkaufen? Vielleicht müssen Sie der Landesregierung noch einmal einen Auftrag erteilen, was sie nun machen soll. Im Koalitionsvertrag steht: Wohnungen verkaufen. Sie verlangen in Ihrem Entschließungsantrag, dass die LEG verkauft wird. Vielleicht kann Herr Sahnen - der ist als Nächster dran für die CDU hierzu einmal Stellung nehmen.

Sie sagen in Abschnitt II, die LEG habe es versäumt, als öffentliches Unternehmen marktkorrigierend einzugreifen, und habe ihre Vorbildfunktion verletzt. Jetzt müsste man daraus schließen,

dass Sie der Auffassung sind: Jetzt ist es unbedingt erforderlich, dass die LEG endlich marktregulierend eingreift und ihrer Vorbildfunktion nachkommt. Das wäre die logische Schlussfolgerung Ihrer Analyse. Nur kommt dann das völlige Gegenteil. Die Schlussfolgerung heißt:

„In der Folge muss die LEG wie jedes andere privatwirtschaftliche Unternehmen bewertet werden.“

Was diese Schlussfolgerung mit Ihrer Analyse zu tun hat, bleibt völlig schleierhaft.

(Beifall von der SPD)

Ich kann Ihnen noch einen weiteren Beleg liefern, Kolleginnen und Kollegen von FDP und CDU, dass Ihr Entschließungsantrag mit dem Handeln der Landesregierung in keiner Weise übereinstimmt.

Herr Schulte schüttelt mit dem Kopf. In der Ausschusssitzung hat der Staatssekretär erklärt - ich zitiere aus „Landtag intern“ -, die Landesregierung wolle nicht die LEG, sondern lediglich Wohnungen der LEG veräußern. - Verständigen Sie sich endlich, was Sie strategisch an dieser Stelle nun beabsichtigen! Das wäre im Übrigen hilfreich mit Blick auf die Situation, in der sich insbesondere die Beschäftigten der LEG befinden. Ich glaube, sie haben in der Tat einen Anspruch, Herr Minister, dass möglichst bald in verantwortlicher Form mitgeteilt wird, was Landesregierung und Mehrheitsfraktion an dieser Stelle vorhaben.

Zur Frage Ihres Eintretens für Mieterschutzrechte: Herr Minister, wenn Sie mit den Mietern ähnlich lax umgehen wie mit dem potenziellen Käufer aus Wuppertal, dann wird es mir für die Mieterinnen und Mieter der LEG angst und bange.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich beziehe mich bei der Frage des Mieterschutzes wieder auf den Entschließungsantrag der CDU. Sie schreiben am Ende, bei der Privatisierung seien Sozialstandards einzuhalten, sagen aber nicht, welche Sozialstandards. Sie formulieren: „wie Sie beispielsweise bei Veräußerungen von Viterra und Gagfah realisiert wurden“. Sie führen an dieser Stelle aber nicht aus, welche Sozialstandards Sie für die Mieterinnen und Mieter eigentlich erhalten wollen.

Von daher ist der Antrag unlogisch, inkonsequent und widersprüchlich. Mieterschutzinteressen kommen nur in der Allgemeinheit vor, überhaupt nicht konkret, überhaupt nicht benannt. Was Sie völlig verschweigen, ist, dass Sie an einer anderen Stelle - da war der Minister in der letzten Ple-

nardebatte auf dem Rückzug - die Mieterschutzrechte drastisch verschlechtern wollen, indem Sie bei Umwandlung in Eigentumswohnungen die Kündigungssperrfrist von acht bzw. sechs Jahren auf drei Jahre verkürzen wollen. Wie sich das vereinbaren lässt mit dem letzten Teil Ihres Entschließungsantrages, bleibt mir schleierhaft.

Insgesamt ist der Entschließungsantrag inkonsequent, widersprüchlich und ...

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

- Schnell war er, Herr Rasche, aber das Gegenteil von gründlich. Es ist wirklich blamabel, was Sie hier schriftlich abgeliefert haben. - Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN - Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht nur schriftlich!)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Als nächsten Redner rufe ich den Abgeordneten Sahnen auf. Sie haben das Wort.

**Heinz Sahnen** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Weshalb sprechen wir heute überhaupt über die LEG? Ich denke, dass es drei Vorgänge in der Vergangenheit sind, die im Grunde genommen dieses weitgehend landeseigene Unternehmen in die Schlagzeilen gebracht haben.

Erstens: die wohnungswirtschaftliche Betätigung der LEG. Sowohl spektakuläre Käufe als auch insbesondere dubiose und völlig intransparente Verkäufe von großen Wohnanlagen sind zu nennen, insbesondere aber die Tätigkeit der LEG außerhalb der Wohnungswirtschaft. Auf diese einzelnen Punkte ist schon eingegangen worden. Deswegen kann ich auf eine Aufzählung verzichten.

Große Wohnanlagen wurden an völlig branchenfremde Gesellschaften, einschließlich des damaligen Geschäftsführers Becker, in Düsseldorf und Neuss veräußert. Die GB-AG meldet nach vier Jahren Insolvenz an, und die LEG hat bezogen auf diese Projekte nach wie vor eine Forderung von 8 Millionen € in den Büchern. Eine mehr als dubiose Vorgehensweise!

Ausweislich des Jahresberichts des Landesrechnungshofes 2005 waren hier natürlich in besonderer Weise risikoreiche Beteiligungen - darauf ist Herr Rasche im Einzelnen eingegangen - wirtschaftlich verhängnisvoll.

Zweitens. Das wohnungswirtschaftliche Gebaren und vor allem das Verhalten gegenüber Mietern und den jeweiligen Standortgemeinden war mehrfach Gegenstand politischer Beratung im Woh-

nungsbauausschuss. Wiederholt haben wir auf skandalöse Verhältnisse in den LEG-Beständen hingewiesen. Das Verhalten der LEG und vor allen Dingen das politische Verhalten von SPD und Grünen war immer ignorant, überheblich, und von Sozialverträglichkeit und Mieterfreundlichkeit konnte in den damaligen Debatten keineswegs die Rede sein.

(Zuruf von der SPD: Ha, ha, ha!)

Drittens. Einige Mitglieder des Wohnungsbauausschusses der 13. Legislaturperiode werden sich noch an die gemeinsame Ausschussfahrt nach Amsterdam am 17. November 2004 erinnern. Kurz vor Einlaufen des Zuges in Amsterdam meldete sich auf den verschiedensten Handygeräten eine Reihe von Journalisten, um eine Bewertung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu erfahren. Was war passiert? 18 Staatsanwälte und 200 Polizisten durchsuchten 31 Objekte der LEG, bei denen ein Korruptionsverdacht bestand. Die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen sowie die disziplinarrechtliche Klärung dauern bis heute an.

Würden wir heute überhaupt über die LEG sprechen, wenn diese Vorgänge nicht gewesen wären und wenn sich dieses Unternehmen wirtschaftlich vernünftig betätigt hätte? Ich glaube, nicht.

Die LEG hat sich durch ihre Geschäftspolitik und durch das Verhalten von Geschäftsführern nicht nur in die Schlagzeilen gebracht und das Vertrauen von Mietern und Belegungsgemeinden - ausdrücklich betont - und natürlich von Politikern verloren, sondern vor allem enormen Wertberechtigungsbedarf verursacht. Der Finanzminister wird das im Zusammenhang mit dem Nachtragshaushalt im Einzelnen darlegen.

Die Probleme der LEG sind also hausgemacht. Die politische Verantwortung hierfür tragen auch der bisherige Wohnungsbauminister Dr. Vesper und sein Staatssekretär Manfred Morgenstern als früherer Aufsichtsratsvorsitzender der LEG. Nach unserer Einschätzung - das haben wir mehrfach dargelegt und beklagt - sind Sie Ihrer Kontrollfunktion gegenüber der LEG nicht nachgekommen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Hilser?

**Heinz Sahnen** (CDU): Bitte sehr.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Bitte schön.

**Dieter Hilser** (SPD): Herr Sahnen, der Minister und die Landesregierung wollen die LEG-

Wohnungen verkaufen. Sie wollen die LEG GmbH verkaufen. Wie soll das funktionieren?

**Heinz Sahnen** (CDU): Ich habe in meinem Redebeitrag bisher ausdrücklich nur von Wohnungsveräußerungen gesprochen.

(Dieter Hilser [SPD]: Der Entschließungsantrag sagt etwas anderes!)

Die Probleme der LEG - ich habe es schon betont - sind hausgemacht. Dafür tragen Mitglieder der bisherigen Landesregierung die Verantwortung.

Unabhängig von diesen traurigen Anlässen sind natürlich die Entwicklungen auf den Märkten weiter fortgeschritten. Auch vor dem Hintergrund demographischer Veränderungen haben sich die Wohnungsmärkte verschoben. Abgesehen von wenigen Boomregionen in der Rheinschiene kann heute von ausgeglichenen Wohnungsmärkten gesprochen werden. In einigen Städten überwiegt das Angebot die Nachfrage. Auch die LEG hat in vereinzelt Beständen erhebliche Leerstände. Herr Becker, das müssen Sie sich im Einzelnen noch einmal genauer ansehen. Von der Notwendigkeit einer öffentlichen Daseinsvorsorge im Bereich der Wohnungswirtschaft kann also heute nicht mehr gesprochen werden.

Nun komme ich zu den konkreten Privatisierungsabsichten. Bei den Privatisierungsbemühungen gelten natürlich die bekannten Schutzgesetze, das Mieterschutzgesetz, das Kündigungsschutzgesetz und alles, was dazu gehört. Darauf brauche ich jetzt nicht im Einzelnen einzugehen. Das ist selbstverständlich.

Eine Kernaussage ist auch schon gemacht worden - sowohl vom Minister als auch von Herrn Rasche -, dass nämlich Kauf nicht Miete bricht. Auch das sind wichtige Voraussetzungen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Heinz Sahnen** (CDU): Sofort. - Die geplante Privatisierung wird mit größter Sorgfalt vorbereitet und durchgeführt. Sozialstandards und ein Verhaltenskodex sind deshalb unabdingbare Bestandteile, die im Einzelnen natürlich in allen Positionen ausgehandelt werden.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie noch eine Zwischenfrage des Abgeordneten Röken?

**Heinz Sahnen** (CDU): Bitte sehr, Herr Röken.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Bitte schön, Herr Röken.

**Wolfgang Röken** (SPD): Vielen Dank, Herr Sahnen. Sie halten sich an Ihr Redekonzept, aber Sie gehen mit keiner Silbe auf die Frage ein, die auch der Kollege Hilser gestellt hat, was den Widerspruch in den Aussagen Verkauf von Wohnungen bzw. Verkauf der LEG anbelangt.

Hielten Sie es unter diesen Gesichtspunkten nicht für sinnvoll, Ihren Entschließungsantrag zurückzuziehen, damit man ohne Vorprägung und in aller Offenheit über das geplante Vorhaben der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen diskutieren kann? Denn mit diesem Entschließungsantrag wären ja bestimmte Weichen gestellt.

**Heinz Sahnen** (CDU): Nein, wir ziehen den Entschließungsantrag nicht zurück, weil wir der Auffassung sind, dass beide Papiere, sowohl Ihr Antrag als auch der von uns eingebrachte Entschließungsantrag, eine gute Grundlage für die Diskussionen in den Ausschüssen sind.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Sahnen, Ihre Redezeit ist jetzt abgelaufen. Wollen Sie noch einen Schlusssatz sagen?

**Heinz Sahnen** (CDU): Ich möchte in zwei Sätzen noch kurz zusammenfassen: Die Diskussionslage um die LEG ist durch eine falsche Politik, durch eine fehlende politische Aufsicht und Kontrollfunktion, durch Missmanagement und vor allem durch Skandale ausgelöst worden. Natürlich haben auch ordnungspolitische Fragestellungen und gesellschaftliche Entwicklungen zur Diskussion beigetragen. Die von den Grünen verbreiteten Sorgen sind unbegründet. Herr Röken hat meines Erachtens gut darauf hingewiesen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Jetzt müssen Sie wirklich zum Schluss kommen, Herr Sahnen.

**Heinz Sahnen** (CDU): Wir sind gerne bereit, auf der Grundlage des Antrags und des Entschließungsantrags diese Diskussion im Ausschuss weiterzuführen.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Es schließt sich an als Redner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Abgeordneter Becker. Bitte schön, Sie haben das Wort.

**Horst Becker** (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit möchte ich in der gebotenen Kürze nur noch wenige Bemerkungen machen.

Erste Bemerkung: 11.700 Wohnungsverkäufe innerhalb der LEG, deren Erlöse dafür genutzt worden sind, Erneuerungen wie zum Beispiel in Garath durchzuführen oder Stadtteile mit besonderem Erneuerungsbedarf voranzubringen, sind etwas völlig anderes als der komplette Verkauf aller LEG-Wohnungen. Das ist etwas völlig anderes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Minister Oliver Wittke: Für die Mieter nicht!)

Zweite Bemerkung: Wer hier sozusagen immer wieder mit staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen winkt und das tut, um Eindrücke zu erzeugen, und zwar wider jede Unschuldsvermutung, der sollte sich einmal fragen lassen, mit welchen Dingen er im Zusammenhang mit Wohnungsverkäufen arbeitet, meine Damen und Herren.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Dritte Bemerkung - an die SPD gerichtet -: Ich finde Ihre Bemerkungen, insbesondere von Redner 1, Herrn Röken, sehr aufschlussreich. Ich nehme an, das wird auch manchen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und manchen Mieterinnen und Mietern so gehen.

Ich weise Sie nur auf einen Widerspruch hin: Wenn Sie sagen, Sie würden die Interessen der Mieterinnen und Mieter sehr sorgfältig beachten, dann sollten Sie sich bei Ihrem Antrag zur Kündigungssperrfristverordnung an die eigene Nase packen. Wenn Sie die Koalition so ernst nehmen, wie Sie das da gemacht haben, dann müssten Sie allein wegen dieser Veränderung mit uns zusammen gegen den Verkauf sein. Denn das allein ist eine derart wesentliche Veränderung gegenüber früheren Bestandteilen der Landespolitik, dass es für die Mieterinnen und Mieter nicht unerheblich, sondern ganz erheblich ist.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter Becker, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Horst Becker** (GRÜNE): Ich komme zum Schluss. - Meine letzte Bemerkung: Wenn Sie sich darüber wundern, dass wir uns bei der Aufnahme aller Standorte, um die es geht, auf den Geschäftsbericht der LEG zurückziehen und uns darauf berufen, dann wundert mich das, dass Sie das wundert. - Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Der Ältestenrat hat sich auf die Empfehlung verständigt, den **Antrag Drucksache 14/207** zu überweisen. Das gilt auch für den **Entschließungsantrag** der Fraktionen der CDU und der FDP **Drucksache 14/253**. Beide Anträge sollen **überwiesen** werden an den **Ausschuss für Bauen und Verkehr** - federführend -, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Haushalts- und Finanzausschuss**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Es besteht also noch viel Zeit und Gelegenheit, sich über Rückzug oder Änderung von Anträgen dort zu unterhalten. Möchte jemand dieser Überweisungsempfehlung widersprechen oder sich enthalten? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Ich rufe auf:

## **5 Eigenverantwortung unserer Schulen stärken!**

### **Alle Schulen in die Selbstständigkeit entlassen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/203

Ich eröffne die Beratung und erteile für die Fraktion der SPD Herrn Link das Wort.

**Sören Link** (SPD): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Ministerin Sommer! Der von meiner Fraktion eingebrachte Antrag „Eigenverantwortung unserer Schulen stärken“ macht deutlich: Wir sind in Nordrhein-Westfalen auf dem richtigen Weg, wenn es darum geht, den Schulen in diesem Land auf Feldern wie der Unterrichts- und Personalentwicklung, aber auch in Organisationsfragen erstmals mehr Eigenverantwortung zu geben.

Die rot-grüne Landesregierung hat in der letzten Legislaturperiode mehr getan, als thematische Pflöcke einzuschlagen. Sie hat gehandelt und damit das Fundament für einen Paradigmenwechsel in der Bildungspolitik gelegt. Fortan stehen landesweit einheitliche Bildungs- und Erziehungsziele, also die Ergebnisse des Lernens, im Mittelpunkt. Der Weg, um diese Ziele zu errei-

chen, wurde bewusst stärker in die Hand der Schulen gelegt.

Der Staat soll das Erreichen der Bildungs- und Erziehungsziele regelmäßig überprüfen. Hierfür wurden durch die alte Landesregierung geeignete Instrumentarien entwickelt, vorbereitet und eingesetzt. Wiederkehrende Lernstandserhebungen, ein zentraler mittlerer Bildungsabschluss am Ende von Klasse 10, zentrale, landesweite Abiturprüfungen und die Schulinspektionen seien hier beispielhaft genannt.

Im Schulterschluss und in guter Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung haben wir den Grundstein für die beiden Modellversuche „Schule & Co.“ sowie „Selbstständige Schule“ gelegt. Sie wurden breit angelegt und an einer Vielzahl von Schulstandorten getestet. Darum können wir heute auf einen Zwischenbericht zurückgreifen, den es in diesem Umfang deshalb in keinem anderen Bundesland gibt, weil die alte Landesregierung konsequent auf die Ergebnisse der Pisa-Studie reagiert hat und mutig genug war, grundlegende Systemveränderungen auf breiter Linie zu erproben.

Die so gewonnenen Erkenntnisse haben letztlich mit dazu geführt, dass allen Schulen in Nordrhein-Westfalen mehr Selbstständigkeit und Verantwortung gegeben wurde. So konnten an unseren Schulen im vergangenen Schuljahr beispielsweise über 95 % der Lehrkräfte über schulscharfe Ausschreibungen eingestellt werden. Hierdurch liegt es nun stärker im Verantwortungsbereich der Schulen - insbesondere der Schulleiter -, passendes Personal zu finden. Dass dies vor Ort an den Schulen deutlich besser gelingt, als es durch zentrale Zuweisungen jemals gelingen könnte, liegt für mich auf der Hand.

Frau Ministerin Sommer, trotzdem haben Sie sich in der Sommerpause bewusst dafür entschieden, den Schulen dieses wichtige Instrument ihrer Autonomie zu nehmen; denn die 1.000 neuen Lehrer für unsere Schulen wurden gerade nicht vor Ort von den Schulen ausgewählt, sondern zentral zugewiesen. So gut, wie ich die Einstellung dieser neuen Lehrkräfte an und für sich finde: Mit dieser überholten Zuweisungspraxis haben Sie der Selbstständigkeit von Schulen aus meiner Sicht einen Bärendienst erwiesen. Wir hoffen, dass dieser Ausrutscher einmalig bleiben wird und nicht den Anfang einer rückwärtsgewandten Schulpolitik markiert.

(Zuruf von der CDU: So ein Unsinn! - Ralf Witzel [FDP]: Wie hätten Sie es denn in ein paar Tagen geschafft?)

- Ganz ehrlich: Ich hätte es anders gemacht. Ich hätte es den Schulen überlassen. Darüber können wir aber vielleicht später reden.

Grund zur Hoffnung, dass diese Einstellungspraxis nicht zur Regel wird, bieten die Aussagen von Herrn Rüttgers. Leider ist er im Moment nicht da. Trotzdem kann man mit Blick auf seine Person ja ein bisschen Hoffnung haben; denn sowohl in seiner Regierungserklärung als auch im Koalitionsvertrag wird genau das unterstrichen, was Sozialdemokraten und Grüne bereits am Ende der letzten Legislaturperiode eingeführt haben, nämlich das Recht der Schule, ihr Personal selbst einzustellen und über eigene Finanzbudgets zu verfügen. Wir werden Herrn Rüttgers in dieser Frage beim Wort nehmen und seine Versprechungen einfordern.

Die Worte der Regierungserklärung und des Koalitionsvertrages müssen dabei allerdings ein bisschen mehr Tragfähigkeit beweisen als das Versprechen an die BAföG-Empfänger - und zwar an alle BAföG-Empfänger -, von ihnen keine Studiengebühren zu verlangen.

Durch das Mehr an Eigenverantwortung, das die alte Landesregierung den Schulen ermöglicht hat, ist für diese auch ein Mehr an Aufgaben aus Bereichen entstanden, die bislang in der Regel zentral verwaltet wurden. Ich sage hier ganz bewusst „veraltet“; denn in vielen dieser neuen Aufgabenbereiche, die ganz sicherlich mehr Autonomie für die Schulen bedeuten, steckt auch ein hohes Maß an Verwaltungstätigkeit. Dies stellt unsere Schulen vor neue Herausforderungen. Ich möchte das hier nicht beschönigen: Diese Herausforderungen haben in der praktischen Umsetzung an den Schulen durchaus zu Problemen geführt.

Insbesondere der eben von mir angesprochene Komplex der Personalentwicklung und Personalführung bedarf einer stärkeren Unterstützung. Die Schulleitungen müssen künftig früher und besser auf ihre neue Rolle vorbereitet werden. Dazu gehört auch eine verbesserte administrative Unterstützung.

Es ist keine Frage, dass ein Schulleiter künftig über die Einstellungen an seiner Schule entscheiden soll. Die Frage ist nur, wer das ganze Einstellungsverfahren abwickelt und betreibt. Ziel muss es sein, eine Überforderung von Schule und Schulleitung auszuschließen, um dort Frustrationen zu verhindern. Nicht Frustration, sondern Aufbruch - das ist zumindest bislang das Kernergebnis, das der Zwischenbericht zum Projekt „Selbstständige Schule“ und auch der Kongress

zum Modellversuch in Herford einhellig widerspiegeln.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung, meine Fraktion fordert Sie deshalb mit dem hier vorgelegten Antrag auf, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Schulen in diesem Land zügig in die Selbstständigkeit entlassen werden. Die von uns initiierte Selbstständigkeit ist aber nicht Selbstzweck, sondern hat sich als durchaus geeignetes Mittel erwiesen, um neue Impulse in den Alltag der Schulen zu tragen und neue Motivation vor Ort entstehen zu lassen.

Der von uns durch eine stärkere Profilierung und mehr pädagogische Gestaltungsfreiheit initiierte Wettbewerb zwischen den Schulen ist ein Wettbewerb im positiven Sinne, der zu Qualitätssteigerungen an den Schulen führen wird. Dieser Wettbewerb ist ganz anders als der von Ihnen geplante künstliche Wettbewerb

(Lachen von Ralf Witzel [FDP])

- ja, Herr Witzel, lachen Sie ruhig; ich finde es auch immer witzig, wenn Sie reden - zwischen den Grundschulen - Stichwort: Grundschuleinzugsbezirke -, bei denen aus unserer Sicht Sieger und Verlierer schon feststehen, ehe der Startschuss überhaupt gefallen ist.

Die alte Landesregierung - damit komme ich zum Ausgangspunkt meiner Rede zurück - hat in Sachen selbstständige Schule einen richtigen Weg zu mehr Autonomie und weniger Bürokratie zugunsten der Schulen vor Ort eingeschlagen, von dem Sie immer nur reden, Herr Witzel. Frau Sommer, Sie müssen diesen Weg, den wir vorgegeben haben, jetzt nur noch konsequent weitergehen. - Vielen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Danke. - Für die CDU hat der Abgeordnete Recker ums Wort gebeten. Das bekommt er jetzt.

**Bernhard Recker** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir - das ist wohl Meinung aller - wollen die Schulen aus der staatlich-bürokratischen Bevormundung entlassen. Die Schulen sollen die Erziehung, den Unterricht, das Schulleben sowie ihre inneren Angelegenheiten selbstständig und in eigener Verantwortung gestalten.

Das bedeutet Folgendes:

- Die Schulen erhalten ein Stellen- und Sachmittelbudget.

- Der Schulleiter - so unser Vorschlag - wird im Einvernehmen mit dem Schulträger durch die Selbstverwaltungsorgane der Schule für die Dauer von acht Jahren gewählt.
- Die Schulen stellen die Lehrer selbst ein.
- Sie konkretisieren die Kerncurricula und müssen die Bildungsstandards eigenverantwortlich erreichen. Diese Bildungsstandards sind die Grundlage für die Entwicklung von Maßnahmen der internen und externen Evaluation.
- Durch regelmäßige Lernstandserhebungen in den Klassen 3 und 8 wird die Lernentwicklung und Leistungsfähigkeit der Schüler dokumentiert.
- Auch durch zentrale Abschlussprüfungen wird die Vergleichbarkeit und Qualität schulischer Abschlüsse sichergestellt.
- Die Überprüfung der Leistung von Schulen wird durch ein unabhängiges Institut für Qualitätsentwicklung und Qualitätssicherung durchgeführt. Diese Ergebnisse werden wir veröffentlichen, um den Schulen so die Gelegenheit zu geben sich dem Wettbewerb stellen. Das dient letztlich der Verbesserung der schulischen Arbeit.

Das sind überwiegend Ausführungen aus meiner Pressekonferenz vom 17. Januar dieses Jahres und inhaltlich deckungsgleich mit den Aussagen in der Koalitionsvereinbarung. Es freut mich, dass auch eine hohe Übereinstimmung mit Forderungen Ihres hier zu diskutierenden Antrags besteht.

Deshalb weiß ich nicht, was dieser Antrag hier und heute bewirken soll. Sie wissen genau, dass die jetzige Landesregierung und die sie tragenden Fraktionen gerade in der Selbstständigkeit der einzelnen Schulen einen ganz entscheidenden Hebel für einen Neuanfang in der Bildungspolitik in Nordrhein-Westfalen sehen. Denn nach Pisa ist klar: Wir müssen vollkommen neue Wege gehen, und wir wissen, dass grundlegende Reformprozesse nur dann erfolgreich gestaltet werden können, wenn wir die Schulen in die Freiheit entlassen. Gerade Pisa-Sieger wie Kanada und Finnland geben ehrgeizige Lernziele vor und überlassen den Schulen, wie sie diese Ziele erreichen.

Genau diesen Weg wollen wir als bisher erstes Bundesland gehen. Statt nur 278 Modellschulen wollen wir allen Schulen mehr Freiheit und Verantwortung geben. Es ist Zeit, dass wir allen unseren Schulen endlich mehr Vertrauen schenken. Wir sind sicher, dass die Schulen am besten wissen, wie sie diese ihre Aufgaben zu erledigen haben.

Wir sollten auch so ehrlich sein zu sagen, warum sich viele Schulen zu diesem Projekt entschlossen haben. Wenn man mit ihnen spricht, liegen die Hauptgründe in folgenden Punkten:

Man konnte die Lehrperson selber einstellen, es gab - ganz wichtig - eine halbe Lehrerstelle zusätzlich, und vor allem konnten nicht besetzte Stellen kapitalisiert werden. Das entspricht einem Betrag von ca. 45.000 €.

Zusätzlich erhielten sie beispielsweise für Fortbildung, Methodentraining usw. Unterstützung. Allerdings ging dies sehr häufig, wie man von Regierungspräsidenten erfuhr, zulasten der anderen über 6.000 Schulen in Nordrhein-Westfalen. Das hielten und halten wir anderen Schulen gegenüber für ungerecht. Daher galt immer unsere Forderung, nicht nur 278 Leuchttürme zu produzieren, sondern allen Schulen größere Freiräume und Selbstständigkeit anzubieten.

Als Sie noch an der Regierung waren, waren Sie bei der Antwort auf die Frage, wie es mit den anderen Schulen aussieht, zumindest unsicher. Sie wollten Teile des Projekts auf alle Schulen übertragen. Der „General-Anzeiger“ schrieb jedoch am 13. März 2004 - ich darf zitieren, Herr Präsident -:

Doch Geld oder gar eine zusätzliche halbe Lehrerstelle wird es nicht geben.

Das ist die Wahrheit. Das war Ihre Aussage vor der Wahl. - Allerdings müssen die Schulen in Nordrhein-Westfalen bei diesem Weg begleitet und nicht, wie in der Vergangenheit häufig geschehen, im Stich gelassen werden.

Vor allem - das unterscheidet uns - wollen wir das Thema Qualität in den Vordergrund stellen. Denn wie die Erfahrung mit einer großen Zahl von Modellschulen zeigt, wurde das Thema Qualitätssicherung in vielen Fällen vernachlässigt. Die selbstständige Schule ist nämlich kein Selbstzweck, sondern notwendige Voraussetzung für mehr Qualität an unseren Schulen. Das war und ist die Hauptkritik an Ihrem Projekt „Selbstständige Schule“. Der gravierende Unterschied gegenüber uns ist: Wir diskutieren erst über die Qualität und dann darüber, mit welchen Mitteln wir sie erreichen.

Das Projekt der alten Landesregierung war zudem bei vielen Beteiligten in die Kritik geraten, weil es statt weniger wesentlich mehr Regelungs-dichte gegeben hat. Schulen beklagten, dass sie zu massiver Mehrarbeit durch die Zusammenarbeit mit den Bildungsbüros aufgefordert würden. Statt mehr Freiheit - so die Klagen beteiligter Schulen -

gab es häufig lediglich mehr Arbeit und mehr Regelungs-dichte.

Die nun klar definierten Ziele der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen im Hinblick auf Selbstständigkeit von Schule infrage zu stellen, ist geradezu absurd, und die so zügige Bereitstellung von 1.000 Lehrern als Alibi dafür zu nehmen, ist geradezu grotesk. Es besteht überhaupt keine Veranlassung, den ernsthaften Willen der Landesregierung zur Umsetzung der in der Koalitionsvereinbarung festgelegten Ziele infrage zu stellen.

(Beifall von der FDP)

Die Auffassung der SPD-Fraktion, Zweifel seien angebracht, weil 1.000 Lehrkräfte nicht im Ausschreibungs-, sondern im Listenverfahren eingestellt worden seien, und weil die Ministerin eine Anhörung der am Modellprojekt „Selbstständige Schule“ beteiligten Gruppen angekündigt hat, ist völlig unbegründet.

Warum haben wir die 1.000 Lehrer eingestellt? Diese Sofortmaßnahmen waren doch erforderlich, um dem ansonsten massiv auftretenden und von der abgelösten Landesregierung bewusst in Kauf genommenen Unterrichtsausfall zu begegnen. Das war der entscheidende Ansatz.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie wissen, dass Stellen und Mittel den Bezirksregierungen unverzüglich zugewiesen wurden, und diese haben die Stellen nach der jeweils aktuellen Bedarfssituation den Schulen und Schulformen vor Ort flexibel zugeordnet. Um diese Stellen so weit wie möglich noch zu Beginn des Unterrichts zu besetzen, mussten die Einstellungsmöglichkeiten über das Listenverfahren vergeben werden.

Fakt ist aber auch, meine Damen und Herren: Da die notwendigen Stellen durch Versäumnisse der alten Landesregierung nicht rechtzeitig eingerichtet werden konnten, blieb kein ausreichender zeitlicher Spielraum, um von den Schulen Ausschreibungstexte erstellen zu lassen und diese Stellen auszuschreiben. Sie wissen ganz genau, dass die Alternative darin bestanden hätte, die Stellen zunächst unbesetzt zu lassen.

In dieser Situation ist in einem Abwägungsprozess zum Wohl der Schülerinnen und Schüler entschieden worden. Von daher war unsere Entscheidung eindeutig. Das Wohl des Kindes hat bei uns Vorrang. Das war letztlich der Hintergrund für die Entscheidung der Ministerin, die wir nur noch einmal begrüßen können, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind uns im Wesentlichen über die Ziele einig. Wichtig ist nur, dass wir als CDU durch die Bereitstellung von zusätzlich insgesamt 4.000 Lehrern und durch andere Instrumente endlich die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen müssen, um allen Schulen in Nordrhein-Westfalen nach und nach die Möglichkeit der Selbstständigkeit zu geben. Ich hoffe hier auf einen gemeinsamen Weg im Hause. - Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Nun hat Frau Abgeordnete Beer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Sigrid Beer (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Recker, ich danke Ihnen besonders für das Eingangsstatement. Darin haben Sie in großen Teilen aus dem Schulgesetz zitiert. Ich frage mich, was Sie eigentlich groß daran ändern wollen. Das war doch ganz in Ordnung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn die deutsche Schule es nicht besser leistet zu lernen, werden die Lernleistungen ihrer Schüler und Schülerinnen auch nicht besser werden. - So lautet schon 2002 der Befund des baden-württembergischen Schulpsychologen Christoph Hanckel in der Reflexion der Pisa-Ergebnisse. Unsere Schulen brauchen Lernzeiten für ihre Qualitätsentwicklung. Sie brauchen Impulse und Zielvorgaben. Sie brauchen Unterstützung in ihren Lernzeiten und auch Ressourcen, sodass man das Ganze zum Beispiel auch zeitlich ganz einfach regeln kann.

Das Modellvorhaben „Selbstständige Schule“ zielt im Kern genau darauf ab. Schulen gestalten Lernzeiten für ihre Qualitätsentwicklung mit eindeutiger Zielsetzung. Sie werden zu Experten für das Lehren und Lernen. Sie steigern ihre Professionalität, zum Beispiel in Sachen Teamentwicklung. Sie können pädagogische Souveränität gewinnen. Sie übernehmen Verantwortung für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler und ermöglichen mehr Schülerinnen und Schülern höhere Bildungserfolge.

Die Erkenntnisse und Instrumente der Organisations- und Personalentwicklung sind dabei ein Hilfsmittel für die Qualitätsentwicklung von Schule und kein Selbstzweck. Ich kann Ihnen nur zustimmen, Herr Recker.

Das Schulklima entwickeln, Partizipation leben - auch für diese Qualitätsdimension gilt: Schulen brauchen Lernzeiten. Die selbstständige - ich sage eigentlich lieber: die eigenverantwortliche - Schule versteht diese Lernzeiten auch als unverzichtbares Basiselement ihrer Qualitätsentwicklung.

Es lohnt sich, den Schulen dieses Lernen mit dem Ziel der Eigenverantwortlichkeit zuzutrauen. Genau das haben die Grünen getan, als sie das Ursprungskonzept, die „Schule 21“, zur Landtagswahl 2000 vorgelegt haben.

Dass es gut ist, auf Lernpotenziale zu vertrauen, zeigt auch der vorliegende Antrag der SPD. Hatte die zunächst mit dem Modellvorhaben befasste SPD-Schulministerin noch deutlich „gefremdelt“, so scheinen der Projektverlauf und die beharrliche fachliche Diskussion meiner Kollegin Frau Löhrmann mit der Nachfolgerin Frau Kollegin Schäfer die erwarteten Lernerfolge gebracht zu haben. Das zeigen die Formulierungen, die heute vorliegen.

In diesem Sinne haben wir uns sehr gefreut, dass die Priorität des Projektziels „Verbesserung der Qualität schulischer Arbeit und insbesondere des Unterrichts“ in dem vorliegenden Antrag so deutlich formuliert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Schließlich belegt auch der Zwischenbericht zum Modellvorhaben einen deutlichen Motivations-, Professionalisierungs- und damit einhergehenden Kompetenzzuwachs der Lehrerinnen und Lehrer.

Genauso wichtig ist es zu betonen, dass die Selbstständigkeit kein Selbstzweck ist und dass sich das Projekt nie darin erschöpfen kann und darf. Das war übrigens eines der Grundmissverständnisse von Frau Behler. Wir wissen, dass sie mehrere hatte, wie man noch kurz vor der Wahl erkennen konnte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Selbstständigkeit der Schulen soll der Qualitätsentwicklung helfen. Gerade auch die notwendige Reform der Schulaufsicht in Verbindung mit dem Unterstützungsnetzwerk, der Evaluation und der regionalen und kommunalen Bildungslandschaft sind von der SPD hier richtig benannt. Das Schulgesetz der rot-grünen Landesregierung hat die richtigen Weichen gestellt. Herr Recker hat das hier ja auch noch einmal hervorragend eingebracht.

Sehr geehrte Damen und Herren, bei so viel schon erzieltm Lernerfolg setzen wir immer noch

weiter auf Lernpotenziale - auch bei der CDU-Fraktion als neuer Regierungspartei. Sie müssen sich von den falschen, unzureichenden Betrachtungsweisen von Schule lösen, die aus dem Koalitionsvertrag sprechen und die sowohl die Schulen im Modellvorhaben als auch alle weiteren hinter die positive Entwicklung der letzten Jahre zurückwerfen würden. Mit Schwarz-Gelb stehen auch die bereits selbstständigen Schulen in Gefahr, ihre gewonnene pädagogische Souveränität wieder zu verlieren, weil Sie aus der eigenverantwortlichen Schule als lernender Organisation lediglich einen Wettbewerbsapparat machen wollen, bei dem die pädagogische Freiheit amputiert wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mit dem ideologisch geschärften Skalpell haben Sie den Schulen schon die pädagogische Entscheidungsfreiheit über den integrierten naturwissenschaftlichen Unterricht mit scharfem Schnitt ohne Rücksicht auf Verluste genommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Von daher waren das heute Schönwetterreden, Herr Recker. Die Realität sieht anders aus.

Immerhin haben wir von Ihnen heute etwas zum Thema Qualitätsentwicklung gehört. Das finde ich schon einen gewaltigen Fortschritt. Die Ministerin verweigert sich dazu bisher jeglicher fachlicher Diskussion, sei es im Plenum oder im zuständigen Fachausschuss. Das Prinzip „Keine Antworten, aber Schulpolitik aus einem schwarz-gelben Bauchgefühl heraus - egal, ob fachlich fundiert oder nicht“ trägt nicht.

Ich empfehle Ihnen auch dringend, mit der langjährigen und erfolgreichen Kooperationspartnerin in Sachen Modellvorhaben, der Bertelsmann Stiftung, von Anfang an anders umzugehen. Die Stiftung kann zu Recht einen fachlichen Dialog erwarten, der State of the Art geführt wird. Der Ministerpräsident hat sich bei der Verleihung des Carl-Bertelsmann-Preises schon einmal tüchtig verhalten.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das in NRW in Kooperation mit der Bertelsmann Stiftung auf den Weg gebrachte Modellvorhaben ist in der Bundesrepublik inzwischen oft kopiert, aber nicht erreicht worden. NRW hat damit bisher eine Vorreiterrolle in einem notwendigen Gesamtreformprozess in der Schulentwicklung eingenommen. Das gilt auch im Hinblick auf die Kompetenzorientierung hin auf Bildungsstandards, eine Umsteuerung zur konsequenten Evaluation der Leistungen einer Schule, ohne die Rahmenbedingungen in der Betrachtung zu vernachlässigen.

Was die neue Koalition inhaltlich bisher in der Schulpolitik geboten hat, lässt nun befürchten, dass dieses Projekt auch beschädigt werden könnte.

Über Qualitätsverständnis, Qualitätsdimension und Rahmenbedingungen gelingenden Unterrichts müssen wir uns auseinander setzen. Herr Recker, ich gebe Ihnen Recht: An dieser Diskussion müssen wir dranbleiben. Das sind die Themen, zu denen wir fachlich auch von Ihnen, Frau Sommer, endlich etwas hören wollen. Stattdessen gibt es null Antworten auf fachliche Fragen.

Anstatt wie das hypnotisierte Kaninchen auf die Schlange zu starren und auf das Thema 4 % Unterrichtsausfall beschränkt zu bleiben, ist es an der Zeit, sich vor allem mit der Qualität von 96 % gehaltenen Unterrichts zu beschäftigen.

Meine Damen und Herren, dass irgendwo eine Vorstellung von Schulentwicklung vorhanden sein mag, entnehmen wir diversen Pressekonferenzen der Ministerin, zum Beispiel die Aussage, dass auf der Liste der zu daraufhin zu überprüfenden Aufgaben, ob es nicht schul- oder unterrichtsfremde Tätigkeiten sein könnten, Schulchöre, Schulorchester und Schultheater zu finden sind. Ich frage mich, wenn Sie so denken, Frau Sommer: Unter welcher Kategorie wird bei Ihnen die pädagogisch qualitätsorientierte Selbststeuerung der Schulen geführt?

Die Schulen brauchen Fortbildungsbudgets, eine Fortbildungsoffensive und dafür Zeiten als verlässliche Rahmenbedingungen.

Sie brauchen keine populistischen Schnellschüsse, die alles undifferenziert in einen Topf werfen. Ob Halbtagschule, an der zu Recht für Beratungstage, die meisten Fortbildungsaktivitäten, Schulfeiern usw. kein Unterricht ausfallen muss, oder Ganztagschule mit Unterricht bis 16:00 oder 17:00 Uhr: Das sind unterschiedliche paar Schuhe. Und die Schulen brauchen erst recht kein Schmalspurbildungsverständnis.

Wir fordern Sie weiterhin beharrlich auf, hier und im Ausschuss, wenn es darum geht, möglichst zeitnah und überlegt alle Schulen zu eigenverantwortlichen Schulen zu entwickeln, fachlich die Karten auf den Tisch zu legen. Verraten Sie uns endlich, wie aufrichtig Sie das Konzept der pädagogisch eigenverantwortlichen Schule stützen wollen. - Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Jetzt hat sich Frau Pieper-von Heiden für die FDP-Fraktion gemeldet. Bitte schön.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht genau, was dieser Antrag eigentlich soll. Sie beklagen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dass in zwei Monaten von der neuen Landesregierung nicht vollendet wurde, was Sie seit Ihrem „Düsseldorfer Signal“ nicht mehr angerührt haben - den Ausbau der Selbstständigkeit unserer Schulen -, und unterstellen, dass FDP und CDU der Wille, die Selbstständigkeit der Schulen zu fördern, fehle. - Das ist schon ein starkes Stück.

Den Weg, den wir gehen werden, hat Herr Recker aufgezeigt. Das brauche ich nicht zu wiederholen. Aber wie Sie die Selbstständigkeit der Schulen ausgerechnet am Top-down-Einstellungsverfahren der 1.000 neuen Lehrerinnen und Lehrer festmachen wollen, die von der neuen CDU-/FDP-Landesregierung im Eilverfahren pünktlich zum Schuljahresbeginn eingestellt werden konnten, um den von Rot-Grün verursachten dramatischen Unterrichtsausfall abzufangen, ist schon wirklich „beachtenswert“.

Sie wissen genau, dass definitiv keine schulscharfen Ausschreibungen möglich waren, weil die Zeit fehlte und weil Sie - SPD und Grüne - geschlampt und keinerlei Vorsorge getroffen haben, obwohl Sie spätestens seit dem Frühjahr wussten, dass sich der ohnehin dramatische Unterrichtsausfall, der seit Jahren bei fünf Millionen Stunden jährlich liegt, noch einmal dramatisieren würde. Sie konnten die Zahlen, wir nicht. Um Schlimmeres abzuwenden, konnte die neue Landesregierung gar nicht anders handeln, als nach dem schnellstmöglichen Verfahren neue Lehrer für unsere Schulen einzustellen. Und das ist nun einmal das Listenverfahren.

Ich versichere Ihnen: Die Selbstständigkeit von Schulen wird ganz sicher nicht dadurch infrage gestellt, dass ausnahmsweise einmal 977 Lehrerinnen und Lehrer Top-down eingestellt wurden. Sie wissen genau, dass wir die Selbstständigkeit und Eigenverantwortung von Schulen im Ergebnis konsequenter umsetzen wollen, als Rot-Grün dies je vorhatte.

Wir mussten in dieser Situation Feuerwehr spielen, um Ihr Versäumnis zu heilen. Die Alternative wäre gewesen, gar nichts zu tun. So hätten Sie es vermutlich gemacht. Das haben Sie im Prinzip auch: Seit dem frühen Frühjahr wussten Sie bereits, dass es noch schlimmer kommen würde;

aber Sie sind sehenden Auges in die sich zuspitzende Mangelsituation hineingestolpert.

(Beifall von der CDU)

Das ist schon eine böse Unterstellung in Ihrem Antrag. Dabei wissen Sie: Es gibt eine gewisse Schnittmenge in unserem gemeinsamen Anliegen, Schulen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Nur, wir wollen es noch konsequenter machen. Wir sind es doch, die in der Realität bereits Maßnahmen eingeleitet haben, von denen Sie im Schulgesetz vielleicht einige ansatzweise verbal beschrieben haben.

Beispiel: Entbürokratisierung. Bei uns findet sie tatsächlich statt, beispielsweise durch die Vereinfachung der überfrachteten Berichterstattung zur Profilentwicklung sowie demnächst spürbar im vereinfachten Umgang mit der Auswertung von Vera, den Vergleichsarbeiten in der Grundschule. All dies hat die Schulministerin angekündigt.

Keine Sorge: Wir haben uns bereits auf den Weg gemacht. Die anstehende Novellierung des von Ihnen in Kraft gesetzten Schulgesetzes wird den eindrucksvollen Beweis liefern. Fassen Sie sich nur noch ein wenig in Geduld. Dann werden Sie sehen, wie wir unsere Schulen voranbringen, reformieren und ihnen tatsächlich Selbstständigkeit zugestehen. - Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Nun hat die zuständige Ministerin, Frau Sommer, das Wort.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich für die Möglichkeit, Ihnen ein paar Informationen zu geben, die Sie benötigen; das haben Sie in Ihren Beiträgen verdeutlicht. Ich bin auch nicht - Sie haben mir den Begriff zugeworfen - für Schnellschüsse, deswegen bereite ich mich gerne auf Fragen vor.

In der vergangenen Woche ist mir vom Schulausschuss vorgehalten worden: Können Sie nicht endlich aufhören, über die 1.000 Lehrerinnen und Lehrer zu sprechen? - Natürlich, meine Damen und Herren, freut mich der Gedanke immer wieder, dass diese qualifizierten Lehrkräfte nun in unseren Schulen sind. Wir erfahren viel Lob für diese Maßnahme.

(Beifall von CDU und FDP)

Aber glauben Sie mir: Ich würde diese Tatsache nicht immer wiederholen, wenn Sie, verehrte Damen und Herren, nicht ständig daran erinnern und sie in neue und altbekannte Zusammenhänge in die Debatte werfen würden - so auch in diesem Antrag.

Sie kritisieren, ich hätte die kurzfristige Besetzung der 1.000 Lehrerstellen über das Listenverfahren angeordnet. Sie schreiben, damit sei die Landesregierung von ihrem Vorhaben abgewichen, den Schulen bei der Personalauswahl mehr Freiraum zu geben.

(Ralf Jäger [SPD]: Wir kennen unseren eigenen Antrag schon!)

Meine Frage ist nun aber, wie denn die Landesregierung in dieser Situation anders hätte handeln können. Wir konnten doch nicht zusehen und zulassen, dass Poolkräfte in Klassenleitungsfunktionen gesetzt werden, dass für Klassen keine Fachlehrerinnen und Fachlehrer zur Verfügung stehen oder Förderschulen unterbesetzt blieben.

Die Bereitstellung von 1.000 zusätzlichen Lehrstellen zum Schuljahresbeginn wurde von Herrn Ministerpräsident Rüttgers in seiner Regierungserklärung am 13. Juli angekündigt. Bis zum Unterrichtsbeginn blieben uns somit 40 Tage, die weitestgehend in den Sommerferien gelegen haben. Natürlich wäre es mir lieber gewesen, wenn die Schulen sich ihre Lehrkräfte hätten selbst aussuchen können. Aber dafür hätten wir Ausschreibungstexte verfassen, Stellen ausschreiben und Auswahlgespräche an den Schulen durchführen müssen. Das ganze Verfahren hätte 14 Tage vor dem Ende der Sommerferien abgeschlossen sein müssen.

Da muss doch jedem klar sein, dass bei der Besetzung von 1.000 Stellen die Zeit bis zum Unterrichtsbeginn ganz einfach nicht ausgereicht hätte.

(Beifall von CDU und FDP - Zuruf von der CDU: So ist das!)

Worin hätte also die Alternative bestanden? Sie hätte nur darin bestanden, die Stellen zunächst unbesetzt zu lassen. Das wäre unverantwortlich gewesen.

(Beifall von der CDU)

In dieser Situation - Herr Recker hat es eben schon formuliert - habe ich mich in einem Abwägungsprozess zum Wohl der Schülerinnen und Schüler entschieden, das Listenverfahren anzuwenden. Die wenigen Stellen, die nicht besetzt werden konnten, sind im Übrigen am 1. September 2005 im Ausschreibungsverfahren

ausgeschrieben; sie werden also schulscharf besetzt.

In der Schuljahreskonferenz am 19. August habe ich betont, dass ich die in der Koalitionsvereinbarung gefassten Beschlüsse umsetzen werde. Dazu gehört insbesondere die Stärkung der Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Sehr gut!)

Ich treffe mich zum Beispiel mit Herrn Prof. Messert von der Bertelsmann-Stiftung und vielen weiteren Beteiligten am Modellprojekt „Selbstständige Schule“, mit Lehrkräften, Schülerinnen und Schülern sowie Eltern. Ich werde mich über deren Sichtweise informieren und mit ihnen über eine Neuakzentuierung des Modellprojekts reden. Das ist wohl eher ein Hinweis darauf, wie ernst ich es meine mit der größeren Selbstständigkeit und Eigenverantwortung der Schulen.

Ihre Schlussfolgerung, es beständen erhebliche Zweifel, ob die neue Landesregierung das Modellprojekt mit der notwendigen Stringenz fortführen wolle, ist unbegründet.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Jäger von der SPD-Fraktion?

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich würde gern weiterreden.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Gern.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Nun beantragen Sie, die Landesregierung aufzufordern, zügig die Voraussetzungen dafür zu schaffen, um alle Schulen in Nordrhein-Westfalen in die Selbstständigkeit zu entlassen. Das hat eine große Tradition. Die Vorgängerregierung musste sogar von den eigenen Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit Antrag vom 28. Januar 2004 und erneut mit dem Entschließungsantrag vom 15. September 2004 zur zügigen Umsetzung aufgefordert werden.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist jetzt vorbei!)

Ihre Ermahnungen sind nicht erforderlich. Wir werden die notwendigen Maßnahmen sorgfältig vorbereiten und zügig umsetzen. Selbstverständlich werden wir das Parlament beteiligen. Ich bin zuversichtlich, dass wir für unsere Vorschläge einen breiten Konsens finden.

(Beifall von CDU und FDP)

Die in Ihrem Antrag aufgeführten Voraussetzungen zur Stärkung der Eigenverantwortlichkeit der Schulen unterscheiden sich nicht wesentlich von den Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von CDU und FDP vom 20. Juni 2005 und auch nicht von den Ankündigungen von Herrn Dr. Rüttgers in der Regierungserklärung vom 13. Juli 2005.

Ich werte es als positives Zeichen, dass Sie inhaltlich zur Stärkung unserer Ziele beitragen wollen. Wir sind für jede Hilfe dankbar, mögen diese Helfer nun Schlangen oder Kaninchen sein.

Konkret heißt das: Auch ich möchte die Entbürokratisierung der Schulen. Deshalb ist eine Projektgruppe beauftragt, Vorschläge zu erarbeiten, um die Schulen deutlich von Bürokratie zu entlasten. Dadurch gewinnen die Lehrkräfte mehr Zeit für die Erteilung von Unterricht.

Ich strebe ebenfalls an, dass Schulleiterinnen und Schulleiter Dienstvorgesetzte der an der Schule beschäftigten Lehrkräfte werden,

(Beifall von CDU und FDP)

weil ich überzeugt bin, dass Eigenverantwortung der Schulen Engagement und Kreativität fördert.

Zur Übernahme von mehr Verantwortung gehört natürlich, dass die Akteure entsprechend qualifiziert werden und dass die Mitbestimmung an den Schulen wahrgenommen wird.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Frau Ministerin, galt Ihre Aussage für sämtliche Wünsche nach der Zulassung von Zwischenfragen, oder würden Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Link zulassen?

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich bitte darum, zunächst einmal meinen Vortrag abschließen zu können.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Sie geben mir dann ein Zeichen.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ja, auf jeden Fall. Ich habe dann die Zeit.

Sie verbinden die Stärkung der Schulen folgerichtig mit einer Reform der Schulaufsicht. Das will ich auch. Aber bei aller Selbstständigkeit: Selbstständigkeit muss im Kontext von Leistung gesehen werden. Leistung ist etwas Positives. Ich erwarte Leistung - auch über die genaue Vorgabe von Standards und Zielen.

(Beifall von CDU und FDP)

In diesem Rahmen sollen die Schulen für ihre Arbeit selbst und allein verantwortlich sein. Die Schulaufsicht muss sich verstärkt dieser Standardsicherung durch Beratung und Unterstützung der Schulen widmen. Die Beratung und die Unterstützung der Schulen dienen vor allem der Verbesserung der Arbeit.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, dass wir unsere Hausaufgaben machen. Es bedarf also eigentlich keines Antrags. Wer Hausaufgaben macht, der muss einen Auftrag dazu haben. Diesen haben wir allein von unseren Kindern und Jugendlichen, und Sie kennen den Satz - dieser gilt immer -: Das Maß aller Dinge ist das Wohl des Kindes. - Danke.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Möchten Sie die Zwischenfragen noch zulassen?

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ja, ich habe das ja versprochen.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Dann hat zunächst Herr Abgeordneter Jäger das Wort.

**Ralf Jäger (SPD):** Frau Ministerin, ursprünglich dachte ich, Sie hätten den Auftrag von den Wählerinnen und Wählern dieses Landes, aber da scheine ich mich geirrt zu haben.

Sie haben in Ihrer Rede von einer Neuakzentuierung der selbstständigen Schule gesprochen. Ich habe Ihren Ausführungen zwar wirklich gelauscht, aber nicht erkennen können, was Sie darunter konkret verstehen.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Ich habe auch gesagt, dass ich Gespräche führen werde, unter anderem mit Herrn Prof. Messert. Ich werde eine Delegation von Lehrerinnen und Lehrern sowie Schülern zu mir ins Haus holen, um zu sehen, welche wichtigen Punkte sich aus deren Sicht zu diesem Projekt gezeigt haben. Es wird zum Herbst hin eine Evaluation geben. Daraus werde ich eine neue Akzentuierung der selbstständigen Schule entwickeln.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie wissen nicht, welche und warum, aber es soll eine geben!)

- Ich habe eben schon gesagt: Ich antworte Ihnen gerne auf solche Fragen, aber ich tue das dann, wenn ich den erforderlichen sachlichen Hintergrund habe. Ich habe Ihnen hier und heute gesagt, dass es mir wichtig ist, etwas ins Parlament

einzubringen, was Hand und Fuß hat. Dann muss ich daran auch andere beteiligen, und in diesem Fall beteilige ich die Wichtigsten, die von diesem Projekt betroffen sind, nämlich die Lehrerinnen und Lehrer sowie die Schüler.

(Beifall von der CDU - Manfred Kuhmichel  
[CDU]: Sehr gut!)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Meine Damen und Herren, wir können das jetzt nicht bis ins Endlose fortführen. Zu einer letzten Zwischenfrage erteile ich Herrn Abgeordneten Groschek das Wort.

**Michael Groschek (SPD):** Frau Ministerin, Prof. Meffert ist ein ausgewiesener Marketingexperte bzw. Betriebswirt mit keinerlei fachlichem Zugang zur Pädagogik oder vergleichbarer wissenschaftlicher Erkenntnis. Deshalb interessiert uns, welchen Erkenntnisaufschluss Sie von Gesprächen mit Prof. Meffert bezogen auf Ihre Tätigkeit als Ministerin erwarten.

**Barbara Sommer,** Ministerin für Schule und Weiterbildung: Herr Prof. Meffert vertritt die Bertelsmann Stiftung. Die Bertelsmann Stiftung ist ...

(Ministerin Christa Thoben: Wie häufig haben Sie sich von ihm beraten lassen? - Heiterkeit von der CDU)

Herr Prof. Meffert ist - wie Sie sagen - eine ausgewiesene Kapazität. Auch er steht für dieses Projekt. Er hat mir gesagt, er könne mir Beispiele aus diesem Projekt benennen und mich unterstützen. Ich denke, das werde ich aufnehmen. Ich wäre ja dumm, wenn ich es nicht täte.

(Anhaltender Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. - Wir sind hier nicht in einer Fragerunde, sondern in einer Debatte. Deshalb kommen wir jetzt zum nächsten Redner, und das ist der Abgeordnete Große Brömer von der SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Wolfgang Große Brömer (SPD):** Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte noch einmal zu dem Ursprung der heutigen Debatte zurück.

Der Kollege Link hat eingangs seines Redebeitrages auf die seinerzeitigen Beweggründe hingewiesen, die dazu führten, das Projekt Selbstständigkeit von Schule auf den Weg zu bringen. Er hat in diesem Zusammenhang von einem Paradigmenwechsel gesprochen.

Und in der Tat darf man zu Recht diesen Begriff benutzen. Dieses Projekt hat einen völligen Umdenkungsprozess in der Schullandschaft eingeleitet, und ich glaube, dass wir alle mit dem Auf-den-Weg-Bringen dieses Projektes die Hoffnung verknüpft haben, eine höhere Motivation, eine höhere Eigenständigkeit der Schulen zu erreichen und insgesamt die Qualität von Schule zu verbessern.

Insbesondere nach den Debattenbeiträgen der jetzigen Regierungskoalition muss ich Folgendes noch einmal in Erinnerung rufen: Das Copyright für dieses Projekt, meine Damen und Herren, hat Rot-Grün; das hat man bei einigen Beiträgen fast vermissen können.

Wir müssen aber auch in Erinnerung rufen, dass wir uns - abgesehen von einigen Detailfragen über die Schnelligkeit und Art und Weise der Umsetzung dieses Modellprojektes - insgesamt über alle Fraktionen hinaus in den Zielvorstellungen einig gewesen sind:

Die Schulen sollten nämlich eigenverantwortlich über das Wie der Umsetzung dessen, was das Land, die Politik vorgibt und was an jeder einzelnen Schule erreicht werden soll, entscheiden können. Die eigenständige Entscheidung an jeder einzelnen Schule sollte mit einer sinnvollen Evaluation von außen, einem Controlling über das Erreichte an jeder einzelnen Schule verbunden werden.

Diese Einigkeit in der Einschätzung dieses Modellprojektes hat uns auch im letzten Jahr und letztendlich auch mit dem Schulgesetz Anfang dieses Jahres in die Lage versetzt, anzukündigen, dass wir zumindest Teilbereiche des Modellprojektes Selbstständigkeit von Schule über die 278 beteiligten Modellschulen hinaus Schritt für Schritt schneller umsetzen wollten und wollen, als das ursprünglich geplant war. Und dies geschieht eben, weil es sich so erfolgreich entwickelt hat und mehr Schulen an dieser Maßnahme teilnehmen wollen.

Mit dieser Hoffnung sind auch die meisten Schulen dieses Landes in die neue Legislaturperiode gegangen. Diese Antworten erhoffen sie sich auch von der neuen Landesregierung. Es hat zwar einiges zur Beruhigung beigetragen, was Sie, Frau Ministerin Sommer, und Sie, Herr Recker, gerade in Ihren Redebeiträgen deutlich gemacht haben, aber es sind aus unserer Sicht aufgrund von Äußerungen Ihrerseits, Frau Ministerin, doch einige Zweifel angebracht. Ich denke, dass man diese Zweifel ausräumen muss, um den Schulen Planungssicherheit zu geben und eine Perspektive aufzuzeigen.

Ich meine damit nicht nur die Entscheidung, den naturwissenschaftlichen Unterricht abzuschaffen; darauf hat Frau Kollegin Beer vorhin schon zu Recht hingewiesen.

Ich meine nicht nur die Tatsache, dass die 1.000 Stellen top-down besetzt worden sind. Ich möchte das nicht weiter vertiefen, sondern großzügig sein und sagen, Frau Ministerin Sommer: Ja, gut, Ihre Sicht der Dinge ist in Ordnung, dass es eine schnelle Besetzung nur mit dieser Methode hat geben können. Haken wir das erst einmal ab.

Was aber die Schulen verunsichert hat, ist die Tatsache, dass den Schulen um der Besetzung willen völlig ungewünschte Fachkombinationen aufgedrückt worden sind. Das ist der Kern, der die Schulen verunsichert hat.

(Beifall von Sören Link [SPD])

Frau Ministerin, Sie haben in diesem Zusammenhang gesagt, dass ein Deutschlehrer für eine Schule, die zwar keinen Deutschlehrer braucht, dafür aber einen Physiklehrer dringend benötigt, gut ist und dass Sie kein Verständnis für Schulleiter haben, die darüber die Stirn runzeln beziehungsweise sich sogar weigern, eine solche Stellenbesetzung zu akzeptieren. Ihr Begründung lautet: Die Schule soll sich freuen, denn ein Lehrer mehr ist auf jeden Fall gut für diese Schule. - Diese Äußerung, Frau Ministerin Sommer, entspricht nicht dem Geist der Selbstständigkeit von Schule - im Gegenteil.

Der Schulleiter, der die ungewünschte Stellenbesetzung akzeptieren würde, weiß genau, dass er beim nächsten Besetzungsverfahren wieder außen vor ist und keine Fachkraft bekommt, weil rein statistisch die Stellenbesetzung an seiner Schule stimmt.

Die zweite Äußerung, Frau Ministerin Sommer, die sie schon in der Schuljahrespressekonferenz gemacht haben, die Sie eben in Ihrem Beitrag wiederholt haben, nämlich zur Neuakzentuierung der Selbstständigkeit von Schule, zur Neuakzentuierung des Modellprojektes Schule, zwingt geradezu zu der Frage: Was ist damit gemeint?

Sie haben nicht erklärt, Sie würden sich erst einmal erkundigen und den Professor, die Schüler, die Eltern und die Lehrer fragen, um dann neu zu akzentuieren. Wenn Sie es so gesagt hätten, wäre es in Ordnung. Sie aber kündigen an: Auf jeden Fall kommt eine neue Akzentuierung. - Wenn man das denn aber so ankündigt, weiß man auf jeden Fall, was man ändern möchte, wohin man will.

(Ministerin Barbara Sommer: Das habe ich doch gesagt!)

Das ist aus meiner Sicht eine Verunsicherung der beteiligten Schulen. Es ist eine Verunsicherung der Schulen, die sich an diesem Modellprojekt und seinen nächsten Schritten beteiligen wollen. Ich glaube auch, dass die Schulen ein eindeutiges Signal benötigen, dass es nämlich mit der Selbstständigkeit wie geplant, und zwar schneller als bisher, weitergeht und dass insbesondere auch die Finanzierung für dieses Modellprojekt zur Verfügung gestellt wird.

An dieser Stelle eine Anmerkung zum Kollegen Recker: Herr Recker, wenn Sie die 4.000 Lehrer auch noch in diesen Zusammenhang bringen und wenn daraus die zusätzlichen halben Stellen für die am Modellprojekt beteiligten Schulen bezahlt werden sollen, so wie Sie es in Ihrem Beitrag gesagt haben, dann brauchen wir noch ein paar tausend Lehrerstellen mehr. Mit den 4.000 werden Sie da mit Sicherheit nicht auskommen. Das sollte jetzt schon überlegt werden.

Das Signal, das für die Schullandschaft in Nordrhein-Westfalen notwendig ist, ist zu unterstützen. Das haben wir in den zentralen Aussagen unseres Antrags formuliert. Von den meisten Debattenrednern eben habe ich gehört, dass die Zielrichtung richtig ist.

Ich freue mich auf die einstimmige Verabschiedung im Schulausschuss, wenn wir diesen Antrag beraten werden. Das wäre ein eindeutiges Signal für die nordrhein-westfälischen Schulen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. Das war jetzt eine Punktlandung auf null Sekunden. - Das Wort hat der Abgeordnete Kaiser für die CDU-Fraktion. Bitte schön.

**Klaus Kaiser (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Vesper, Ihre Vorliebe für die Selbstständigkeit mit einem „st“ teile ich. Ich habe das auch in meinem Manuskript so gesehen.

Wenn man das Thema „selbstständige Schule“ angeht, dann stellt sich bei mir mit Blick auf den Antrag die Frage: Was ist neu bei der SPD, was ist das Überraschende? Ich habe lange nachgedacht und dann doch noch etwas gefunden, von dem ich sagen kann: Das ist neu und positiv zu werten.

Ich meine das Zitat, mit dem in dem Antrag der neue Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers wiedergegeben wird. Das habe ich erst einmal begrüßt. Sehr begrüßt habe ich auch, dass er richtig

zitiert wird. Zum Dritten halte ich es für besonders erfreulich, dass zur Kenntnis genommen wird, dass Bildung offensichtlich jetzt eine neue Priorität hat und dass wir mit der Umsetzung von Bildungsreformen Ernst machen. Das entnehme ich daraus.

Wenn wir uns jetzt mit der selbstständigen Schule beschäftigen, dann ist das ein Mittel zum Zweck. Die erkenntnisleitende Frage lautet: Wie können wir Qualität von Unterricht verbessern? Das sollte das Grundanliegen aller Überlegungen zur Schulentwicklung und zu entsprechenden Prozessen sein.

Interessiert wie immer habe ich Frau Beer zugehört. Da werden die Nuancen zwischen Rot und Grün, auch mit Blick auf dieses Projekt, deutlich. Sie hat davon gesprochen, welchen Erkenntnisfortschritt die Sozialdemokratie in der Frage gewonnen hat. Die Sozialdemokraten sind aber nicht am Ziel angekommen, weil sie in Ihrer Argumentation einen Grundfehler machen. Sie sprechen davon, Schulen in die Selbstständigkeit zu entlassen.

Da muss man sich vor Augen führen: Wenn jemand in einem Betrieb entlassen wird, dann sagt er "bye, bye!" und hat mit dem Betrieb nichts mehr zu tun. „Entlassen“ dürfen wir die Schulen nicht. Wir sind schon in einer Verantwortungsgemeinschaft. Das Wichtige ist: Wir müssen Schulen in die Selbstständigkeit begleiten.

(Beifall von CDU und FDP)

Das ist der Prozess, um den es geht. Deshalb ist es wichtig, dass dafür die Rahmenbedingungen stimmen. „Begleitung in die Selbstständigkeit“ heißt zunächst einmal, die Hausaufgaben zu machen. Frau Sommer hat richtigerweise darauf hingewiesen: Begleitung heißt, dafür zu sorgen, dass die Stellen, die da sind, besetzt sind.

Wenn wir Kritik an der selbstständigen Schule geübt haben, dann eher an der Privilegierung, daran, dass da nämlich Sondertatbestände geschaffen wurden, während in der Regelschule nichts stattfand. Das hat zu Unfrieden in der Schullandschaft geführt. Das hat große Schwierigkeiten verursacht.

Zur Selbstständigkeit: Die Voraussetzungen sind in der Koalitionsvereinbarung festgelegt. Die Voraussetzungen sind von Frau Sommer im Ausschuss und in den Reden dargestellt worden. Es geht um mehr Qualität. Es geht um Fortbildung. Es geht um die Schulleiter in ihrer Eigenschaft als Dienstvorgesetzte etc. Wir müssen den gesamten

Prozess machen. Es geht auch um die Output-Kontrolle.

In diesem Prozess ist, wenn man die Zwischenberichte sieht, wenn man weiß, wie sich selbstständige Schulen entwickeln, jetzt der Zeitpunkt zu fragen, wie man den Output messen kann. Das ist die nächste Stufe. Ich stimme Frau Beer zu: Es geht um Prozesse, die wir entwickeln müssen. Das ist der Punkt.

In dem SPD-Vorschlag finden wir eine Summe von Einzelforderungen, wie zum Beispiel die nach einer Reform der Schulaufsicht.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

**Klaus Kaiser** (CDU): Ja, das mache ich. - Man sieht an dem im Frühjahr verabschiedeten Schulgesetz, wie formelhaft, wie kompromisshaft es zwischen Rot und Grün gemacht worden ist. Es wurde nicht ausdiskutiert.

Wir werden mit der Generalrevision des Schulgesetzes im Herbst nach vorne kommen und die Richtung aufzeigen, wie alle Schulen in die Selbstständigkeit begleitet werden können.

(Beifall von CDU und FDP)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Nächste Rednerin ist noch einmal die Abgeordnete Beer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Während sie nach vorne kommt, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass wir allen Rednerinnen und Rednern einen tollen Service bieten: Sie können im Pult sekundengenau ihre verbleibende Redezeit ablesen. Es wäre schön, wenn ich nicht immer dazwischen gehen müsste. Das tue ich ungern.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Das ist doch Ihr Job!)

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Danke schön, Herr Präsident! Wenn mir dann auch die zur Verfügung stehende Redezeit zugemessen wird, bin ich zufrieden. - Auf mein Zeitkonto muss noch ein Zuschlag. Ich hatte eben noch eine Minute.

(Heiterkeit)

Herr Kaiser, gleich eine Replik: Das Wort „entlassen“ ist weder in meinem Skript noch habe ich es gebraucht. Das haben Sie woanders gelesen und dann übernommen.

(Klaus Kaiser [CDU]: Ich habe es der SPD zugeordnet!)

- Dann ordnen Sie es auch richtig zu.

(Zuruf von Klaus Kaiser [CDU])

- Ja, ich habe ausdrücklich von Unterstützungsbedarf und den Rahmenbedingungen gesprochen. Ich bitte um die richtige Zuordnung.

Frau Ministerin, ich muss leider sagen: außer Allgemeinplätzen nichts Neues heute. Sie hatten seit der Sitzung des Schulausschusses bis heute Zeit, Fragen zu beantworten. Damals ging es im Kern um viele Dinge, die wir auch heute diskutiert haben.

Ich würde Ihnen gern noch einige Fragen als Hausaufgaben mitgeben: Wie gehen Sie mit integrativen Entwicklungen um, die von Schulen und Schulträgern in einer Region befürwortet werden - Stichwort „Verbundschulen“? Meine Kollegin Frau Löhrmann hat das schon einmal angemahnt. Bisher haben wir keine Antwort.

Vor allen Dingen bleiben Sie auch den Schulen die Antwort darauf schuldig, ob Sie die Qualitätsentwicklung behindern wollen, die gerade die Schulen auf den Weg gebracht haben, die dabei sind, Lernbarrieren abzubauen und hemmende Lernstrukturen zu überwinden. Wie stehen Sie eigentlich zur Förderung der Bildungsregionen?

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Jetzt ist die Minute schon überschritten, Frau Kollegin.

(Heiterkeit von der CDU)

**Sigrid Beer** (GRÜNE): Schließlich geht es bei der selbstständigen Schule auch um die Nagelprobe, ob es eine fachlich begründete und motivierte Reform der Schulaufsicht geben oder ob eine neue Zurschaustellung schwarz-gelber Wagenburg-Mentalität in Sachen Schulformen auf uns zukommen wird. - Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Als letzten Redner rufe ich den Abgeordneten Witzel für die FDP-Fraktion auf.

**Ralf Witzel** (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist schon interessant, das, was uns von der jetzigen rot-grünen Opposition vorgetragen wird, mit der Realität der Bildungspolitik in den letzten Jahren zu vergleichen. Ich rate auch Ihnen, Herr Link, bei Ihren Ausführungen für die SPD, dass Sie sich ent-

scheiden: Wollen Sie ein Wettbewerbsmodell für eine Bildungslandschaft, oder wollen Sie das nicht?

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

An den Stellen, an denen es Ihnen passt, mit Wettbewerb zu argumentieren, während Sie das an anderen Stellen nicht mehr als Strukturprinzip gelten lassen, macht das Ganze wenig schlüssig.

Bei allem, was wir von Rot-Grün gehört haben, kann ich vieles den neuen Kollegen nicht verdenken, die die Debatten der letzten fünf Jahre nicht miterlebt haben. Sie sollten jedoch zumindest nachlesen, was hier passiert ist. Wir von FDP und CDU haben hier gestanden und gesagt: Geben Sie doch den Betroffenen vor Ort das Vertrauen. Lassen Sie doch die Schulen selber über Leitungsfragen ergebnisverantwortlich entscheiden, damit man auch diejenigen zur Rechenschaft ziehen kann, die einen Schulstandort bewirtschaften - Stichwort „Schulleiterwahl“. - Das haben Sie abgelehnt.

Wir haben Ihnen die Probleme von Lehrern vorgebracht, die aufgrund Ihrer Erlasslage entstanden sind. Wenn man gezwungen war - Stichwort „Listenverfahren“ -, eine Stelle anzutreten, die fünf Jahre gebunkert worden war, sind Leute fachfremd eingesetzt worden. Sie mussten fünf Jahre fachfremd in diesem Zustand verharren, ohne sich in dem von ihnen gewollten Bereich weiter qualifizieren zu können.

Wir haben Ihnen und auch Frau Ministerin Sommer in der letzten Plenarsitzung die Modelle vorgestellt, die wir verfolgen, um für mehr Eigenverantwortung vor Ort zu sorgen. Der Staat soll nämlich nicht mehr Zäune um Bezirke in den Städten ziehen. Wir müssen mehr Wahlfreiheit für Schüler bekommen. Es muss einen Wettbewerb zwischen Schulstandorten geben. Schulen müssen sich anstrengen. Von dieser neuen Offenheit profitiert die Qualität. Sie haben das abgelehnt.

Wir haben beantragt - und praktizieren das nach der Koalitionsvereinbarung -, dass Selbstständigkeit ernst genommen werden muss, auch im Dialog mit Partnern. Berufskollegs können vor Ort entscheiden, welche flexiblen Modelle sie wählen, um auf den zweiten Berufsschultag zu verzichten. Wir schaffen damit mehr Ausbildungsplätze in unserem Land. Das genügt den Interessen der Wirtschaft vor Ort.

Wir haben Ihnen Vorschläge gemacht, für mehr Flexibilität vor Ort die Sponsoring-Möglichkeiten zu erweitern.

Wir haben Ihnen gesagt: Wenn Sie die selbstständige Schule ernst meinen, können Sie doch zu Beginn des Jahres 2005 kein Schulgesetz verabschieden, in dem Sie kleinteiligst regeln, wie eine Schule Programmarbeit zu betreiben hat oder wie das Zeugnis einer Abschlussklasse auszusehen hat. Dafür schreiben Sie eigene Paragraphen in Ihr rot-grünes Schulgesetz, in denen bürokratisch festgehalten wird, dass es einer Schule verboten ist, Aussagen zum Arbeits- und Sozialverhalten in dieses und jenes Zeugnis aufzunehmen, damit das bloß verschwiegen wird.

(Beifall von Klaus Kaiser [CDU])

Das alles, insbesondere was der Schule zukünftig verboten wird, ist für Sie wichtig genug, um es in Gesetzen zu regeln. Man sollte besser sagen: Wenn jemand ein gewisses Quantum der Zeit gefehlt hat und wenn es Auffälligkeiten im Arbeits- und Sozialverhalten gibt, darf die Schule vor Ort entscheiden, ob sie das auf dem Zeugnis vermerkt oder nicht. - All diese Ansätze haben Sie verfolgt.

Am schlimmsten war das in der kommunalen Schulentwicklung. Da gibt es Schulen, die sagen: Es macht keinen Sinn, dass Sie die Gesamtschulprivilegien festgeschrieben haben, zum Beispiel auch den Zwang, den Sekundarbereich II vorhalten zu müssen. Es gibt Kommunen - Frau Beer, auch bei Ihnen in OWL; Sie brauchen nur nach Gütersloh zu gehen, wo auch die Bertelsmann-Stiftung sitzt -, die sagen: Uns laufen die Jahrgänge leer. Wir brauchen das in der kommunalen Schulentwicklungsplanung gar nicht. Sie stellten in den letzten fünf Jahren Anträge bei der Bezirksregierung. All das lehnen Sie ab.

Sie zwingen Schulen vor Ort zu organisatorischer Ineffizienz.

(Zuruf von Sigrid Beer [GRÜNE])

Hinsichtlich des Ganztagsprivilegs gibt es kommunale Schulträger, die sagen: Wir wollen bei uns vor Ort den Ganztagsunterricht auch an Realschulen, an Hauptschulen oder an Gymnasien haben. Sie sagen aber: Nein, wir bewilligen Ihnen die Mittel nicht, aber wir zwingen umgekehrt 98,5 % der Gesamtschulen, das als schulrechtlichen Regelfall anzubieten.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Kommen Sie jetzt bitte auch zum Schluss, Herr Abgeordneter.

**Ralf Witzel (FDP):** Ich komme zum Ende, Herr Präsident.

All das sind Punkte, bei denen Sie fünf Jahre lang hätten ansetzen können. Jetzt können Sie mit uns gemeinsam arbeiten, um den Politikwechsel in Richtung „mehr selbstständige Schule, mehr Schulautonomie vor Ort“ zu gestalten. Dabei können Sie sich einbringen.

Letzter Hinweis: Es wird nicht auf Kosten der Qualität gehen. Ich bin Frau Ministerin Sommer für diese Feststellung sehr dankbar. An der Orientierung zu mehr Leistung und mehr Vergleichbarkeit wird auch mehr Schulautonomie bei uns nichts ändern.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Damit ist die Beratung beendet.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrages Drucksache 14/203** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll dort in öffentlicher Sitzung erfolgen. Gibt es hiergegen Widerspruch? - Das sehe ich nicht. Dann ist das so beschlossen.

Wir kommen zum Tagesordnungspunkt

## **6 Regionalstellen Frau und Beruf brauchen jetzt eine verlässliche Finanzierungszusage für 2006**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/199

Ich eröffne die Beratung. Als erste Rednerin hat Frau Watermann-Krass das Wort. Bitte schön.

**Annette Watermann-Krass (SPD):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion fordert heute mit ihrem Antrag die Landesregierung auf, den Regionalstellen Frau und Beruf eine verlässliche Finanzierungszusage für das Jahr 2006 zu geben; denn von Minister Laschet und den Mitgliedern der Koalitionsfraktionen im Fachausschuss war diesbezüglich sehr wenig zu vernehmen. Nun können nicht alle Aussagen und Entscheidungen, wie wir das jetzt sehr häufig hören, bis nach der Bundestagswahl verschoben werden, denn die 49 Regionalstellen im Land brauchen jetzt ein Signal,

(Ministerin Christa Thoben: Im Antrag steht „46“!)

- Frau Thoben, ich hoffe, Sie kennen die Zahl; dann habe ich mich wohl verguckt -, ob ein Antrag

auf Förderung für das Jahr 2006 gestellt werden kann. Zum einen ist zu bedenken, dass die Haushaltsberatungen in den Kommunen bald beginnen, und in der Regel werden diese Stellen von mehreren Kommunen getragen. Hierfür benötigt man Absprachen im Verfahren und bei den Anträgen. Zum anderen fragen sich diese Regionalstellen, ob das verbleibende Vierteljahr dazu genutzt werden muss, ihre Mietverträge zu kündigen und ihr Personal zu entlassen. Dieser Zustand, meine Damen und Herren, ist unhaltbar.

(Beifall von der SPD)

Die Regionalstellen leisten nicht nur für Berufseinsteigerinnen und -rückkehrerinnen nach Erziehungszeiten eine wichtige Beratungsfunktion, sondern vor allem auch in der Wirtschafts- und Strukturpolitik, und zwar im Bereich der Existenzgründungsförderung, bei der Erschließung neuer Berufs- und Betätigungsfelder und in der Unternehmensberatung, wenn zum Beispiel mit großen Arbeitgebern über Personalentwicklung, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, familienfreundliche Arbeitszeiten und berufliche Weiterbildung gesprochen wird. Deshalb fordern wir ja auch, diesen Antrag möglichst in vielen Ausschüssen zu diskutieren.

Gerade im ländlichen Raum - ich komme aus dem Münsterland - sind diese Regionalstellen wichtige Instrumente in mühsam über die Jahre entwickelten Netzwerken zur Förderung von Frauen und Mädchen. Diese Regionalstellen bilden gleichsam den Knoten inmitten des Netzwerks, das wir aufgebaut haben. Diese Vernetzung trägt dazu bei, dass die Regionalstellen im Vergleich zu den anderen Beratungsstellen im Bereich berufliche Förderung bei der Stiftung Warentest an allererster Stelle stehen. Der hier angebotene Tiefgang kann mit Blick auf die Beratungs- und Informationsdienste von keiner anderen Stelle geleistet werden, auch nicht von der Bundesagentur für Arbeit und ihren regionalen Gliederungen. Deshalb fordere ich die Landesregierung auf:

Erstens. Unterrichten Sie die Regionalstellen und ihre Träger kurzfristig über die Förderbedingungen und die Anforderungen auf Förderung, damit eine lückenlose Arbeit gesichert werden kann.

Zweitens. Legen Sie eine Planung zur Finanzierung dieser Stellen vor. Dieses gilt insbesondere für die zehn - ich hoffe, das ist richtig - mit den sogenannten Ziel-2-Mitteln geförderten Regionalstellen, die einen Bewilligungsbescheid bis 2006 haben. Wenn es in Zukunft die Landesförderung für die anderen Stellen nicht mehr gibt, dann wird es auch für die weiteren Stellen schwierig.

Deshalb brauchen wir eine klare Position, eine Aussage von Ihnen, wie es in dieser Sache weitergeht. Man kann nicht sagen - deswegen unsere Aufforderung -: Wir haben es nicht gewusst. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Nun hat Frau Abgeordnete Doppmeier von der CDU-Fraktion das Wort.

**Ursula Doppmeier (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die gute und erfolgreiche Arbeit der 46 Regionalstellen Frau und Beruf will und wird sicherlich niemand infrage stellen. Die ersten Regionalstellen Frau und Beruf sind ja bereits 1988 entstanden. Seitdem wurde ihr Aufgabengebiet kontinuierlich weiterentwickelt.

Das Beratungsspektrum umfasst heutzutage die berufsvorbereitende Orientierung von Mädchen und jungen Frauen, Existenzgründungsberatungen, Beratungen für Berufsrückkehrerinnen nach der Familienpause und geht hin bis zur Förderung betrieblicher Chancengleichheit. Das ist ein großes und beachtliches Feld.

Dass dies alles weiter vorangebracht und gestärkt werden muss, steht sicherlich außerhalb jedweder Diskussion. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, auf die fachlichen Kompetenzen von Frauen in den unterschiedlichsten Wirtschaftsfeldern zu verzichten.

Jetzt stehen die finanziellen Rahmenbedingungen für die Regionalstellen mit und ohne europäische Förderung auf der Tagesordnung. Meine Damen und Herren, gerade in Zeiten knapper Kassen müssen wir verstärkt auf Synergieeffekte achten, um effektiv und kosteneffizient zu arbeiten. Die Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wie der Arbeitsagentur, den Kammern, den unterschiedlichen Bildungsträgern und Unternehmen muss auch weiter zu einem sicheren und stabilen Netzwerk ausgebaut werden.

Die Geschlechterperspektive und das Gleichstellungsziel sind kein Novum in der Arbeitsmarktpolitik. Vor allen Dingen dürfen sie kein Nischenthema sein, sondern sie müssen in eine umfassende Wirtschaftsförderung eingebunden werden.

Sie stimmen sicherlich mit mir überein, dass gerade die konkrete Umsetzung von Gender-Mainstreaming fest in die kommunale Wirtschaftsförderung eingebunden gehört.

Was in den Regionalstellen Frau und Beruf begonnen wurde, muss in den jeweiligen Institutio-

nen aufgenommen und weiterentwickelt werden. Der spezielle Beratungs- und Förderbedarf von Frauen muss auch in Arbeitsagenturen, bei Kammern, Bildungsträgern und in Unternehmen wahrgenommen und umgesetzt werden. Erfolgreiche Modelle und Strategien müssen übertragen, Kompetenzen weiterentwickelt werden. Hierfür muss eine Struktur mit Kontinuität sowohl auf der Verantwortungsebene als auch auf der Umsetzungsebene geschaffen werden. Nur so kann eine integrative Wirkung erreicht werden. Das ist sicherlich unser aller Ziel.

Ziel ist und bleibt es somit, Frauen nicht nur auf dem Arbeitsmarkt gleiche Chancen einzuräumen, sondern sie überhaupt wieder in einen Job vermitteln zu können. So eindeutig und einfach es klingt, so kompliziert ist es oft in der Arbeitsmarktpolitik.

Wir sind uns doch darin einig, dass es arbeitsmarktpolitisches Ziel sein muss, erwerbslose Menschen - das sind Männer und Frauen - beruflich wieder zu integrieren. Zugleich ist und bleibt es unser politisches Ziel, Frauen gleiche Chancen auf eine Berufstätigkeit zu ermöglichen. Arbeitsmarktpolitik kann somit nur in Verknüpfung mit Strukturpolitik nachhaltig zu mehr regulären Beschäftigungsverhältnissen beitragen. Dafür muss der finanzielle Rahmen aber auf sicheren Füßen stehen.

In dem SPD-Antrag werden Zusagen über eine weitere finanzielle Förderung der 32 landesgeförderten Regionalstellen für 2006 gefordert. Solche Zusagen sind zurzeit noch nicht zu treffen. Wir versprechen keine Dinge, die wir am Ende nicht halten können. Sie können sich selbst fragen, wem wir es zu verdanken haben, dass die finanzielle Lage des Landes Nordrhein-Westfalen das nicht zulässt. Schulden in Höhe von 110 Milliarden € sind Ihre Hinterlassenschaft an uns.

Solange der Haushaltsentwurf für 2006 nicht vorliegt, wäre jegliche finanzielle Zusage zurzeit unseriös. Das mag in Ihrer Zeit vielleicht üblich gewesen sein. Wir werden das jedenfalls nicht tun.

(Beifall bei CDU und FDP)

Sie können aber sicher sein, dass wir die Frauen nicht im Regen stehen lassen. Die Zielsetzung „Chancengleichheit von Frauen auf dem Arbeitsmarkt und Wiedereingliederung von Frauen in die Arbeitswelt“ ist uns weiterhin sehr wichtig. - Wir freuen uns auf die Diskussion mit Ihnen im Ausschuss.

(Beifall von der CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Frau Abgeordnete Steffens von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat ums Wort gebeten. Das erhält sie jetzt.

**Barbara Steffens (GRÜNE):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Doppmeier, wir haben den Regionalstellen nie etwas versprochen, was wir nicht gehalten haben. Wir haben ihnen vielmehr etwas versprochen und haben es gehalten. Wir haben sie nämlich bis zum heutigen Tage mit Landesmitteln finanziert.

Ich finde es schon etwas einfach, bei jedem Tagesordnungspunkt die hinterlassenen Schulden zu erwähnen. Das wussten Sie im Wahlkampf. Das wussten Sie, bevor Sie an die Regierung gekommen sind. Sie haben vor diesem Hintergrund im Wahlkampf Versprechen gegeben und Zusagen gemacht.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben auch Ihre Programmatik vor dem Hintergrund der Tatsache gemacht, dass dieses Land verschuldet ist. Auch wir haben in der Vergangenheit Politik vor dem Hintergrund eines sehr engen Haushalts gemacht.

Es funktioniert nicht, immer wieder damit zu kommen, dass es so viele Schulden gibt. Sie müssen schon inhaltlich sagen, was Sie wollen. Ich kann verstehen, dass Sie sich heute nicht hierhin stellen und spitz auf Knopf sagen, wieviel Euro es gibt. Die Frage ist aber doch: Wollen Sie die Regionalstellen weiter fördern? Wollen Sie die Mittel dafür im Haushalt freischaufeln oder nicht? - Das können Sie ganz klar hier sagen. Sie können sich dazu bekennen.

Ich habe Sie aber so verstanden, dass Sie das nicht so tun. Sie sagten zwar, niemand wolle die gute Arbeit der Vergangenheit hinterfragen. Gleichzeitig sagen Sie aber, wir müssten nach Synergieeffekten suchen. Dann zählen Sie Kammern, Arbeitsagenturen und all diejenigen auf, die in der Vergangenheit auch schon immer einen Gleichstellungsauftrag hatten, diesen aber nie wahrgenommen haben. Von daher machen Sie es sich etwas einfach.

Natürlich müssten sie es. Aber wir können das vielleicht einmal an einer CDU-Optionskommune deutlich machen, ob die Eingliederungsmittel dort für Wiedereingliederung von Frauen verwandt werden. Das passiert so nicht. Wenn man sich derzeit die Arbeitsmarktpolitik ansieht, stellt man fest, dass diejenigen aus dem System herausfallen, für die es eigentlich dringend notwendig ist. Für die bisher in den Arbeitsmarkt integrierbaren

Frauen nach der Erziehungsphase und nach der Pflegephase gibt es keine Angebote. Gerade deswegen brauchen wir die Regionalstellen in diesem Land jetzt und in Zukunft ganz dringend.

Das Konzept von Hartz IV ist jetzt gelaufen. Es wird umgesetzt, und es gibt gerade aus Frauensicht viel Kritik daran. Es ist ein Konzept, das dringender denn je genau für Frauen eine Beratungsstruktur benötigt.

Es darf nicht nur eine Struktur sein, die es separat in jeder einzelnen Sparte gibt. Was können die Kammern beraten? Die Kammern können ihre Blickrichtung beraten. Was kann eine Arbeitsagentur beraten? Jeder kann immer nur seine eigene kleine Blickrichtung beraten.

Das Spannende an der Regionalstelle ist aber gerade, dass sie die individuellen Fähigkeiten der Frau erkennen kann. In der Beratung kann das passgenaue Angebot herausgefunden werden. Ich glaube, dass wir die Strukturen, die wir jetzt aufgebaut haben, nicht einfach über Bord werfen dürfen; denn wir brauchen diese Strukturen auch in Zukunft dringend.

Jeder, der sich ein bisschen damit beschäftigt, was die demographische Entwicklung für den Arbeitsmarkt bringt, der weiß, dass wir spätestens 2010 in bestimmten Branchen einen zunehmenden Fachkräftemangel haben.

Genauso wie in anderen Bundesländern werden wir es uns in Nordrhein-Westfalen nicht erlauben können, die fachlichen Potenziale von Frauen brachliegen zu lassen. Deswegen brauchen wir genau solche Regionalstellen, die versuchen, in Kooperation mit der Wirtschaft, mit den Kammern und mit all denen, die Sie aufgezählt haben, Frauen bestmöglich zu qualifizieren und zu fördern.

Ich kann verstehen - das habe ich eben schon gesagt -, wenn es keine Zusage in der Weise gibt: Spitz auf Knopf so viel Geld gibt es. - Aber ich finde es notwendig, dass von Ihnen hier heute eine klare Botschaft gesendet wird: Wir als neue Koalition wollen genau wie die alte Koalition diese Strukturen erhalten. - Wenn Sie sagen: „Die Arbeit war in der Vergangenheit gut“, dann sind Sie das den Frauen schuldig.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank. - Nun hat Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden von der FDP-Fraktion das Wort.

**Ingrid Pieper-von Heiden (FDP):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es geht heute nicht darum, die Verdienste der Regionalstellen Frau und Beruf in den unterschiedlichen Lebensphasen von Frauen zu diskutieren und zu bewerten. Die Intention des Antrags ist doch klar: Es geht um haushaltsrechtliche und haushaltstechnische Fragen. Das wissen Sie, die Antragsteller, und dennoch kommen Sie daher, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, und stellen wenige Tage vor der Bundestagswahl einen Schauantrag - wirklich einen Schauantrag -,

(Widerspruch von der SPD)

von dem Sie aus eigenem Regierungshandeln wissen müssten, dass er haushaltsrechtlich zu diesem Zeitpunkt irrelevant ist.

Über die Qualität der Arbeit können wir gerne an anderer Stelle diskutieren. Hier geht es darum, dass Sie im Vorfeld haushaltsrechtliche Zusagen haben wollen, die man seriöserweise gar nicht geben kann. So positiv Sie die Arbeit der Regionalstellen auch bewerten mögen: Der Bewilligungszeitraum der vom Land geförderten Regionalstellen läuft zum Jahresende 2005 aus. Bei allem Verständnis für Planungssicherheit, die natürlich wünschenswert ist, kann ein Parlament doch nicht dazu aufrufen, darüber hinausgehende Förderanträge für die nächste Haushaltsperiode zu stellen, solange kein Haushaltsentwurf für das Folgejahr vorliegt. Hierzu müssen erst einmal Haushaltsberatungen durchgeführt und abgeschlossen werden.

Ebenso verhält es sich auch im Falle der EU-kofinanzierten Regionalstellen. Die Förderperiode läuft erst Ende 2007 aus. Wie soll die Landesregierung bereits jetzt ein Finanzierungsmodell für diese Regionalstellen entwickeln, wenn noch keinerlei Eckpunkte der EU-Förderung für den Zeitraum ab 2007 bekannt sind? Das wäre doch ein Blindflug. Wir würden uns in Verpflichtungen begeben, deren Ausmaß wir überhaupt noch nicht kennen und abschätzen können.

Ich weiß, dass die rot-grüne Landesregierung in vielen Bereichen in der Vergangenheit anders gehandelt und massenhaft Anträge abgesehnet hat - weit über eine Legislaturperiode hinaus. Dies ist aber kein seriöses Regierungshandeln und alles andere als ein Bemühen um Nachhaltigkeit, die Sie mit Worten doch auch immer wieder einfordern.

Wir fühlen uns der Nachhaltigkeit und einem seriösen Finanzierungsrahmen verpflichtet und werden sowohl die Haushaltsberatungen für 2006 abwarten als auch die Eckdaten der EU für die

Förderphase nach 2007. Die müssen wir erst einmal kennen, bevor wir handeln können. Alles andere wäre unseriös; das müssten Sie wissen. Deshalb gehört dieser Antrag zum gegenwärtigen Zeitpunkt - ich spreche nicht von einer Auswertung der Arbeit dieser Regionalstellen - in die Abteilung „Wahlkampf SPD“. - Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Pieper-von Heiden. - Lassen Sie mich kurz auf Folgendes hinweisen: Sie haben gerade bezweifelt, dass der Antrag zulässig sei. Das ist selbstverständlich überprüft worden. Er ist zulässig und darf hier beraten werden.

(Beifall von der SPD)

Jetzt hat Herr Minister Laschet das Wort.

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Steffens hat gesagt, es gehe heute nicht darum, den Haushalt bis auf den letzten Cent darzulegen, sondern um die Frage, ob diese Landesregierung die Regionalstellen will oder nicht.

(Hannelore Kraft [SPD]: Richtig!)

Das ist Ihre Meinung, Frau Steffens. Aber die SPD will etwas anderes. Die SPD will wie häufig Zusagen ins Blaue hinein haben. Sie will jetzt wissen: Wie sieht das im Haushalt aus? Sie will wissen: Wie sieht das für 2006 aus? Und sie will sogar noch wissen, wie es bei der Europäischen Union ab 2007 aussieht, obgleich selbst der Bundeskanzler bis heute nicht weiß, wie sich die EU ab 1. Januar 2007 finanziert. Das ist eine völlig unseriöse Herangehensweise an solche Themen.

Angesichts der Politik der jetzigen Bundesregierung, bei einem Anteil von 1,0 am europäischen Haushalt zu bleiben, kann ich Ihnen jetzt schon prophezeien: Wir werden überhaupt nichts mehr für die Regionen im Westen Europas bekommen. Insofern können Sie, wenn Herr Schröder gewinnt und sich in der EU durchsetzt, alle EU-Maßnahmen auch für Ziel-2-Gebiete in Nordrhein-Westfalen völlig vergessen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie haben doch den Bundesrat! Der ist doch CDU!)

Frau Kraft, Sie wissen als frühere Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten besser, dass dies nicht möglich ist. Sollte am Sonntag eine neue Bundesregierung gewinnen, wird sicher auch in einem anderen Ton und in einer anderen

Weise über die Finanzierung europäischer Aufgaben gesprochen werden. Ich bin sicher, dass eine neue Bundesregierung dann auch Regionen wie Nordrhein-Westfalen beteiligen wird.

(Beifall von der CDU)

Jetzt aber zu der Frage von Frau Steffens: Wollen wir die Regionalstellen oder nicht? Natürlich haben die Regionalstellen seit ihrer Gründung 1988 eine wichtige Aufgabe zur Integration von Frauen in den Beruf geleistet. Sie haben Doppeltes geleistet: Sie haben beim Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen zur Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft ganz bedeutende Dinge geleistet, und sie haben das Qualifizierungs- und Beschäftigungspotenzial für Frauen verbessert.

Ich stimme Ihnen völlig zu: Natürlich wird uns die Demographie in den nächsten Jahren dazu bringen, alle Potenziale qualifizierter Menschen zu nutzen. Insofern brauchen wir auch verstärkt Frauen im Arbeitsmarkt. Dass wir in Nordrhein-Westfalen eine der geringsten Frauenerwerbsquoten haben, ist sicher nicht die Schuld der Landesregierung, die am 22. Mai gewählt worden ist, sondern der Landesregierung, die bis zu diesem Tag in diesem Land regiert hat.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb sind das in der Tat Schauanträge. Sie tun so, als wenn Sie damit etwas in diesem Feld bewirken könnten. In Wirklichkeit wissen Sie, dass wir schon in wenigen Wochen, noch im Oktober, hier wieder beisammen sind und auch über einzelne Summen im Haushalt 2006 sprechen werden. Sie können sicher sein, dass wir - Sie haben mir hier beim letzten Mal, als wir über Horte diskutiert haben, vorgehalten: Sie schaffen Doppelstrukturen - darauf achten, dass es keine Doppelstrukturen gibt, dass wir Kompetenzen bündeln, um unserem Ziel effizient zu dienen.

(Beifall von Ingrid Pieper-von Heiden [FDP])

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Watermann-Krass?

**Armin Laschet,** Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

**Vizepräsident Dr. Michael Vesper:** Bitte schön, Frau Kollegin.

**(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter)**

**Annette Watermann-Krass** (SPD): Herr Laschet, was macht eine Regionalstelle, die ein Vierteljahr Kündigungsfrist hat, bis zum Oktober?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Sie waren jahrelang erfinderisch, mit den Regionalstellen umzugehen. Sie haben so tolle Dinge gemacht wie systematische Einführung neuer Kriterien wie Einwohnerzahl, Arbeitslosenquote, Frauenerwerbsquote, und haben bei manchen Regionalstellen im Ergebnis bis zu 30 % gekürzt. So galant kann man das auch machen. Wir sagen klipp und klar, was wir vorhaben, und das wird im Haushaltsplan möglicherweise schon Ende September, jedenfalls mit Sicherheit bei den Beratungen hier im Oktober für jede Regionalstelle sichtbar und erkennbar werden.

Darüber hinaus möchte ich noch an etwas anknüpfen, was Sie, Frau Steffens, gesagt haben, was die Kammern und was die Wirtschaftsfördergesellschaften leisten oder nicht leisten. Sie haben gesagt, sie leisteten nicht viel hätten es sich leicht gemacht und sich nicht um dieses Thema gekümmert.

Die Kollegin Thoben hat mit den Kammern neue Gründungsagenturen vereinbart, und wir überlegen zurzeit, wie mit den Kammern ein Konzept entwickelt werden kann, wie sie dieses Politikfeld bei dem, was sie an Beratung leisten, verstärkt wahrnehmen können. Das ist zunächst wünschenswert. Wenn Sie sagen, die haben bisher nichts gemacht, wäre es doch ein großer Erfolg, wenn sie sich demnächst um dieses Thema verstärkt mit kümmern würden.

Im Übrigen werden wir sicher im nächsten Jahr weiter Regionalstellen haben. Es steht überhaupt nicht zur Debatte, es hat doch niemand in Frage gestellt. Aber wir gucken: Wie geht es effizienter? Ist wirklich jede Regionalstelle so, wie sie arbeitet, optimal? Gibt es nicht Kommunen, die sagen, wir haben andere Strukturen, um es besser zu machen? Alles das muss man aufgrund von soliden Zahlen prüfen. Insofern werden wir dies in den nächsten Wochen mit Ihnen ausführlich beraten.

Eine letzte Bemerkung. Sie betrifft diese Haushaltslage. Frau Steffens sagt immer, wir haben das alles gewusst. Ja, natürlich haben wir gewusst, dass die Lage schwierig ist; das hat niemand in Abrede gestellt.

(Barbara Steffens [GRÜNE]: Trotzdem haben Sie Wahlkampf gemacht!)

Aber das ist doch kein Grund, jetzt zu sagen: Wir schmeißen auch in Zukunft das Geld zum Fenster

raus. - Wir wollen den Haushalt konsolidieren, und dass man dies mit seriösen Zahlen macht, muss doch auch im Interesse Ihrer Fraktion liegen. Das kann man nicht ins Blaue hinein auf die nächsten Jahre so fortführen, wie Sie 39 Jahre lang in diesem Land gewirtschaftet haben.

(Beifall von CDU und FDP - Barbara Steffens [GRÜNE]: Wir nicht!)

**Präsidentin Regina van Dinther**: Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Garbrecht?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ja.

**Präsidentin Regina van Dinther**: Bitte, Herr Garbrecht.

**Günter Garbrecht** (SPD): Herr Minister, erst hatte ich den Eindruck, Sie wollen uns auf die Folter spannen, dann entnehme ich Ihren Worten, Sie haben die Mittel beim Finanzminister für das Jahr 2006 angemeldet. Können Sie jetzt dem Hohen Haus, weil es nicht so ganz erkennbar ist, die Frage beantworten: Sind die Mittel für die Regionalstellen „Frau und Beruf“ im Haushalt 2006 von Ihrem Haus angemeldet?

**Armin Laschet**, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration: Ich will niemanden auf die Folter spannen - das ist auch mit den Folterkonventionen der Vereinten Nationen gar nicht vereinbar -, sondern schlicht sagen: Sie sind ein Parlament, Sie sind der Haushaltsgesetzgeber. Und dem Haushaltsgesetzgeber werden wir in Kürze den Haushalt für 2006 vorschlagen.

(Zuruf von Hannelore Kraft [SPD])

Dann werden Sie sehen, was dort für die Regionalstellen vorgesehen ist. Ich habe lediglich gesagt: Die Arbeit der Regionalstellen ist wichtig, und ich bin sicher, es wird im Jahre 2006 noch Regionalstellen geben. Wie sie arbeiten, wie effizient sie arbeiten, wo Schwerpunkte gesetzt und neue Synergien genutzt werden, ist der Regierungsberatung und der Parlamentsberatung in den Fachausschüssen vorbehalten. So ist es die übliche Praxis, denn Sie sind letztlich der Haushaltsgesetzgeber, Sie werden entscheiden, wie viel Geld im nächsten Jahr bereitsteht.

Über die Arbeit, die Qualität der Regionalstellen streitet niemand. Aber über Effizienz und bessere Synergieeffekte mit denen, die auf diesem Feld

tätig sind, denken wir nach. Wir legen Ihnen in Kürze all die Zahlen vor, die Sie brauchen.

(Beifall von CDU und FDP - Carina Gödecke [SPD]: Dass wir zur Kürzung der Regionalstellen kommen!)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Laschet. - Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir zum Schluss der Beratung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/199** an den **Ausschuss für Frauenpolitik** - federführend -, den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales**, den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer diesem Vorschlag beipflichten will, den bitte ich ums Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Wir kommen zu:

## **7 Reform des Sparkassenrechts darf nicht zur Zerschlagung des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen führen**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/202

Ich eröffne die Beratung und gebe Herrn Körfges von der SPD das Wort.

**Hans-Willi Körfges** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich auf das eigentliche Thema eingehe, möchte ich mich für die Ankündigung beim letzten Tagesordnungspunkt, wann wir mit der Einbringung des Haushalts zu rechnen haben, bei Herrn Minister Laschet bedanken: Oktober 2005 für 2006. Ich bin gespannt. Hoffentlich handelt es sich nicht um einen Versprecher.

Wir haben den Antrag zur Reform des Sparkassenrechtes heute, obwohl wir im Plenum schon vor einiger Zeit intensiv diskutiert haben, gestellt und hoffen auf einen weiteren intensiven Meinungsaustausch, der hier nicht im Plenum enden soll. Ich denke, das ist auch nötig.

Ich will den Herrn Finanzminister, der leider im Augenblick nicht anwesend ist, ausdrücklich zitie-

ren. Er hat anlässlich des Eilantrages der Kolleginnen und Kollegen der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gesagt, dieser Antrag drücke eine Sorge aus, für die es derzeit noch keine Begründung gebe.

Sprache ist manchmal verräterisch, liebe Kolleginnen und Kollegen. „Derzeit noch keine Begründung“! Allein diese Formulierung zeigt, wie relativ sicher sich man bei Aussagen der neuen Landesregierung sein kann. Das haben sicherlich die Bezieher von BAföG heute schon zur Kenntnis nehmen müssen, und auch in der Finanzpolitik gibt es gewisse Verwunderung über die Ankündigung von Personalabbau bei gleichzeitiger Schaffung zusätzlicher Stellen im Bereich der Landesregierung.

Hinzu kommen, gelinde gesagt, recht widersprüchliche Aussagen zum Thema Sparkassenreform, und das vor dem Hintergrund, dass wir uns eigentlich über alle Fraktionen hinweg bezogen auf die Zuverlässigkeit unseres Sparkassensystems und die Dinge, die für das Funktionieren des Sparkassensystems in Nordrhein-Westfalen unentbehrlich sind, einig waren.

Da lässt der Herr Finanzminister im „Rheinischen Merkur“ vom 14. Juli die Öffentlichkeit wissen, dass bei den Sparkassenverbänden die Frage diskutiert werde

(Gisela Walsken [SPD]: Wo ist denn der Finanzminister?)

- ja, wo ist er im Übrigen? -, ob man natürliche Personen an Sparkassen beteiligen, also eine sogenannte Bürgerkasse schaffen solle.

Am 31. August berichtet das „Handelsblatt“, der Düsseldorfer Oberbürgermeister Erwin - der hat, denke ich, eine tragende Rolle bei diesen ganzen Spekulationen und Diskussionen - habe die Stadtparkasse Düsseldorf der West-LB angeboten. Der Finanzminister - leider immer noch nicht anwesend - hat, glaubt man dem „Handelsblatt“, den Ball aufgenommen und will über mögliche Modelle reden.

Herr Erwin erlaubt sich dann - Freiheit der Formulierung - die Bezeichnung der West-LB als „Dame ohne Unterleib“ und schlägt die Zusammenführung seiner Sparkasse das kann man im „Kölner Stadt-Anzeiger“ nachlesen - mit der Zentralbank vor. Das Finanzministerium teilt mit, es handele sich entgegen anders lautender Pressemitteilungen um eine Falschmitteilung. Und der geneigten Öffentlichkeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, wird im Plenum mitgeteilt, die Opposition würde

den Konsens in der gemeinsamen Sparkassenpolitik infrage stellen.

Dramatischer geht es ja kaum: Sie - oder Kolleginnen und Kollegen von Ihnen - stellen überflüssige Fragen. Die werden dann überflüssigerweise falsch beantwortet oder dementiert. Und uns wird, wenn wir das Thema im Interesse unserer Institute geklärt haben wollen, dann gesagt, wir würden irgendwelche Konsense infrage stellen.

Das Gegenteil ist der Fall. Wir wollen auch in Zukunft sicherstellen, dass die Sparkassen in NRW für die Bürgerinnen und Bürger, die lokale Wirtschaft, den Mittelstand und insbesondere für die kommunalen Trägerinnen und Träger weiterhin gute und umfassende Dienste leisten.

Das, was wir in unserem Antrag fordern, müsste eigentlich in diesem Hause selbstverständlich sein. Aber nach all dem, was man veröffentlicht nachvollziehbar lesen kann, ist es das offensichtlich nicht.

Erstens: Der öffentliche Auftrag muss erhalten bleiben. Zweitens: Die kommunale Einbindung von Sparkassen ist unverzichtbarer Bestandteil. Drittens: Das Regionalprinzip bleibt erhalten. Viertens: Es bleibt - das ist ganz besonders wichtig - bei der Zweistufigkeit von Landesbank und Sparkassen. Fünftens: Sparkassen bleiben Anstalten des öffentlichen Rechtes. Und last but not least: Eine Privatisierung beziehungsweise Teilprivatisierung der Sparkassen bleibt ausdrücklich ausgeschlossen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Wenn Sie uns dann entgegen werfen, dass fruchtlose Strukturdiskussionen nichts bringen, dann haben Sie mich voll auf Ihrer Seite. Sie bringen wirklich nichts, insbesondere wenn sie diesen Prinzipien zuwider laufen.

Wichtig ist die Verbesserung der Ertragslage der Institute. Die Sparkassen in unserem Land haben aus eigener Kraft da viel unternommen, Optimierungsprogramme, Zusammenarbeit, Kooperationen, sogar zum Teil Fusionen.

Aber eine falsche Antwort - und die wird, denke ich, auch in Kreisen der Regierungskoalition vertreten - wäre der Aufbau einer eigenen Direktbank. Fragen Sie einmal die Verantwortlichen in der Sparkassenfamilie, was die davon halten. Da wird in das Kerngeschäft der Sparkassen eingegriffen. Kannibalisierung „wir gegen uns“ - ist vorgesehen. Meine Damen und Herren, so hilft man den Sparkassen nicht. So bringt man Unruhe in die ganze Angelegenheit.

(Beifall von der SPD)

Aufgrund der knappen Zeit will ich nicht auf den Fall Stralsund eingehen.

Dass es sich für uns alle verbieten sollte, über den Verkauf von Sparkassen zu diskutieren, halte ich nach wie vor für Konsens hier, obwohl man in Programmen und Parteitagsbeschlüssen das eine oder andere sicherlich auch schon einmal lesen kann.

Nur nach unserer Meinung verbietet sich auch eine Diskussion über Beteiligungen. Denn damit stellen Sie die Möglichkeit, sozial schwächere Bürgerinnen und Bürger sparkassenmäßig, bankmäßig zu versorgen, infrage. Sie leisten der lokalen Wirtschaft einen Bärendienst. Insbesondere geht es dann um die zahlreichen Aktivitäten der Sparkassen vor Ort, die dadurch auch nach dem Privatprinzip „Profitmaximierung um jeden Preis“ gegebenenfalls infrage gestellt würden.

Wenn Herr Linssen es jetzt schon nicht für nötig hält, an der Diskussion teilzunehmen ...

(Gisela Walsken [SPD]: Ja, ja! - Gegenruf von Minister Dr. Helmut Linssen: Ich bin schon lange da!)

- Entschuldigen Sie bitte, dass ich Sie übersehen habe.

(Gisela Walsken [SPD]: Glück gehabt!)

In aller Freundlichkeit: Dann gibt es am 26. September aber gegebenenfalls beim Verbandstag des Rheinischen Sparkassen- und Giroverbandes die Möglichkeit, dass Sie all das, was aus Ihrer Richtung gekommen ist, noch einmal nacharbeiten.

(Gisela Walsken [SPD]: Das hören wir uns gern an! Sehr gut!)

Wir werden uns die Freiheit nehmen, im HFA dazu eine Anhörung zu beantragen. Dann können wir die von Ihrer Irritationspolitik Betroffenen sicherlich auch einmal zu Wort kommen lassen. Auf die Beratungen im Ausschuss freue ich mich jetzt schon.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Körfges. - Volkmar Klein von der CDU-Fraktion hat jetzt das Wort.

**Volkmar Klein (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Überschrift und der erste Satz dieses Antrags sind der durchaus korrekte Versuch, meinen Beitrag von

vor 14 Tagen zu diesem Thema an dieser Stelle irgendwie zusammenzufassen. Ich bedanke mich herzlich dafür.

Allerdings scheint mir das alles nicht weit genug zu gehen. Ich möchte jedenfalls schon weiter gehen als Ihre doch ziemlich laue Bemerkung in diesem Antrag, dass die Sparkassen seit Jahren gute und umfassende Dienste leisten. Also: Gute und umfassende Dienste leistet ein Spültuch in der Küche. Dass aber mit den Sparkassen so lieblos umgegangen wird oder so wenig anerkennend, scheint mir doch ein bisschen zu wenig zu sein.

Ich möchte da schon weiter gehen: Erfolgreiche Sparkassen sind wichtig für Nordrhein-Westfalen. Sie sind völlig unverzichtbar für die Finanzierung des Mittelstands. Wir brauchen Sparkassen auch weiterhin überall vor Ort, um die flächendeckend gute Versorgung mit Bankdienstleistungen sicherzustellen.

Sie schreiben in diesem Antrag: „Dies wird auch in Zukunft so bleiben“. Auch das, meine Damen und Herren, ist zu wenig. Ich meine, wir müssen da weiter gehen. Wir müssen sagen: Das muss auch in Zukunft so bleiben. Denn von alleine wird das nicht gehen.

Sie bezeichnen in diesem Antrag ja schon als Eckpunkte, was heute sozusagen die rechtliche Hülle der Sparkassen festlegt. Ich könnte ja scherzhaft sagen: Das ist nun wirklich strukturalter konservativ im übelsten Sinne.

(Zurufe von Gisela Walsken [SPD] und Hans-Willi Körfges [SPD])

Wir müssen weiter gehen, wenn wir den Kern dessen, was uns an Sparkassen wichtig ist, erhalten wollen. Herausforderung ist doch, den Rahmen für die Zukunft so anzupassen, dass die wirklichen inhaltlichen Eckpunkte zukunftsfest gesichert werden. Die rechtliche Hülle ist nicht der eigentliche Eckpunkt, sondern nur Mittel zum Zweck dafür, wie wir den Inhalt dessen, was uns bei der Sparkasse wichtig ist, in die Zukunft übertragen können.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Ach! - Gisela Walsken [SPD]: Eine ganz neue Position!)

Was ist uns denn wichtig? Ich denke, eine flächendeckende Versorgung für uns alle in Nordrhein-Westfalen ist wichtig. Der Inhalt des § 3 des Sparkassengesetzes darf nicht infrage gestellt werden. Das steht nicht zur Disposition. Als weitere Punkte dürfen nicht zur Disposition stehen, dass es beim Regionalprinzip für die Sparkassen bleiben muss und dass wir auch in Zukunft wei-

terhin eine regionale Anbindung der Sparkassen und auch eine regionale Entscheidungsstruktur brauchen, eine dezentrale Struktur, die gerade beim Rückzug der Großbanken aus der Fläche wichtig für unsere Wirtschaft und die gesamte Volkswirtschaft ist - über die Diskussionen hier im Landtag hinaus.

Ich denke, dass unsere Wirtschaft in Deutschland gerade deswegen gut aufgestellt ist, weil sie dezentral stark ist. Ein Mosaikstein dafür ist auch, dass die Wirtschaft überall auf eine ebenso dezentral starke Bankenversorgung zurückgreifen kann. Eines der Hauptrückgrate dafür ist nun einmal die Sparkassenorganisation.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Klein, möchten Sie eine Zwischenfrage von Frau Walsken zulassen?

**Volkmar Klein (CDU):** Bitte schön.

**Gisela Walsken (SPD):** Herr Klein, Sie haben gerade die Formulierung „dezentrale Regionalstruktur“ geprägt. Vielleicht ist das hier falsch angekommen. Können Sie uns erläutern, was Sie sich darunter vorstellen?

**Volkmar Klein (CDU):** Ich habe das noch nicht einmal akustisch verstanden.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Noch einmal.

**Gisela Walsken (SPD):** Ich spreche eigentlich nicht sehr leise. - Sie haben gerade gesagt, das Regionalprinzip sei Ihnen wichtig, gleichwohl würden Sie auf „dezentrale Regionalstrukturen“ setzen. Die Frage ist: Ist das hier falsch angekommen, oder können Sie uns erläutern, was das ist?

**Volkmar Klein (CDU):** Liebe Frau Kollegin Walsken, ich glaube, ich habe ziemlich deutlich zum Ausdruck gebracht, dass ich eine dezentral starke Bankversorgung in Deutschland als ausgesprochen wichtig für den Erfolg der gesamten deutschen Wirtschaft ansehe.

(Beifall von der CDU)

Genau das wird von den unabhängigen Sparkassen gelebt, die ihre Entscheidungen eben nicht an irgendwelchen zentralen Stellen der Großbanken, sondern in den jeweiligen Regionen, also dezentral, treffen.

(Gisela Walsken [SPD]: Stehen Sie also zum Regionalprinzip? Ja oder nein?)

- Das habe ich jetzt durch mehrere Erläuterungen zum Ausdruck gebracht, liebe Frau Kollegin Walsken.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Nicht drum herum reden, sondern auf den Punkt bringen!)

Ich finde, es ist eine widerliche Brandstiftung, dass uns hier immer wieder vorgeworfen wird, wir würden gegen die Sparkassen sein.

(Beifall von CDU und FDP - Gisela Walsken [SPD]: Sie machen das doch! Erwin! - Hans-Willi Körfges [SPD]: Erwin!)

Nächster Punkt! Darüber hinaus brauchen wir Sparkassen, die auch wirtschaftlich stark sind; denn wenn sie wirtschaftlich nicht stark sind, dann können Sie das, was wir von ihnen erwarten, auch nicht erreichen. Genau aus diesem Grunde ist es wichtig, dass der jetzt zwischen Sparkassen und West-LB vereinbarte Verbund auch wirklich gelebt wird.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

Neben Genossenschaftsbanken und privaten Banken brauchen wir auch weiterhin eine Säule Sparkassen in unserer Bankenlandschaft.

Wer all das will, was ich gerade beschrieben habe, der muss sich überlegen, wie wir das am besten erreichen können. Da ist es eben zu wenig, zu sagen: Es kann alles beim Alten bleiben, es wird schon alles irgendwie hinhalten. - Wir müssen genau überprüfen, was wir gegebenenfalls ändern müssen; denn in dem Antrag steht zum Beispiel zum „Fall Stralsund“: Nach nordrhein-westfälischem Sparkassenrecht ist ein Verkauf einer Sparkasse nicht möglich. - Das ist eine Binsenweisheit. Das ist aber gar nicht das, was in Stralsund geplant war.

Nach nordrhein-westfälischem Sparkassenrecht, das sich nicht sehr viel vom alten Sparkassenrecht in Mecklenburg-Vorpommern unterscheidet, ist es in der Tat so, dass ein solcher Asset Deal, also der komplette Verkauf von Aktiva und Passiva, durchaus möglich wäre. Ob es in Nordrhein-Westfalen möglich wäre, mit sparkassenaufsichtsrechtlichen Maßnahmen dagegen vorzugehen, bezweifle ich sehr stark. Aus diesem Grunde hat es in Mecklenburg-Vorpommern ja auch eine Gesetzesänderung gegeben.

Nächster Punkt! Freie Sparkassen sind in Hamburg und Schleswig-Holstein durchaus üblich. Es ist vielleicht ein bisschen zu kurz gegriffen, sie bei uns kategorisch abzulehnen. Sich überall weiter ausdehnende Sparkassen, immer weitere Fusionen, halte ich für eine ebenso große Bedrohung

für den Gedanken der Sparkassen wie Vertikalintegrationen. Das stellt zumindest die örtliche Anbindung ganz massiv in Frage.

Wir brauchen auch in Zukunft Sparkassen. Wir können in der eben beschriebenen Art und Weise sagen, was wir von ihnen erwarten, wir können aber nicht von vornherein ausschließen, dass wir irgendwelche Änderungen anpacken, wenn wir über das Sparkassenrecht reden. Wir brauchen Antworten und wir müssen den Rahmen anpassen, um den Kern dessen, was uns wichtig ist, zu erhalten. Es reicht nicht, einfach nur „Weiter so!“ aufzuschreiben.

Es wäre gut - und damit will ich zum Ende kommen -, wenn wir die sparkassenrechtlichen Fragen auch weiterhin, wie in der Vergangenheit, im Konsens beraten könnten. Sparkassen brauchen Ruhe und einen breiten Rückhalt als Grundlage für weiteren Erfolg.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir laden Sie ein, in der nächsten Zeit gemeinsam mit uns im Ausschuss darüber zu reden, wie wir eine gute Zukunft für die nordrhein-westfälischen Sparkassen sichern können. Wenige Tage vor der Bundestagswahl sollten Sie hier nicht noch versuchen, auf dem Rücken der Sparkassen Pluspunkte einzusammeln. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Klein. - Herr Sagel von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat nun das Wort.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Er hat viele Vorlagen gegeben!)

**Rüdiger Sagel<sup>1)</sup>** (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Eine Zerschlagung des Sparkassensystems wird es auch mit den Grünen nicht geben. Da sind wir uns mit der SPD einig, die das hier auch postuliert hat.

Herr Klein, ich muss schon sagen: Das war eine sehr entschlossene Rede, aber was Sie hier sehr entschlossen vorgetragen haben, war wirklich nichts. Das war ein Schwanken im Walde und nichts Konkretes.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben völlig offen gelassen, was aus Ihrer Sicht denn jetzt tatsächlich geht und was nicht geht. Wenn Sie uns hier Brandstiftung vorwerfen, dann kann ich nur sagen: Gucken Sie mal nach

nebenan ins Rathaus. Dort sitzt nämlich der Brandstifter, und der heißt Erwin.

(Beifall von GRÜNEN und SPD - Hans-Willi Körfges [SPD]: Minenleger! - Gisela Walsken [SPD]: Sie schaffen es schon, herauszufinden, wo das ist, Herr Kollege!)

Das ist die Realität; denn er hat dafür gesorgt, dass die ganze Sparkassenlandschaft in Unruhe versetzt worden ist.

Wir haben in den letzten Jahren das Sparkassengesetz und auch die Sparkassenverordnung novelliert. Wir haben sie auch unter europäischen Anforderungen, Stichworte: Anstaltslast und Gewährträgerhaftung, zukunftsfähig gemacht. Wir haben beispielsweise auch die Möglichkeit zu Fusionen gegeben, die die Sparkassen dazu bringen, wirtschaftlich handlungsfähig zu sein. Für uns haben die 113 Sparkassen in Nordrhein-Westfalen mit ihren rund 66.000 Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen wichtige Funktionen in der Kreditversorgung, und im Sinne von Bürgerfreundlichkeit unterstützen wir ihre Existenz.

Sie da hinten brauchen gar nicht die Arme auszuweiten. So sieht die Realität aus. Sie wollen offensichtlich etwas anderes, aber trauen sich zum jetzigen Zeitpunkt nicht, es zu sagen. Das ist der Punkt.

Aus unserer Sicht komplementär an der Seite der Sparkassen steht eine sich neu strukturierende West-LB, die in enger Zusammenarbeit mit den Sparkassen perspektivisch ertragreich wirtschaften kann. Die seit gut einem Jahr arbeitende NRW-Förderbank bietet zudem die Perspektive, durch Abwicklung von Landesförderprogrammen das Land strukturpolitisch weiterzubringen. Das ist eine hervorragende Sache.

Von daher gilt mein Bekenntnis zum Drei-Säulen-Modell für unsere Fraktion weiterhin. Bei diesem Anliegen sind wir uns mit der SPD-Fraktion einig. Die Einigkeit bei Ihnen stelle ich infrage. Wir werden gleich die FDP hören, die offensichtlich etwas ganz anderes will.

Wir sind uns auch mit dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband einig, der wenig von privaten Beteiligungen hält. Die Mainzer VWL-Professorin Weder di Mauro hat dazu heute im „Handelsblatt“ kritisch angemerkt, dass in England, wo die Sparkassen aufgegeben worden sind, ein sehr unerfreuliches Ergebnis vorliegt: Dort ist ein Oligopol vorhanden. Was Oligopole bewirken, sieht man gerade im Energiemarkt, auf dem die Preisdiktate auf alle Bürgerinnen und Bürger zurückfallen. Das würde auch bei den

Sparkassen passieren, wenn man dort genauso vorgehen würde.

Ich stelle fest: Wirtschaftlich hat sich eine Menge verbessert. Die Sparkassen haben ihre haftenden Eigenmittel von 2000 auf 2004 um 26 % von 59 auf 71 Milliarden € erhöht. Auch die Effizienzgewinne sind sehr positiv. Von daher sind die Sparkassen sehr gut aufgestellt. Wir halten an den Sparkassen fest.

Ich will Ihnen nicht wieder all das vorhalten, was wir vor zwei Wochen in unserem Dringlichkeitsantrag ausgeführt haben, sondern mich darauf beschränken zu sagen: Sie führen hier ein ziemlich absurdes Schauspiel vor. Alles ist unkonkret; Sie lassen alles offen. Ich bin sehr gespannt, was der Finanzminister, der möglicherweise auch noch reden wird, dazu zu sagen hat. Ich weiß, die FDP hat dazu eine ganz andere Haltung. Danke schön.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Sagel. - Es spricht Frau Freimuth von der FDP.

**Angela Freimuth (FDP):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde es bemerkenswert, dass wir im 10-Tage-Rhythmus das Thema Sparkassen plenar beraten. Das zeigt den hohen Stellenwert, den wir dem Thema Sparkassen und der Versorgung der Bevölkerung sowie der kleinen und mittelständischen Unternehmen mit Krediten und Finanzdienstleistungen beimessen. Bringt es uns in der Sache weiter, alle zehn Tage die gleiche Diskussion zu führen?

(Beifall von FDP und CDU)

Wir haben in der letzten Legislaturperiode gemeinsam versucht - auch über die Grenzen von Regierung und Opposition hinweg -, für unsere Sparkassen, für die West-LB, für die NRW-Bank wirklich gute Lösungen zu finden. Es war - gestatten Sie, dass ich das so deutlich sage - für die FDP an vielen Stellen ausgesprochen schwierig, miteinander eine Lösung zu finden, die unseren ordnungspolitischen Ansätzen auch Rechnung trägt. Trotz allem haben wir das in der Vergangenheit getan, weil es uns wichtig war und ist, den Sparkassen, den öffentlich-rechtlichen Finanzinstituten eine Perspektive und Entwicklungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Nun verstehe ich nicht - das mag mit dem Termin im September zu tun haben -, dass alle zehn Tage das gleiche Thema aufgezurrt wird, mit den

gleichen Unwahrheiten und Halbwahrheiten, mit Unterstellungen jongliert wird, die wir im 10-Tage-Rhythmus zurückweisen müssen. Trotzdem werden Sie nicht müde - das ist Ihr gutes Recht -, entsprechende Anträge einzubringen. Aber es bringt uns in der Sache nicht weiter.

Wir haben klar gesagt, auch wir wollen eine Versorgung der Bürgerinnen und Bürger und der kleinen und mittelständischen Unternehmen in der Fläche gewährleisten. Wir wollen auch Möglichkeiten schaffen - das haben wir an der Stelle immer gesagt -, die Ertragslage für die Sparkassen zu verbessern. Das ist, wenn ich das richtig in Erinnerung habe, unstrittig.

In Ihrem Antrag sagen Sie selber:

„Die Sparkassen sollen in ihrer wirtschaftlichen Betätigung den anderen Marktteilnehmern gleichgestellt und von noch bestehenden Beschränkungen befreit werden.“

Sie wollen also die Sparkassen den anderen Marktteilnehmern gleichsetzen. Warum haben Sie das in den vergangenen 39 Jahren nicht gemacht? Kommen Sie plötzlich zu dieser Erkenntnis?

Aber es kann auch sein, dass das in die Kategorie fällt, die wir uns für diese Legislaturperiode einvernehmlich vorgenommen haben. Nur: Was ich nicht verstehen kann, Herr Kollege Körfges, ist, weshalb Sie die Sparkassen auf der einen Seite wie alle anderen Marktteilnehmer behandeln wollen, aber auf der anderen Seite mit allen möglichen Denkverboten ankommen.

(Gisela Walsken [SPD]: Wo steht das denn, Frau Kollegin? Können Sie die Antragspassage zitieren?)

- Sie schreiben in den letzten sechs Spiegelstrichen einen Status quo fest, von dem wir aus vielen Diskussionen in der Vergangenheit wissen, dass wir mit diesem Status quo unsere Sparkassen nicht wirklich zukunftsgerecht und leistungsfähig aufstellen. Wir haben verschiedentlich gesagt: Das werden wir in aller Ausführlichkeit in den Ausschussberatungen erörtern.

Ich habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, dass für die FDP - das war in der vergangenen Legislaturperiode so, und das ist auch heute noch so - die Frage einer Öffnung der Sparkassen für Beteiligung von Privaten nach wie vor ein Thema ist.

(Gisela Walsken [SPD]: Aha!)

- Ja, Frau Kollegin Walsken, etwas anderes habe ich zu keinem Zeitpunkt gesagt. Dafür hat mir sogar Herr Kollege Sagel lebhaft Beifall gespendet.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Natürlich ist das ein Denkmodell. Und nicht mehr verschiedene Modelle denken zu dürfen, halte ich einfach für ein Armutszeugnis für dieses Parlament und auch für den Haushalts- und Finanzausschuss, in dem wir das Ganze hinterher ja auch beraten werden. Irgendwann werden wir es vielleicht einmal tatsächlich richtig beraten, auch in der entsprechenden Sachlichkeit und meinetwegen auch mit einer Anhörung. Ich freue mich ebenfalls auf eine Anhörung, wenn sie dann denn ordnungsgemäß beantragt wird.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das kriege ich hin!)

Dort sollten wir die unterschiedlichen Aspekte beleuchten und einmal die unterschiedlichen Modelle durchdenken, um hinterher eine wirklich gute Ausgangsbasis für unsere Sparkassen zu haben, damit sie die Ertragslage verbessern können und im echten Wettbewerb mit den Privatbanken und den Genossenschaftsbanken den Bürgerinnen und Bürgern sowie den kleinen und mittelständischen Unternehmen tatsächlich ein leistungsstarker Finanzpartner sein können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn wir diese Diskussion führen, sollten wir das allerdings auch wirklich in der Detailtiefe und Schärfe tun, die die hier im Zehn-Tages-Rhythmus vorgelegten Anträgen aus meiner Sicht bedauerlicherweise vermissen lassen. - Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Freimuth. - Die Landesregierung wird jetzt durch Herrn Minister Dr. Linssen vertreten. Bitte schön.

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gestehe, dass der Respekt vor dem Parlament es mir verbietet, hier zu sagen, dass dieser Antrag ausgesprochen ärgerlich ist. Es ist mir aber erlaubt, zumindest zu sagen, dass er so überflüssig ist wie ein Kropf, nachdem die Grünen vor 14 Tagen ihren Antrag eingebracht haben.

(Beifall von Manfred Kuhmichel [CDU])

Frau Walsken und Herr Körfges, Sie haben das Ganze dann praktisch abgeschrieben, ein biss-

chen umgedreht und vielleicht schon mit einer neuen Meldung aus der Zeitung garniert.

Was soll ich eigentlich noch mehr sagen als das, was ich vor 14 Tagen von diesem Pult aus geäußert habe?

(Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Ich sehe mich außerstande, alle 14 Tage das zu wiederholen, was Sie gerne möchten. Ich habe Ihnen einmal gesagt, dass ich gerne über jedes Stöckchen der Opposition springe. Über dieses springe ich aber nicht.

(Beifall von der CDU)

Ich sage Ihnen ganz klar und deutlich: Es bleibt bei dem, was ich vor 14 Tagen bestätigt habe. Wir sind offen für alle Anregungen. Wir zementieren zu dieser Zeit überhaupt nichts. Wenn Herr Gerlach dieses sagt, Herr Krämer jenes, Herr Bentele dieses und der Verbandsobmann in Ostwestfalen noch jenes, dann sehen Sie sich das doch einmal ganz geduldig an. Warten Sie darauf, was für eine Meinung die Verbände formulieren. Wir werden sie alle auf uns zukommen lassen und im Frühjahr vielleicht irgendwann über einen Referentenentwurf sprechen. Sie werden überglücklich sein, wenn Sie dann alles wiederholen können, was Sie vor der letzten Landtagswahl gemacht haben und jetzt vor der Bundestagswahl wieder machen. Sollen wir denn immer wieder bestätigen, dass wir gegen Privatisierungen sind? Sollen wir denn immer wieder erklären, dass wir für das Drei-Säulen-System sind?

Frau Walsken, es geht um mehr, glaube ich. Kluge Leute in der Sparkassenlandschaft machen sich natürlich Gedanken, wie sie die Ertragskraft auf Dauer sichern. Das ist nämlich das Unternehmerische in diesem Bereich. Es geht nicht darum, dauernd zu bestätigen, was gestern war, sondern darum, sich Gedanken darüber zu machen, wie man die Ertragskraft auf Dauer sichern kann. Das ist das Entscheidende.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Gödecke?

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Gerne, Frau Gödecke. Bitte schön.

**Carina Gödecke (SPD):** Danke schön. - Herr Minister, wenn Sie doch gar nicht inhaltlich zu dem Antrag Stellung nehmen wollen, könnten Sie dem Parlament dann noch einmal erklären, warum wir

auf Ihren Wunsch hin die Tagesordnung so geändert haben, dass Sie theoretisch inhaltlich zu dem Antrag Stellung nehmen könnten?

**Dr. Helmut Linssen,** Finanzminister: Ich kann mich nicht erinnern, dass Sie die Tagesordnung geändert haben; denn Sie haben diesen Punkt genau in den Abend gelegt, wo ich eigentlich längst bei einer anderen Veranstaltung sein müsste. Ihretwegen und aus dem Respekt vor dem Parlament bin ich natürlich hier geblieben. Das ist doch völlig klar.

(Beifall von der CDU - Carina Gödecke [SPD]: Ich würde nicht klatschen, wenn ich nicht im Ältestenrat wäre!)

Ich habe jetzt gerade erklärt, dass Menschen sich Gedanken darüber machen, wie sie die Ertragslage auf Dauer oder wie sie Marktanteile sichern. Ist das in der bisherigen Form möglich, wenn zum Beispiel Direktbanken an jeder Ecke - auch von Sparkassen oder Landesbanken - den Sparkassen vor Ort das Wasser abgraben? Ist es dann richtig, sich einfach hierhin zu stellen und all das zu beteuern, was wir seit Jahren und Jahrzehnten gesagt haben?

Nein, das ist unternehmerisch falsch, Frau Walsken. Das wissen Sie auch. Dafür sind Sie ja viel zu klug.

(Gisela Walsken [SPD]: Danke! Sie sind ja auch nicht dumm!)

Frau Walsken, Sie wissen ganz genau, dass im Sparkassenlager ganz heftige Diskussionen toben, aus denen sich hoffentlich irgendwann einmal eine einheitliche Meinung formulieren wird. Vielleicht gibt es sogar eine einheitliche Meinung der Verbände in Nordrhein-Westfalen. Das wäre ja noch schöner; denn dann bekämen wir nicht zwei oder drei oder vier Meinungen vorgetragen.

Lassen Sie uns das doch in Ruhe abwarten. Sie haben doch viel mehr auf der Pfanne, als uns alle 14 Tage hier einen solchen Antrag vorzulegen. Seien Sie doch mit dem zufrieden, was ich vor 14 Tagen gesagt habe. Gucken Sie noch einmal ins Plenarprotokoll. Lesen Sie es dort noch einmal nach. Und dann verabschieden wir uns in den schönen Feierabend.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Minister Linssen. - Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, komme ich zum Schluss der Beratung und damit zur Abstimmung.

Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 13/202** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** - federführend -, an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform** sowie nach Verständigung zwischen den Fraktionen auch an den **Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer kann dem zustimmen? - Wer enthält sich? - Wer stimmt dagegen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zu:

### **8 Sicherheitsarchitektur nicht gefährden - Verunsicherung bei Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei beenden!**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/201

Ich erteile das Wort Herrn Dr. Rudolph.

**Dr. Karsten Rudolph** (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es dunkel wird, naht die Stunde der inneren Sicherheit. Herr Innenminister, es ist ein bisschen schade, dass unser Thema so weit nach hinten gerät - aber vielleicht auch kein Zufall. Heute habe ich in der „Rheinischen Post“ nämlich ein Interview gelesen, in dem der Ministerpräsident auf die Kritik seines hier schon öfters erwähnten Parteifreundes, des Oberbürgermeisters von Düsseldorf,

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Der schon wieder!)

die Regierungsarbeit ginge nicht so richtig voran, geantwortet hat: Doch, sie geht voran.

Dann hat er vier Stichpunkte zu den Dingen genannt, die man in ersten 100 Tagen bisher umgesetzt hat. Das letzte Stichwort, das er nannte, war die Wiedereinführung der Polizeireiterstaffel.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Hey! - Gisela Walsken [SsPD]: Es geht voran!)

Es war im Grunde genommen eine Art bitterböse Satire, die Sie sich geleistet haben, als Sie - kaum im Amt und nur wenige Stunden nach der zweiten Serie von Bombenanschlägen in London - in der Regierung beschlossen haben, zwei Reiterstaffeln der Polizei aufzustellen - und das Ganze ohne irgendein Einsatz- und Finanzkonzept. Im Übrigen ist auch hier nach 100 Tagen nichts umgesetzt,

sondern nur angekündigt worden, dass man das will.

(Beifall von der SPD)

Herr Palmen, wir als Parlament sind darauf gespannt, wie die konkreten Verträge aussehen, insbesondere die Leasing-Verträge für die privaten Pferde, auf denen dann die hoheitlichen Reiter sitzen sollen. Die Kostenersparnis bei der ganzen Operation liegt wahrscheinlich darin, dass Sie sich das Gnadenbrot für die armen Tiere ersparen.

Nun aber drei Bemerkungen zu den Experimenten, die Sie in den knapp 100 Tagen mit der Autobahnpolizei, den Polizeiabteilungen der Bezirksregierungen und der Wasserschutzpolizei angestellt haben:

Erstens. Ich glaube, wir sind uns einig, dass die nordrhein-westfälische Autobahnpolizei leistungsfähig, hoch spezialisiert und auch im internationalen Vergleich sehr anerkannt ist. Sie wissen alle, dass die über 1.500 Beamten, Angestellten und Facharbeiter die größte und im dichtest besiedelten Bundesland längste Autobahnstrecke von über 2.400 km überwachen, dass ihre Arbeit für die Mobilität in unserem Land und für eine funktionsfähige Infrastruktur unverzichtbar ist und dass sie dabei mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand auskommen, was unbestritten ist.

Genau an diesem Punkt, an dem die Polizei mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand arbeitet, setzen Sie jetzt mit Ihrem sogenannten Bürokratieabbau ein. Wie das funktionieren soll, dort Bürokratie abzubauen und Verwaltung zu vereinfachen, bleibt Ihr Geheimnis. Wir hätten deshalb gerne mehr darüber gewusst.

Die Autobahnpolizei - das haben Sie so ausgegeben - ist Ihr Einstieg in die Herauslösung der Dezernate 25 und 26 aus den Bezirksregierungen. Auch an der Stelle sucht man vergeblich nach Konzepten oder klaren und konkreten finanziellen, personalpolitischen Leitungs- und einsatztechnischen Folgekostenabschätzungen. Das ist eine Sache, bei der man nicht weiß, woran man ist.

Man könnte sagen, es ist nicht schlimm, wenn die Opposition das nicht weiß; aber es ist schon schlimm, wenn die Beamten, die Polizistinnen und Polizisten und die Bürgerinnen und Bürger nicht wissen, woran sie in diesem Bereich sind. Deswegen sagen wir Ihnen: Die Autobahnpolizei ist kein Objekt für Experimente. Wer an der Autobahnpolizei spart, spart am Verkehrsträger Autobahn. Wer sie zersplittert - das scheint Ihre Absicht zu sein - gefährdet den Wirtschaftsstandort NRW, aber auch die Sicherheit in unserem Lande.

Zweites Stichwort: Auflösung der Polizeiabteilungen in den Bezirksregierungen. Hier hatten Sie, Herr Innenminister, in der letzten Debatte vor diesem Plenum zugesagt, dass die Gespräche darüber bis zum Ende der Sommerferien abgeschlossen sein sollen. Ich bin gespannt, ob die Gespräche hierüber abgeschlossen sind und Sie uns heute oder in allernächster Zeit sagen können, wie eine Auslagerung der Polizeiabteilungen vonstatten gehen soll.

Drittes und letztes Stichwort: Wasserschutzpolizei. Sie wissen auch, dass die Wasserschutzpolizei in Nordrhein-Westfalen als eine bundesweite Zentralfahndungsstelle gilt, als eine Behörde mit durchaus bundesweiter Ausstrahlung, Kompetenz und Bedeutung, die die Schifffahrt auf den Wasserstraßen und in den Hafenanlagen von NRW schützt. Aber auch die Wasserschutzpolizei ist nicht sicher vor Ihnen; denn wer vorhat, die Wasserschutzpolizei gleichsam als Unterabteilung des Polizeipräsidiums Duisburg zu führen, der zeigt, dass er von den Sachen keine Ahnung hat und einen Vorschlag macht, der in sich unlogisch, verantwortungslos und nicht wirklich durchdacht ist. Deswegen sage ich Ihnen: Lassen Sie ab von diesen Plänen und Versuchen, die Wasserschutzpolizei zu kommunalisieren.

Wenn man auf Ihre Bilanz nach knapp 100 Tagen schaut - 100 sind noch nicht erreicht -, kann man Folgendes feststellen:

Erstens. Es gibt eine Selbstblockade in der schwarz-gelben Koalition, die zu einer Politik des kleinsten gemeinsamen Nenners führt. Der größte kleinste gemeinsame Nenner ist die Wiedereinführung der Polizeireiterstaffeln.

Zweitens. Ihre Pläne zur Zersplitterung der Autobahnpolizei und zur Kommunalisierung der Wasserschutzpolizei gefährden die Architektur der inneren Sicherheit.

Drittens - damit bin ich beim Schluss -: Angesichts dieser Experimente, die Sie anstellen und die wir jetzt über Wochen beobachten müssen, und Ihres operativen Dilettantismus, der dabei an den Tag gelegt wird und der zulasten der inneren Sicherheit geht, Herr Wolf, wirkt Ihre Ankündigung, Sie wollten nun die Polizei neu ordnen und das sei ein zentrales Anliegen der Landesregierung, wie eine Drohung an die über 43.000 Beschäftigten innerhalb der Polizei. Deswegen ist, glaube ich, Ihr Motto: Sie fahnden noch nach Aufgaben und verwalten, statt zu gestalten. - Schönen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Dr. Rudolph. - Herr Lohn von der CDU hat jetzt das Wort.

**Werner Lohn (CDU):** Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir haben gerade gehört, worüber Herr Dr. Rudolph alles verunsichert ist. Er spricht zum Thema Autobahnpolizei, Wasserschutzpolizei und vermengt das noch mit Reiterstaffeln. Das, was Sie bringen, ist schon ein Kunstwerk.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das nennt sich Koalitionsvertrag!)

- Es muss sich niemand darüber wundern, dass das zu Verunsicherung führt. Selbst Ihre Kollegen sind so verunsichert, dass sie schon wahllos dazwischenquatschen.

Sehr geehrte Damen und Herren der SPD: Wenn es so wäre, dass die Polizei und die Bürger total verunsichert sind, wer hat die Ursache dafür gesetzt? - Sie, die SPD selbst ist es doch, die durch ein Gemenge aus Gerüchten, Halbwahrheiten und schlichten Unwahrheiten für Verunsicherung innerhalb der Polizei sorgt. Dies haben Sie genauso beabsichtigt.

Die Polizei ist, was Neuorganisationen angeht, ein gebeuteltes Kind. Die Organisation der 90er-Jahre wurde nicht von der heutigen neuen Landesregierung veranlasst, sondern im Wesentlichen von der SPD. Diese Ergebnisse der Reformen der 90er-Jahre belasten noch heute die Arbeits- und Funktionsfähigkeit der Polizei. Mit diesen missratenen Polizeireformen, mit diesen Hin- und Her-Reformen mit hunderten von Gesprächs- und Arbeitszirkeln, Doppelzuständigkeiten und überbordender Bürokratie sind und waren SPD-Reformen eindeutig symbolhaft gekennzeichnet.

Wenn man dann - vorsichtig ausgedrückt - von interessierter Seite heute suggeriert, es sei fraglich, ob es künftig Autobahnpolizeiwachen in Nordrhein-Westfalen überhaupt noch geben sollte, so ist das mehr als unredlich.

(Beifall von der CDU)

Kein Mensch zweifelt daran, dass es weiterhin hoch spezialisierte Autobahnpolizisten und Autobahnpolizistinnen in Nordrhein-Westfalen geben wird. Das ist auch richtig so. Das gleiche gilt für die Wasserschutzpolizei. Das bezieht sich ausdrücklich auch auf die Aussagen der Regierungskoalition. Wir werden im Gegenteil mit beiden Spezialeinheiten so umgehen, dass deren Funktionsfähigkeit eher gestärkt als geschwächt wird.

Die Ziele der neuen Landesregierung sind ganz klar umrissen. Wir wollen und werden Verwaltungs- und Führungsstrukturen verschlanken und den operativen Dienst stärken und effizienter gestalten. Etwas anders ausgedrückt kann man einfacher sagen: Künftig werden sich wieder mehr Polizisten auf der Autobahn, also zwischen den Leitplanken, auf Streife befinden und weniger hinter den Schreibtischen.

(Beifall von der CDU)

Auch hier gilt also das Ihnen bekannte Motto der neuen Landesregierung: Wir werden weniger verwalten und mehr fahnden.

Der zweite Teil Ihres Antrages, die Landesregierung solle ein erkennbares und nachprüfbares Gesamtkonzept zur Polizeireform vorlegen, ist für die CDU und die FDP schlicht eine Selbstverständlichkeit. Gerade Sie müssten das eigentlich wissen. Es wäre wahrscheinlich eher angebracht gewesen, wenn dieser Antrag an die alte Regierung gerichtet worden wäre.

Sie waren selbst nach der Vorlage des Scheu-Gutachtens nicht in der Lage, ein schlüssiges Gesamtkonzept vorzulegen. Sie wollten Millionenstädte mit kleinen Landkreisen verbinden. Sie wollten die nötigen Veränderungen der Binnenstruktur, wo es wirklich brennt, total unterschlagen. Herr Dr. Rudolph konkret in Ihre Richtung: Am 13. Juli haben wir hier zu einem ähnlichen Thema gesprochen. Damals haben Sie gefordert, die Polizeireform nach Scheu solle sofort und unverzüglich - lesen Sie das im Protokoll nach - noch vor der WM umgesetzt werden. Heute sind Sie sich nicht zu schade dafür, einen Antrag zu unterschreiben, worin Sie selbst Teilbereiche einer Reform, die vor der WM realisiert werden können, als Sicherheitsrisiko darstellen. Herr Dr. Rudolph, Sie sind in dem Metier zwar noch relativ neu, aber solche Widersprüche, bei denen Aussagen sich gegenüberstehen, darf man sich auch als Neuling nicht erlauben.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Jäger von der SPD-Fraktion?

**Werner Lohn (CDU):** Herr Jäger kann gerne fragen.

**Ralf Jäger (SPD):** Ich darf einen alten Hasen wie Sie, Herr Lohn, fragen, nachdem Sie sagen, dass demnächst aufgrund der Neuordnung der Autobahnpolizei, wieder mehr Polizisten im Streifenwagen sitzen, wie hoch die Synergieeffekte sind,

die Sie dazu planen. Ich bin erstaunt, dass Sie dazu offensichtlich Zahlen besitzen. Können Sie die dem Parlament vortragen?

**Werner Lohn (CDU):** Herr Jäger, wenn Sie mir aufmerksam zugehört haben - das unterstelle ich einmal -, werden Sie gemerkt haben, dass ich keine Zahlen genannt habe.

(Ralf Jäger [SPD]: Aber Herr Lohn, Sie haben eine Feststellung getroffen!)

- Wollten Sie jetzt diskutieren oder eine Zwischenfrage stellen?

Das ist doch eindeutig: Wenn Kräfte aus dem Bereich der Polizeiverwaltung, ganz egal, wo, eingespart und im operativen Dienst eingesetzt werden, sind das Synergieeffekte. Diese Synergieeffekte streben wir an, und wir werden sie auch im Gegensatz zu den Reformen, die Sie in den 90er-Jahren veranlasst haben, erreichen.

Wir werden die polizeiliche Neuorganisation professionell vorbereiten und auch professionell umsetzen. Dafür stehen uns mindestens fünf brauchbare Grundlagen zur Verfügung.

Erstens sind das die Teile der Ergebnisse der Scheu-Kommission.

Zweitens werden wir die von der alten Regierung unterschlagene Auswertung der Versuche in Köln mit einbeziehen.

Drittens werden wir den Vorschlag des Landkreistages entsprechend berücksichtigen.

Viertens werden natürlich auch die Vorschläge der Berufsverbände mit Eingang in eine möglichst optimale Lösung finden.

Nicht zuletzt werden fünftens die Vorschläge der Praktiker vor Ort mit in die Lösungsfindung einbezogen.

Das macht den großen Unterschied aus. Wir holen alle Beteiligten an einen Tisch, werden ein schlüssiges Gesamtkonzept vorlegen. Dann können wir auf der Basis dieser fünf Grundlagen daraus wirklich etwas Gutes machen.

Sehr geehrte Damen und Herren von der SPD, ich lade Sie ein, sich von Ihren Gerüchten und Unwahrheiten zu verabschieden und zu sachlicher Politik zurückzukommen. Dann werden wir im Innenausschuss an einer optimalen großen Polizeireform arbeiten. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Ihnen.

(Beifall von der CDU)

**Präsidentin Regina van Dintther:** Danke schön, Herr Lohn. - Frau Düker von Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt das Wort.

**Monika Düker (GRÜNE):** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Zu Ihrer letzten Bemerkung nur so viel: Wenn Sie von der CDU alle Beteiligten an einen Tisch holen - so habe ich das mitgeschrieben -, die Berufsverbände einbeziehen und möglichst einvernehmlich und dialogisch das Ganze klären wollen, müssten Sie die Vorschläge zur Autobahnpolizei ganz schnell in den Papierkorb werfen. Sowohl die GdP als auch der BdK als Gewerkschaften sprechen sich nämlich gegen die Auflösung oder Verlagerung der Autobahnpolizei aus. Die Regierungspräsidenten äußern sich in gleicher Weise. Ich habe noch niemanden gehört, der Ihren Vorschlägen zurzeit irgendwas Gutes abgewinnen könnte.

(Beifall von der SPD)

Da ich weiß, Herr Minister, dass Sie wie im Ausschuss sagen werden, das Konzept von Rot-Grün habe ebenfalls vorgesehen, die Autobahnpolizei auf die Kreispolizeibehörden zu verlagern - das war Bestandteil des Scheu-Berichts -, will ich darauf gleich eingehen. Ich will Ihnen dazu noch einmal das rot-grüne Konzept und das, was Quintessenz aus Scheu war, erläutern. In der Tat hat Scheu auch vorgeschlagen - daran wollten wir uns bei der Umsetzung auch anlehnen -, die Autobahnpolizei und deren Aufgabenzuständigkeiten nicht auf einige wenige, sondern auf alle Kreispolizeibehörden zu verlagern. Das sollte aber - das lassen Sie leider bei Ihren Vergleichen immer weg - bei einem völlig neuen Aufbau der gesamten Polizeiorganisation geschehen. Es ging um weniger Behörden mit einem gleichen Aufgabenzuschnitt, damit um weniger Schnittstellen und um weniger Zersplitterung der Zuständigkeiten. Außerdem sollte eine neue Binnenstruktur mit weniger Hierarchieebenen und mit einer dezentralen Fach- und Ressourcenplanung entwickelt werden. In dieser neuen Binnenstruktur war sogar eine eigene Abteilung vorgesehen mit einem zentralen Verkehrsdienst und der Autobahnpolizei. Es handelte sich also insgesamt um ein völlig anderes Konzept. In diesem Konzept war dann eine Integration der Autobahnpolizei vorgesehen. Das entspricht nicht dem, was Sie hierzu vorlegen. Nur unter diesen Voraussetzungen macht ein zweistufiger Aufbau der Polizeistrukturen mit Verzicht auf die Dezernate 25 und 26 und mit den Polizeizuständigkeiten in den Bezirksregierungen Sinn. Nur dann kann eine zentrale Aufsicht und Steuerung durch das Innenministerium wahrgenommen werden. So weit unser Konzept.

Was passiert jetzt bei Schwarz-Gelb? - Damit Ihre ganzen Reformüberlegungen, die Sie sich auf die Fahnen geschrieben haben, nachher nicht nur aus den Punkten Reiterstaffel, finaler Rettungsschuss und der Verlagerung von Ordnungszuständigkeiten ins Polizeigesetz bestehen, haben Sie vollmundig angekündigt - die CDU war ja zu feige, die Landräte anzutasten -: Wir schaffen die Polizeizuständigkeit bei der Bezirksregierung ab; die lösen wir auf.

Nachdem Sie den Koalitionsvertrag geschrieben haben, kam wohl doch die Erkenntnis, dass das nicht so einfach funktioniert. Sie kamen auch in Ihrem Haus - das haben Sie auch im Ausschuss gesagt - zu der Erkenntnis, dass die Auflösung der Dezernate 25 und 26 unter Beibehaltung der derzeitigen Anzahl der Kreispolizeibehörden überhaupt keinen Sinn macht. Und da die Abteilung IV im Innenministerium die Dienst- und Fachaufsicht bei einer so breit gefächerten Spanne von mehr als 50 Behörden gar nicht gewährleisten kann, wäre die Konsequenz gewesen, eine neue Sonderbehörde einzurichten, wie sie auch der Landkreistag vorschlägt. Auch das war Ihnen nicht opportun. Also blieb von dem Reförmchen ein noch kleineres Reförmchen übrig.

Schließlich haben Sie gesagt: Na gut, dann greifen wir die Autobahnpolizei da heraus und machen aus der Zuständigkeit bei fünf Bezirksregierungen fünf Kreispolizeibehörden dafür zuständig.

Herr Minister, das ist völlig unsolid gedacht. Das ist kein Konzept. Das ist einfach nur Murks. Sie vergrößern damit die zentrale Kritik an der Struktur der Kreispolizeibehörden, an der Zersplitterung der Aufgabenzuständigkeiten, da wir eben nicht gleich große Behörden mit vergleichbaren Zuständigkeiten haben. Dieses Problem verschlimmern Sie doch nur, indem Sie die Asymmetrie in unseren Strukturen vergrößern, anstatt sie aufzuheben.

Was bei Ihnen übrig bleibt, ist letztlich Status quo für die Landräte und Tabula rasa bei den staatlichen Mittelinstanzen. Das hat nichts mit mehr Fahren statt Verwalten zu tun. Sie lösen damit vielmehr Verunsicherung in der Polizei aus, und das hat eigentlich auch nichts mehr mit Konzepten zu tun.

Und das alles - das fügen Sie ja hinzu - wollen Sie alles noch vor der WM 2006 durchziehen. Wir haben bewusst gesagt, dass wir unsere Reform nach der WM durchführen wollen. Ich halte es für sehr fahrlässig, jetzt an einzelnen Schraubchen zu drehen. Sie haben kein Konzept, und es hat

bislang noch niemand gesagt, wie viel Sie dabei einsparen wollen.

Konzept? - Fehlanzeige. Einsparpotenzial? - Fehlanzeige. Sie haben eine ungeheure Verunsicherung in der Landschaft ausgelöst und schwächen und destabilisieren unsere Polizeistrukturen. Ich halte das, was Sie hier betreiben, für fahrlässige Flickschusterei.

Ich kann Sie nur auffordern, Schadensbegrenzung zu betreiben. Nehmen Sie die Vorschläge der Regierungspräsidenten zur Prozessoptimierung ernst, anstatt Strukturen ohne Sinn und Verstand und Konzept zu zerschlagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Frau Düker. - Als Nächster hat Herr Dr. Orth von der FDP-Fraktion das Wort.

**Dr. Robert Orth (FDP):** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist wieder einmal ein Antrag der oppositionellen Sozialdemokratie auf der Tagesordnung, der uns heute hier ins Haus geflattert ist. Wir hätten uns durchaus gewünscht, dass Sie diese Aktivitäten gerade auch in der Innen- und Rechtspolitik in den letzten Jahrzehnten an den Tag gelegt hätten.

Sie hatten wahrlich Zeit genug, hier wenigstens kleine Reförmchen in Angriff zu nehmen. Stattdessen haben sie irgendwann eine Monsterreform auf den Tisch gelegt und für das tatsächlich Machbare den Blick verloren. Ich denke, Politik muss sich in erster Linie an das richten, was konkret machbar ist. Sie haben Jahre über Jahre über eine Reform geredet, die eher Probleme bereitet, als dass sie Probleme löst, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Sie haben Ihren Antrag mit „Sicherheitsarchitektur nicht gefährden - Verunsicherung bei Autobahnpolizei und Wasserschutzpolizei beenden!“ betitelt. So ist Ihr Antrag überschrieben. Ich kann dazu nur sagen: Sie spielen durch eine solche Formulierung in unverantwortlicher Weise mit der inneren Sicherheit unseres Landes

(Lachen von der SPD)

und tragen dazu bei, dass die Kolleginnen und Kollegen bei der Polizei, die in der Regel einen wirklich vorzüglichen Job leisten, verunsichert werden.

(Dr. Karsten Rudolph [SPD]: Das ist doch lächerlich!)

Was setzen wir dagegen? - Wir wollen das machen, was auch wirklich machbar ist. Wir können nicht erkennen, dass es ein gutes Argument dafür gibt, die Wasserschutzpolizei oder auch die Autobahnpolizei nicht neu zu strukturieren beziehungsweise nicht einer neuen Aufsicht zu unterstellen.

Wir wollen weniger verwalten. Wir wollen mehr fahnden. Wir wollen zurück zu den Kernaufgaben Gefahrenabwehr, Prävention, Hauptunfallursachen- und Kriminalitätsbekämpfung. Darauf legen wir einen Schwerpunkt, und dazu sind unsere Reformansätze ganz konkrete Beiträge, meine Damen und Herren.

Wir denken auch, dass wir uns gerade vor dem Hintergrund des Terrors, den wir europaweit und weltweit beklagen, nicht hinter angeblichen Reformen und Reförmchen, die in Zukunft möglich sind, verstecken dürfen. Wir sind deswegen sehr froh, dass die Landesregierung versucht, hier zu handeln.

Wir sehen aber noch weitere Bereiche: Einstellungsberater bei der Polizei arbeiten nicht effektiv. 140 vollzeitbeschäftigte Polizeibeamte vermitteln jährlich 500 Mitarbeiter. Da kann man mal rangehen.

Man kann auch an das Beauftragtenunwesen rangehen, das uns Rot-Grün beschert hat; auch das gehört auf den Prüfstand. Sie könnten ein paar Anträge dazu stellen, welche Ihrer vielen Beauftragen Sie, die Sie in den letzten Jahrzehnten - zusammen mit den Grünen nur in den letzten zehn Jahren - geschaffen haben, inzwischen für obsolet betrachten.

Meine Damen und Herren, Herr Rudolph von der SPD hat sich eben darüber beklagt, dass es so dunkel sei. Ich kann nur sagen: Nach seiner Rede wurde es auch nicht hell - ganz im Gegenteil. - Herzlichen Dank.

(Beifall von der FDP)

**Präsidentin Regina van Dinter:** Danke schön, Herr Dr. Orth. - Herr Minister Dr. Wolf hat jetzt das Wort.

**Dr. Ingo Wolf, Innenminister:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Rudolph, Sie haben sich darüber beklagt, dass der Tagesordnungspunkt so spät kommt. Mit Blick auf den flachen Einstieg, den Sie gewählt haben, kann man nur sagen: Das war weise Voraussicht. Mit einem solchen Antrag konnte auch nichts draus werden.

Bei allem Verständnis für Ironie und Sarkasmus - ich habe große Freude daran -: Was dieser Antrag mit der Reiterstaffel zu tun hat, hat sich mir auch nach Ihren lichtvollen Ausführungen nicht erschlossen.

Das Thema Neuordnung der Polizei beschäftigt diesen Landtag nun in kurzer Zeit zum zweiten Mal. Nahezu auf den Tag genau vor zwei Monaten hatte die Antragstellerin bereits einen Antrag zur Strukturreform in der Polizei eingebracht. Die Anträge zu diesem so wichtigen Thema dürfen aber kein Selbstzweck sein, sondern müssen zu Resultaten führen.

Das ist bei dem hier vorliegenden Antrag ersichtlich nicht der Fall. Vielmehr spricht aus ihm politische Hilflosigkeit in Wahlkampfzeiten.

(Zurufe von der SPD: Oho!)

"Sicherheitsarchitektur" - so überschreiben Sie den Antrag, nur um ihn noch einmal bringen zu können. Den großen Zusammenhang stellen Sie aber nicht her. Sie sprechen in Ihrem Antrag von einer erheblichen Verunsicherung in der Polizei, die durch unsere Überlegungen zur Neuordnung der Polizei ausgelöst worden sei. Ich weiß nicht, wo Sie das her haben!

(Edgar Moron [SPD]: Da muss man mit der Polizei reden!)

Ich habe unsere Überlegungen mit den Berufsvertretungen der Polizei umfassend diskutiert. Das ist das, was ein dialogisches Verfahren bedeutet. Es heißt nicht am Ende, auf jeden Diskussionsbeitrag einzugehen, sondern es heißt, alle anzuhören. Und das tun wir übrigens immer noch.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das Gegenteil!)

Ich habe die Dienststellen vor Ort besucht, mit Kolleginnen und Kollegen der Autobahnpolizei und der Wasserschutzpolizei gesprochen. Dabei hat es, wie immer in solchen Fällen, Zustimmung, aber natürlich auch kritische Anmerkungen gegeben.

(Carina Gödecke [SPD]: Haben Sie auch zugehört?)

Aber wo, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPD, ist das denn nicht so, wenn man Veränderungen plant? Diesen notwendigen Diskussionsprozess als Verunsicherung zu bezeichnen, ist schlichtweg nicht nachvollziehbar.

Bereits im Januar dieses Jahres, also noch in Ihrer Regierungsverantwortung, haben wir über den sogenannten Scheu-Bericht und die damit ver-

bundenen möglichen Konsequenzen für die Polizei in Nordrhein-Westfalen diskutiert.

Nach dem, was Sie hier heute geliefert haben, sind Sie, Herr Rudolph und Frau Düker, die "verunsicherungspolitischen" Sprecher. Denn zwischenzeitlich haben Sie verdrängt, dass sich gerade die Scheu-Kommission für die Anbindung der Autobahnpolizei an die neu einzurichtenden

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

- hören Sie mal zu, Frau Düker! - 16 Kreispolizeibehörden und für eine Verlagerung der Wasserschutzpolizei zum PP Duisburg ausgesprochen hatte.

(Zuruf von Monika Düker [GRÜNE])

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Jäger?

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Jetzt möchte ich erst einmal Frau Düker sagen, was Sie da gerade angerichtet hat. Frau Düker, Sie wollen uns in einer Art intellektuellem Hochreck erklären, dass bei 16 Behörden weniger Schnittstellen entstehen als bei fünf, so wie wir es planen. Das ist grüne Logik. Dazu brauchen wir nichts weiter zu sagen.

(Monika Düker [GRÜNE]: 50! 50!)

Auch die Herauslösung der Polizei aus den Regierungspräsidien hatte Scheu vorgeschlagen. Wir machen jetzt nicht Ihr Konzept, sondern wir machen unser Konzept. Und das ärgert Sie. - Jetzt höre ich gerne die Frage des Kollegen Jäger.

**Präsidentin Regina van Dinther:** Herr Kollege, Sie haben das Wort.

**Ralf Jäger** (SPD): Aus dem sogenannten Scheu-Gutachten haben Rote und Grüne in der letzten Legislaturperiode einen gemeinsamen Antrag vorgelegt, der Essentials dieses Gutachtens enthalten hat.

Meine Frage an den jetzigen Innenminister Dr. Ingo Wolf: War das jener Antrag, dem Sie zugestimmt haben?

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: Wir waren uns einig, dass wir weniger Polizeibehörden wollten. Wir werden auch weiterhin in diesem Ziel voranschreiten. Deswegen sage ich Ihnen, dass der Koalitionsvertrag glasklar die unterschiedlichen Auffassungen der Koalitionsfraktionen zum Ausdruck bringt.

(Monika Düker [GRÜNE]: Umfaller!)

- Stellen Sie sich ruhig auf den Tisch, Frau Düker!

(Monika Düker [GRÜNE] macht Andeutungen, auf den Tisch zu steigen. - Heiterkeit)

Ich kann nur sagen: Wir stehen offen und ehrlich zu den Koalitionsvereinbarungen. Herr Fraktionsvorsitzender, Kollege Dr. Papke, wir könnten gelegentlich eine Sammlung der Umfaller der Grünen der letzten Jahre aufstellen. Damit würden wir heute Abend wahrscheinlich gar nicht mehr fertig.

(Beifall von CDU und FDP)

Hier ist niemand umgefallen, sondern wir haben unsere Auffassungen aufrechterhalten. Wir machen jetzt das, was in unserem Koalitionsvertrag steht. Es steht das drin, was auch Scheu gesagt hat. Wir werden die Polizei aus den Bezirksregierungen herauslösen.

(Monika Düker [GRÜNE]: Das stimmt doch gar nicht! Das ist falsch!)

Das betrifft die Dezernate 25 und 26 und damit auch die Autobahnpolizei als operativen Teil. Ich werde diese Vereinbarung konsequent umsetzen. Das ist nämlich ein entscheidender Baustein zur Verwaltungsstrukturreform bei den Bezirksregierungen.

Das Ziel, das wir mit der Neuordnung verfolgen, ist eine Stärkung der inneren Sicherheit. Die Neuordnung wird dabei unter Einbeziehung aller Beteiligten erfolgen. Wir wollen die Polizeistrukturen deutlich straffen, um Personalressourcen für operative Aufgaben zurückzugewinnen.

Mit Blick auf die Komplexität des Themas kann das Herauslösen der Polizei aus den Mittelinstanzen aber nicht mit einem Federstrich geschehen. Deswegen ist die Neuorganisation der Autobahnpolizei unabhängig von anderen Strukturüberlegungen umsetzbar. Dennoch muss das andere, was verbleibt, sorgfältig geregelt werden. Da helfen keine Zahlenspiele und hilft auch kein Gerede über Zersplitterung.

Durch die vorgesehene Angliederung der Autobahnpolizei an besonders leistungsfähige Polizeibehörden wird die erforderliche Zusammenarbeit der Autobahnpolizei und der Kreispolizeibehörden bei der Einsatzbewältigung und der Kriminalitätsbekämpfung gestärkt, die Verkehrssicherheitsarbeit optimiert und vor allen Dingen auch die Personalentwicklung der Beschäftigten deutlich verbessert.

Von entscheidender Bedeutung sind auch hier die zu erreichenden Personalgewinne. Wir werden Ihnen das, wenn wir entschieden haben, entsprechend vortragen. Dem Ziel dieser Landesregierung, mehr fahnden statt verwalten, wird durch Synergieeffekte in Verwaltung und Führung umfassend Rechnung getragen. Das hat Kollege Lohn eben schon überzeugend dargestellt. Der operative Bereich der Polizei wird unmittelbar gestärkt.

Ganz besonders wichtig ist mir dabei, dass bei beiden Vorhaben das Fachwissen der Kolleginnen und Kollegen auch zukünftig unverändert erhalten bleibt. Es ist eine Mär zu behaupten, dass wir der Spezialisierung in irgendeiner Weise Abbruch tun wollen.

Auch nach einer Organisationsänderung, die Frau Düker witzigerweise Kommunalisierung genannt hat, werden nur speziell aus- und fortgebildete Beamtinnen und Beamte im Bereich der Autobahn- und der Wasserschutzpolizei eingesetzt.

Die Aufgaben der Wasserschutzpolizei nach dem im Antrag genannten Hafenanlagen-Sicherungsgesetz werden unverändert von den Fachkräften der Wasserschutzpolizei wahrgenommen. Bei der Umsetzung der Vorhaben ...

**Präsidentin Regina van Dinter:** Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Dr. Ingo Wolf,** Innenminister: ... werden anstehende Großereignisse wie zum Beispiel die WM 2006, die die Polizei in Nordrhein-Westfalen landesweit in besonderem Maße fordern, selbstverständlich berücksichtigt.

Die klare Botschaft für heute ist: Abschließende Entscheidungen sind noch nicht getroffen. Wir haben allen Beteiligten Gelegenheit gegeben, ihre Vorstellungen einzubringen. Alle Konzepte und Anregungen werden in meinem Haus sorgfältig geprüft und in unsere Überlegungen einbezogen.

Die Landesregierung verfolgt entgegen der Behauptung der SPD ein Gesamtkonzept zur Stärkung der Polizei in unserem Land. Die wesentlichen Elemente habe ich Ihnen bereits in der Plenardebatte am 13. Juli dargestellt.

Im Gegensatz zu der alten Landesregierung werde ich entscheidungsreife Maßnahmen allerdings auch in Teilschritten konsequent umsetzen. Das Zuwarten auf die Umsetzung eines Gesamtkonzeptes in Gänze ist nur dann sinnvoll, wenn man Teilschritte hinterher korrigieren müsste. Das ist hier aber nicht der Fall.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Daher ist Ihr Motto "Nicht Handeln, bevor nicht ein Gesamtkonzept steht", nur eine Verhinderungsstrategie und führt zu Stillstand.

Daher hat sich in den letzten Jahren in NRW auch nichts bewegt. Alle wollen Innovationen, aber keiner will Veränderung. Das wird es mit mir nicht geben. Das neue NRW bewegt sich und wird sich auch weiterhin bewegen. - Ich danke Ihnen, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

**Präsidentin Regina van Dinther:** Danke schön, Herr Minister Dr. Wolf. - Meine Damen und Herren, da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, schließe ich die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung des Antrags Drucksache 14/201** an den **Innenausschuss** - federführend - sowie an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer enthält sich? - Wer stimmt dagegen? - Dann ist der Antrag einstimmig angenommen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

## 9 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Hier: **Übersicht 1**  
**gemäß § 79 Abs. 2 GeschO**

Abstimmungsergebnisse  
der Ausschüsse zu Drucksache

14/17 - AWME

Drucksache 14/226

Die Übersicht enthält einen Antrag, der vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c an den Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie zur abschließenden Erledigung überwiesen wurde. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen geht aus der Übersicht hervor.

Ich lasse nunmehr abstimmen über die Bestätigung des Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen entsprechend der Übersicht 1. Wer dem zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich? - Dann ist das in Drucksache 14/226 enthal-

tene **Abstimmungsergebnis des Ausschusses** einstimmig **bestätigt**.

Meine Damen und Herren, wir sind am Ende der heutigen Plenarsitzung.

Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Abend und berufe das Plenum für morgen, 15. September 2005, 10 Uhr, wieder ein.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 19:09 Uhr**

---

\*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.